Entwicklungstheorie – Entwicklungspraxis

Eine kritische Bilanzierung

Von

Michael Bohnet, Michaela Collins, Dieter Frisch,
Johan Galtung, Walter Güldner, Hans-Jürgen Harborth,
Jürgen Köppen, Karl Wolfgang Menck, Manfred Nitsch,
Göran Ohlin, Hermann Sautter, Paul P. Streeten

Herausgegeben von Udo Ernst Simonis

DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 154

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 154

Entwicklungstheorie – Entwicklungspraxis

DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Entwicklungstheorie – Entwicklungspraxis

Eine kritische Bilanzierung

Von

Michael Bohnet, Michaela Collins, Dieter Frisch,
Johan Galtung, Walter Güldner, Hans-Jürgen Harborth,
Jürgen Köppen, Karl Wolfgang Menck, Manfred Nitsch,
Göran Ohlin, Hermann Sautter, Paul P. Streeten

Herausgegeben von Udo Ernst Simonis

DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Entwicklungstheorie — Entwicklungspraxis: e. krit. Bilanzierung / von Michael Bohnet ... Hrsg. von Udo Ernst Simonis. — Berlin: Duncker und Humblot, 1986.
(Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; N. F., Bd. 154)
ISBN 3-428-05973-5

NE: Bohnet, Michael [Mitverf.]; Simonis, Udo Ernst [Hrsg.]; Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Schriften des Vereins ...

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten
© 1986 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41
Gedruckt 1986 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin 61
Printed in Germany

ISBN 3-428-05973-5

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorwort des Herausgebers

Mit dem Thema „Entwicklungstheorie — Entwicklungspraxis" hatte der Ausschuß Entwicklungsländer auf seiner Jahrestagung im Dezember 1984 in Berlin eine vermeintlich wenig aktuelle Fragestellung aufgegriffen. Im Vergleich zu den relativ problemnahen Jahrestagungen „Neue Weltwirtschaftsordnung" (1981), „Finanzkrise" (1982) und „Strukturanpassung" (1983) nun: das Theorie/Praxis-Problem! Wie kann man denn — so höre ich fragen — angesichts von Massentod in Äthiopien, von Hungersnot im Sahel, von Aufständen in Lateinamerika und Südafrika über Theorie reflektieren?

Nun, spätestens wenn man erkennt, daß hinter diesen beklagenswerten Ereignissen nicht nur natürliche, unbeeinflußbare Faktoren, sondern auch menschliches Handeln, administratives und politisches Versagen — und das heißt auch wissenschaftlich begründete Entwicklungsstrategien, Entwicklungsprogramme und Entwicklungsprojekte — stehen, ahnt man die Relevanz von Theorie.

Der Ökonom wird sich des weiteren zugleich anderer Ökonomen erinnern, denen er sein eigenes Denken oder seine eigenen Erkenntnisfähigkeiten mit verdankt. In irgendeiner Weise sind wir alle — so meinte schon John Meynard Keynes — die Erben von Ideen längst verstorbener Theoretiker; vielleicht aber auch (sicherlich doch) die Jünger lebender Theoretiker. Und wer könnte schon sagen, daß sein eigenes Handeln nicht auch geleitet sei von allgemeinen Prinzipien, von Theoremen und Axiomen der ökonomischen Theorie und — im Bezug auf die Dritte Welt — der Entwicklungstheorie. Kein Zweifel also, an der Legitimität der theoretischen Reflektion, der kritischen Bilanzierung. Wie aber sinnvoll diskutieren angesichts der (mit-)erlebten ernsten, ja teils dramatischen Probleme der Entwicklungspraxis?

Dem Vorsitzenden der Jahrestagung war klar, daß hier zunächst an eine besondere Tradition des Ausschusses anzuknüpfen sei, die Tatsache nämlich, daß viele seiner Mitglieder aus der Entwicklungspraxis, der Entwicklungspolitik und der Entwicklungshilfepolitik stammen oder aber als Professoren und Wissenschaftler Schreibtisch und Hörsaal ab und an mit der praktischen Arbeit vor Ort, der Planung und Implementation von Projekten tauschen. Keine ahnungslosen, praxisfernen Theoretiker also — dies war die erste Überlegung, das erste Motto zur Tagungsvorbereitung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Was aber tun in bezug auf den Einwand, die Theorie selbst sei — angesichts der vielfältigen ökonomischen, sozialen, ökologischen und politischen Krisenerscheinungen in den Entwicklungsländern und im Nord-Süd-Kontext — ahnungslos und praxisfern? Der Theorie den Spiegel vorhalten, ihre Defizite aufdecken, Möglichkeiten aufzeigen — dies wurde zum anderen, zweiten Motto der Tagung.

Entwicklungstheoretiker und Entwicklungspraktiker können möglicherweise deshalb so unwirksam und kritisch übereinander reden, weil sich ihre Erlebniswelten nicht genügend berühren. Theoretiker und Praktiker miteinander reden lassen, nicht nur im kleinen (feinen) Zirkel eines Ausschusses einer wissenschaftlichen Vereinigung, sondern auch vor einer größeren interessierten Öffentlichkeit; dies war das dritte Motto, das durch Einladung von Praktikern als Referenten und durch eine öffentliche Podiumsdiskussion umgesetzt werden sollte.

Es blieb natürlich das Problem der inhaltlichen Aufarbeitung der Thematik. Was an Theorie/Praxis hat sich bewährt, was ist obsolet? Wurde Theorie falsifiziert oder war die Praxis zu schlecht? Was sind die Perspektiven von Theorie und Praxis? Hierzu waren unterschiedliche, sich teils überschneidende, teils ergänzende Strukturierungen möglich — und Eingrenzungen erforderlich. Die Tagung und der vorliegende Band realisieren im wesentlichen zwei Gesichtspunkte: den des allgemeinen Überblicks (über Theorie- und Praxisentwicklung) und der vertiefenden Defizit-Analyse und den der Projekt- und Programmbetrachtung. Demgegenüber konnte die Regionalebene nur schwach ausgeleuchtet werden; über Entwicklungspraxis in Afrika wäre viel zu diskutieren gewesen, wenig jedoch über afrikanische Entwicklungstheorie... Der vorliegende Band beläßt also, gewollt und ungewollt Lücken, Lücken die andere (Gremien und Einzelne) füllen sollten. Was aber liefert er?

Im ersten Hauptreferat der Tagung und dem Eingangsbeitrag des Bandes zeichnet *Paul P. Streeten* zunächst die im Zeitablauf vielfach wechselnden Akzente der Entwicklungstheorie auf. Er weist auf die Gegensätze zwischen linearen und nicht-linearen Theorieansätzen hin, betrachtet die Unterschiede zwischen neoklassischen und strukturalen Theoriefragmenten, beschreibt Groß- und Kleintheoretiker, Utopisten und Pedanten der Entwicklungstheorie. Im Gegensatz zu Albert Hirschman, für den der Niedergang der Entwicklungstheorie bevorsteht, verspricht Streeten ihr ein langes Leben, wenn und in dem Maße wie diese die geänderten Anforderungen der Praxis aufgreift, vor der Disaggregation ihrer Variablen und der Kooperation mit anderen (nicht-ökonomischen) Fachgebieten nicht zurückschreckt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Michael Bohnet gibt im zweiten Hauptbeitrag einen Überblick über den Wandel der Grundkonzepte und Methoden der Entwicklungspolitik, über Kernfragen der bilateralen und die zentralen Probleme der multilateralen Entwicklungshilfepolitik und die wichtigsten Trends im Nord-Süd-Dialog. Er mahnt den Entwicklungspraktiker zunächst zur Bescheidenheit, weil die Lücke zwischen Entwicklungsanspruch und praktischer Steuerungsfähigkeit des Entwicklungsprozesses zu groß geworden sei. Er fordert dann aber sogleich eine andere Entwicklungspraxis, die mehr auf breiten Dialog denn auf Dominanz angelegt ist und die Multipolarität, und das heißt die Vielfalt und Komplexität der Welt stärker reflektiert.

Die folgenden vier Beiträge im mittleren Teil des Bandes greifen jeweils verschiedene Defizite von Entwicklungstheorie und Entwicklungspraxis auf und unterziehen sie einer vertiefenden Betrachtung.

Johan Galtung beginnt mit einer Fundamentalkritik an der Entwicklungstheorie, die zwei ihrer Hauptansprüche, holistisch und dynamisch zu sein, nicht einlöst. Sie ist nicht holistisch, weil sie den Entwicklungsprozeß auf ökonomische Aspekte reduziert, die Natur, den Menschen und die Welt als Ganzes aber nicht oder nur unzureichend einbezieht; und sie ist nicht dynamisch, weil sie die Welt als abgeschottetes System — entwickelte Länder hier, nicht entwickelte Länder dort —, nicht dagegen als ein sich gegenseitig beeinflussendes System begreift. Auf dieser Kritik aufbauend entwirft er ein alternatives Konzept von Entwicklung, das aus (primär ökologischen) Kategorien, wie Komplexität, Widerstandskraft, Vielfalt und Reife, abgeleitet wird.

Göran Ohlin geht der Frage nach, ob die Entwicklungsökonomie als akademische Disziplin und Fachgebiet noch eine Zukunft habe. Entwicklungsökonomie war bisher im wesentlichen Theorie des Nordens über die Entwicklung des Südens, führte zu Nobelpreis-gewürdigten Konzepten, die sich inhaltlich gelegentlich völlig widersprechen. Die sich ändernde wirtschaftliche und soziale (auch die ökologische) Realität wiederum wird die Entwicklungsökonomie der Zukunft formen — in Richtung neoklassischer Reprise oder aber struktureller Differenzierung (eine These, die bei Streeten in etwas anderer Weise als Forderung zu lesen ist).

Alte Probleme erhalten gelegentlich neue Dimensionen und fordern so, wenn dieser Prozeß nur dramatisch genug verläuft, eine Neubestimmung des theoretischen Paradigmas.

Hans-Jürgen Harborth analysiert diesen Prozeß am Beispiel des Bevölkerungs-, des Ressourcen- und des Umweltproblems und gelangt zu einem eindeutigen Schluß: die Entwicklungstheorie steht vor der drin-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

genden Notwendigkeit einer Neuorientierung. Dies vor allen Dingen deshalb, weil exponentielles Wirtschaftswachstum für alle Länder (und diese Forderung gilt ja nach wie vor) aus Gründen der ökologischen Stabilität nicht möglich sei, Entwicklung (nach wie vor) am falschen Maßstab (Bruttosozialprodukt) gemessen werde und in Richtung großtechnologischer und zentralisierter Strukturen verlaufe, was nicht nur ökologisch, sondern auch sozial und ökonomisch bedenklich sei. Ökologische Orientierung der Entwicklung, „ecodevelopment", heißt die Konsequenz dieser nicht nur sehr ausführlich dokumentierten, sondern auch sehr nachdenklich stimmenden, weil engagierten Studie.

Entwicklungshilfepraxis realisiert sich zunächst und vor allem auf der Projektebene: über Planung und Implementation von einzelnen Projekten. In methodisch-technischer Hinsicht ist die Projektplanung im Zeitverlauf erheblich verfeinert worden, wie *Walter Güldner* übersichtlich und plastisch (die „Plangenerationen") darstellt und anhand eines praktischen Beispiels näher erläutert. Kein Zweifel, daß bezüglich der Projektplanung viel gelernt wurde. Das Problem der Theorie liegt hier wohl (vor allem oder primär) darin, daß nicht genügend reflektiert wurde darüber, warum sophistizierte Planung nicht implementiert wird oder praktisch scheitert — und zwar nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch in den Industrieländern (Implementationsdefizit als Problem der Theorie?).

Die Programmebene der Entwicklungs- und der Entwicklungshilfepraxis wird in diesem Band beispielhaft analysiert, mit zwei Beiträgen zu dem Lomé-Abkommen. Während *Karl Wolfgang Menck* nach dem theoretischen Hintergrund oder genauer: dem Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis fragt, vor dem das zweite Lomé-Abkommen zwischen 10 Industrie- und 64 Entwicklungsländern abgeschlossen und durchgeführt wurde, gehen *Dieter Frisch, Jürgen Köppen* und *Michaela Collins* in ihrer Betrachtung davon aus, daß die Lomé-Abkommen eine theoretische Basis im stringenten Sinne des Wortes gar nicht besitzen — und zwar weder für die sektorale Auffächerung der Entwicklungszusammenarbeit noch für deren Instrumente. Diesen beiden Beiträgen ist also eine je spezifische Sicht von Praxis (Pragmatismus, historische Weiterentwicklung hier, Theoriebezug, Optimierung von Realität dort) zueigen, was die komplementäre Lektüre empfehlenswert macht. Ergänzend sei gesagt, daß Frisch et al., selbst in der Vorbereitung des dritten Lomé-Abkommens involviert, jeweils einen Ausblick zu zwei Teilbereichen dieses neuen Abkommens geben (und damit eine Einschätzung der sich möglicherweise ändernden Praxis in der Zukunft).

In einer anderen Weise komplementär sind die beiden folgenden Beiträge von *Manfred Nitsch* und *Hermann Sautter*. Nitsch begreift „De-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

pendencia" (Abhängigkeit) als thematischen Schlüsselbegriff eines relativ breiten Spektrums der in kritischer Auseinandersetzung mit dem Modernisierungs- und Wachstumstheorem der 50er und 60er Jahre entstandenen theoretischen Ansätze zur Analyse von Entwicklung bzw. Unterentwicklung bei Integration eines Landes (einer Ländergruppe) in den Weltmarkt. Sautter pointiert anders: Er verwendet den Begriff „Dependenztheorie" für Studien, die von der These der Unterentwicklung durch Abhängigkeit ausgehen und prüft die Frage, ob Entwicklung bzw. Unterentwicklung durch Assoziation an den oder Dissoziation vom Weltmarkt entstehe. Nitsch sieht den Dependencia-Ansatz im wesentlichen (und vor allem) als Beitrag lateinamerikanischer Autoren zur Überwindung des wissenschaftlichen Dogmatismus (sei es neoklassischer, keynesianischer, marxistischer oder modernisierungssoziologischer Provenienz), als Beitrag zum Abbau der nördlichen Exklusivität der Entwicklungstheorie, zur Überwindung von deren engen ökonomischen Fachgrenzen und der Geschichtslosigkeit moderner Theorie, d. h. auch zur Emanzipation der lateinamerikanischen Sozialwissenschaften — was wiederum Spielräume für politisches Handeln schaffe. Dependencia und Dissoziation gleichzusetzen heißt für ihn, auf eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Lateinamerikanern zu verzichten — und damit auch darüber, ob dieser Ansatz eine Zukunft habe. Sautter legt das Schwergewicht seiner Betrachtungen dagegen auf die Konsequenzen der praktizierten Außenhandels- und Außenwirtschaftspolitik; er möchte dabei die Erfahrungen von Ländern aufzeigen, die bei der Wahl einer assoziativen Strategie Erfolge hatten und sie den Ländern entgegenstellen, die eine dissoziative Politik, eine Abkoppelung vom Weltmarkt betrieben haben und dabei keinen Erfolg hatten. Zwei höchst unterschiedliche Beiträge also von zwei Autoren, denen zunächst dasselbe Thema gestellt war. Dieses heterogene Ergebnis der Theoriearbeit im Detail zu studieren, ist jedoch — und darüber hinaus — noch aus einem anderen Grunde empfehlenswert: die beiden Beiträge dokumentieren und analysieren in umfassender Weise die gesamte Literatur zum Thema.

Den Abschluß des vorliegenden Bandes bildet ein Dokument ganz besonderer Art: Erstmals in der Geschichte des Ausschusses Entwicklungsländer hat eine öffentliche Podiumsdiskussion stattgefunden, die hier auszugsweise — teils im wörtlichen Zitat, teils kommentierend — wiedergegeben wird. Auf dem Podium saßen *Winfried Böll, Arthur Eggers, Hans-R. Hemmer, Otto Matzke, Paul P. Streeten* und der Herausgeber, die sich in je spezifischer Weise als Theoretiker bzw. als Praktiker verstehen. Ihnen war keine andere Vorgabe gemacht worden als die, eine (auch) selbstkritische Diskussion zum Stand von Entwicklungstheorie und Entwicklungspraxis zu führen. Podiumsdiskussionen brin-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gen vielleicht keinen genuinen Beitrag zum wissenschaftlichen Erkenntnisstand, sie können aber Standpunkte klären — und den eigenen Standpunkt finden helfen. Die Ergebnisse stehen daher für sich.

Sie bedürfen keiner weiteren Interpretation, die ohnehin nur langweiliger sein könnte als die Diskussion selbst.

Stattdessen bedarf es noch des Dankes. Zwischen zwei Buchdeckel geht nicht alles, was zu einem solch breiten Thema: „Entwicklungstheorie — Entwicklungspraxis" zu sagen wäre. Insofern danke ich den Autoren und Diskussionsteilnehmern für ihre Mitarbeit und dem dabei doch notwendigen Mut zur Lücke. Den Teilnehmern der Jahrestagung des Ausschusses (Mitgliedern, Gästen und Öffentlichkeit) danke ich — auch im Namen aller Autoren — für zahlreiche Anregungen und für stets faire Diskussion. Henning von Blanckenburg danke ich für die große Hilfe, daß aus einem Tonband mit dreieinhalb Stunden Podiumsdiskussion ein zwar nur kurzes, aber inhaltlich repräsentatives Manuskript werden konnte. Michael Schaf danke ich dafür, daß er (nach den Autoren) noch einige Druckfehler entdeckt hat, der Druckerei und dem Verlag dafür, daß sie einen (fast) fehlerfreien Satz und eine drucktechnisch hervorragende Arbeit ermöglicht haben.

Den Lesern aber möchte ich eine Bitte mit auf den Lese-Weg geben: die Lücken in der Argumentation und Diskussion zu entdecken und (durch eigene Theorie- und Praxis-Arbeit) mit dazu beizutragen, sie im Dienste einer ökonomisch dynamischen, sozial gerechten und ökologisch verträglichen Entwicklung zu überwinden — und dazu bedarf es wohl einer Verbesserung von Theorie und Praxis.

Berlin und Bordesholm, im Oktober 1985

Udo Ernst Simonis

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhaltsverzeichnis

Changing Emphases in Development Theory

By *Paul P. Streeten*, Boston, Mass. and Washington, D. C. 13

Wechselnde Akzente der Entwicklungspraxis

Von *Michael Bohnet*, Bonn 41

Development Theory — Notes for an Alternative Approach

By *Johan Galtung*, Princeton, N. J. 73

Does Development Economics Have a Future?

By *Göran Ohlin*, New York 91

Ökologiedebatte und Entwicklungstheorie

Von *Hans-Jürgen Harborth*, Aachen 103

Entwicklungstheorie und Praxis der Entwicklungsplanung

Von *Walter Güldner*, Bad Homburg 151

Abkommen der multilateralen Zusammenarbeit im Spannungsfeld von Theorie und Praxis. Das Beispiel des zweiten Lomé-Abkommens

Von *Karl Wolfgang Menck*, Hamburg 169

Das Lomé-Abkommen in seiner praktischen Handhabung — Erfahrungen und Perspektiven

Von *Dieter Frisch* unter Mitarbeit von *Jürgen Köppen* und *Michaela Collins*, Brüssel 199

Zur Fruchtbarkeit des Dependencia-Ansatzes für die Analyse von Entwicklung und Unterentwicklung

Von *Manfred Nitsch*, Berlin 229

Entwicklung durch Weltmarktassoziation — Unterentwicklung durch Dissoziation? Ein Rückblick auf die Dependenztheorie

Von *Hermann Sautter*, Frankfurt 265

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Entwicklungstheoretiker — Entwicklungspraktiker.
Eine (selbst-)kritische Diskussion

Kurzfassung einer Podiumsdiskussion mit *Winfried Böll*, Bonn, *Arthur Eggers*, Berlin, *Hans-R. Hemmer*, Gießen, *Otto Matzke*, Rom, *Paul P. Streeten*, Washington und *Udo E. Simonis*, Berlin, als Diskussionsleiter 301

Die Autoren 315

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Changing Emphases in Development Theory*

By *Paul P. Streeten*, Boston, Mass. and Washington, D.C.

> "Economists consist of two groups: those who don't know, and those who don't know that they don't know."
>
> Widely accepted saying.

The world is divided into two groups of people: those who divide the world into two groups of people, and those who don't. As I evidently belong to the former, I believe that the nature of various divisions can throw light on what has come to be known as the rise and decline of development economics.

Albert Hirschman, in his stimulating contribution entitled "The Rise and Decline of Development Economics" (1980), used two criteria for classifying development theories: one, whether they asserted or rejected the claim of *mutual benefits* in North-South relations; and two, whether they asserted or rejected the claim of *monoeconomics*, that there is a single economic discipline, applicable to all countries and at all times. Using this classification, he derived four types of theories: Orthodox (neoclassical) economics asserts both claims; neo-Marxist and dependence theories reject both claims; development economists tend to reject the monoeconomics claim — the reason for their existence

		Monoeconomics: asserted	Monoeconomics: rejected
Mutual benefit: asserted		Orthodox economics	Development economics
Mutual benefit: rejected		Marx?	Neo-Marxist theories

* An earlier version of this paper was published in Pioneers in Development, edited by G. M. Meier and Dudley Seers, Oxford University Press, 1984.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

calls for a distinct subject — but to assert the mutual benefit claim, whereas palaeo-Marxists assert the monoeconomics claim (except insofar as class determines consciousness) but reject the mutual benefit thesis.

One may want to quibble with Hirschman's classification. Development economists comprise a large group, many of whom would reject the mutual benefit claim, without regarding themselves as Neo-Marxists or dependence theorists. Others would assert the unity of economics, while considering it legitimate to carve out special areas for development economics, to which particular branches or modifications of the single discipline apply. In other words, there are development economists who analyse interest conflicts, and development economists who are neoclassical. Jon Elster has pointed out that Marx in his *Theories of Surplus Value* makes the point that capitalist countries exploit "backward" countries even though both parties gain from exchange. And Joan Robinson wrote: "The misery of being exploited by capitalists is nothing compared to the misery of not being exploited at all." (*Economic Philosophy*, Pelican, p. 46.) Mutual benefit is therefore not denied.

Hirschman attributes the decline of development economics (as reflected, for example, in the difficulty of filling chairs in development economics[1]) to a combined (though not concerted) onslaught from both neoclassical economics (with the charge of misallocation resulting from deviation from neoclassical principles) and neo-Marxist economics (with the charge of justifying dependance and exploitation). He attributes its fall also to another cause: the political disasters that struck many countries of the Third World.

Unity in Diversity

In 1963 Dudley Seers argued that the economics of the North does not apply to the different societies of the South.[2] Twenty years before that, Paul Rosenstein-Rodan suggested that indivisibilities, complementarities, externalities and economies of scale were concepts much more relevant to developing economies than to those of the already industrialized countries.

---

[1] Though not as reflected in the attendence at an 8 a.m. meeting of the American Economic Association at which the economics of development and the development of economics was discussed.

[2] Robert *Solow* reminded me of Stephen Potter's well-known ploy to acquire a reputation for profundity and sophistication. The reply to any generalization is "Not in the South".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

The "economics of the special case," applicable to advanced industrial societies, had to be broadened to encompass different relationships. Stimulated by the generalisation of the "special case" of fully employed economies to conditions of industrial unemployment in advanced countries, Rosenstein-Rodan, Arthur Lewis and others broadened our vision to encompass underemployment and low labour utilisation in underdeveloped countries. Although it was later discovered that labour utilisation in poor countries raises quite different issues from those raised by Keynes for advanced countries, and although some of the writings criticized the application of Keynesian concepts to underdeveloped countries, there can be no doubt that Keynes' attack on orthodox economics provided a stimulus for the exploration of labour use in developing countries. Joan Robinson's analysis of disguised unemployment in industrial countries provided the inspiration for the analysis of underemployment in underdeveloped countries.

Albert Hirschman, among others, has noted that the exploration of Southern societies, with different tools of analysis, has often led to new illuminations and discoveries in the Northern societies, thereby re-establishing the unity of the analysis. Hirschman cites the case of underemployed rural labour, "development with unlimited supplies of labour," the role of labour surpluses in European economies, and theories of dual labour markets on the one hand, and the analysis of underemployed resources in developing countries[3] that have to be activated and theories of satisficing and X-efficiency, on the other. My own work on the production function, in collaboration with Gunnar Myrdal in *Asian Drama* similarly showed that many of the criticisms originally developed for South Asia also apply to Western Europe and the USA. Dudley Seers' odyssey from "The Economics of the Special Case" to the discovery of dependency and dominance within Europe and even within a single European country is another illustration. Structuralist theories on inflation, originally constructed for the underdeveloped countries, also found new application in the economically advanced countries of the North. Clearly, much of the work on the advanced countries had been done independently and in ignorance of development work. But the parallels and coincidences are remarkable.

---

[3] Hans *Singer* has pointed out to me that the influx of foreign workers into European economies was the result of the pressure of excess demand for labour, whereas in developing countries there was excess supply. Today, when we suffer from a labour surplus, the story is quite different. It is also true that the theories of dual labour markets in industrial countries have developed whithout influence from the developing country models.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dudley Seers, in his provocative essay entitled "The Birth, Life and Death of Development Economics" in the volume of essays in honour of Kurt Martin writes:

> "Virtually all countries are suffering now from structural rather than global problems. For very few would an acceleration of growth *per se* be a solution to social problems such as unemployment. All countries face powerful external forces, especially the policies of the transnational corporations, and experience the strains of absorbing modern technology. So insights from the development field could usefully be imported into the social sciences in the so-called developed countries too, which include several where neo-classical analysis and prescription did not once seem obviously implausible. I refer to appropriate technology and concepts familiar in Latin American writings, such as self-reliance, marginalization and cultural dependence."

The examples could be multiplied in which an analysis originally designed for underdeveloped societies finds application in advanced countries. They range from small-scale technology in the face of energy shortage and the alienating effects of large-scale organisations to lessons from the study of caste for trade union rivalries (craft versus industrial unions) in industrial countries, to the analysis of the "Dutch disease", first explored by Arthur Lewis for Jamaican bauxite and Dudley Seers for Trinidad oil, long before it gained respectability through Dutch natural gas. But, as Albert Hirschman says, "whereas such a finding makes for reunification of our science, what we have here is not a return of the prodigal son to an unchanging, ever-right and -righteous father. Rather, our understanding of the economic structure of the West will have been modified and enriched by the foray into other economies."

The move towards awareness of the universal nature of some problems originally explored in the development context was accompanied by growing differentiation of countries in the Third World to the point it could be questioned whether a special branch of economics — development economics — applied to them all. To some extent this was the result of the analysis of the coexistence of different countries at different stages of development, and their interaction. The relations between richer and poorer countries were reflected both within the industrial and among the developing countries and the analysis of these relationships followed along a spectrum or a hierarchy, with both greater differentiation and unification. The history of development economics can be regarded as a progress from large generalizations

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

and high abstractions to greater specificity and concreteness. This applies to countries within the Third World, which was found more heterogeneous than orginally thought, as well as to concepts such as national income or employment. Many early errors in development theory were due to the transfer of assumptions and relations from one country or region to others, where they did not apply. No longer was it thought either that each country must be studied in its unique specificity, or that useful generalizations can be made for all countries in the Third World, but there was a move towards a country typology, regarded as useful from the point of view of the application of policies. The principal criteria in this typology were country size (measured by population), which is relevant to the importance of foreign trade and the scope of making use of labour-intensive techniques for exports; degrees of dualism and labour surplus, relevant to the application of different models of development; endowment with natural resources and particularly an indigenous energy base which distinguishes oil exporters from oil importers; relative size of the agricultural and the industrial sectors; and government strategies.

It was the combination of the two trends — the discovery that many problems of the countries of the South are shared by the North, and that few problems are common to all countries of the South — which contributed to the decline of the early certainties, or at least large generalizations, of development economics.

Mutual Benefits vs. Conflict

The mutual benefit thesis is not as straightforward as may appear at first sight. Even when there are benefits for all, the division of these may give rise to conflict. On the other hand, a pure concession or sacrifice by one partner may turn out to be in his long-term interest by contributing to an order that is regarded as fair and acceptable, and is therefore accepted. Acceptance of this order may contribute to peace and avoid confrontations and conflicts with the partner making the concession, and therefore be in his long-term interest.

A related point is the question of the meaning of welfare. It is not just a matter of command over economic resources, but command in relation to wants. Gains from e. g. international trade have then to be assessed in relation not only to additional income but also to additional wants, expectations and aspirations that are generated by the extra income. It is then quite possible, indeed likely, that gains in income are accompanied by losses in welfare, because wants grow faster than command over resources, the appetite grows faster than what it feeds

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

on. This is not largely a matter of advertising and sales promotion, but it is often the result of the unequal division of the gains from trade, or even with equal division between countries, the result of greater inequalities within countries. The inequalities contribute to the reference groups by whose income levels the wants of the lower groups are shaped. It is then possible that, on this definition of welfare, the countries with large gains from trade fail to benefit because internal inequalities are great, and the developing countries don't benefit because international inequalities are great. (It is, of course, possible to define welfare in a different way, such as a widened range of choice, though this definition has been disputed by psychologists).

The mutual benefit thesis is the old harmony doctrine served in a new sauce, and it is doubtful whether anybody seriously believed in it, except either in a very extenuated form or for purpose of political propaganda. This is not to deny that there are areas of action from which all participants benefit. And attention should be given to full exploration of these areas, particularly where there are obstacles to the achievement of these interests. But it would be a strange fluke of coincidence if these were the same actions that would have to be taken if developmental goals were pursued, whether they are growth, or growth with equity, or basic needs. The extenuated version is the one that would cover international solidarity and morality under the heading "benefits."

It is also doubtful whether development economics asserted universally the mutual benefit thesis. Surely many writers saw the existence and possibility of conflicts of interest between nation states. Very few moral philosophers would attempt to construct a political theory on purely egoistic lines. Why then try to construct an international economic theory for national egoisms? Since we all accept the readiness of individuals to sacrifice their interests to the national community, the challenge of normative development economics is to construct the moral and institutional basis for applying sentiments and principles of solidarity beyond the national frontiers to the fledgling world community.

There is also the obvious objection to the current fashion of the mutual interest thesis, that, where mutuality exists, people usually act accordingly (with some exceptions such as prisoner's dilemma situations) and no great economic, political or philosophical analysis is needed to propagate such action. The challenging task is not to show areas of common or mutual interests or benefits, but to show how conflicts, when they arise, can be resolved.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

The current preoccupation with mutual and common interests (the two are not the same, though often confused) is surprising in view of the fact that national policies are not normally justified on grounds of mutual and common individual, household or local interests, social contract theories notwithstanding. Most of us accept the principle that the rich have an obligation towards the poor in the national community. Once this is accepted, the question arises whether humanity is a community in the same sense. It is, of course, possible to reject this on social contract grounds: why should I do anything for the world since it has done nothing for me. But there are embryonic global institutions that do render services to their members, and a social contract is not the only ground on which obligations by the rich to the poor can be justified.

Even if such global obligations were accepted, the objection may be raised that the existence of nation states and national governments interferes with the discharge of the obligations of individual rich members to individual poor members. No doubt there is something in this objection. Those advocating development aid, and North-South co-operation generally, on the moral ground of the obligation to help the poor have not devoted enough time and effort to showing that such efforts actually achieve their aim, or, if not, how these efforts should be designed so that they do achieve the aims, without infringing too much on national sovereignty. As a result there has been an alliance of left and right attacks on aid, which so far, with a few notable exceptions, have not been seriously answered by the proponents of aid.

The principal reason why moral obligations must be accepted by governments (as well as individuals) is that certain objectives can be achieved only through collective action, such as indivisible projects, or stepping up growth rates by adding foreign savings in the form of aid, or intervention, on behalf of children of poor households, a particularly vulnerable and particularly neglected group. In such situations, in order to express the moral motives of each individual, it is necessary to exercise force upon others, including oneself (through taxation), to contribute, if the aim is to be achieved.

Formal vs. Informal Intellectual Sectors

Another distinction is suggested in a sentence in the essay by Dudley Seers. It has its analogy in the distinction between the two sectors in developing countries: one sophisticated, organized, modern, large-scale and "formal," the other simple, non-organized, small-scale and "informal." The analysis of the "formal" sector is cultivated by the

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

economics departments of the estbalished universities where students are trained in sophisticated techniques and where the standards of excellence are derived from the discipline. The "informal" sector is made up of what the profession often dismisses as cranks,[4] dissidents, "poets," journalists and novelists.

The insights of members of the informal sector have three advantages over those of the "formal" sector. First, they often know better how to communicate with a wide audience; they do not use jargon and write simply and vividly. Second, they use their eyes and ears and tell what they observe. Third, not having been drilled in the professional paradigms and being free of the blinkers that these impose, they often treat important issues ignored by the professionals. But, not having a rigorous formal framework, their insights, in spite of widespread impact, are often ephemeral and fade out fairly soon.

The formal sector has the virtues of its defects. It attracts brilliant students and generates a body of knowledge that can be admired, taught, and elaborated. But its elegance diverts attention from its irrelevance. In isolating the quantifiable and technically tractable and neglecting the rest, workers in the formal sector occasionally pour out the baby instead of the bathwater.

Areas in which the informal sector has pioneered advances are corruption, the culture of poverty and global concerns. The profession, understandably, has focused on the nation state; concerns at a much lower level, and at a transnational level (not the same as inter-national concerns) have been relatively neglected.

David Henderson, in a review of a book by Albert Hirschman, suggests that one way of classifying economists "is to distinguish 'constructivists' from 'sceptics'. The former group, while recognizing that orthodox economic analysis is far from all-embracing, chooses nonetheless to emphasize its usefulness in relation to issues of policy, and the dangers of ignoring or going against it. By contrast, the sceptics acknowledge that the orthodox approach is both elegant and helpful within its limits, but prefer to stress the narrowness of these limits, and the inadequacy of the theory both as a guide to social reality and as a basis for deciding policy."

This is a useful distinction. It raises interesting questions about the relations between these two groups. Clearly, the sceptics would have nothing to work on were it not for the constructions of the con-

[4] E. F. *Schumacher* once wrote: "Some people call me a crank. I don't mind at all. A crank is a low-cost, low-capital tool. It can be used on a moderately small scale. It is non-violent. And it makes revolutions".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

structivists. On the other hand, the constructivists would lapse into dogmatism were it not for the sceptics.

Almost every economist contains elements of each of the two groups. Some of the most distinguished members of the profession, when they give presidential addresses, sound the tone of the sceptics, though they return to constructivist activities in their daily work. Among these doyens of the profession are Henry Phelps Brown, David Worswick, Wassily Leontief, Ragnar Frisch, Frank Hahn, Kenneth Arrow, Lloyd Reynolds and others. Could it be that this reflects a tension in their subversions between accepting and rejecting the orthodox paradigm? The sceptics, on the other hand, when they go to their class rooms or give practical advice, cannot do without the kit of the constructivists.

It is possible to hold the view that the most important function of a construction, be it a model, a paradigm or a theory, is to show up the limitations of other constructions and thereby add to the flexibility of our intellectual muscles, rather than to shed light on reality. Their function is therapeutic, not didactic. The introduction of institutional considerations in the analysis of rural land/debt/wage relatonships by Neo-Marxists shows up the limits of neoclassical analysis, but equally neoclassical analysis shows that the crust of institutions can be broken, as well as hardened, by market forces. An analysis of intra-family relationships in terms of time allocation and maximizing behaviour can throw light on an alternative analysis conducted in terms of power relations and force, and *vice versa.*

It is for reasons such as these, that it is of the utmost importance to keep the dialogue between different ideological schools in development studies going, and not to permit a breaking up into non-communicating groups.

Flat Earthers vs. Round Earthers

Ian Little divides development economists according to a different criterion. He says (in private correspondence with me) that he does not regard stages of growth and Rostow (the division suggested by me) as being very important or dominant. "At least until fairly recently I see the story as one of a battle between structuralists who see the world as bounded and flat, and consisting of stick-in-the-muds, who have to be drilled, — and neoclassicists who see it as round and full of enterprising people who will organize themselves in a fairly effective manner!"

Little's distinction is an important one and underlies much of the dispute between neo-classicals and structuralists. If you believe that

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

resources, in response to the right incentives, flow easily and quickly, at minimal costs, from one line of activity into another, so that the economy is rather like toothpaste or syrup, the implications for policy-making and for mutual benefits are quite different from what they are if you believe that the economy consists of hard, specific pieces of capital goods, individuals trained in specific skills and located in specific areas, who can be remoulded only at great cost, or after a long time, or not at all.

The neoclassicals stress the importance of getting prices right. Peter Timmer's remark remains valid: "Getting prices right is not the end of economic development, but getting prices wrong frequently is." Everybody would agree that other things are necessary for efficient and equitable management of an economy, but there is disagreement about the relationship between the correct prices and these other measures. According to one interpretation, getting prices right without the other measures is better than nothing. According to the other, the combined set of measures is necessary and the "right" prices by themselves may leave things unchanged or make them worse. Overvaluing a single element in a complex system such as the role of prices, (on this view) is worse than overvaluing the currency.

If you suffer from one type of evil (e. g. very unequal land distribution) the addition of another evil, viz. "distortion," (e. g. "distorted" low food prices) may improve things. An early formulation of the theory of the Second Best by Arthur C. Pigou during the Great Depression is apt:[5]

> "A man ordered to walk a tightrope carrying a bag in one hand would be better off if he were allowed to carry a second bag in the other hand, though of course if he started bagless to add a bag would handicap him."

A difficulty with the distinction between neoclassicals and structuralists is that, though their arguments are inspired by different visions of the world, the debate is often about instruments.[6] In this debate instruments that form part of a complex kit are then singled out and identified with the ultimate purpose which they serve. Thus e.g. the success stories of South Korea and Taiwan are used by orthodox economists to propagate export promotion as the key to equitable and rapid growth. And export promotion in turn is often identified with

---

[5] Quoted in T. W. *Hutchinson*, On Revolutions and Progress in Economic Knowledge, Cambridge University Press, 1978, p. 184.

[6] Sukhamoy *Chakravarty* has pointed out that both grossly oversimplify the problems posed by the costs of information of implementing economic policies.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

absence of government intervention and the free play of market forces. Yet, the reasons for the success of South Korea and Taiwan are much more complex. These countries promoted labour-intensive import substitution, as well as exports; early import substitution led to later exports; the labour force employed in exports is a small proportion of the total labour force; and government intervention as well as the public sector played a very important part. The singling out of export promotion through liberal trade policies is a false account of the success stories.

The structuralists tend to be equally guilty of oversimplification. Having correctly observed and analysed numerous occasions on which the market malfunctioned, they often jump to the conclusion that central state action must replace it, in spite of evidence that some state interventions have produced results worse than the market. Instead of concluding that the state should incorporate the market as a powerful instrument of planning, and prices as useful instruments of policy, they dismiss them.

There is a deeper issue underlying Little's distinction. It is, whether measures introduced to cushion the victims of the competitive struggle, or measures to ensure fairness in the allocation of resources, may not be just ineffective, but counter-productive. There has been a large literature on the detrimental effects of Social Security on incentives, of equitable controls on misallocation by encouraging "rent-seeking" activities and on reinforcing monopolies by what Raj Krishna has called "first-round socialism." There is a smaller body of literature on the detrimental effects of international aid, although a good deal has been written on food aid. These are areas in which the advocates of the 'compassionate society' and 'world solidarity' have to think harder on how to achieve their objectives without cutting away the ground on which they stand.

Hedgehogs vs. Foxes

"The fox knows many things, but the hedgehog knows one big thing" wrote the Greek poet Archilochus in the seventh century B. C. Development economics also has its hedgehogs and its foxes.

Knowing many things or knowing one big thing may refer to causes and obstacles, or it may refer to aims and objectives. We have had a large number of theories, explaining the absence of development, or too slow or distorted development, in terms of a single cause, or rather a single barrier, the removal of which would release the natural forces of progress. Neo-Marxists and dependency theorists see in neo-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

colonialism and imperialistic exploitation the chief barrier. Early non-Marxist writers stressed a shortage of savings. Low savings in turn have been ascribed (e.g. by Ragnar Nurkse) to low incomes or to the international demonstration effect. Others again see it in the difficulty of constructing overhead capital which requires large, indivisible investments. A more recent group of writers has shifted attention from inadequate physical capital to lack of human capital. Others have identified deteriorating terms of trade and the rules of the international game as the villain.

It would not be difficult to show that none of these theories holds water, though many point to obstacles that have stood in the way in some regions at some periods. Countries have failed to develop well in which these obstacles were not present, and others have successfully developed in spite of their presence.

It would be normal for an economist not to emphasize a single barrier but to analyse the social system in terms of a set of interacting conditions. Few economists would nowadays maintain that it is only land or only labour or only capital that produces output (though the history of thought shows that such views were held). Could one not apply an extension of the production function to the "product" development, and show that it depends on the cooperation and interaction of several variables, some economic, others non-economic, which are complementary to some degree but also to some extent substitutable for one another? By training, if not by instinct, economists are foxes rather than hedgehogs.

A similar division applies to the definition of objectives. Some see it in terms of national product and its growth, or only material product excluding services, others again in terms of participation, quality of life, or liberation. The pluralists see it in a blend of many objectives, and tolerate different visions of the 'good society'.

Linear vs. Non-linear Paradigms

I have suggested another dividing line. The allocation to the two schools is most easily tested by a response to the Lewis test: If the advanced countries were to sink under the sea tomorrow, would the developing countries (after a period of adjustment) be better or worse off? Like a Litmus test those who say "worse" are the Blues, those who say "better" are the Reds.

The distinction is, of course, related to the mutual interest thesis. According to the doctrine of the Blues, development is a linear path

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

along which all countries travel. The advanced countries have, at various times, passed the stage of "take-off" and the developing countries are now following them. The prime concern of governments then is to organize the march along the development path.

Applied to the area of international relations, this view led to the call on the rich countries to provide the "missing components" to the developing countries and thereby to help them to break bottlenecks and overcome obstacles. These missing components may be capital, foreign exchange, skills or management. The doctrine provided a rationale for international financial aid, technical assistance, trade and private foreign investment. By breaking bottlenecks, rich countries could contribute to development efforts a multiple of what it costs them and thus speed up the development process in the less developed countries at minimal cost to themselves. The two-gap models were a rationalization of foreign assistance. Moreover, the ultimate purpose of aid was to be rid of aid, when beyond the point of take-off, indigenous efforts are sufficient for further advance.

This linear or stages of growth view has come under heavy fire. It was criticized on logical, moral, political, historical and economic grounds.

Logically, it is evident that the coexistence of rich and poor countries, with large differences in income and technology, is bound to make a difference (for better or worse) to the development efforts and prospects of the less advanced, compared with a situation where no other country was ahead, or the distances were much smaller. The larger the gap and the more interdependent the components of the international system, the less relevant are the lessons of the early starters.

Morally and politically, the linear view ruled out options of different 'styles of development'. Inexorably, all countries were bound to pass through Rostow's five stages.

Historically, the view can be criticized as excessively determinist. Even Germany and Russia followed different paths from the English industrial revolution and the differences were greater for the recently industrializing countries.

Economically, the doctrine in deficient because it ignores the fact that the propagation of impulses from the rich to the poor countries (and among the poor countries) alters the nature of the development process. The latecomers face problems essentially different from the early starters; and the "late latecomers" again find themselves in a world of demonstration effects and other impulses, both from the

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

advanced countries and from other latecomers, which present opportunities and obstacles, incentives and inhibitions, quite different from those that England or even Germany, France and Russia faced in their pre-industrialization phase.

The Red response to the Lewis Litmus test has gained adherents with the spreading disenchantment about development and about the international contribution to it. According to this view, the international system of rich-poor relationships produces and maintains the underdevelopment of the poor countries (the rich "underdevelop" the poor, in André Gunder Frank's phrase). In various ways, malignly exploitative or benignly neglectful or simply as a result of the unintended impact of events and policies in rich countries, the coexistence of rich and poor societies renders more difficult or impossible the efforts of the poor societies to choose their 'style of development'. The dominant groups in the developing countries — politicians, entrepreneurs, salaried officials, employees — enjoy high incomes, wealth, and status and, since they are subservient to the international system of inequality, conformity, and underdevelopment, they perpetuate it. International integration leads to national disintegration. Not only Marxists but also a growing number of non-Marxists have come to attribute a part of underdevelopment (and of the obstacles encountered in the process of development) to the existence and the policies of the industrial countries of the West, including Japan and the Soviet Union.

According to one line of this second view, aid is not a transitional phenomenon to be ended after "take-off," but a permanent feature due as a matter of rights, like an international income tax. According to a more radical line, aid is itself part of the international system of exploitation essential to maintain reactionary regimes, and self-reliant, independent development has to rid itself of it.

The conclusion drawn from this perception is that the developing countries should put up barriers between themselves and the destructive intrusions of trade, technology, transnational corporations, and educational and ideological influences, and should aim at "delinking" or "decoupling," at pulling down a poverty curtain, at insulating and isolating themselves from the international system. (It is paradoxical that the socialist or radical advocates of "delinking" propose something that was triggered off by capitalist hostility to the Soviet Union, the People's Republic of China, and Cuba).

Proponents of the Blue perception point to Singapore, Hong Kong, Taiwan, South Korea, and West Africa as outstanding examples of the benefits to be derived from commercial integration into the inter-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

national system of trade, aid, investment, and money; and they cite the introduction of export crops into the colonies — rubber into Malaya, cocoa into the Gold Coast and Nigeria, tea into India — as powerful stimuli to their progress. Central Asia, large parts of Africa, and the interior of South America, on the other hand, lacked contact with the West and are among the least developed areas.

Proponents of the Red perception point to Indonesia, India, the People's Republic of China, and Japan. The country with the greatest degree of contact with the West is Indonesia, where the Dutch were present for over 300 years. Next comes India, where the British gradually expanded their footholds; then China, where trade along the coast created enclaves from which trade with the interior was forced on the country; last, Japan where the Tokugawa enforced a policy of no contact with the West except through a small Dutch trading group. Yet, they point out, Japan started to grow first and made rapid progress; China is well on the way; India comes next, and Indonesia last. The order of economic advance is the reverse of the degree of contact with the West. Albert Hirschman observes that in Latin America "industrial progress was particularly vigorous during the World Wars and the Great Depression, when contacts with the industrial countries were at a low ebb."

Inevitably, a brief summary of the two views described above is bound to oversimplify. Rostow for the first kind of perception, and Frank for the second, are the popular rather than the academic models. Raul Prebisch, Hans Singer, Gunnar Myrdal, Albert Hirschman, and François Perroux, not to say anything of Marx and List, had, long ago, developed approaches to development that separated "spread" or "trickle down" effects from "polarization," "backwash," „domination," or "immiserization" effects. And many raised doubts from the beginning as to whether everything would be fine if all countries only pursued free trade policies and established competitive markets. But probably because of their more careful formulations, the impact of their thinking, important though it was, was "peripheral" not "mainstream." More recent proponents of the second perception include Samir Amin, E. A. Brett, F. E. Cardoso, Franz Fanon, Celso Furtado, Johan Galtung, Colin Leys, Ann Seidman, Osvaldo Sunkel, and Tamas Szentes.

A reconciliation between the two perceptions (namely, that development can be speeded up by integration into the international "system" and that underdevelopment is caused and perpetuated by it) is possible along the following lines. The advanced industrial countries emit a

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

large number of impulses of two kinds: those that present opportunities for faster and better development than would otherwise have been possible, and those that present obstacles to development, those that stunt growth. (I submit that the Lewis test is not a helpful way of presenting the problem, however useful it is as a Litmus test for sorting out ideologies). The developed countries propagate a large number of impulses to the developing countries. Reasonable men may differ about the net balance of these impulses; for example, whether any defects of admitting transnational corporations are offset by the availability of a stock of scientific, technological, and organizational knowledge, or whether the harm done by the brain drain is greater or less than the benefits from foreign technical assistance, or whether the flow of grants and loans at concessionary interest rates is counterbalanced by aid-tying, faulty project selection, hard terms and conditions, and flight of capital. The interesting question then is not, "do the developing countries benefit or lose from their coexistence with developed countries?" but, "how can they pursue selective policies that permit them to derive the benefits of the positive forces, without simultaneously exposing themselves to the harm of the detrimental forces?"

Countries should scrutinize the details of the whole balance sheet, the entries on the credit and debit side, and not only the net balance. Looked at in this way, the question becomes one of designing *selective* policies for aid, trade, foreign investment, transnational corporations, technology, foreign education, movements of people, etc. Neither complete insulation nor wide-open integration but a policy of *enlightened discrimination* would present the correct answer.

This approach does tend to take a somewhat Olympian or Platonic view of policy making. If policies are regarded as a function of political interests and pressure groups, the picture changes. The Reds would say such policies are impossible, and the Blues that they are unnecessary. My reply would be that although I regard policies as partly dependent variables, determined by all the other variables in the social system, a process of experience and learning, as well as of constituency building for reforms, is capable of bending them in the right direction.

According to this view, not all transnational corporations would be welcomed on favorable terms, but only those deemed to make a positive contribution to development, and on terms that insist on fair sharing of the benefits. The contracts between host governments and foreign companies would be carefully drawn up so as to derive the benefits of direct investment without its drawbacks, while leaving sufficient

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

incentives to the company to operate efficiently on the desired scale. The existence of oligopoly rents ensures that such bargaining is possible and fruitful. Trade would be neither completely free nor autarkic, but, combined with a system of excise taxes and domestic controls, would discriminate according to social priorities. Exports would be taxed where demand elasticities are favorable. Not all forms of foreign technology and foreign products would be adopted without modification, but only those suited to the needs of the country. Others would be adapted and, where adaptation is impossible or too costly, indigenous innovation would be encouraged. Similar principles of discrimination would be applied to subsidizing education abroad and inviting technical assistance at home. Multilateral clearing and payment arrangements with like-minded countries would be established, so that constraints on hard currency earnings would not prevent the expansion of mutually beneficial trade. International reserves would be held in the form of a diversified portfolio of currencies, in order to minimize the risk of losses. All of this would require scarce administrative skills, but pooling can economize in these, international cooperation can help, and learning will improve performance.

There are alternative styles of development, and one type of society may prefer to develop by adopting or adapting technologies and products from abroad, while another will find its identity by raising a curtain (it may be a bamboo or a cactus curtain) round its frontiers or around the frontiers of a group of like-minded countries with similar income levels and needs. A judicious selection of features of outward- and inward-looking strategies is likely to give the best results — such as drawing on foreign research and developing indigenous research or drawing on and adapting foreign technology and products.

The lessons of industrializing Germany, France, Japan, and Russia, which used and adapted foreign ways, blending new institutions with old traditions, are not directly applicable because international income gaps were narrower then and the dimensions of the demographic problem, which determine the scale of the need for jobs, were quite different. Yet, even these countries in their early stages of development did not look at the established markets of England but at new opportunities and the growing markets of other newcomers.

The main point is that there is a choice of different styles of development, which rely on admitting different blends of indigenous and foreign impulses. If the developed countries are enlightened, they will not feel threatened by the discriminatory features in such approaches but will cooperate with the developing countries in evolving their individual styles.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Big vs. Small

There are those who believe that bigger is better, and those who think that small is beautiful. (We dismiss those who confuse big with great.) The spokesman of the former is the late P. C. Mahalanobis, of the latter the late E. F. Schumacher. Both views have been influential.

A simple modification of the Harrod-Domar growth model generated conclusions that appeared to justify investment in heavy industry in India. There has been a proliferation of multi-sector models with different capital/output ratios in each sector. The most influential of these have been Prasanta Chandra Mahalanobis' (1893 - 1972) two sector and four sector models.[7]

Mahalanobis assumes that investment is distributed between two sectors, consumer goods (e.g., looms) and capital goods (e.g., machine tools). We thus have two capital/output ratios: the investment/extra consumer goods ratio and the investment/extra capital goods ratio. The former is assumed to be lower than the latter, but the rate of growth of investment depends now on the rate of growth of output in the "capital goods" sector and thus on the allocation of investment between the two sectors. There is an implicit assumption that foreign exchange resources for importing capital goods are strictly limited, so that "foreign trade productivity" is zero. Thus the proportion of total investment allocated to the capital goods sector (together with its capital/ouput ratio) becomes the crucial variable determining the long-term rate of growth of consumption goods. (In his four-sector model the consumption sector is subdivided into modern industry, small-scale industry including agriculture, and services. This model was used by Mahalanobis to explore the employment implications of different investment patterns).[8]

The two-sector model has been criticized from various points of view.[9] It has been argued that no empirical meaning can be given to

---

[7] P. C. *Mahalanobis*, "Some Observations on the Process of Growth of National Income," Sankhya, Vol. 12, Part 4, September, 1953, and "The Approach of Operational Research to Planning in India," Sankhya, Vol. 16, Parts 1 and 2, December, 1955.

[8] Since the statistics of planning require the planning of statistics, Mahalanobis' contribution to both sample surveys and the statistical techniques also make him a pioneer in development planning.

[9] See, for example, Shigeto *Tsuru*, "The Applicability and Limitations of Economic Development Theory," The Indian Economic Journal, April, 1962; K. N. *Raj*, "Growth Models and Indian Planning', The Indian Economic Review, February 1961; K. N. *Raj* and A. K. *Sen*, "Alternative Patterns of Growth under Conditions of Stagnant Export Earnings," Oxford Economic Papers, Vol. 13, No. 1, February 1961; the contributions in Oxford Economic

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

the distribution of investments between the two sectors, since most industries supply products to both. The model has also been criticized for implicit and unwarranted assumptions about exports; for neglecting supply limitations other than capital goods; for ignoring depreciation, raw materials, and all intermediate goods; for confusing a technological capital coefficient with an economic choice as to how much of the product of the capital goods sector should be used for investment; for treating the productivity of investment and the capital/labour ratio as independent; for inadequately considering the relation of demand to supply; for assuming labour/capital ratio to be constant; for neglecting the benefits to development that arise from expanding some types of consumption; and for not distinguishing between capital goods in general, machine-making goods and heavy and basic industries. When all criticisms are taken into account, certain valid conclusions remain.

In the absence of all other limitations on production if there is a machine that can either reproduce itself or produce other kinds of products, the production of other kinds of products can be raised at some later date by a greater allocation of capital now to be reproduction of the machine.[10] Alternatively, if other limitations on produc-

---

Papers, Vol. 14, No. 1, February 1962, and the reply by *Raj* and *Sen*, ibid., June 1962. See also Evsey D. *Domar*, "A Soviet Model of Growth," Essay IX in Essays in the Theory of Economic Growth, Oxford University Press, New York, 1957, which discusses the very similar model of the Soviet economist Feldman.

[10] K_c — The stock of capital that produces consumption goods.

K_m — The stock of capital that produces machines. A machine can either reproduce itself or produce a machine that makes consumption goods. Machines live forever.

I — Investment, i. e. additions to the stock of capital.

C — Consumption goods.

$k = \frac{K_c}{C} = \frac{K_m}{I}$ — The capital/output ratio k is the same in each sector and the average is equal to the marginal.

P — The proportion of investment I allocated to K_m

(1) $K_m = I \cdot k$

(2) $K_c = C \cdot k$

(3) $\Delta K_m = pI$ — i. e., the part of investment allocated to making more machines

(4) $\Delta K_c = (1 - p) I$ — The remainder of investment increases the stock of machines making consumption goods.

(5) $\frac{\Delta K_m}{K_m} = \frac{P}{k}$ — dividing (3) by (1)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tion are postulated, the tautological proposition is left that if the growth of an economy is limited by a bottleneck in the production of capital goods (however defined), removal of this bottleneck will accelerate growth.

In India's First Plan, emphasis was placed on the marginal propensity to save. It has been healthy to distribute the emphasis among other constraints, such as availability of capital goods, and to show that these may prevent the savings potential from materializing. To raise the investment/income ratio is obviously not enough. Decisions will also have to be taken as to how the investment is to be distributed among different activities. Not only the aggregate of savings but also its distribution is important. But any bottleneck — skilled labour, administrative ability, foreign exchange — could be selected as a constraint and the proportion of expenditure (or effort) devoted to reducing this constraint could be made the determinant of development.

Mahalanobis and some of his predecessors and followers have advocated more "roundabout" methods of increasing production, in the sense of increasing the allocation of investment to the capital goods sector. These methods are vulnerable to a criticism that Wicksell advanced against Böhm-Bawerk.[11] (The features criticized are not identical, but the parallel brings out the assumptions about Pareto

---

(6) $\frac{\Delta K_c}{K_c} = \frac{(1-p)K_m}{kK_c}$ dividing (4) by (2)

Hence, the smaller p and the larger K_m/K_c the greater the rate of increase of machines making consumption goods. But the larger p is *now* the larger K_m/K_c will be *later*. If $p = K_m/(K_m + K_c)$, i. e. if the proportion of machines allocated to making machines is the same as the ratio of the stock of machine-making machines to the machines, $\Delta K_m/K_m = \Delta K_c/K_c$. If $p > K_m/(K_m + K_c)$ the rate of growth of consumption will be smaller than the rate of growth of investment and vice versa.

If we assume that all machines can produce either consumption goods or more machines, K_m and K_c then stand for the number of machines producing more machines and for those making consumptions goods, respectively. And p then reduces to the marginal propensity to save, and the growth rate depends only on the savings ratio and the capital/output ratio.

[11] *Wicksell*, too, found the problem a tricky one. He writes: "The technical superiority of present goods (including present productive forces) over those of the future is probably the part of ... (*Böhm-Bawerk's*) reasoning which has set his readers pondering most, at least it has been so for me. I do not know how many times I have returned to this point without being clear why it was that *Böhm-Bawerk's* treatment did not satisfy me, until, particularly by reading *Bortkiewicz's* criticism ('Der Kardinalfehler Böhm-Bawerk's, Schmollers Jahrbuch, Bd. XXX), I think I definitely found the solution". (Knut *Wicksell*, Selected Papers on Economic Theory, Allen & Unwin Ltd., London, 1958, p. 182.)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

optimality). To translate Wicksell's bewilderment into the language of the Mahalanobis model, one may begin by asking: If it is the distribution of investment between machines and machines making machines that is the key to rapid growth, why not invest in machines making machines and achieve a still higher rate of growth, and so on? It is irrelevant in the present context to reply that time preference is not zero and that there are political difficulties in the way of such postponement. The present question focuses on the technical possibilities, and Wicksell's reply was that

> "... technically advantageous roundabout methods of production are profitable only to a limited extent economically. If by sacrificing 50 crowns or 50 labour units now I can receive in return 100 from a one-year production process, but 150 from a two-year one, then it is obvious that I ought to choose the *one*-year alternative, even if I intend to wait two years for my returns, because by repeating the one-year production process the next year on double the scale (since I then have 100 crowns or labour units at my disposal), I will obtain 200 at the end of the second year instead of 150. In other words, if a successive lengthening of the production process is also to be economically profitable, the product must increase at a more than geometric rate of progression, as time is increasing at an arithmetic rate. In general this can only be so to a limited extent through newly occurring changes".[12]

In the language of the Indian plan, Wicksell's criticism can be stated thus: plowing back seeds (presumably consumption goods) may yield the same future results and leave more to be eaten now than constructing machine tools to make steel mills to make fertilizer plants to make fertilizers to produce more seeds. Methods of production that are "inefficient" in the Pareto sense must be ruled out. That is, if by adopting some other method of production, output at one time could be increased without reducing output at any other time, the present method is unambiguously inefficient. If for an infinite time-horizon we substitute a flow of output to the horizon plus a final capital stock, the criterion for inefficiency is that output could be increased at some time without decreasing it at any other and without decreasing the amount of any item in the final capital stock. It is frequently assumed in the discussion that all methods of production using more and more capital goods are "efficient" in the sense of not being unambiguously inefficient. But only after it has been determined what are "efficient" methods can it be asked which of these efficient methods should be

[12] Ibid., p. 183.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

adopted in view of technological limitations, the need to enforce savings, and the political value judgments about time.

The Mahalanobis model also adds a constraint set by savings, though it is an odd and rather special constraint. If it is assumed that savings can be raised only by introducing capital-intensive methods of production, then emphasis on heavy industry and capital goods becomes a means of enforcing savings. In terms of the Harrod-Domar model, in which the growth rate (g) equals the savings/income ratio (s) divided by the capital/output ratio (k), s becomes a function of k, and k is a function of the distribution of investment; by changing the direction of investment we can increase the average k, thereby raising s more than proportionately and thus raising the growth rate g. The main reason seems to be that people cannot eat machines. But before choosing this method of increasing g we should be certain that there are no ways of reducing k that would reduce s less than proportionately.

In spite of numerous criticisms that have been advanced against the Mahalanobis model, his conclusions and recommendations were right for India at the time.[13] The principal reason he gave for encouraging the machine-making sector is to reduce, in time, the unit cost of making capital goods through learning effects, economies of scale and specialization. For a country the size of India, this was the most important ground for building up the capital goods sector. Sir John Hicks in his *A Theory of Economic History* attributes the mainspring of the Industrial Revolution not, as is commonly thought, to the textiles sector, but to the capital goods sector, in which ever cheaper ways were found to make machines to make machines (pp. 147 - 148).

Ernst Friedrich Schumacher (1911 - 1977) stands at the opposite pole from that of P. C. Mahalanobis. It is ironical that the Indian disciple of Tagore from Bengal enthusiastically advocated large-scale facilities to produce cement, electricity and steel, while the product of the high-technology education of West Germany, Great Britain and America emphasized, above all, the need to protect the process of organic growth and foresaw spiritual disaster in any attempt to speed up development through a programme of large-scale industrialization.

E. F. Schumacher combined great analytical and innovative ability with mystical vision. In his later years the second dominated the first, and his attacks on economics became curiously intemperate. (One of his

---

[13] See T. N. *Srinivasan*, "P. C. Mahalanobis", in: International Encyclopedia of the Social Sciences, Vol. 18.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

disciples, whose book he propagated, described conventional economics as a form of brain damage.) During World War II, when he was an agricultural labourer in Northamptonshire, Schumacher wrote the outline for what came to be the Keynes Plan for a Clearing Union of Bretton Woods. Later, he got into trouble when working with the Control Commission in Germany when he described the important American contribution to Germany's recovery, illustrating it by a grant of *Hühnerfutter,* which, translated, became "chickenfeed," and offended the Americans deeply. He worked with Beveridge on the Report on Full Employment in a Free Society and served for twenty years as advisor to the British Coal Board. He foresaw early the ecological and energy crisis and opposed the running down of the coal mines.

In the 1960s, when capital accumulation was the rage on both the left and the right, and when the "stages of economic growth" dominated official thinking, Schumacher argued that countries with large labour surpluses and capital shortages should adopt "intermediate technology," at a cost of between $ 100 and $ 1,000 per workplace; neither $ 10,000, nor $ 10. Village tools were too primitive, Western machines too complex. "Modern man has built a system of production that ravishes nature and a type of society that mutilates man," he wrote, in an eessay on "Economics as if people mattered." He wanted technology to have a human face. What initially was developed for the poor countries found application in the advanced industrial countries of the West, and he had a wide following among the young, especially in America.

The notion of an intermediate or appropriate technology was applied not only to manufacturing industry and agriculture (simple power tools, not tractors and combine harvesters), but also to the social sectors, health, sanitation, water supply, and to the scale of institutions: small, decentralised, participatory. In his later writings Schumacher emphasized the unity of man as consumer and producer. His thought had been developed when he was economic adviser to Burma and India, where Buddhist and Gandhian philosophy had impressed him. In a talk about development he told the following story:

> "Whenever I hear the word 'development' an occasion comes irresistably to my mind when a British economist went for a walk in the beautiful unspoilt hills of Surrey on a Sunday afternoon, when you don't meet anybody because nobody can walk anymore — all you hear is the distant din of the motor traffic all the way down to the coast. And this economist suddenly to his surprise met God Almighty (who evidently also had the thought of taking a walk!) and he didn't know what to say; but he remembered that as a little boy he

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

had been told that what is a thousand years to us is just a minute to the Lord. And it welled up in him to say "Lord, is this right?" And the Lord said "Yes, that is quite right." By that time he had recovered his senses, and he said "Lord, then it may also be right that what is a million pounds to us is only a penny to you." And the Lord said "Yes, that is right." And the economist said "Well, then, why don't you give me one penny?" And the Lord said "Certainly, my dear chap; I haven't got it on me, but just wait a minute while I fetch it!" This thought always comes to my mind when we talk about development."

Focusing on the economic content of Schumacher's message, the neoclassical economist might reply that, with proper pricing policies, reflecting the relative scarcities of the factors of production, the right combinations between capital and labour would emerge. But the scale of the problem is such that tinkering with prices would not help. Incomes per head in the poor countries are perhaps one tenth of what they are in rich countries; savings rates are about one half; and the rate of growth of the labour force is three times as high, say 3 per cent instead of 1 per cent. This means that investable resources per worker are only one sxitieth what they are typically in an advanced, industrial country. ($1/10 \times 1/2 \times 1/3$). Assuming, unrealistically, completely fixed coefficients between capital and labour, the transfer of rich country technology would create jobs for only between 1 and 2 per cent of the extra labour force streaming into the market every year, without making an impact on the large pool of already existing unemployed. Even with a considerable degree of flexibility, it is impossible to remove unemployment. And the appropriate technology for these countries just does not exist. Only 3 per cent of research & development expenditure is spent in the developing countries containing three quarters of humanity (and by no means all of this on problems specific to them); 97 % in the rich countries, comprising only one quarter of mankind. This amounts to a ratio of 100 : 1 of R & D expenditure per head between rich and poor countries. No wonder appropriate technology for low income societies does not exist.

Utopians vs. Pedants

Finally, there is my favorite division between Utopians and Pedants. There is, on the one hand, an admirable species of man and woman: professional, dedicated, fine minds, conscientious, paying great attention to details. These are, without derogatory connotations, the Pedants. But they have come to know so much about how things are

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

and how they work that they have acquired a vested interest in preserving the *status quo*. When faced with proposals for reform, they are like inverted Micawbers — waiting for something to turn down. They can always think of 10 very good reasons why it cannot be done. If we think that there must be a solution to every problem, they have at least one problem to every solution, and often more.

On the other hand, there is a group of people, with fewer but more vocal members. They present us with visions of different possibilities of the future. Just as the first group is passionately devoted to preserving things as they are, so this group passionately dislikes precision, both in analysing what exists today and in drawing up the blueprints of their ideas for a better society in the future. They are the Utopians. They are careless about details but they are the visionaries, the keepers of our faith.

The division of humanity into Pedants and Utopians is, as Peter Berger has said, deplorable. What we need is to marry the two: *Pedantic Utopians* or *Utopian Pedants* — who cultivate, with informed fantasy, imaginative but carefully worked out visions of alterntaive social possibilities.

Lessons to be Learned

Some of the foregoing discussion can be criticized for being too compromising. Eclecticism and compromise are not attractive to scholars. And it is true that two different scientific paradigms cannot coexist for long. But the declension is: I (and Hegel) synthesize, you compromise, he/she is anaemic. The intention was not compromise but to show either that the alternatives were wrongly posed, or that only a double-pronged attack will achieve the objective.

What lessons can be learned for the future course of development economics should it turn out that the news of its death has been exaggerated?

(1) The transition of development economics from the "economics of a special case," viz. Third World economies, to a new global economics of shared problems, but with greater differentiation of approaches and analyses both unifies and differentiates the subject.

(2) The call for an appropriate intellectual technology that is rigorous within the bounds permitted by the subject calls for a unification of the formal and informal intellectual sectors.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

(3) The need for multidisciplinary work at the deepest level, where non-conventional but relevant variables are incorporated in the models, is generally accepted. The precise way of doing it is much more difficult to specify.

(4) A selective policy of discrimination is capable of producing a synthesis between those who advocate total linking to the international market system and those who advocate delinking. Its purpose would be to make use of the beneficial impulses propagated by the world system, without admitting the detrimental impulses.

(5) Three dimensions now somewhat neglected need strengthening. One is the historical dimension, so that we understand how things came to be what they are, so that we may know the limits of and opportunities for how they should become. The second is the global dimension, viewing international relations in a manner that transcends the boundaries of the nation state. The interaction of national policies and the international system, alliances of interests across national boundaries, appropriate institutional responses to global problems are all issues that should have a higher place on our research agenda than they have now. The third is the dimension of what Harvey Leibenstein has called Micro-Micro Theory. But it covers not only what goes on inside the firm, but also inside the farm, the household, and possibly inside any one individual, with conflicting desires. The basic needs work has shown that institutional arrangements are very important in meeting basic needs, and of the three institutions, market, public sector and household, the household has, until recently, been neglected by economists. In addition, the origins and diffusion of technological and social innovation deserve more attention.

(6) Large-scale and small-scale activities should not be regarded as alternatives, but should be made mutually supporting or at least not mutually destructive — Mao's strategy of "walking on two legs." Large-scale, modern activity should not destroy the small-scale, informal sector. The difficulty is to design policies which enable the small-scale sector to grow, without depriving the large-scale sector of resources that would have a higher productivity there: these may be capital, or managerial talent, or wage goods, or foreign exchange.

(7) Finally, we need a combination of careful attention to details with visions for alternative ways of arranging and managing our affairs.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zusammenfassung

Wechselnde Akzente der Entwicklungstheorie

Der Niedergang des Faches Entwicklungsökonomie wurde von Albert Hirschman 1980 unter anderem mit dem gleichzeitigen Angriff sowohl der Neoklassiker als auch der Dependenztheoretiker erklärt: Die neoklassische Schule teile mit der Entwicklungsökonomie zwar die Annahme gegenseitigen Nutzens aus den wirtschaftlichen Beziehungen von Nord und Süd, behaupte aber darüber hinaus, es genüge eine einzige ökonomische Denkweise, die jederzeit Anwendung auf alle Länder finden könne *(monoeconomics)*. Die Dependenztheoretiker dagegen stimmten mit der Entwicklungsökonomie darin überein, daß *eine* ökonomische Denkweise für die Vielzahl von Ländern alleine nicht ausreiche, teilten aber nicht deren Vorstellung des gegenseitigen Nutzens von Nord und Süd.

Diese Erklärung wird in dem vorliegenden Beitrag kritisch diskutiert. Auch andere Gegensätze werden einer Kritik unterzogen; unter anderem der Gegensatz zwischen linearen Theorien der Entwicklung (Walt W. Rostow) und nicht-linearen (André Gunder Frank), die sehr gegensätzliche Schlußfolgerungen für das internationale System beinhalten. Sodann werden die Gegensätze zwischen neoklassischen und strukturalen theoretischen Ansätzen betrachtet, zwischen „Füchsen und Stachelschweinen", zwischen jenen, die lieber klotzen und denen, die lieber kleckern oder glauben, daß small auch beautiful sei, zwischen Utopisten und Pedanten, und andere mehr.

Es wird argumentiert, daß die Nachricht vom Niedergang (oder sogar vom Tod) der Entwicklungsökonomie übertrieben ist, daß vielmehr eine Disaggregation der üblicherweise verwendeten Variablen und die Kooperation mit anderen Fachgebieten als der Nationalökonomie der Entwicklungsökonomie bei der Lösung praktischer Entwicklungsprobleme eine lange, gesunde und lebendige Zukunft verspricht. Der Autor ist der Auffassung, daß nicht der Kompromiß, sondern die Synthese gesucht werden sollte — Gegensätze können auch überwunden werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wechselnde Akzente der Entwicklungspraxis

Von *Michael Bohnet,* Bonn

I. Einleitung

Der Entwicklungspraktiker glaubt, Entwicklungsprozesse beeinflussen und steuern zu können. Deshalb handelt er. Er ist sich jedoch — vor allem, je länger er in der Praxis tätig ist —, der Marginalität seines Einflusses auf den Entwicklungsprozeß bewußt. Deshalb ist für jeden Entwicklungspraktiker Bescheidenheit erste Bürgerpflicht.

Zuerst ein Wort zum Verhältnis von Entwicklungspolitik und Entwicklungspraxis. Entwicklungs*politik* setzt die Ziele und gestaltet die Instrumente. In der Entwicklungs*praxis* wird versucht, die Ziele mit Hilfe der Instrumente in die Realität umzusetzen. Dieser Beitrag befaßt sich sowohl mit der Entwicklungspolitik als auch der Entwicklungspraxis.

Das Instrumentarium des Entwicklungspolitikers ist vielfältig. Es reicht von der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit über die Beeinflussung der privatwirtschaftlichen Kooperation mit der Dritten Welt bis hin zur Palette der rohstoff-, handels-, industrie-, währungs-, wissenschafts- und rüstungspolitischen Instrumente. Ich möchte mich auf die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit konzentrieren, jedoch auch Trends im Nord-Süd-Dialog insgesamt untersuchen. Wenn ich von Entwicklungspolitik spreche, meine ich besonders die Politik der Industrieländer gegenüber der Dritten Welt und vor allem die deutsche. Ich werde die wechselnden Akzentuierungen der Entwicklungspraxis während der letzten 10 bis 15 Jahre beleuchten. Diesen Zeitraum habe ich selbst in der Praxis verbracht, hierzu wage ich Urteile und Wertungen.

Im folgenden werden also nicht die Beziehungen zwischen Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik untersucht. Dazu habe ich vor kurzem ausführlich Stellung genommen.[1] Mein zentraler Untersuchungsgegenstand lautet hier: Welche Frage- und Problemstellungen

[1] M. *Bohnet* (Hg.), Ökonomische Entwicklungstheorien und Entwicklungspolitik, in: Nohlen/Nuscheler, Handbuch der Dritten Welt, 2. Aufl., Hamburg 1982, S. 306 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

treiben den Entwicklungspraktiker um? Wo muß er Konflikte durch Kompromisse lösen? Wo endet sein Einfluß? Ich werde vier Themenbereiche behandeln:

— Wandel der Grundkonzepte und Methoden und deren Einfluß auf die Praxis der Entwicklungsadministration

— Kernfragen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit

— zentrale Problembereiche der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit und

— wichtige Trends im Nord-Süd-Dialog.

II. Wandel der Grundkonzepte und Methoden und deren Einfluß auf die Verwaltungspraxis

1. Die Grundbedürfnisstrategie

Die Vorstellung der ersten Entwicklungsdekade (1960 bis 1970), Wachstum ziehe Entwicklung nach sich, hatte Auswirkungen auf die sektorale Verteilung der Fördermaßnahmen. Im Vordergrund standen Vorhaben der materiellen Infrastruktur und Industrieprojekte. Die Grundbedürfnisstrategie, 1976 von der Weltbeschäftigungskonferenz verabschiedet, stellte die Argumentation auf den Kopf. Zuerst gelte es die absolute Armut bekämpfen, da Wachstum noch nicht Entwicklung für alle garantiere. Die Grundbedürfnisstrategie setzte deshalb bei der Zielgruppe der absolut Armen an und vertraute nicht auf die mittelbaren Wirkungen eines Wirtschaftswachstums, das über Ausbreitungseffekte schließlich auch die arme Mehrheit der Bevölkerung erreiche. Die Bekämpfung der Massenarmut wurde vorrangige Aufgabe der Entwicklungspolitik. Dabei ging es zuallererst darum, die Grundbedürfnisse der Menschen nach Nahrung, sauberem Trinkwasser, Gesundheit, Kleidung, Wohnung und Bildung zu befriedigen. Eine bessere Befriedigung der Grundbedürfnisse steigere die Leistungsfähigkeit und damit die Arbeitsproduktivität und schaffe so mittelbar die Grundlage für ein nachhaltiges, eigenständiges Wirtschaftswachstum. Doch die Grundbedürfnisstrategie konzentrierte sich nicht nur auf die materiellen Grundbedürfnisse. In der Erklärung von Cocoyoc[2] wurde eine Strategie der grundbedürfnisorientierten Entwicklung formuliert, die die Befriedigung immaterieller Grundbedürfnisse (kulturelle Identität, Abbau der Entfremdung, Dezentralisierung, stärkere Teilhabe an Entscheidungsprozessen, Einklang mit der Natur, soziale Einbettung, psychische Stabilität) miteinschließt.

---

[2] The Cocoyoc-Declaration, in: Development Dialogue, 1974/2, S. 88 - 96.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In den Verwaltungen wurde eine Diskussion darüber entfacht, wie grundbedürfnisorientierte Projekte am besten umzusetzen seien. (Teilelemente der immateriellen Grundbedürfnisstrategie wurden in einer späteren Phase zu operationalisieren versucht: siehe dazu Kap. II. 2). Entsprechend entbrannte ein Kampf um die sektorale Verteilung der Mittel. Hierbei traten die ersten Schwierigkeiten auf, denn die regionale Rahmenplanung, die die Aufteilung der Mittel auf die Länder bestimmt, hat in der Praxis erste Priorität. Die Festlegung sektoraler Quoten läßt sich mit dem Prinzip der regionalen Rahmenplanung nicht vereinbaren, denn es ist nicht möglich, sektorale Quotierungen auf Länderebene zu fixieren, da die Bedingungen in jedem Land unterschiedlich sind und zudem noch das Antragsprinzip gilt. Ob also die Aufaddierung der sektoralen Mittelzuweisungen, so wie sie sich aus der Summe der einzelnen Länderprogramme ergab, der übergreifenden sektoralen Quotierung entsprach, blieb ungewiß. Letztlich hing es von dem entwicklungspolitischen Credo des Regionalreferenten ab, ob er bereit war, dem Grundsatzbedürfnisansatz bei seiner Länderplanung entsprechendes Gewicht beizumessen. Nur wenn die überwiegende Zahl der Regionalreferenten bereit war, grundbedürfnisorientierten Projekten Vorrang vor anderen Projekten einzuräumen, war eine Verschiebung der sektoralen Struktur zugunsten von grundbedürfnisorientierten Projekten möglich.

Fazit: das Nebeneinander von Regional- und Sektorprinzip macht es vom Planungsansatz her unmöglich, die Umsetzung der Grundbedürfnisstrategie administrativ zu verordnen, ganz im Gegensatz zur regionalen Aufteilung der Mittel auf die Länder in Form von Länderquoten, die ohne Schwierigkeiten administrativ umzusetzen ist. Da aber jeder Beamte eine „Schere im Kopf" hat, d. h. das politisch Gewollte antizipiert, gelang es dennoch, z. B. im Rahmen der deutschen Entwicklungspolitik, den Anteil grundbedürfnisorientierter Projekte in den letzten Jahren wesentlich zu steigern (z. B. auf 32 % der bilateralen Zusagen im Jahr 1983).

Ein grundbedürfnisorientiertes Projekt wurde anhand von drei Kriterien definiert:

a) Bedürfnisorientierung: Die Maßnahmen umfassen

   — den laufenden Mindestbedarf des Einzelnen und seiner Familie an Ernährung, Unterkunft und Kleidung,

   — lebenswichtige öffentliche Dienstleistungen, insbesondere Trinkwasser, sanitäre Anlagen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

b) Zielgruppenorientierung: Die Maßnahmen müssen den in absoluter Armut Lebenden zugute kommen.

c) Partizipation: Die Beteiligung der Betroffenen bei Planung und Durchführung von Entwicklungsmaßnahmen ist unabdingbar.

Bei der Anwendung dieser Kriterien gibt es trotz der Schematisierung und gezielter Fragebögen gewisse Entscheidungsspielräume. Die Gefahr, Statistiken zu frisieren, ist deshalb stets latent vorhanden. Im Grunde genommen ist jedoch nicht eine bestimmte Prozentzahl wichtig, entscheidend ist der wachsende Trend. Die im Jahre 1980 eingeleitete Neuorientierung der Projektpolitik, die der Bekämpfung der absoluten Armut Vorrang einräumt, hat somit Einfluß auf die Projektpraxis gewonnen.

Es sei angefügt, daß der Widerstand der Entwicklungsländer gegenüber grundbedürfnisorientierten Maßnahmen in der Praxis nachgelassen hat. Dazu hat sowohl die „Internationale Entwicklungsstrategie für die dritte Entwicklungsdekade"[3] beigetragen, die 1980 im Konsensus verabschiedet wurde und alle Elemente einer grundbedürfnisorientierten Strategie enthält als auch die Dikussion über das Bariloche-Modell[4], das eine Erweiterung des Grundbedürfniskonzeptes auf die globale Ebene darstellt. Dennoch dürfen weiter bestehende administrative Kernprobleme nicht vernebelt werden: die geringe Absorptionsfähigkeit vieler Entwicklungsländer verhindert größere Fortschritte bei der Umsetzung der Grundbedürfnisstrategie.

Ein weiteres, seit Jahren bestehendes Dilemma muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden: Zwischen der Förderung grundbedürfnisorientierter Projekte und der Forderung nach Beschäftigungswirksamkeit der Projekte für die Wirtschaft der Industrieländer besteht ein Zielkonflikt: Gundbedürfnisorientierte Projekte führen zu geringeren Aufträgen an die Wirtschaft als klsasische Infrastruktur- und Industrieprojekte. Die derzeitige Politik der deutschen Bundesregierung zielt darauf ab, die entwicklungspolitisch sinnvolle Verwendung der Mittel auch mit eigenen wirtschaftlichen Interessen in Einklang zu bringen. In allen dafür gegeigneten Fällen wird daher geprüft, ob und inwieweit bei der Vergabe von Lieferungen und Leistungen Auswirkungen auf die Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt

---

[3] International Development Strategy, in: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik, Materialien-Nr. 68, Bonn Mai 1981.

[4] A. O. *Herera;* H. D. *Scholnik,* u. a.: Grenzen des Elends, Das Bariloche-Model. So kann die Menschheit überleben, Frankfurt/M. 1977.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werden können. Dabei versucht man, dem Prinzip des freien Wettbewerbs verpflichtet zu bleiben. Für die Praxis heißt dies eine Gratwanderung.

2. Sozio-kulturelle Folgewirkungen von Projekten

Die Entwicklungspolitik der Industrieländer hat sich in den 60er und 70er Jahren wenig um die sozio-kulturellen Folgewirkungen von Projekten gekümmert. Hier hat in den letzten Jahren ein erheblicher Umdenkungsprozeß stattgefunden, der weit in das Entscheidungsgefüge der Entwicklungspraxis hineinreicht und auch zu Zielkonflikten führt. Die Erfahrungen der praktischen Entwicklungshilfe ließen kulturelle Deutungsmuster, wertbedingte Verhaltensweisen, autochtone Sozialstrukturen, Traditionen und Institutionen sowie Fragen der Berührung, Durchdringung und Vermischung von Kulturen in den Vordergrund des wissenschaftlichen und des politischen Interesses treten.[5]

Es ist allgemein bekannt, daß Entwicklungsprozesse gewachsene soziale Strukturen, Glaubens- und Verhaltensformen gefährden oder zerstören können, ohne daß vergleichbare neue an ihre Stelle treten. Traditionellen Kulturen mit einer starken Betonung der Gemeinschaftswerte werden Wertvorstellungen gegenübergestellt, die den Einzelnen in den Mittelpunkt rücken, aber nicht für seine soziale Einbindung sorgen. Dies kann zu einer Entwurzelung des Menschen, zu Spannungen und Identitätskrisen führen. Die Länder der Dritten Welt besinnen sich deshalb in zunehmendem Maße auf ihre eigenständigen kulturellen Werte und Traditionen. Sie versuchen, sie zu bewahren, weiter zu entfalten und in Einklang zu bringen mit notwendigen modernen Entwicklungen.

Das Ringen zahlreicher Entwicklungsländer um einen Entwicklungsweg, der nicht von fremden kulturellen Leitbildern bestimmt ist, sondern an eigenen Traditionen und Wertvorstellungen anknüpft, hat wichtige Konsequenzen für Zielsetzung und Anlage der praktischen Zusammenarbeit mit der Dritten Welt. Man bemüht sich bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, möglichen negativen Folgen eines gemeinsam als notwendig erkannten Wandels entgegenzuwirken. Diesem Bemühen entspricht in der kulturpolitischen Zusammenarbeit die Förderung des kulturellen Selbstverständnisses und der Eigenständigkeit der Entwicklungsländer.

---

[5] H. *Zwiefelhofer* u. a.: Soziokultureller Wandel und Entwicklungspolitik, in: Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Herausforderungen für die Entwicklungspolitik in den 80er Jahren, Köln 1982, S. 213.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Für die entwicklungspolitische Praxis heißt dies:

— Entwicklungsziele müssen in voller Respektierung der Eigenverantwortung derjenigen Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern festgelegt werden, die durch die entwicklungspolitische Zusammenarbeit begünstigt werden sollen. Förderziele wie soziale Gerechtigkeit, Freiheit, Sicherheit und Partizipation sind unter der Achtung der kulturellen Eigenarten dieser Gruppen zu konkretisieren.

— In Durchführungs- und Evaluierungsstudien für Entwicklungsvorhaben müssen sozio-kulturelle Aspekte und Kriterien ein integraler Bestandteil werden. Konkret wird also gefragt nach den Auswirkungen der Projekte auf die Differenzierung von Rollen, auf Mobilität, Statusverschiebung, Wertkonflikte, Formen sozialer Kontrolle, nach den Veränderungen der Lebensgewohnheiten, z. B. der Konsummuster, nach neuen Mechanismen der gesellschaftlichen Selbstregelung, nach Auswirkungen auf die makrosozialen Strukturen wie Schichtung, Herrschaft, Migration etc.[6] Die Einführung solcher Kriterien bedeutet u. a., daß auch in Entwicklungsländern zur Verfügung stehende Kenntnisse und Fähigkeiten (Universitäten, Forschungseinrichtungen, kirchliche und gesellschaftliche Gruppen) stärker genutzt werden.

— Die Auswahl und Vorbereitung von Experten und Entwicklungshelfern muß mit besonderer Sorgfalt erfolgen; sie müssen über die Fähigkeiten verfügen, sich in fremde Denk- und Verhaltensweisen einzufühlen und über den eigenen unbewußten Wertetransfer nachzudenken.

All dies führt zu Konflikten. Überspitzt kann man von einer Unverträglichkeit von sozio-kultureller Projektrealität, sozio-kulturellem Projektmilieu und den bürokratischen Zwängen der formalen und rechnerischen Projektabwicklung sprechen. Die Jährlichkeit des staatlichen Budgets stellt die Administration unter ständigen Vollzugszwang.[7] Verpflichtungsermächtigungen müssen bis zum Jahresende belegt und Baransätze vor dem Jahresende verausgabt werden. Die Überlastung der Administration kann die Projektplanung beeinträchtigen. Eine Erhöhung des Anforderungsprofils von Projekten, z. B. die Berücksichtigung der Frauenrelevanz oder sozio-kulturueller Aspekte, kompliziert die Prüfung und vermindert die Zahl der brauchbaren Projektansätze.

---

[6] Ebd., S. 224.

[7] Ebd., S. 235.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aber nicht nur aufgrund der Planungspraxis sind Zielkonflikte an der Tagesordnung, sondern es bestehen auch inhaltliche Zielkonflikte. Ich nenne insbesondere den Zielkonflikt zwischen der Wahrung endogener kultureller Traditionen und der Verwirklichung der Menschenrechte. Dies ist ein latenter Konflikt in der Praxis.[8] Deshalb ist es noch ein weiter Weg, bis die Zielvorstellungen, die in Bezug auf die soziokulturellen Fragen formuliert wurden, verwirklicht werden und interkulturelle Kommunikation zum Bestandteil der Entwicklungspolitik wird. Bisher läßt sich lediglich sagen, daß ein Umdenkungsprozeß in der Praxis begonnen hat: Sowohl im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) als auch in den Durchführungsorganisationen gibt es Arbeitseinheiten, die sich konkret mit der Ausformulierung von Leitfäden zur Erfassung sozio-kultureller Folgewirkungen befassen. 70 Entwicklungsprojekte wurden bisher hinsichtlich der Berücksichtigung sozio-kultureller Faktoren untersucht.[9]

Damit keine euphorische Stimmung aufkommt, möchte ich ein wenig Salz in die Suppe streuen. Die Frage nach den Langzeit- und Nebenwirkungen von Eingriffen in tradierte soziale Verhaltensweisen ist äußerst schwer zu beantworten, denn es geht um die „Feststellung unbeabsichtigter sozialer Rückwirkungen absichtsgeleiteter menschlicher Handlungen" wie es Karl Popper einmal ausgedrückt hat.

3. Differenzierung oder „Das Ende der Dritten Welt"

Es kann nicht länger davon gesprochen werden, daß es einen einheitlichen Interessengegensatz zwischen 1. und 3. Welt gibt. Die Zentrum-Peripherie-Modelle des internationalen Systems sind revisionsbedürftig. Für den Praktiker ist der Begriff „Entwicklungsländer" eigentlich überholt. In der Praxis spielt vor allem folgende Ländergruppierung eine Rolle, da sich nach ihr das entwicklungspolitische Instrumentarium auffächert:

a) die ärmsten Entwicklungsländer — LLDCs[10] — (definiert nach drei Indikatoren),

b) die ärmeren Entwicklungsländer ausschließlich der LLDCs (BSP-Pro-Kopf unter 420 Dollar),

c) die Mittelgruppe ausschließlich der Schwellenländer (BSP-pro-Kopf größer als 420 Dollar),

---

[8] Ebd., S. 227.

[9] W. v. D. *Ohe:* Die Bedeutung soziokultureller Faktoren in der Entwicklungstheorie und -praxis. Köln 1982, S. 261 ff.

[10] Least developed countries.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

d) die Schwellenländer (unterschiedlich definiert, überwiegend nach etwa 10 ökonomischen und sozialen Indikatoren).

Daneben gibt es noch die Gruppen der MSAC-Länder[11], der OPEC-Länder, der Inselländer, der Binnenländer und — seit neuestem in der UN-Diskussion — der Länder, die durch die Dürre besonders betroffen sind (countries stricken by desertification and drought). Erwähnt sei ferner, daß der Weltpankpräsident kürzlich acht Ländergruppen vorschlug, nämlich vier Industrieländergruppen (Nordamerika, Westeuropa, Osteuropa, Japan) und vier Entwicklungsländergruppen (OPEC, Schwellenländer, erfolgreiche Staaten Ost- und Südasiens und arme Länder).

Interessant ist auch die Einteilung des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik in Rand- und in Gravitationsländer, die auf das geopolitische Gewicht der Länder abstellt.[12] Nach dieser Definition haben sich auch im Laufe der letzten 10 Jahre deutlich einige Gravitationsländer herausgebildet, sowohl Länder mit wirtschaftlicher Vormachtstellung in ihrer Region als auch Länder, die eine politisch-militärische Ordnungsfunkton ausüben; dazu zählen 19 Entwicklungsländer. Damit entsteht eine neue Struktur mittlerer Mächte, mit dem Trend zu einer Regionalisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die Entwicklung der jeweiligen Randländer hängt zunehmend von derjenigen der Gravitationsländer ab.

Diese Differenzierung hatte für die Praxis vor allem folgende Konsequenzen: Gegenüber den Ländern der Gruppen (c) und (d) wird überwiegend eine verstärkte außenwirtschaftliche Zusammenarbeit betrieben, und zwar auf dem Gebiet des Handels und des privaten Kapitaltransfers sowie dem Bereich der wissenschaftlichen, technologischen und industriellen Kooperation. Wo weiterhin — auch aus außenpolitischen Gründen — mittelfristig Entwicklungshilfe an diese Länder gewährt wird, wird der Hauptakzent auf die Mischfinanzierung, auf die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit und auf die Milderung sozialer und ökologischer Folgeerscheinungen des Modernisierungsprozesses gelegt. Die Länder der Gruppe (a) und (b) erhalten den Hauptteil der Entwicklungshilfe, wobei insbesondere der Hilfeanteil an die LLDCs gesteigert wurde; diese Länder erhalten nur noch Zuschüsse, außerdem wurden ihnen in den letzten Jahren die Schulden erlassen, die aus der Gewährung öffentlicher Entwicklungskredite herrühren.

---

[11] Most seriously affected countries.

[12] K. *Esser;* J. *Wiemann:* Schwerpunktländer der Dritten Welt, Berlin 1981.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kriterien für die Aufteilung der Entwicklungshilfe an die einzelnen Länder sind vor allem die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage, die außenwirtschaftliche Leistungskraft, geeignete Projektansätze, die Eigenanstrengungen, die Bevölkerungszahl, die ordnungs-, außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung sowie der Grad der Verwirklichung der Menschenrechte. Es gibt bei den bilateralen Gebern wie auch bei den Vereinten Nationen sog. Modellrechnungen, die jedes Land nach einer Vielzahl quantitativer und qualitativer Indikatoren bewerten, um daraus Schlußfolgerungen für die regionale Verteilung der Mittel abzuleiten. Der Trend der letzten Jahre besteht darin, daß die außen- und ordnungspolitischen Kriterien sowie das Kriterium „Eigenanstrengungen" zu Lasten der anderen Kriterien bei der Verteilung der öffentlichen Hilfe an Gewicht gewonnen haben.

Hier ist kritisch anzufügen: *Stabilität* wird häufig unreflektiert mit der Bewahrung des status-quo gleichgesetzt. Damit unterliegt sie einer gleichsam statischen Definition, die politisch höchst gefährlich sein kann.

Stablität heißt demnach: keine sozialen Unruhen, aber auch keine sozialen Reformen. Ein als stabil eingeschätztes politisches System kann sich so innerhalb von 5 - 10 Jahren als extrem instabil erweisen. Instabile Entwicklungen sind vor allem in zwei Fällen zu erwarten: bei ökonomischer Expansion mit sozialer und politischer Verfestigung und bei ökonomischer Stagnation mit sozialer Mobiliserung.[13]

4. Wirkungen der Entwicklungshilfe

Die entwicklungspolitische Diskussion der 60er und der ersten Hälfte der 70er Jahre war inputorientiert. Gefragt wurde vor allem nach der Höhe des Ressourcentransfers. Im Zentrum der Erörterungen zur Entwicklungshilfe standen das 0,7 %- und das 1 %-Ziel. Diese Fixierung auf den Ressourceninput wurde zunehmend abgelöst durch die Frage nach dem Output, nach den Wirkungen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit.

Vergleichsweise einfach sind die Wirkungen auf der Projektebene zu erkennen. Infrastrukturelle und produktive Vorhaben (z. B. Straßen, Brücken, Staudämme, Bewässerungssysteme, Kraftwerke, industrielle und landwirtschaftliche Produktionsanlagen) sind in vielen Entwicklungsländern sichtbare Ergebnisse der Entwicklungshilfe. So wurden beispielsweise 1981 mit deutscher Unterstützung in Entwicklungslän-

[13] R. C. *Eichenberg;* B. *Widmaier;* U. *Widmaier:* Innerstaatliche Konflikte. Hypothesen, Trends und Prognosen, Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin 1981.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dern fertiggestellt:[14] 6 größere Kraftwerke, 3 560 km Stromübertragungs- und Verteilungsleitungen, 150 Kleinstaudämme, 5 150 Brunnen, 90 Wasserspeicher, 580 km Bewässerungskanäle, 150 landwirtschaftliche Lagerhäuser, rd. 17 000 km Straßen und 2 900 Straßenbrücken, 10 größere industrielle Anlagen z. B. Düngemittelfabriken, Glasfabriken, LKW-Fabriken. Darüber hinaus wurden 110 000 Ausbildungsplätze auf allen Ebenen geschaffen und 88 Unterhaltsdienste eingerichtet, z. B. für die sachgemäße Wartung von Eisenbahnen und Straßen.

Die Wirkungen von Vorhaben erschöpfen sich allerdings nicht in solchen quantitativen Ergebnissen. Mittelbar soll durch sie das eigentliche Ziel, nämlich die Aktivierung und Steigerung des menschlichen Leistungsvermögens, erreicht werden. Diesem Ziel dienen insbesondere die Projekte und Programme der Technischen Zusammenarbeit (z. B. Beratung, Weiterbildung, Unterstützung von Selbsthilfe-Initiativen). Die Wirkungen solcher Maßnahmen sind im allgemeinen nicht unmittelbar erfaßbar und zeigen sich häufig erst nach längerer Zeit. Mit Hilfe externer Gutachter finden deshalb regelmäßig Evaluierungen und Inspektionen mit dem Ziel statt, die Projektwirklichkeit in einem Soll-Ist-Vergleich zu überprüfen. Daneben prüft der Bundesrechnungshof die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit deutscher Förderungsmaßnahmen. Die bisherigen Überprüfungen — im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe ca. 30 - 40 im Jahr — haben gezeigt, daß Probleme vor allem von unklaren Zielvorgaben herrühren sowie in der unzureichenden Bereitstellung von Partnerschaftsleistungen liegen. Als Ergebnis der Inspektionen wurden Projektverlängerungen an Auflagen gebunden oder Projekte auch beendet.

Schwieriger als die unmittelbaren Projektwirkungen sind die Wirkungen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit auf die Gesamtentwicklung eines Entwicklungslandes festzustellen. Schon wegen des im Vergleich zu den entsprechenden volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen geringeren Volumens der Entwicklungshilfeleistungen ist eine solche Feststellung im allgemeinen kaum möglich. Die Entwicklungshilfe aller Geber zusammengenommen entspricht nur etwa 1,5 % des Bruttosozialproduktes der Entwicklungsländer, rund 6 % ihrer Investitionen und rund 8 % ihrer Importe. Allerdings sind die konkreten Werte nach Ländergruppen und einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. So hat die Entwicklungshilfe insbesondere für die LLDCs ein erhebliches Gewicht, macht sie dort doch im allgemeinen nicht weniger als 50 % der Importe an Gütern und Dienstleistungen, 60 % der inländischen Investitionen sowie 10 % des Bruttosozialproduktes aus. Dem-

[14] Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Fünfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn, März 1983, S. 42.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gegenüber ist die an Schwellenländer geleistete Hilfe eher bedeutungslos. Auf jeden Fall ist es schwierig, den jeweiligen Zusammenhang zwischen dem Beitrag der Entwicklungshilfe und dem Gesamtergebnis der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in einer bestimmten Periode quantitativ zu bestimmen. Einen Versuch hat eine EG-Evaluierung am Beispiel des Senegal unternommen, die u. a. zu dem Schluß kam, daß inklusive Sekundär- und Multiplikatoreffekten 5,5 % des senegalesischen Bruttoinlandsproduktes auf die Gemeinschaftshilfe zurückzuführen seien.[15]

Trotz einiger positiver Ansätze muß die Entwicklungspolitik den internen Begründungszusammenhang neu durchdenken und neu beantworten. Gunnar Myrdal, die Birla-Studie, Peter Bauer und Brigitte Erler[16] haben ein Diskussion über die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe entfacht, die insbesondere an der Frage ansetzt, inwieweit öffentliche Entwicklungshilfe strukturelle Reformen behindert, herrschende Eliten begünstigt und politische Strukturen verfestigt (vgl. insbesondere Myrdals Plädoyer für reine Katastrophenhilfe bzw. zielgruppenorientierte Armenhilfe). Daneben gibt es eine Reihe empirischer Studien zum Einfluß der Entwicklungshilfe, deren Ergebnis in etwa wie folgt zusammengefaßt werden können:

— Der eindeutige Nachweis eines kausalen Zusammenhangs zwischen der Entwicklungshilfe einerseits und Wachstumseffekten in den Entwicklungsländern andererseits steht noch aus, nicht zuletzt deswegen, weil sowohl auf der Geber- als auch auf der Empfängerseite zahlreiche Einflußfaktoren zusammenwirken. So setzen sich z. B. die Kapitalübertragungen zusammen aus: Exportkrediten, Portfolioinvestitionen, Privatinvestionen, privaten Bankkrediten und öffentlicher Entwicklungshilfe. Alle diese Komponenten müßten gesondert berücksichtigt werden, um eine Korrelation zwischen der Entwicklungshilfe und Wachstumseffketen feststellen zu können. Auf der Nehmerseite ergibt sich die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung nach Entwicklungsstand, Wirtschaftspolitik, ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, usw.

— Eine Querschnittsanalyse des Kieler Instituts für Weltwirtschaft[17] für 81 Länder führte zu dem Ergebnis, daß die Entwicklungshilfe

[15] Ebd., S. 43.

[16] G. *Myrdal:* Relief Instead of Development Aid, in: Intereconomics, Bd. 16, 1981, Nr. 2, S. 86 - 89; Birla Institute of Scientific Research: Does Foreign Aid Help? New Delhi 1981; P. T. *Bauer:* Foreign Aid and the Third World, in: P. *Duignan;* A. *Rabusche* (eds.): The United States in the 1980s, Hoover Institution, Stanford University, 1980; B. *Erler:* Tödliche Hilfe. Bericht von meiner letzten Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe, Freiburg 1985.

[17] J. P. *Agarwal* u. a.: Wirkungen der Entwicklungshilfe, Köln 1984.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

positive Wachstumseffekte für „Länder mit mittleren Einkommen" hatte. Für ärmere Länder konnte dagegen keine Beziehung zwischen Entwicklungshilfe und Wachstum festgestellt werden.

— In mehreren ökonometrischen Untersuchungen zu den Auswirkungen der Entwicklungshilfe (und des Nettokapitalimports) auf die inländische Ersparnis wurde ein negativer Zusammenhang zwischen diesen Variablen ermittelt.

Letzten Endes — und darauf laufen alle vorliegenden Untersuchungen hinaus — ist für das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer wie auch für die Befriedigung elementarer Grundbedürfnisse die nationale Entwicklungspolitik und nicht die Entwicklungshilfepolitik entscheidend. Der Weltentwicklungsbericht der Weltbank 1983 enthält deutlicher als alle anderen Quellen die folgende Botschaft: Entscheidend für den Entwicklungsprozeß sind die internen Politiken, nicht die einzelnen Hilfeprogramme und -projekte. Deshalb stellt sich die Frage nach der Möglichkeit der Beeinflussung der Politik der Nehmerländer.

5. Eigenanstrengungen, Politikdialog und Koordinierung

Das Credo der entwicklungspolitischen Philosophie der 60er und 70er Jahre war die Anerkennung und Stärkung der Souveränität der Entwicklungsländer. Die Entwicklungsländer stellten in eigener Verantwortung Entwicklungspläne auf, legten die sektoralen Schwerpunkte fest, bestimmten die regionalen Prioritäten in ihrem Land, determinierten die Abfolge von zu verwirklichenden Projekten, legten den durch die inländische Wirtschaftskraft aufzubringenden Finanzierungsanteil fest und erbaten für die verbleibende Lücke ausländischen Kapitalzufluß, zumeist in Form öffentlicher Entwicklungshilfe. Entwicklungshilfe — so der Grundgedanke — fügt sich in die autonom bestimmten Planungen der Entwicklungsländer ein. Die Industrieländer verzichteten auf die Festlegung eigener sektoraler Prioritäten und akzeptierten das Antragsprinzip. Die Länderhilfeprogramme der Geberländer und die Country Programmes, z. B. vom UNDP, beruhten auf diesen Grundsätzen von Autonomie und Selbstbestimmung der Entwicklungsländer. Noch das Gutachten des wissenschaftlichen Beirats des BMZ von 1974 zum Thema „Länderbezogene Planung deutscher Entwicklungshilfe"[18] entspricht diesem Geist: Ausgehend von einer ökonomischen und sozialen Makroanalyse eines Entwicklungslandes werden die wichtigsten Probleme der Wirtschaft und Gesellschaft abge-

[18] Vgl. A. *Kruse-Rodenacker*, H. G. *Braun* u. a.: Länderbezogene Planung deutscher Entwicklungshilfe, Stuttgart 1974.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

leitet, die in prioritäre Ziele umgegossen werden. Darauf aufbauend folgt eine ökonomische und soziale Sektorenanalyse, die zu einer Prioritätenskala der Sektoren und Subsektoren führt, die die ausländische Hilfe zu finanzieren beabsichtigt. Die Bewertung der Programm- und Projektideen der Entwicklungsländer erfolgt entsprechend den aus der Makroanalyse abgeleiteten prioritären Zielen mit Hilfe einer Nutzwertmatrix.[19]

Diese Planungspraxis kam ab Mitte der 70er und insbesondere Anfang der 80er Jahre ins Wanken, als die Geber dazu übergingen, bewußt eigene entwicklungspolitische Vorstellungen in den Dialog mit den Entwicklungsländern einzubringen. Gründe für dieses Umdenken waren mangelnde Eigenleistungen der Entwicklungsländer, gescheiterte Projekte, falsch eingesetzte sektorale Prioritäten und die zunehmende Kritik an den ökonomischen und sozialen Makropolitiken der Entwicklungsländer. Die Idee des „Politikdialogs" war geboren. Zur Grundthese wurde, daß eine wirksame Zusammenarbeit erfolgversprechende *Eigenanstrengungen* voraussetzt, zu denen z. B. die Bereitschaft zu sozialen und wirtschaftlichen Reformen gehört. Eigenanstrengungen wurden definiert als interne Maßnahmen der Entwicklungsländer zur stärkeren Mobilisierung und besseren Nutzung in- und ausländischer Ressourcen; dies ist eine Definition, die weit über die Bedeutung finanzieller Eigenleistungen hinausreicht.

Nach dem gegenwärtgen Verständnis der deutschen Bundesregierung[20] bedeuten „Eigenanstrengungen" dabei vor allem:

— bevorzugte Förderung der Landwirtschaft mit besonderem Akzent auf Nahrungsmittelversorgung,

— mehr rentable Investitionen, die ihre Folgekosten voll decken,

— Zurückdrängen staatlicher Wirtschaftstätigkeit mit geringer Effizienz zugunsten der Privatinitiative nach marktwirtschaflichen Grundsätzen,

— Beseitigung von Preisverzerrungen einschließlich Korrektur überbewerteter Währungen,

— Beteiligung aller Bevölkerungsschichten am Entwicklungsprozeß,

— Förderung pluralistischer Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft,

— Reduzierung des hohen Bevölkerungswachstums,

---

[19] Vgl. M. *Bohnet:* Der Übergang von der Makro- zur Sektor- und Projektebene, in: ebenda, S. 50 ff.

[20] BMZ-aktuell: Deutsche Entwicklungspolitik im Jahre 1983, Bonn, Oktober 1984.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— Zurückdrängen überzogener Militärausgaben zugunsten der Entwicklungsfinanzierung.

In ihrer Studie zur Entwicklung Schwarzafrikas und im jüngsten Weltentwicklungsbericht sieht die Weltbank die Reform staatlicher Wirtschaftspolitik in den Entwicklungsländern als zentrale Aufgabe an.[21]

Nach dem Versuch, Eigenanstrengungen zu definieren, gilt es, *Eigenleistungen* zu bestimmen. Eigenleistungen sind der meßbare Ausdruck der Eigenanstrengungen. Eigenleistungen sind deshalb vor allem auf der Projektebene relevant. Dazu zählen — vertraglich vereinbart —: Sicherstellung der Gesamtfinanzierung, Bereitstellung von Grundstücken und Gebäuden, rechtzeitiger Einsatz von Fach- und Hilfskräften, Mitwirkung bei der Aus- und Fortbildung von Fachkräften, Unterstützung und Schutz der beratenden Fachkräfte.[22] Die Eigenleistungen sind somit finanzieller, materieller, personeller, institutioneller sowie rechtlicher Art.

Eigenanstrengungen und Eigenleistungen werden zunehmend beim „Politikdialog" eingefordert[23]:

a) *Ziele:* Ein Ziel des angestrebten Politikdialogs ist die wirksamere entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Dies soll durch einen Austausch von Erfahrungen und Informationen erfolgen, um Einvernehmen zu erreichen

   — über die entscheidenden Entwicklungshemmnisse und -engpässe sowie das vorhandene Entwicklungspotential,

   — über sektorale Schwerpunkte der Zusammenarbeit,

   — über die für eine wirksame Zusammenarbeit notwendigen Rahmenbedingungen in Entwicklungsländern.

   Auf der Grundlage eines solchen Einvernehmens soll gemeinsam ein konkretes Programm der Zusammenarbeit erarbeitet werden. Das heißt, daß auch die Geber Vorschläge für Entwicklungsvorhaben unterbreiten können, und das bedeutet ein Abgehen vom traditionellen Antragsprinzip der Entwicklungshilfe.

---

[21] World Bank: Toward Sustained Development in Sub-Saharan Africa. A Joint Program of Action, Washington 1984, and World Bank: World Development Report 1983, Washington 1983.

[22] BMZ-aktuell: Entwicklungspolitik, Leitlinien für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern vom 23. Februar 1984, Bonn Juni 1984.

[23] Vgl. D. *Radke:* Auflagenpolitik und Politik-Dialog in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, Berlin 1985.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

b) *Länderkonzepte:* Bei den Ländern, mit denen ein aufgrund von Art und Umfang der Zusammenarbeit intensivierter Dialog geführt oder angestrebt wird, dient ein sogenanntes Länderkonzept als Richtschnur. Dieses Länderkonzept ist ein Grundlagenpapier, in dem die für die Entwicklungszusammenarbeit wesentlichen Fakten gesammelt, aufbereitet und gewichtet werden. Hierzu gehören: die allgemeinen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Entwicklungsmöglichkeiten und das Beziehungspotential der Bundesrepublik Deutschland zu dem jeweiligen Entwicklungsland im Lichte der allgemeinen entwicklungspolitischen Schwerpunkte der Bundesregierung. Derartige Grundlagenpapiere werden zur Zeit probeweise erstellt.

c) *Geberkoordinierung:* Politikdialog steht in enger Verbindung mit Geber-Koordinierung. In der Praxis bedeutet Geber-Koordinierung derzeit:

— Führt die Weltbank den Politikdialog, z. B. in Konsortien- und Konsultationsgruppen, übernimmt sie unter den Gebern die Führungsrolle. Hierbei ist ein intensiver Meinungs- und Informationsaustausch mit der Weltbank notwendig. Dabei geht es insbesondere um die

Festlegung sektoraler Prioritäten im Hinblick auf Neuzusagen, sowie

um die Unterstützung von Strukturanpassungsdarlehen der Weltbank durch ergänzende bilaterale Maßnahmen, insbesondere Warenhilfe, Rehabilitationsmaßnahmen und Reprogrammierung.

— Die Koordinierung im Rahmen der EG dient dem informellen Informationsaustausch zwischen den Hauptstädten.

— Im Einzelfall besteht eine Führungsrolle eines einzelnen großen Gebers. Beispiele hierfür sind: die Niederlande für Indonesien, Großbritannien für Kenia, Italien für Somalia.

— Bei den LLDCs hat UNDP die Koordinierung der multilateralen Technischen Zusammenarbeit übernommen. Angestrebt wird auch eine stärkere Koordinierung mit der Technischen Zusammenarbeit der bilateralen Geber.

d) *Ebenen des Politikdialogs:* Makroökonomische Rahmenbedingungen werden soweit wie möglich in Übereinstimmung mit und unter Hinweis auf IWF-Auflagen und Weltbank-Strukturanpassungsdarlehen erörtert. Ein Politikdialog über allgemeine politische Rahmenbedingungen, insbesondere über Fragen der inneren und äußeren Stabilität und über Menschenrechtsverstöße wird von den internationalen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wirtschaftsorganisationen nicht oder nur sehr begrenzt geführt; diese Aufgabe fällt den großen bilateralen Gebern zu.

In der Praxis des bilateralen Politikdialogs stellt die Sektor- bzw. die Projektebene den entscheidenden Ansatzpunkt für die Gestaltung der konkreten Zusammenarbeit dar. Ein Politikdialog über wirtschaftliche, soziale und politische Fragen der Entwicklungsländer einschließlich des Machterhalts der jeweiligen Regierung verlangt deshalb auf Geberseite nicht nur das Verständnis für kurz- oder mittelfristig nicht veränderbare innenpolitische und sozio-kulturelle Entwicklungsbarrieren, sondern auch eine Abwägung des wirtschaftlich Gebotenen mit dem politisch Zumutbaren und sozial Tragbaren.

Kritisch sei folgendes angeführt: Der Einfluß der Geber auf die Entwicklungspolitik der Entwicklungsländer muß sehr vorsichtig beurteilt werden. Es gibt Widerstände der Entwicklungsländer gegen den Politikdialog. Deutlich wurde dies bei den Verhandlungen zu Lomé III und zur Reform vom UNDP. Ein erfolgreicher Politikdialog hängt deswegen von mehreren Bedingungen ab, die häufig nicht erfüllt sind:

— Die Mehrzahl der Geber müßten in ihren Politikanforderungen übereinstimmen. So lange etwa die osteuropäischen Industrieländer oder die OPEC-Länder bereit und in der Lage sind, ein Entwicklungsland finanziell zu unterstützen, dürfte ein Hilfeentzug seitens der westlichen Industrieländer keine große Wirkung zeigen. In der Regel kann man davon ausgehen, daß selbst innerhalb der OECD-Länder keine einheitliche Position besteht. So haben z. B. skandinavische Länder oft Entwicklungsländer gefördert, die ordnungs- und außenpolitisch nicht den Vorstellungen der Mehrheit der westlichen Industrieländer entsprachen (z. B. Vietnam).

— Die Bindung der Mittel an eine bestimmte Verwendung, sei es als Projekthilfe oder auch als Programmhilfe, schließt nicht aus, daß das Entwicklungsland lediglich seine verfügbaren Devisenmassen umdisponiert und unerwünschte Maßnahmen aus Mitteln finanziert, die durch diejenigen Mittel freigesetzt werden, die in gebundener Form gegeben wurden.

— Politikdialog heißt aber auch: reden über die Politik der Industrieländer. Es bleibt abzuwarten, ob die Wünsche des Empfängerlandes, in den Politikdialog all die Geberpolitiken einzubeziehen, die für die eigene Entwicklung von Bedeutung sind, letztlich von den Industrieländern akzeptiert werden.

— Die Geber müssen dem Entwicklungsziel höchste Priorität zuweisen und von daher Konflikte mit der Regierung bzw. mit den Eliten des

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Empfängerlandes in Kauf nehmen. So müßten u. a. Regierungen unter Druck gesetzt werden, um interne Reformen zu erreichen. Häufig bleibt da nur die Möglichkeit, „am Staat vorbei" mit privaten Partnern und Trägern in den Entwicklungsländern Entwicklungspolitik zu betreiben. An dieser Stelle sei angemerkt, daß 1983 die Bundesregierung 6 % (oder rund 340 Mio. DM) ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe an nichtstaatliche Organisationen (NGOs) leitete. Damit fließen auch öffentliche Mittel in Länder, mit denen eine bilaterale staatliche Zusammenarbeit aus politischen Gründen nicht oder nur begrenzt stattfindet. Die Bundesregierung fördert die Arbeit der NGOs mit einem der höchsten Beträge im Vergleich aller Industrieländer. Die Kooperation zwischen Staat und NGOs ist ferner in den USA, Kanada, den Niederlanden und Schweden von großer Bedeutung, in Großbritannien, Frankreich und Japan dagegen von geringerer, jedoch wachsender Bedeutung. Ich sehe langfristig eine weitere „Entstaatlichung" der Entwicklungshilfe voraus, damit Entwicklungspolitik an den Regierungen der Dritten Welt vorbei betrieben werden kann. Diese Tendenz erhält nicht zuletzt Auftrieb durch die zunehmende Skepsis gegenüber dem Staat als Entwicklungsmotor, die linke Kritiker wie G. Myrdal und H. Elsenhans mit den liberalen Verfechtern der freien Marktwirtschaft wie P. T. Bauer u. a. offensichtlich teilen.

III. Kernfragen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit

1. Zunehmende Verquickung öffentlicher und privater Kapitaltransfers

In den 60er Jahren betrug die Relation zwischen öffentlichen und privaten Kapitalströmen (Direktinvestitionen, Exportkredite, Portfolio-Investitionen, Bankkredite) in die Entwicklungsländer etwa 50 : 50. Im Laufe der Zeit wurden die öffentlichen Kapitalströme schlanker, die privaten dicker (Relation derzeit 35 : 65); auch nahm die Verquickung zu. Heute gibt es eine breite Palette von Varianten:

a) *Mischfinanzierung* ist der kombinierte Einsatz von Mitteln der finanziellen Zusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) und staatlich verbürgten Exportkrediten. Die Konditionen von Mischfinanzierungskrediten sind logischerweise härter als die des ODA-Teils. Mischfinanzierung gilt gemeinhin als das Ei des Kolumbus. Die gewährten Kredite führen automatisch zu Aufträgen an die Geber, ohne daß explizit Lieferbindung eingeführt werden braucht. Außerdem kann sowohl der ODA- als auch der kommerzielle Kreditteil als öffentliche Entwicklungshilfe gemäß Development Assistance Committee (DAC) angerechnet werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

b) Bei der *gestreckten Kapitalhilfe* werden bei auf den Kapitalmärkten aufgenommenen Mitteln die Zinssätze durch Subventionen aus den öffentlichen Haushalten auf ein niedrigeres Niveau herabgeschleust (praktiziert vor allem von Frankreich).

c) *Kofinanzierung* heißt gemeinsame Finanzierung mit anderen bilateralen und multilateralen Gebern. Dabei gibt es eine Vielzahl von Varianten. Sie reichen von der Bündelung von ODA-Teilen verschiedener Geber bis zur Bündelung von ODA-Teilen und privatwirtschaftlichen Transfers. Die wichtigsten Partner bei Kofinanzierungen sind die Weltbankgruppe, OPEC-Geber, bilaterale westeuropäische Geber (u. a. Frankreich, Grobritannien) sowie multilaterale westeuropäische Geber (vor allem der Europäische Entwicklungsfond und die Europäische Investitionsbank). Im Vergleich mit anderen bilateralen Gebern nimmt die Bundesrepublik Deutschland eine führende Stellung bei der Kofinanzierung mit OPEC-Gebern ein (bisheriges Investitionsvolumen bei Kofinanzierung insgesamt 41 Mrd. DM). Die OPEC-Länder, die ODA überwiegend als ungebundene Zahlungshilfe vergeben, schätzen Partner, deren Hilfe ebenfalls lieferungebunden ist, da sie dann davon ausgehen können, daß die Projekte international ausgeschrieben werden und somit die Produkte auf den preisgünstigsten Märkten gekauft werden können.

d) Bei der *Technischen Zusammenarbeit* gegen Entgelt kauft das Partnerland diese Leistung. Die Finanzierung erfolgt entweder aus eigenen Mitteln des Entwicklungslandes, z. B. bei den Ölländern, oder aus Mitteln anderer, vor allem multilateraler Geber. Hauptauftraggeber der deutschen Technischen Zusammenarbeit gegen Entgelt sind vor allem Saudi-Arabien und Trinidad und Tobago. Auch UN-Organisationen wie z. B. UNDP praktizieren diese Art der Zusammenarbeit.

e) Einsatz von *öffentlichen Mitteln zur Finanzierung von privaten Investitionen:* Öffentlich gefördert wird der private Transfer von Kapital, Technologie und Dienstleistungen. So verfügt z. B. die Bundesrepublik über folgende Instrumente:

   — Die vom Bund gegründete Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG) fördert die Zusammenführung deutscher Unternehmen mit denen der Entwicklungsländer, den Erwerb von Beteiligungen und die Gewährung von beteiligungsähnlichen Darlehen.

   — Durch das „Niederlassungsprogramm" werden seit 1979 Investitionen deutscher mittelständischer Unternehmen durch zinsgünstige Kredite gefördert.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— Durch das „Neue Technologieprogramm" wird die wirtschaftliche Umsetzung neuer Technologien in Entwicklungsländern gefördert.

— Durch „Kapitalgarantien" wird die Beteiligung deutscher Investoren in Entwicklungsländern von staatlicher Seite abgesichert.

— Durch einen „Beratungsdienst" für die Wirtschaft in den Entwicklungsländern wird die Anbahnung betrieblicher Kooperationen gefördert. Eng mit dem Beratungsdienst verbunden ist der zu Beginn des Jahres 1983 ins Leben gerufene deutsche „Senior Expert Service", ein ehrenamtlich arbeitender Fachkräftedienst der Wirtschaft. Er vermittelt Kurzzeiteinsätze von berufserfahrenen älteren Fachkräften der Wirtschaft mit dem Ziel, vornehmlich die Leistungsfähigkeit des Unternehmenssektors in den Entwicklungsländern zu stärken.

— Durch das „Programm zur betrieblichen Ausbildungsförderung" werden Unternehmen oder Träger von Ausbildungsstätten, die in Ländern der Dritten Welt Fachkräfte der mittleren Ebene, vor allem Lehrlinge ausbilden, bezuschußt.

— Seit kurzem wird auch das Handwerk in der Dritten Welt speziell gefördert. 1983 wurde hierfür ein eigener Titel im Haushalt des BMZ eingesetzt.

Die Instrumentenpalette zur Förderung des privatwirtschaftlichen Kapitaltransfers in die Entwicklungsländer nimmt weltweit zu. Die Gründe können zweierlei Art sein: Investitions- und Exportmüdigkeit der Unternehmer der Industrieländer oder schlechtes Investitionsklima in den Entwicklungsländern. Würde beides verbessert, könnte auf viele dieser Instrumente verzichtet werden, der Staat würde eine Menge Geld sparen.

2. Folgekosten und Inlandskostenfinanzierung

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit bedeutet für das Nehmerland nicht nur den Zufluß von Mitteln von außen, sondern auch zusätzliche Kosten, vor allem in Gestalt von Betriebs- und Instandhaltungskosten, die in der Regel aus dem öffentlichen Budget aufzubringen sind. Nicht immer stehen diesen laufenden Kosten sogleich direkte erhöhte Erträge aus dem Projekt gegenüber, zumal dann nicht, wenn es sich um Investitionen im Bildungswesen und im Sozialbereich handelt. Schon bei der Planung eines Vorhabens muß deshalb die Leistungsfähigkeit des Entwicklungslandes mitberücksichtigt werden, um

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zu vermeiden, daß fertige Projekte ihren Betrieb aus Mangel an Mitteln für die laufenden Kosten nicht aufnehmen oder nicht aufrechterhalten können. Diejenigen Kosten, die auch nach Beendigung der Aufbauphase regelmäßig anfallen, sollten grundsätzlich und von Anfang an vom Entwicklungsland getragen werden. Nur in besonderen Fällen, vor allem bei Pilotvorhaben mit überregionaler Bedeutung, sollte von diesem Prinzip abgewichen werden, vor allem bei den LLDCs. Voraussetzung für die sukzessive Übernahme laufender Kosten sollte dann ein verbindlicher Plan über die von den Partnern zu tragenden Kostenanteile sein.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß die Folgekosten von Projekten auf Grund der angespannten Wirtschafts- und Haushaltslage in den Entwicklungsländern ständig zu Problemen führen. Auch der Entwicklungsausschuß der OECD hat sich wiederholt mit diesem Problem befaßt und im Mai 1979 Richtlinien zur Finanzierung laufender Kosten verabschiedet.[24] Diese Richtlinien unterstreichen die Verantwortlichkeit der Empfängerländer für die Finanzierung laufender Kosten im Normalfall, halten aber eine erhöhte Flexibilität der Geberländer entsprechend den Besonderheiten des jeweiligen Einzelfalles für erforderlich.

Eng mit der Folgekostenproblematik hängt die Inlandskostenproblematik zusammen. Die Finanzierung der in Inlandswährung entstehenden Kosten (Inlandskosten) ist vorrangig Sache des Entwicklungslandes. Soweit bei Vorhaben von hoher entwicklungspolitischer Priorität Inlandskosten mitfinanziert werden, bestimmen sich deren Höhe und Anteil nach dem Erfordernis einer angemessenen Eigenbeteiligung des Entwicklungslandes. Bei der allgemeinen Warenhilfe der Finanziellen Zusammenarbeit können Inlandskosten im allgemeinen nur für inländische Transport-, Versicherungs- und Montageleistungen übernommen werden. Die Nichtfinanzierung der gesamten restlichen Inlandskosten begünstigt die Wahl kapitalintensiver Techniken durch das Entwicklungsland. Andererseits stellt jede Inlandskostenfinanzierung eine ungebundene Zahlungsbilanzhilfe dar. Dieser Zielkonflikt muß bei jeder Einzelfallprüfung entschieden werden.

Besonders schwierig ist dieses Problem bei der Finanzierung von grundbedürfnisorientierten Projekten, denn diese erfordern in der Regel einen hohen Inlandskostenfinanzierungsanteil; wird die Finanzierung der Kosten verweigert, scheitert die Grundbedürfnisstrategie. Dies kann zu dem absurden Ergebnis führen, daß eine erfolgreiche Finan-

[24] OECD: Zusammenarbeit im Dienst der Entwicklung, Jahresprüfung 1979, Paris 1979, S. 373 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zierung der Grundbedürfnisstrategie ein Entwicklungsland in die Lage versetzt, mit der ungebundenen Zahlungsbilanzhilfe zum Beispiel mehr Rüstungsgüter zu kaufen, die externe Finanzierung der Grundbedürfnisstrategie erleichtert in solchen Fällen die Aufrüstung.

3. Projekthilfe vs. Programmhilfe

Zur Programmhilfe zählen die allgemeine Warenhilfe, die programmbestimmte Warenhilfe, die Finanzierung übergreifender Sektor- und Regionalprogramme und Budgethilfe.[25] Angesichts der schlechten außenwirtschaftlichen Lage der meisten Entwicklungsländer spielt die Programmfinanzierung neben der Projekthilfe eine zunehmend größere Rolle, denn zur Ausnutzung, Aufrechterhaltung und Erweiterung vorhandener Produktionskapazitäten und Infrastruktureinrichtungen müssen oft Ersatzteile und Rohstoffe importiert werden. Ferner muß bei plötzlich einsetzenden Katastrophen wirksame Hilfe geleistet werden. Deshalb besteht in der derzeitigen Situation eine größere Aufgeschlossenheit gegenüber der Programmhilfe, insbesondere der programmbestimmten Warenhilfe und sektoral oder regional gebündelter integrierter Maßnahmen.

Gegen die Programmhilfe wird häufig eingewandt, daß das Geberland bei dieser Hilfsnorm weniger Kontrolle ausüben könne. Hierbei ist jedoch folgnedes zu bedenken: Bei Projekthilfe kann der Geber zwar bestimmen, für welchen Zweck das Geld eingesetzt wird, doch werden im Durchschnitt 70 % bis 80 % aller Investitionen von den Entwicklungsländern selbst finanziert — und wie diese Mittel verwandt werden, ob für prestigeorientierte Industrieprodukte, für Militäranlagen oder für grundbedürfnisorientierte Projekte, darauf hat das Industrieland in der Regel keinen Einfluß. Wenn mit der Entwicklungshilfe jedoch mehr als bisher Programme mitfinanziert werden, könnten die Geber stärker darauf Einfluß nehmen, daß die Sektor- oder Regionalprogramme insgesamt sinnvoll ausgerichtet sind. Um es einmal bewußt überspitzt auszudrücken: Programmhilfe ist entwicklungspolitisch sinnvoller als Projekthilfe, obwohl der erste Augenschein genau für das Gegenteil spricht. Die Entwicklungspraktiker erkennen zunehmend die entwicklungspolitischen Vorteile insbesondere der programmbestmimten Warenhilfe, so daß diese Maßnahmen weltweit zunehmend an Bedeutung gewinnen. Oft besteht auch ein Stau zugesagter, aber noch nicht abgeflossener Mittel (pipeline), der zusätzlich die Tendenz zu Programmhilfe verstärkt.

---

[25] Vgl. P. J. *Bendix*, Hans H. *Lembke:* Nicht-projektgebundene Finanzierung, Berlin 1983.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

4. Umweltschonende Entwicklungspolitik

In den 60er Jahren war Umweltschutz in der Entwicklungszusammenarbeit noch kein Thema. Seit der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung im Jahre 1972 ist der Schutz der Umwelt ein fester, wenn auch kein prioritärer Bestandteil der Entwicklungspolitik geworden. Vor allem die bilateralen Geberinstitutionen aus USA, UK, Bundesrepublik Deutschland, Niederlande, Schweden, Kanada haben Umweltaspekte in ihre Projekte und Programme aufgenommen. In der Politik der Entwicklungsländer selbst befindet sich der Umweltschutz dagegen noch im Anfangsstadium. Gesetze existieren zwar, aber eine wirksame Verwaltung zu ihrer Durchsetzung ist kaum vorhanden.[26]

Für die Entwicklungspolitik heißt dies:

a) Bei der Planung und Durchführung aller Entwicklungsvorhaben, die Auswirkungen auf die Umwelt haben können (*umweltrelevante Vorhaben*), ist darauf zu achten, daß ökologische Aspekte berücksichtigt und Umweltschäden vermieden bzw. so gering wie möglich gehalten werden.

b) Daneben sollten Entwicklungsvorhaben besondere Unterstützung verdienen, die unmittelbar auf die Erhaltung oder Wiederherstellung der geschädigten Umwelt abzielen (*umweltspezifische Vorhaben*).

Die deutsche Entwicklungspolitik mißt den Belangen des Umweltschutzes in der Dritten Welt etwa seit 1980 größere Bedeutung bei. Es wurden vor allem folgende Maßnahmen eingeleitet:

zu a) Als erster Schritt wurden sämtliche laufenden Vorhaben der bilateralen Zusammenarbeit hinsichtlich ihrer Umweltrelevanz untersucht. Künftig werden Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) integraler Bestandteil jeder Projektprüfung und -planung in der bilateralen Zusammenarbeit.

zu b) Folgende umweltspezifische Maßnahmen wurden durchgeführt bzw. in Angriff genommen:

— Aufforstungsvorhaben in mehreren Entwicklungsländern,

— Aufbau von Genbanken zur Erhaltung der Vielfalt von Nutzenpflanzen (z. B. in Kenia, Äthiopien und Costa Rica),

[26] Vgl. W. F. *Weimert*, R. *Kress*, H. J. *Karpe:* Umweltprobleme und nationale Umweltpolitiken in Entwicklungsländern, Köln 1981; V. *Hartje:* Umwelt- und Ressourcenschutz in der Entwicklungshilfe: Beihilfe zum Überleben? Frankfurt, New York 1982; J. E. *Tschiersch*, K. *Egger*, J. *Steiger*, A. *Pfuhl:* Ökologische Problembereiche und mögliche Handlungsansätze in Entwicklungsländern, Köln 1984.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— kontrollierte Anwendung von Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln (Aufbau von Pflanzenschutzdiensten und Rückstandslabors),

— Entwicklung biologischer Pflanzenschutzmaßnahmen und integrierter Pflanzenschutz,

— Sonderprogramm zur Nutzung nicht-erschöpflicher Energiequellen,

— Beratung beim Auf- und Ausbau von Umweltschutzämtern (z. B. Indien, Indonesien, Zypern).

Trotz all dieser und ähnlicher Bemühungen bleibt aber festzuhalten: Die umweltschonende Entwicklungspolitik steckt noch in den Kinderschuhen.[27]

IV. Zentrale Problembereiche multilateraler Entwicklungszusammenarbeit

1. Multilateralismus oder Bilateralismus?

Die Aufteilung der Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit auf die bilaterale und multilaterale Hilfe war stets ein Konfliktpunkt in der entwicklungspolitischen Praxis. Da die Aufteilung der Mittel auf diese beiden Säulen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit in den Haushaltungsberatungen festgelegt wird, entbrennt der Konflikt jedes Jahr neu. Wie sieht die Entwicklung in einem längeren Zeitraum aus?

Der Anteil der multilateralen Beiträge an der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe hat sich seit den 70er Jahren kontinuierlich erhöht, bei den DAC-Ländern von 18 % 1970 auf etwa 33 % 1984. „Multilateralisten" unter den westlichen Industrieländern sind Italien (81 %), Dänemark (47 %), Norwegen (43 %), Finnland (41 %) und Kanada (38 %). „Bilateralisten" sind dagegen vor allem Frankreich (16 %) und Österreich (17 %). Die Bundesrepublik mit 32 %, die USA mit 32 % und Großbritannien mit 34 % nehmen Mittelplätze ein.

Die Bundesregierung sieht in der multilateralen Zusammenarbeit ein nicht ersetzbares Instrument internationaler Entwicklungspartnerschaft und Friedenssicherung. In den entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung von 1980 wurde jedoch kein fester Mindest- oder Höchstsatz für die multilateralen Leistungen festgelegt, im Gegensatz zu früheren entwicklungspolitischen Konzeptionen, in denen als

[27] Vgl. hierzu auch den Beitrag von H. J. *Harborth* in diesem Band.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Höchstsatz für den multilateralen Anteil 30 % fixiert worden waren. Wichtige Kriterien für die Verteilung der multilateralen Beiträge auf die einzelnen Organisationen sind die entwicklungspolitische Bedeutung und die Wirksamkeit der zu unterstützenden multilateralen Programme und Institutionen.

In jüngster Zeit wird häufig der Vorwurf erhoben, der Trend zum Bilateralismus nehme zu. Dies ist jedoch eine Mär, wie bereits die obigen Zahlen belegen. Sowohl die Abflüsse als auch die Zusagen zeigen vielmehr einen weiter steigenden Trend zum Multilateralismus.

2. Die „Bilateralisierung der multilateralen Hilfe"

Es gibt allerdings einen andersartigen Trend, der mit „Bilateralisierung der multilateralen Hilfe" umschrieben werden kann. Gemeint ist die Tendenz, durch die Schaffung neuer Fonds für eine Vielzahl einzelner Zwecke — genannt seien: Fund for United Nations Volunteers, United Nations Industrial Development Fund, United Nations Capital Development Fund, United Nations Revolving Fund for Natural Resource Exploration, Voluntary Fund for United Nations Decade for Women, United Nations Fund for Drug Abuse Control, United Nations Fund for Science and Technology — das UN-System weiter zu zersplittern und zusätzlich noch Beiträge an diese Fonds liefergebunden zu vergeben.

Vorreiter dieser Politik sind derzeit die Italiener, die eine schwache bilaterale Entwicklungsadministraton haben und versuchen, durch gezielte und gebundene Leistungen zu multilateralen Fonds, sogenannten „tied trust funds", in interessante Märkte, vor allem für neue Technologien, einzudringen. Auch andere Geber wie zum Beispiel Norwegen, Kanada und die Niederlande unterhöhlen durch solche liefergebundenen Fonds das multilaterale System. Massiv stellen sich diesem Trend derzeit vor allem noch die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland entgegen.

3. Das Profil der multilateralen Zusammenarbeit

Durch die multilaterale Zusammenarbeit wurde in den 60er Jahren zumeist gleichartige Dinge finanziert wie durch die bilaterale. Hier gibt es seit Mitte der 70er Jahre eine deutliche Akzentverschiebung. Die multilaterale Hilfe kommt den ärmeren Entwicklungsländern stärker zugute als die bilaterale, und es werden andersartige Schwerpunkte gesetzt. Dies sind zum Beispiel: Förderung der Familienplanung, der Süd-Süd-Kooperation, der Drogenbekämpfung, die Linderung akuter Flüchtlingsprobleme sowie die Gewährung der mit Auflagen verbun-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

denen Strukturanpassungsdarlehen. Das Profil der multilateralen Zusammenarbeit unterscheidet sich deshalb mehr und mehr vom Profil der bilateralen Zusammenarbeit. Es werden zunehmend sensible Aufgaben in Angriff genommen, für die sich aus politischen Gründen eine bilaterale Zusammenarbeit weniger eignet.

V. Wichtige Trends im Nord-Süd-Dialog

Als allgemeine Tendenz zeichnet sich eine stärkere Regionalisierung des Nord-Süd-Dialogs ab (EG-Kooperationspolitik, euro-arabischer Dialog, interregionale Kooperation mit ASEAN und der Contadoragruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela), Kooperationsbemühungen Japan - Africa etc.). Die Tendenzen zu einem multipolaren System nehmen zu. Die Neugewichtung und Stärkung regionaler Zusammenschlüsse in der Dritten Welt führt zu zunehmendem Polyzentrismus.

Nach dieser allgemeinen Einschätzung möchte ich mich im folgenden darauf beschränken, die Tendenzen bei den bisherigen Kernbereichen des Nord-Süd-Dialoges zu skizzieren, so wie sie sich aus praktischer Sicht darstellen.[28]

1. Rohstoffe

Die Entwicklungsländer waren jahrelang auf den Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe im Rahmen des integrierten Rohstoffprogramms fixiert. Sie erkennen jedoch in den letzten Jahren zunehmend, daß erlösstabilisierende Maßnahmen ökonomisch sinnvoller sind als preisstabilisierende, denn die Erfahrungen mit Rohstoffabkommen sind nicht sehr ermutigend.

2. Wissenschaft und Technologie

Die Tendenz in diesem Bereich ist eindeutig: Die Frage des Wissens- und Technologietransfers verliert an Bedeutung, vor allem die des Transfers angepaßter Technologien. Derzeit stagnieren auch die Verhandlungen über einen internationalen Kodex für Technologietransfer. Die Maßnahmen richten sich heute eindeutig auf die Stärkung der technologischen und wissenschaftlichen Kapazität der Entwicklungsländer selber. Über die Hälfte der asiatischen und ein Viertel der lateinamerikanischen Länder haben ihre wissenschaftliche Infrastruktur in den letzten Jahren wesentlich erweitert.

---

[28] Vgl. auch M. *Bohnet:* Ziele und Ergebnis. Eine Zwischenbilanz der Dritten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (1981 - 1990), in: Vereinte Nationen, Dezember 1984, S. 181 - 186.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

3. Industrialisierung

Die Verhandlungen über einen internationalen Verhaltenskodex für transnationale Unternehmen sind gescheitert. Die Regierungen der Entwicklungsländer haben „countervailing power" gegenüber transnationalen Unternehmen gewonnen. Sie sind zunehmend in der Lage, die Spielregeln auf dem Feld der internationalen Direktinvestitionen und des Technologietransfers zu ihren Gunsten zu verändern.[29] Die Entwicklungsländer tragen Forderungen nach einer bindenden Verlagerung von Produktionskapazitäten aus den Industrieländern (redeployment) und die Forderungen nach antizipatorischer Strukturpolitik in den Industrieländern weniger radikal vor als noch vor zehn Jahren. Sie scheinen mehr und mehr zu erkennen, daß Verlagerungen sich nach dem Gesetz der komparativen Kostenvorteile vollziehen und sind zunehmend um ein gutes „Investitionsklima" bemüht (Ausnahmen bestätigen die Regel). Die Sektorkonsultationen der UNIDO (United Nations Industrial Development Organisation) dienen dem fachlichen Erfahrungsaustausch und wurden nicht — wie noch 1980 in Neu Delhi gefordert — in ein Forum für Regierungsverhandlungen über Industrieverlagerungen umgewandelt.

4. Handel

Beim Handel setzen die Entwicklungsländer ganz auf Integration. Dissoziation und Abkoppelung betreiben inzwischen eher die Industrieländer (Die Dependenztheoretiker sollten insofern ihre Theorien umschreiben). Das Fallbeil der selektiven Schutzklausel wird immer häufiger angewandt. Selbstbeschränkungsabkommen nehmen zu. Das Welttextilabkommen bleibt ein Fremdkörper im gegenwärtigen Welthandelssystem.

Die in die Defensive geratenen Industrieländer versuchen mit dem „Graduierungskonzept" zu kontern, bisher ohne viel Erfolg. Das einzig dynamische Element ist die Süd-Süd-Kooperation, sowohl faktisch als auch programmatisch. Der Süd-Süd-Handel nimmt ständig zu und hat 1984 ca. 7,5 % des Welthandels erreicht. Es gibt ferner derzeit bereits 12 500 Projekte der technischen Zusammenarbeit, die von Entwicklungsländern in anderen Entwicklungsländern durchgeführt werden.

5. Energie

Die im Verlauf der Energiekrise initiierten Projekte zur Förderung nichterschöpflicher Energiequellen (Wasser, Wind, Sonne, Biomasse,

[29] Vgl. M. *Bohnet:* Konsequenzen für die Entwicklungsländer aus ihrer Integration in den internationalen Warenaustausch, in: M. Bohnet u. a.: Der Welthandel morgen, Bonn, 1984, S. 61 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Geothermal) drohen tendenziell aufgrund der sinkenden Ölpreise unrentabel zu werden. Die Forderungen nach einem Energiedialog sind verstummt. Die Energietochter der Weltbank ist gescheitert.

6. Ernährung

Trotz verbaler Bekundungen, die Nahrungsmittelhilfe abzubauen — aufgrund deren ungünstiger Wirkung auf Eigenerzeugung, Verbrauchsgewohnheiten und Verteilungsstrukturen — ist sie weltweit weiter angestiegen. Allein 8 % der deutschen öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) sind Nahrungsmittelhilfen. Nahrungsmittelhilfe wird nicht nur in besonderen Notfällen und bei Hungerkatastrophen gewährt. Sie steht in Konkurrenz zu Ernährungssicherungsmaßnahmen sowie zur Förderung der einheimischen landwirtschaftlichen Produktion, einschließlich der Reform der Agrarpreispolitik.

7. Finanzen und Währung

Auch in diesem Bereich des Nord-Süd-Dialogs ist der Trend eindeutig. In den 70er Jahren stiegen die ODA-Leistungen weltweit insgesamt an, von 8 Mrd. $ (1970) auf 37,5 Mrd. $ im Jahre 1980; ab 1981 sind sie gesunken auf 33 Mrd. $ (1983). Besonders ungünstig hat sich der Anteil der OPEC-Länder an der weltweiten ODA entwickelt: Er sank von 30 % (1975) auf 15 % (1983). Der Anteil des Ostblocks an der weltweiten ODA ist mit rund 8 % in den letzten zehn Jahren konstant geblieben; diese Hilfe ist zunehmend auf wenige kommunistische Länder konzentriert (Kuba, Vietnam, Afghanistan, Kamputschea, Laos, Nordkorea).

Aufgrund des allgemeinen Rückgangs der ODA hat sich das Ungleichgewicht zwischen öffentlicher und privater Finanzierung weiter verschärft. Vom gesamten Kapitaltransfer der Industrieländer in die Dritte Welt entfallen nur noch etwa 35 % auf öffentliche Entwicklungslife, 65 % sind private Transfers. Dieses Finanzierungsgebaren hat die Verschuldungssituation und das Verschuldungsprofil der Entwicklungsländer weiter verschlechtert.

Für das Verhältnis von Weltbank und Internationalem Währungsfond (IWF) gilt die Trennung zwischen Entwicklungsfinanzierung und Zahlungsblianzfinanzierung nur noch in der Theorie. Die Strukturanpassungsdarlehen der Weltbank und die erweiterte Fazilität des IWF ähneln sich immer mehr. Das Gleiche gilt für die Bedingungen der Strukturanpassungsdarlehen der Weltbank und der Auflagen der IWF-Stabilisierungsprogramme.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

8. Abrüstung und Entwicklung

Da die hohen weltweiten Rüstungsausgaben die Möglichkeiten der Entwicklungsfinanzierungen begrenzen, ist oft gefordert worden, daß alle Staaten, auch die Länder der Dritten Welt, deren Aufwendungen für Aufrüstung in den letzten Jahren besonders stark gestiegen sind, ihre Rüstungsausgaben einschränken. Hier sind jedoch keinerlei Fortschritte erzielt worden. Das Mißverhältnis zwischen den weltweiten Rüstungsaufwendungen einerseits und dem Hunger und Elend in der Dritten Welt andererseits ist in den vergangenen Jahren immer deutlicher geworden. Im Jahre 1984 wurden weltweit ca. 1000 Mrd. US $ für Rüstungszwecke ausgegeben. Nur 3 % dieser Summe (rd. 30 Mrd. $) bringen die Industrieländer insgesamt für Entwicklungshilfe an Entwicklungsländer auf.

Im Durchschnitt ist der Anteil der Rüstungsausgaben am Bruttosozialprodukt mit 6 % für Industrie- und Entwicklungsländer ungefähr gleich, während er zu Beginn der 60er Jahre für die Entwicklungsländer nur halb so hoch war wie für die Industrieländer. Seit 1945 haben 148 Kriege in der Dritten Welt stattgefunden. Mehr als die Hälfte dieser erfaßten Kriege gehört zur Kategorie der innerstaatlichen Anti-Regime-Kriege (einschl. Anti-Kolonial-Kriege).[30] Es folgen mit knapp 50 Fällen die innerstaatlichen Sezessions-, Religions- und Stammeskriege. „Klassische Formen" des Krieges — wie Kriege zwischen Staaten — traten mit etwa 30 Fällen auf. Allein im Jahre 1983 gab es in der Dritten Welt 37 Konflikte, an denen 45 Nationen beteiligt waren; 5 von diesen Kriegen waren zwischenstaatliche Auseinandersetzungen, die restlichen 32 dagegen innerstaatliche Kriege. Aufgrund dieser Konflikte waren 1983 insgesamt ca. 5 Millionen Tote zu beklagen.

Es steht zu erwarten, daß die innerstaatlichen Anti-Regime-Kriege und die innerstaatlichen Sezessions-, Religions- und Stammeskriege stärker zunehmen werden als die zwischenstaatlichen Kriege. Allerdings könnten einige zwischenstaatliche Kriege weltweite Rückwirkungen haben. Dies gilt insbesondere für latent drohende Nuklearkriege zwischen Entwicklungsländern, die nicht dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten sind.

9. Globalverhandlungen

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen beschloß im Jahre 1979, Globalverhandlungen über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit aufzunehmen. Hinter der Forderung nach globalen Ver-

[30] I. *Kende:* Wars of Ten Years (1967 - 1976), Journal of Peace Research, Band 15, 1978, Nr. 3, Appendix, S. 239 - 241.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

handlungen[31] im Rahmen der Vereinten Nationen steht der Wunsch, die bisher in verschiedenen Gremien getrennt geführten Verhandlungen über die Themen Rohstoffe, Handel, Entwicklung, Währung und Finanzen sowie Energie zu einem integrierten Verfahren mit dem Ziel einer Paketlösung zusammenzufassen. Von einem solchen Verfahren versprechen sich die Entwicklungsländer günstigere Voraussetzungen für die Verwirklichung ihrer Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Bisher sind die Vereinten Nationen ein nützliches Gesprächsforum, in dem die machtlose Mehrheit der mächtigen Minderheit die Meinung sagen darf. Deshalb richtet sich das Interesse der Entwicklungsländer bei den Globalverhandlungen vor allem darauf, über die Generalversammlung der Vereinten Nationen, in der sie die Mehreit besitzen, größeren Einfluß auf für sie wichtige Institutionen wie Weltbank, IWF und GATT zu gewinnen. In diesem Punkt stehen die Entwicklungsländer im Gegensatz zu den Industrieländern, die die bisherigen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten dieser Institutionen erhalten sehen wollen. Durch Globalverhandlungen könnte auch ein politischer Dialog zwischen Nord und Süd eingeleitet werden, der über Wirtschaftsfragen hinausgeht.

Hinter dem Streit um Globalverhandlungen steht natürlich die Machtfrage. Sollen jene UN-Organisationen gestärkt werden, in denen das Prinzip „one country one vote" gilt, sich die Mehrheitsverhältnisse also unabhängig vom eingezahlten Finanzvolumen vollziehen, wie zum Beispiel bei der UN-Generalversammlung, UNDP, UNICEF, ILO, UNESCO etc.. *oder* sollen jene multilateralen Finanzireungsorganisationen gestärkt werden, bei denen eine (gewisse) Korrelation zwischen eingezahltem Kapital und Stimmrechten besteht wie bei der Weltbank, beim IWF und bei den Regionalbanken? An diesem Grundwiderspruch sind bisher alle Bemühungen um Aufnahme von Globalverhandlungen gescheitert. Auch in Zukunft ist hier wohl kein Durchbruch zu erwarten.

Eine Folge der Stagnation bei den Globalverhandlungen als auch des Scheiterns der 1984 durchgeführten Überprüfungskonferenz zur „Internationalen Entwicklungsstrategie für die 3. Dekade der Vereinten Nationen" ist, daß der Einfluß der gemäßigten Entwicklungsländer (z. B. Indiens und Pakistans sowie einiger afrikanischer Länder) im Rahmen der Vereinten Nationen schwindet. Diese Länder beklagen, daß ihr pragmatischer Verhandlungsstil in den letzten Jahren die Industrieländer zu keinerlei nennenswerten Zugeständnissen bewegt habe. Ihre

[31] M. *Bohnet:* Negotiating International Economic Order, in: U. E. Simonis (Hg.): Ordnungspolitische Fragen zum Nord-Süd-Konflikt, Berlin 1983, S. 183 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Strategie, „Mäßigung ist die aussichtsreichste Form der Verhandlungsführung", habe sich deshalb nicht ausgezahlt. Die Entwicklungsländer hätten auf Drängen der Gemäßigten zahlreiche Zugeständnisse gemacht, die früher als völlig undiskutabel abgelehnt worden seien (z. B. Anerkennung der Bedeutung eines guten Investitionsklimas, positive Würdigung der Kooperation zwischen Weltbank, IWF und UN-Organisationen, Abgehen von der Forderung nach Indexierung, Unterstützung des Modells der weltweiten Exporterlösstabilisierung, Mäßigung bei der Forderung nach Preisstabilisierung, positive Würdigung der Rolle der NGOs, Anerkennung der Notwendigkeit zu politischen Reformen, insbesondere im Agrarbereich). Die eher radikalen Entwicklungsländer (vor allem lateinamerikanische Länder wie Venezuela, Argentinien, Mexiko, Brasilien und Ecuador) werfen nun den Gemäßigten vor, daß dies alles nichts gebracht habe, da die Industrieländer seit Jahren unbeweglich in ihren Schützengräben verharren. Angesichts ausbleibender Erfolge der Pragmatiker ist daher mit einer Verschärfung der Tonart des Nord-Süd-Dialogs zu rechnen. Eine Re-Radikalisierung der Entwicklungsländer im Rahmen der Vereinten Nationen steht bevor.

Summary

Changing Emphases of Development Practice

The paper is concerned with the changing emphases of development practice during the last ten to fifteen years. Four topics are discussed:

a) Changes of basic concepts and methods and their impact on the development practice

The basic needs strategy has gained increasing influence in development practice and this in spite of the existing adminstrative barriers (e. g. conflict between the regional and sectoral planning approach in the administration). Also the socio-cultural repercussions of development projects are increasingly taken into acount. But there is still a conflict between the socio-cultural project background and the bureaucratic constraints in regard to formal project implementation. Furthermore, there are conflicts between the necessity to preserve the endogenous cultural traditions and to secure individual human rights.

For the practician the word "developing countries" has drastically lost its meaning. The distinction between "gravitational countries" and "border countries", a classification based on the geo-political importance of countries, has become important.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In the paper the problems of evaluating development policy are discussed. Recent research studies have come to the conclusion that for the economic growth of developing countries it is development policy and not development assistance policy that is most important. Therefore, there has been an increasing trend towards the so-called policy dialogue.

b) Questions of bilateral development cooperation

Official and private capital transfers to developing countries are being progressively mixed (mixed financing, co-financing, technical assistance towards payment, use of official development assistance (ODA) for financing of private investment etc.). A discussion has started on the possible conflict of financing recurrent costs and local costs. The conflict originates from the fact that any local cost finaning is identical with untied balance of payment support. The tendency towards programme financing instead of project financing is also outlined.

c) Questions of multilateral development cooperation

It is shown that the proportion of multilateral contributions to total ODA has increased continuously. There is no trend towards bilateralism, as sometimes pretended. But there is a trend which can be characterized as "bilateralism of multilateral assistance": the tendency towards creating new and tied funds within the UN-System. Furthermore, the gap between the target profile of bilateral and multilateral assistance has widened.

d) Trends in the North-South-Dialogue

A general tendency to regionalise the North-South-Dialogue can be identified. A multipolar system emerges. The main problems in the North-South-Dialogue in the areas of raw materials, science and technology, industrialization, trade, energy, food, finance, and disarmament are outlined, and the dispute regarding global negotiations is described. Such global negotiations could include not only economic questions but also political issues. Till now the endeavours to introduce global negotiations have failed. For that reason a renewed radicalisation of the strategy of the developing countries within the United Nations is predicted.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Development Theory — Notes for an Alternative Approach

By *Johan Galtung*, Princeton

1. Development Theory in Crisis

Development theory is a *holistic* approach to human society, in principle, and *dynamic*, as the word indicates. It shares holism with such approaches as peace studies, future studies and women studies, all of them relatively recent, and all of them also reactions against the fragmentation of the study of the human condition into all kinds of specialities. And it shares dynamism with history and future studies.

However, development practice has become sadly different. Instead of holism there has been a focus on economic aspects of the *social* space of human existence; instead of dynamism in an endogenous sense there has been a focus on the capacity to emulate certain societies held to be "developed", according to the now classical less developed countries (LDC), more developed countries (MDC) and Washington D.C. model (WDC).

This type of approach, which has shown a remarkable ability to survive the presumably mortal attacks directed against it, has left out *nature* space, the setting for ecological development, or at least balance, on which the human condition is absolutely predicated; it has left out the (inner) *human* space of mental/spiritual development; it has left out other aspects of the social space although there is now — largely thanks to "reaganism" — a renewed interest in political development and theory of democracy; and it has left out the whole *world* space of regions and countries in conflict and cooperation. The latter has led to absurdities in the theory: if all countries have as a goal trade surplus and positive balances in general, then there is an obvious problem somewhere. In general, nobody seems to care whether societies held to be "developed" are mutually compatible in a global system.

So, we are left with a "theory" of development so miserable that it was incapable of foreseeing the ecological imbalances; incapable of taking into account the "civilization" diseases to the human *body* (cardio-vascular diseases and tumors), *mind* (mental disorders) and *spirit* (a general sense of meaninglessness); incapable of handling problems of gross social maldevelopment (e.g., bureaucratization, mili-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tarization and other forms of top-heaviness; lack of participation in general, flagrant inequalities); and incapable of handling the world system anomalies that are consequences of this maldevelopment (e.g. maintenance of old division of labor; cycles of penetration, subversion, terrorism, interventionism; debt crisis). The point here is not that the practice was unable to solve these problems; the point is rather that the problems were not accommodated within the theory, not foreseen by that crisis-ridden body of thought.

The following, then, are some notes about alternative theories or theory, giving an approach which is different, where suddenly India, for instance, stands out as much more developed in basic ways than Norway, in spite of the latter being much richer per capita in economic terms (but not in terms of a concept of richness to be developed below).

2. Four Spaces and the Assumption of Isomorphism

We keep the assumption of development theory as holistic, and interpret this term so as to cover the four spaces; nature, human, social and world spaces. We also keep the assumption of development theory as dynamic, and interpret this as meaning changes towards some kind of "good" society, but on its own premises, not assuming any universal definition of "good" except, perhaps, at a high level of generality and abstraction. In other words, holism, dynamism and ameliorism are the bench-marks of development theory.

Looking at the four spaces there is no scarcity of approaches. For *nature* space there is the entire school of ecological balance. For the *human* body there is the medical tradition focussing on somatic health, and on mental health; and then the whole religious tradition focussing on spiritual health or salvation. For *social* space there are all the programmes for social betterment built into social structure, culture and ideology. And for *world* space there are the programmes built into large "chunks" of humankind, the social cosmologies of civilizations. But there is no programme for world society as such, except as projections from countries (e. g., federations, like the USA and the USSR, seeing an extension of themselves to USW and WSSR as desirable and attainable goals for the whole world). The world space — being the basic arena where peace is to be achieved — has yet to be mapped with a theory that is *sui generis,* at the world space level, and not some kind of reductionism to social, human and/or nature levels (which, of course, would be included in theories of peace, only that the world level will have to play a major role).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Imagine that we now, as a point of departure, assume that there must be some basic similarity in the logic of balance in the four spaces, and that balance is at least a major component for *self-generated reproduction;* the system continues on its own engine so to speak. We are then left with two possibilities: using the theory of balance based on *one* of the spaces, or develop a totally new theory, a general systems theory, to cover *all* of them as "systems". Both approaches are meaningful, but in the present paper I shall stick to the former, perhaps trying to enrich it a little with concepts from the latter. And that raises the second basic question: from which space to learn?

I think there are three good reasons to try to learn from the *nature* space:

(1) Nature has been around much longer than we have. As a whole it has changed and differentiated, evolved what is usually referred to as higher forms — we humans arrogating to ourselves the title as the highest. Consequently, there must be some inherent "wisdom of nature", whatever its roots, something from which we can learn.

(2) Nature space is basic, all the others depend on it; whereas nature can very well survive without human beings around, without their social and global spaces. We depend on nature, not nature on us: we even destroy nature as evidenced by the ecological crisis today, and more so than nature has been destroying us (through natural calamities of various kinds). While the whole cosmic eco-chain has cosmo-, atmo-, hydro-, litho- and biosphere as its basis, the homosphere is a highly expendable tail.

(3) Perhaps our insight into nature is better than our insight into ourselves. This may be due to several reasons, of which two stand out. There is a distance between ourselves and the rest of nature which perhaps facilitates objectivity, insight, knowledge, whatever one might call it. Of course, *a priori* we might assume even more insight into the other three spaces since we are in them and of them and by them. But precisely for that reason it may be more difficult to achieve the distance necessary to arrive at some fruitful general conceptualizations. We are too close to see ourselves, there is too much at stake in our subjective values and interests. And then: could it not also be that natural scientists are simply, *grosso modo,* better at that game, at doing science, I mean?

However, let me add that when for these three reasons nature space is used in this context as the model for the other three, it is only seen as *one* possible approach, as something to be tested for its heuristic value.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Spaces and Sub-Spaces

In doing so, the point of departure is, of course, the general theory of ecological balance in *nature space*. By that we would now mean a nature space that includes not only abiota (in other words, the atmo-, hydro- and litho-sphere), but also biota (microorganisms, plants, animals). For the present purpose it is sufficient to state what seems to be a basic insight in ecological balance as follows: it is based on *diversity* and *symbiosis*. There is a certain plausibility to this: if a given part of nature space has sufficient diversity in abiota and biota (including access to the energy from the cosmosphere, solar energy in particular), and its diversity is made use of by the system for symbiosis so that the parts relate to each other, interact with each other, generate new abiota and biota in repeated or changing (or both) exchange cycles, then after some time a form of reliable balance should be the result.

This is plausible, also because it is so easily seen how a system in nature space might collapse: through lack of diversity (the abiota/biota needed are simply not available any longer), or through malfunctioning of the symbiotic mechanism. The former is seen in monocultural agriculture, which was to be maintained artificially by supplying diversity through artificial manures and pesticides; at the expense of environmental pollution. And the second is seen in the nuclear winter, where the basic assumption in the scenario is that due to clouding of the atmosphere the interaction with cosmosphere is reduced so that a major form of symbiosis in nature space no longer functions, photosynthesis.

We shall refer to the joint functioning of diversity and symbiosis as "system maturity", and the general line of thought, for all four spaces, will be as indicated in *Table I*.

The reader will find on the left the four spaces and along the top nine headings where the first two are simply the spaces and sub-spaces. There are the obvious subdivisions of nature space. Then comes the human body, *soma,* that can be seen as a part of the *human space,* but certainly also as a part of the biosphere. The choice made here is in favour of the former. In that connection it should also be pointed out that a distinction has been made between *mind* and *soul:* the former is seen as the seat of emotions and cognitions, the latter as the seat of reflections on many things, among them emotions and cognitions of oneself and of others — in other words, of self-reflection. In principle, this would also include reflections on one's own capacity for reflection, in other words philosophy. And so on, ad infinitum. It is this complexity that constitutes the *personality,* without necessarily having any clear view of where the line should be drawn between the mind and the

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Table I: **Development Goals: A Systemic Approach**

Space	Sub-Space	Code	System Maintenance (by definition)	System Maturity (diversity and symbiosis)	Reproduction (using maturity)	Resilience (to violence)	Resilience (to exploitation)	Maintenance Goal
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Nature	cosmo-; atmo-; hydro-; litho-; biosphere	genetic code	bio-*needs*	several biotopes and exchange cycles	renewal	injury to needs	injury to renewal capacity	*eco-balance*
Human	body — soma mind — psyche soul — spirit	genetic code personality	bio-*needs* other human *needs*	several homotopes and exchange cycles	reproduction recovery	injury to needs	injury to reproduction / recovery capacity	*health*
Social	micro — primary meso — local, secondary macro — national, tertiary	structure culture ideology	social *interests*	several sociotopes and exchange cycles	reconstruction	injury to interests	injury to reconstruction capacity	*development*
World	regional global	cosmology global/ human cosmology	regional *interests* global *interests*	different, systems in active and peaceful coexistence	reconstruction	injury to interests	injury to reconstruction capacity	*peace*

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

soul, or whether the personality does also include aspects of the body in a purely somatic sense. The human "space" keeps it all together.

In *social space* a distinction has been made between the micro, meso and macro levels. The former is the small group surrounding any individual, usually based on kinship and/or friendship, in other words, primary relations; the second would be the local level of social organization in a territorial sense and secondary associations usually based on values and/or interests in a non-territorial sense. The latter would be the national level, or tertiary relations (based on primary and secondary relations).

Finally, there is the *world space,* of interacting social spaces of all kinds. Much attention is paid these days to macro social spaces, in the sense of nation states and to the world as the system of nation states. Nobody will deny the importance of this, but it leaves out all international, transnational and sub-national actors that also may be operating in the world space. So I prefer to keep the concept more open. However, regardless of what kind of actors one can find in this space, a distinction between the global system encompassing all actors of that kind and a regional system composed of only a sub-system makes sense, particularly, for nation states.

The Code of Systems

Looking at the second column, what one finds is a very conventional hierarchy of increasing complexity, starting with cosmic energy and solar rays, and ending with world systems. It is a hierarchy of Chinese boxes, open one and inside you find the next level, open that one and you find the next one, and so on. But each space is steered by its own logic; each space has what in the third column is referred to as a *code*, which can also be referred to as a *programme.* The programmes are rules of transformations, defining processes of that space as goal-seeking entities, with complex feedback relations.

Thus, each organism in the *nature space,* in the biosphere, is the carrier of a genetic code that can be transmitted through acts of reproduction. The genetic code gives us the upper and lower limits of that entity, in terms of differentiation, complexity, etc. This also goes for the somatic aspect of human beings. But in addition human beings have personalities which we define as the code for the non-somatic aspect. These are the propensities of mind and soul, the characteristics that make it easy for us to recognize one person from one day to the other since the personality remains more or less the same even if some manifestations change, depending on the weather, what happened early in the morning, the food eaten late at night and what not. A dramatic

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aspect of the spiritual capacity of a human beings is the capacity to reflect on one's own personality, and not only reflect on it but possibly even change it, or change that of others, in any kind of "brainwashing", perceived as voluntary or involuntary by that person. Which of course makes one ask whether it is given to human beings, through spiritual means, also to change their own genetic code as some yoga practices possibly indicate.

Then there is the *social space*. The code is here seen as being built into the structure and the culture in an implicit form, and into the ideology in an explicit form — "explicit" meaning "spelt out".

In *world space* this becomes more complex since we are dealing with larger systems, bringing together many entities from social space. At this level it makes sense to talk about "deep structure" and "deep culture", meaning by that structural and cultural elements that seemingly different societies or systems in a *region* have in common. One might see them as the expression of a "deep ideology" and "deep structure"; here referred to as (social) *cosmology* — the "personality of a civilization", to put it that way. And that of course raises the question whether there is such a thing as a code for a true world space, encompassing everything, a deep human ideology beyond the genetic code that humans have in common.

The Maintenance of Systems

Let us now go on to the next column of "system maintenance". The two key concepts in this column are "needs" and "interests". We shall define them as the *conditio sine qua non* for system maintenance. If the needs of an organism are not satisfied then that organism disintegrates. This also applies to human beings, as biological organisms. And our needs can probably best be understood by studying the structure and function of the human being as a biological organism (in other words, anatomy and physiology), paying particular attention to the orifices of the body that should function (air, water and food should be let in, excrement out; sensory impressions should be let in, mental reactions be permitted to come out; and so on). There is need for rest, there is need for activity. The list can be made long. Look at the list, put minuses in front of one or more of the items and you have a list of pain techniques, well-known to those who inflict punishment, even torture in all the social sub-spaces, from time immemorial, including parents in their effort to "raise" their children.

Maybe it can be argued that these bio-needs for human beings fall into two categories: simple *survival,* which at the individual level

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

means not succumbing to violence — direct or structural and at the collective level. In addition to that, it also means procreation, that the human race will continue. And then, on the other hand, there is the need for something more than that, let us simply call it human *well-being,* the basic constituent in the World Health Organisation definition of health.

It is readily seen how dependent all of this is on *nature.* Nature is the space in which we rest and are active. Nature supplies most of the absolutely indispensable inputs and receives (and transforms) some of our outputs. For nature to be able to accommodate, as a *host,* human beings, nature has to be strong, particularly if human beings act like parasites. And since humans are biological organisms with personalities, they have other needs than bio-needs that may not be compatible with the stability of the nature space in which they are embedded, leading to exploitation of nature, to expansionism, etc.; bad *guests,* in short.

How, then, does one approach the problem of non-biological human needs? Elsewhere[1] I have tried to classify them in two groups: *identity* needs and *freedom* needs. They are dialectically related. Identity needs demand some fixed point, some nucleus around which the individual can build and extend unions over and above itself as biological organism, and the freedom needs are the needs for space, for somatic, psychological and spiritual movement, in search of union or away from union. Maybe the freedom needs also include the needs to be able to *escape from oneself,* in other words to change, from time to time, the programmes or codes embedded in one's personality.

Let me from these remarks proceed to the complex subject of *interests,* in social space and world space. What would be the interest of a social system or a system of social systems, whether the latter is regional or global? How, for instance, could one today conceive of "national interests", to take as an example a major type of social entity? Cutting through a long debate, could one not simply say that *a social system has but one legitimate interest: that of satisfying the basic need, biological and non-biological, of its members?* And then one can discuss who the members are, are they only human beings, or could they also include other biological organisms? In that case, would it include all animals or only some of them? I do not claim to have an answer, only think that these questions should never be eliminated from the agenda of a good society.

[1] Cf. *Galtung,* J.: The Basic Needs Approach, in: Katrin *Lederer* (Ed.) in cooperation with Johan *Galtung* and David *Antal:* Human Needs. A Contribution to the Current Debate, Cambridge, Mass.: Oelgeschlager, Gunn & Hain, Königstein/Ts.: Anton Hain, 1980, p. 66.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

I would then say that the same applies to more complex groupings, systems or social systems at any level of complexity, filling ultimately the world space. The world interest is to satisfy the interests of *its* members, the interests of its members are to satisfy the needs of *its* members. But since the latter eventually depend on nature space, there is a limit to the extent to which one can get around satisfying the bio-needs of all organisms. And since the needs of organisms also depend on abiota, there is a limit to the extent to which one can destroy them. So, ultimately, we depend on ecological balance in a super-space comprising all four spaces.

The Maturity of Systems

And that leads us to the fifth column: "System maturity". This is where the bald assumption enters: System maturity is by definition based on the level of diversity combined with the level of symbiosis (between the components that constitute the diversity). The assumption, then, is that the higher the level of system maturity, the more resilient is the system, the more able to reproduce both in the sense of maintaining itself and creating new generations, or withstanding various types of injuries, even of setting goals for itself, realistically, within the conditions of system maturity.

In all spaces this calls for several types, and for symbiosis. Let us refer to these types as *biotopes* in nature space, *homotopes* in human space and *sociotopes* in the social and world spaces. Let us further assume a Chinese boxes logic: the world space is an extremely rich sociotope, but so far in interaction with no other sociotope. Inside that sociotope there are social systems that may be exemplars of the same or different sociotopes, meaning social systems or societies; within those sociotopes there may again be, at lower levels of complexity, the same or different sociotopes, until one comes down to homotopes, human beings that may or may not be of the same or different types and may or may not have different homotopes or inclinations, propensities that are more or less developed.

Thus, on the one hand one could imagine a world space consisting of a number of societies exactly of the same type, based on exactly the same (and low) numbers of components, populated by human beings of a very uniform kind, who inside themselves have cultivated exactly the same (and in low numbers) inclinations. Then, on the other hand, there would be a world with very different societies that inside themselves would have very diverse components, all of this in very complex cycles of interaction; populated by very diverse human beings who

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

inside themselves would cultivate a high number of very diverse components or inclinations in very different ways, combining, feeding into each other also in different ways. A world of very low and very high entropy, respectively. These are the kinds of images I hope to evoke, and I shall certainly refer to the first image as that of a highly undeveloped system. Obviously, "development", then, means complexity and balance rather than singlemindedness and growth.

For nature space this is just another way of evoking again the image of conditions for ecological stability. *But nature is a brutal place.* There are certainly exchange cycles, ecological cycles starting with water, carbon dioxide and solar energy and ending with water and carbon dioxide (solar energy just going on and on, as that bountiful and seemingly endless input). Some of these cycles, when translated in a normative manner into rules of behaviour in the human, social and world spaces, would not fare well as models: I am thinking of cycles including the food chain with the "higher" levels consuming the "lower" ones; microorganisms feeding on abiota; plants, also on microorganisms; animals being not only herbivores but also carnivores; human beings feeding on everything but not appreciating the idea that anybody should feed on us, not even on ourselves, stamping it out as cannibalism.

Obviously, we need another principle here in addition to the idea of symbiosis as generally conceived of: we need *a principle of respect for the needs of the other.* Exchange cycles, yes, but with some basic form of *tolerance.* In some religious systems this tolerance norm is formulated as *ahimsa,* non-violence — extended not only to human beings, but also to animals (the case for vegetarianism, in hinduism and buddhism), in some cases also to plants and even microorganisms (in principle, the case of jainism). This was Gandhi's way.

Similarly, at the level of human space in a less biological sense, this means respect and tolerance for other personalities, and at the level of social space, respect and tolerance for other types of social organization. So there we are, in the midst of philosophical and political wilderness; we are unable to arrive at any formula without some kind of moral injunction, some kind of norm. And this is not the norm of social justice, equality or even equity. As a matter of fact, the norm may even be anti-egalitarian since equality may have a tendency to lead to uniformity, homogeneity, and here the goal is just the opposite: heterogeneity. Moreover, the concept is not *distributive* between more or less endowed entities — social justice and equality are such concepts. Equity is a more *relational* concept, referring to the interaction between entities (that it should be "equitable", meaning roughly that all parties should get about equally much out of it). But here there is not even a

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

demand for equity, except in the very basic sense that relations should not lead to the elimination of other types.

But does this not mean that we get into a vicious circle: on the one hand, we are interested in systems that are developed and peaceful, on the other hand, a condition for a system to be developed is that it is already peaceful, replete with tolerance? Yes, there is an element of circularity in the reasoning but that is not necessarily so problematic. The hypothesis would be that once the system has attained a certain level of diversity, for which I assume some level of tolerance to be a necessary if not a sufficient condition, then diversity will generate more diversity. It will feed on itself, so to speak. The result will be a system increasingly resilient, able to withstand injury from within and without. There is a positive dialectic between peace and development in the sense given here to these complex notions.

So, one arrives at the conclusion that the strong human being is one who permits inside himself and herself several tendencies to emerge and develop and mature. Take Gandhi as an example:[2] the saint and the politician rolled into one, the two interacting with each other in a highly symbiotic way, with neither the saint driving out the politician nor the politician eliminating the saint. And contrast this with the tendencies in so many societies, perhaps particularly modern occidental civilisation, to filter human beings into one particular channel where a limited set of propensities are developed as career-promoting and useful for society, teaching a human being to teach himself to suppress other inclinations. Of course, that person also has what might pass as a way out: segmentation of the inclinations, being one person at work, a totally different person in the family, and still a different person in his or her leisure/hobby/peer group life. There is something schizophrenic in this, easily described by the formula of missing exchange cycles, of no interaction between the homotopes within that human being. He or she may pay dearly: according to some theories, the price for suppression of important inclinations inside oneself, striving to emerge and develop, may be cancer in somatic terms, schizophrenia or other forms of mental disorders in physical terms.

From here to *social space* there is but a short step: a strong society according to this type of thinking would mix sociotopes and put them creatively together in exchange cycles. It would not be based on market mechanisms only or planning only, but on both. It would not be based on centralism only or decentralisation only, but on both. Moreover, it might be based both on the first 'both' and the second 'both' mentioned

[2] Cf. *Galtung*, J.: Gandhi heute, München: Bertelsmann, 1986.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

above. And the net result, of course, is a society with a much stronger level of economic/political activity than found in most "developed" countries today, combining a capitalistic and socialistic sector, both at the local level and the more macro level of social organization. The *green,* the *blue,* and the *red* together — but only to the extent that they tolerate each other, in relatively soft forms, in other words, light green, light blue and light red! Economic articulation both at the local and the national levels, both as market and as plan. Politcial articulation both as local direct democracy and national indirect democracy, both as a mechanism for selecting leaders or delegates and as a way of having everybody participate, seeing participation as one possible input, the output of which is not only social but also human development.

But what about *world space?* Where do we have a theory of this type at the global level? Curiously enough, the closest we come to that is probably the Soviet theory (of the 1930's) of "active and peaceful coexistence between the two systems". The idea is that socialism and capitalism can "coexist" at the global level, that the world may have more than one sociotope; and that the coexistence should be "active", meaning symbiotic, and "peaceful", meaning tolerant. In other words, the two components from ecological thinking and the moral injunction, the three principles together, are all found in the Soviet formula! But having said that, three critical remarks should immediately be put forward:

(1) If this is such a good theory for the world, why not also use it *inside* society? Why not have, inside the Soviet Union, some capitalist and some socialist republics — even if this might mean changing the name of the country? (Incidentally, it should be noted that this is what the Chinese now seem to be aiming at with their famous "One country, two systems" formula.)

(2) Why should there be coexistence only between *two* systems? Why not between different systems, not assuming that capitalism/socialism exhausts the range of human imagination? (It does not.) Or, is this fixation on the number 2 a part of the manichaean fascination with dichotomies, in Russia particularly well-known as bogomilism?

(3) Moreover, is this a theory for a goal state of the world or only for a transition to a world with only one sociotope, socialist countries? Is it simply a formula of convenience because capitalism is still too strong and not yet sufficiently in crisis to dig its own grave? Besides, could it be that there is much to learn, e.g., capitalist technologies, which may be useful for socialist countries?

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In spite of the validity of these three objections, the formula no doubt points to something very important. And, the formula shows that there may be a basis for convergence of thought not only between the four spaces as here indicated, but also between ideological camps in the world today, combining the avowed tolerance/pluralism of capitalist/liberal societies with some of the thinking of the socialist camp.

Reproduction of Systems

Let us then proceed to column No. 6: "reproduction", making use of system maturity. In a sense there is nothing new that is being said here. It is only pointed out that if in *nature space* the two conditions are satisfied, then there is a natural renewal capability which is threatened when diversity and/or symbiotic capacity diminish. Similarly, it is pointed out that the same applies in *human space.* It obviously applies to reproduction based on two homotopes, man and woman and their symbiotic interaction, intercourse of body, mind and soul. Precisely because this is so trivial, it bestows some validity on the scheme. The very condition for the reproduction of human space in a biological sense is already there. The theory touches ground in a very basic sense, so to speak. But this also applies to recovery, from states of ill health. The thesis would simply be that the human being who has grown in diversity, letting the various homotopes in himself/herself play together has a much higher resistance capacity to disease, an immunity system way beyond that which is attributed to the white blood corpuscles. The highly one-sided sportsman dies from overexertion of the heart in middle age; the intellectual who never in any way takes care of his body does the same. Balance is the key to health, but that is but another word for letting more than one human flower grow and interact inside yourself.

When we then move on to *social space,* the logic is the same. A society playing on both market forces and planning forces is stronger, provided it has obtained not only a balance in a quantitative sense but also symbiosis in an interactive sense between the two. It is stronger both because of the synergy coming out of that interaction, with planning exercising mild guidance of the market and undoing some of the damages resulting from its social darwinism, at the same time as the market energizes the planning including the point, sometimes, of giving it something to plan! But there is the second factor: if one of these should fail, for instance because the foreign market collapses or the planning becomes too rigid, there is always the second one. Walking on two legs being better than walking on one; walking on three legs being still far better, when one includes the local basis of the economy. And

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

the polity? Actually, this whole approach even yields a theoretical basis for democracy, for what is democracy if not exactly the symbiotic interaction between diverse parties?

It should be noted that both conditions, as well as the moral injunction, are among the pillars on which democracy is based. If there is no diversity, but only uniformity, homogeneity, not only in terms of attitudes/beliefs but also in terms of actions/structures within the confines of a society, then what is the use of interaction? And if there is only pluralism in attitudes and in the sociotopes, (the substructures found inside the social system), but no interaction between them, then one may of course get democracy in the sense of counting prevalences, majorities among the actors, individual and collective. But one does not get the full richness of the system based on give and take, learning and teaching, rubbing attitudes, actions and structures against each other, developing dialectically together, respecting the right of the other attitude and the other actor to exist (but not maintaining them artificially either). In short, not only sexual reproduction and love, but also the whole basis for democratic thinking are already embedded in this simple little approach. Again, that is taken as a confirmation of its validity.

Given these characteristics of a society, reconstruction should in principle come easy. The whole system is vibrant, organic. Hit at some point, there may be injury but there is plenty of material around, even abounding, for reconstruction. And in principle the same applies to the *world space:* the more uniform and devoid of interaction, the more vulnerable; the more diverse and symbiotic, the more capable of reconstructing itself.

Resilience of Systems

This is where columns 7 and 8 enter the picture: the heading they have in common is "Resilience", to direct violence and structural violence respectively, in the columns referred to as "Violence" and "Exploitation". Direct violence is injury to needs, and injury to interests of more complex systems in social and world spaces, meaning their capacity to satisfy the needs of their members. I have defined needs in a very broad sense, including both somatic and non-somatic needs, and both those that are easily hurt by direct violence and those that are touched by the slow operations, usually unintended, of structures. At the most basic level, this gives us the four major types of injury in the world today: the negation of survival known as "holocaust"; the negation of well-being known as "silent holocaust" or structural holocaust as it may also be called — the dying out of people and the cutting

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

off of young human flowers, infants and small children in the Third World; the negation of freedom known as the KZ and the Gulag; and the withering away of feelings of identity to the point where the only focus of identity is one's own ego, one's own needs, not to mention greed — in other words the "spiritual death" of materialist individualism. Systems with high levels of maturity would have the resilience making them capable of resisting such injuries, surviving intact.

Column 8, "Exploitation", takes up the same theme but in a more basic way. It goes deeper. The injury is no longer only to one particular need (or at the more complex levels, interest) but to the very capacity for reproduction. My definition of "Exploitation" is then as follows: any utilization of a resource, in nature, human, social or world spaces, to the point where that entity is no longer capable of reproducing itself.

In *nature space* it is well known what this means: resources have been made use of beyond their renewal capacity. The result is known as depletion. In *human space* it is also known what this means: a human resource is made use of beyond its production capacity as an individual: it is simply "exhausted". A good night's sleep after sufficient food constitutes some basic conditions for recovery even from serious strain, even from injury. One indicator of what is happening would be to take note of the state of the human body, mind and soul, every morning, over time, until it is quite clear that recovery is no longer taking place. However, the human reproduction capacity from one generation to the next is extremely resilient, so exploitation in human space is ontogenetic rather than phylogenetic, to put it that way. Bio-genetic transmission is robust; at least so far, and as far as we know.

A society no longer able to reconstruct itself is a society deprived of its capacity for autonomous reproduction. There is injury to the interests, there is insufficient capacity to undo the injury. In *world space,* this also occurs, civilizations are known to be born, mature, expand and then contract, becoming senile before they eventually die. The metaphor chosen by Naipaul for India, "a wounded civilization" is an apt one. However, it may not apply to India, given the extreme resilience of that particular civilization, and this as evidenced by a very simple indicator: its existence on earth for about 3,500 years, which is already more than can be said about most other civilizations.

Injury to reproduction capacity does not necessarily mean death. Reproduction is self-generated, autonomous; but inputs may also come from the outside if the system is not closed. *Nature space* may be artificially kept alive through manure and pesticides; *human space* through biochemical and other types of engineering; *social space*

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

through "development assistance" and "loans"; *regional space* in the same way, as today is being done to the Third World. A condition, of course, is that there are other entities in the four spaces capable of extending this assistance. The outcome is probably, in general, that the "wounded system" disappears as an autonomous system and is incorporated into a super-system in which the donor is a part, taking on some of the characteristics of the donor. In other words, as an autonomous system it is dead.

Maintenance as a Goal of Systems

And that brings us to the last column. What is the goal of this entire maintenance exercise? The goal is not system maturity as such, this is rather a condition on which to build. For *nature space* the goal is ecological stability, meaning a system on which human beings can also draw as a resource without hurting its reproduction capacity. Maturity is a condition for this stability. But stability goes beyond, it has to be nurtured and developed further.

In *human space,* one might stipulate a similar goal: health in the broad sense of that word, a sense of somatic, mental and social well-being as it is quite well expressed by the World Health Organization. Again, system maturity is a condition on which health can be built, somatic health, mental health, spiritual health — the latter usually known as "human development" in a more narrow sense. Or "salvation", in a religious sense.

And the same applies to *social space.* System maturity only indicates conditions for development to take place. It is like a solid foundation, the rock bottom on which taller structures can be erected. At the same time it gives some ideas about how the construction should take place: in a spirit of pluralism. If there are more ideas around, why not practice several of them, not only one; why not let them interact with each other? The history of civilizations seems to indicate more than clearly that it is the moment when the rulers think that they have developed *the* only correct idea and put it into practice, with a social order with only one sociotope, that the end of that civilization is in sight.

3. Some Concluding Words

This is not the place to develop these themes further, these are only some notes. Let me point out again what many might look at as a weak building block in the construction: "the moral injunction". I see no way of escaping from it, I see no engineering that can guarantee a

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

built-in respect for that which is different. It is something that has to be cultivated, which means that the culture containing this type of tolerance already as a tenet of belief is one that may survive for a long time. Here, of course, hinduism and India enter as examples with almost incredible resilience at the level of the social and global spaces. In the other two spaces health and ecological balance are fundamentally not only threatened but eroded — in these spaces tiny, singularistic and intolerant Norway may be doing better.

In conclusion, let me also point out that the development concept proposed here, *system maturity*, is less growth-oriented and more resilience-oriented. The goal is strength and not at the expense of others, in all four spaces. The approach is holistic. In the growth-oriented approaches, the goal is also strength, but if necessary, at the expense of others, and in a very one-sided way, based on a narrow band of factors only — locating both cause and effect in economic aspects of social space. The result is spectacular, until one-sidedness and growth lead to ruptures, decline and fall.

On the other hand, there is more than enough to do within the present approach — only that it is more qualitative, less quantitative. Ecological balance, health, development and peace — four aspects of development in a broader sense — are no modest goals to set for oneself, even if there should be some similarity in the underlying logic. And that similarity is, to me, the essence of "development".

Zusammenfassung

Entwicklungstheorie — Vorschläge für einen alternativen Ansatz

Das konventionelle Konzept von „Entwicklung" mit dem Kernstück wirtschaftlichen Wachstums führt — so die Ausgangsthese des Verfassers — zu ökologischem Zusammenbruch, zu Entmenschlichung, zu kopflastigen, abhängigen Gesellschaften und zu weltweiten Konflikten.

Im vorliegenden Beitrag entwickelt und erörtert der Autor ein alternatives Konzept von Entwicklung, das sich aus den Begriffen der Komplexität und des Gleichgewichts ableitet. Ökologische Konzepte wie die „Reife" und „Widerstandskraft" eines Systems, die auf „Vielfalt" und „Symbiose" beruhen, werden auf ihre Implikationen für den menschlichen, den sozialen und den globalen Bereich der Entwicklung überprüft.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Does Development Economics Have a Future?

By *Göran Ohlin*, New York

I. Economists and Development Economics

Today, there is obviously a mood of disenchantment among economists who work on developing country problems. It has many components, and in spite of the provocative title, I take this as an opportunity to discuss the situation and its implications.

First, we should perhaps recall that policy-oriented economics is in shambles everywhere, at least in the sense that there is no longer the kind of consensus that was found in the 60s — a post-Keynesian consensus on macroeconomic policy in the OECD countries and some kind of "development consensus" on what was needed in the North-South relations.

Looking back, it is easy to find the premises of those days rather naive. The success of the world economy seduced many into believing that the growth of the North was simply a matter of demand management, and the underlying technological aspects of growth were neglected along with the problems of structural change which were to make themselves felt in the 1970s.

As for development, it would be easy to ridicule some of the simplistic ideas which came to the fore in the 60s. But they were the ones that were produced in the face of a political situation that called for advice by economists. There was nothing better in the market at the time, and perhaps there couldn't be. No one wanted to hear that this will not work, that the problems are infinitely complex, and so forth. Those few who reacted against the simple-minded ideas of the early days of development economics were disregarded at the time, and it is natural that they triumph today.

Here, I certainly do not intend to take stock of all that could reasonably be called development economics. By some indices it is a very thriving field. The number of journals has grown beyond one's ability to keep up with them, and studies of all aspects of "development" pour out.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

The question I have in mind is mostly whether development will survive as a distinct preoccupation of economists. I think it is clear that the Western economics profession in general has always been pretty unimpressed by development economics and that it now takes a dimmer view of it than ever.

Economics has always been sensitive to the public preoccupations of the time, and it is only natural that development is now downplayed at Western universities. In the Third World it is different. There development issues are bound to remain dominant, but there one runs into the problem of lingering intellectual dependency.

But curiously enough, Western economics is nowhere so weak as on development, including its own. After Adam Smith and John Stuart Mill there was not much of growth, as long as it was not a problem. The same thing was true in the United States, for a very long time. Simon Kuznets was the great force behind the study of secular growth, and there were others who joined him in that enquiry of the progress of income and wealth in the economic history of the industrial countries.

Many of us think of *development* as something different from *economic growth*. However, many economists, including Kuznets, would not admit that there is any obvious difference; and some of the attempts to make the distinction seem pretty naive, as when it is suggested that growth is a phenomenon within an institutional setting whereas development involves profound institutional change. It is obvious that the past growth of the industrial countries involved immense institutional change. The essence of development is *dualism*, the coexistence of economic sectors which are not just mildly differentiated but grossly segregated, whether nationally or internationally.

Many developing countries have become the victims of simple-minded and imported ideas. On the one hand there is the appealing idea that there is no special problem — all you have to do is to apply straightforward economics wherever you are in the world. That is what Albert Hirschman (1982) terms monoeconomics. Othres make bolder claims. Michael Todaro in his textbook presents the study of economic development as "one of the newest, most exciting, and most challenging branches of the broader disciplines of economics and political economy", with its "own distinctive and methodological structure" (Todaro, 1977). He based this claim on the notion that development economics is all about "the economic and political processes necessary for affecting rapid structural and institutional transformation of entire societies in a manner that will most efficiently bring the fruits of economic progress to the broadest segments of the population."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

To some economists who today work as public servants or advisors in national and international agencies, this may sound as a correct description of the issue. But is the "institutional transformation of entire societies" truly a subject matter for economists, one to which they will be able to make a genuine contribution, let alone dispense recipes in textbooks?

It certainly is in the tradition of the early economists to raise such broad questions, as one must in the search for the causes of "the wealth of nations". But the answers to them are necessarily different from those, say, of modern axiomatic economics or of econometric investigations.

The rules of the game of scholarship cannot be laid out by methodological dictates. It is known that Jacob Viner, who was an eminently learned American economist, was asked, at a hearing of a Congressional Committee, what economics was really about, and that he replied, "Economics is what economists do." For all its arrogance and brevity, that statement is fairly profound. But what then do development economists do?

II. Development Economics So Far

1. Theories of the North about the Development of the South

If the first question is what development economists around the world do today, a second question might be why it happens to be that way. A long time ago, Max Weber, Gunnar Myrdal, Karl Mannheim and others introduced the idea of the role of values and politics in economics. This "sociology of knowledge", or *Wissenssoziologie*, characteristically suggested that the values of ruling classes insidiously bias the social sciences.

Whatever one thinks about the problem of objectivity in social science, it is certainly striking to what an extent development economics, as we know it, has come to be anchored outside the developing countries. It has been shaped in the West, and it has been linked to aid and development assistance policies.

The development theories of the early postwar period were hastily put together in response to a new attention and a new need. In the colonial period, in spite of the reorientation towards a development responsibility in the interwar years, there was no great interest in theorizing about it. With some notable exceptions from the 30s, such as Boeke and Bauer, it was only after World War II that development economics seemed to take on a life of its own. It was necessary to

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

explain why some countries were so poor and what could be done about it.

Answers were culled from many different sections of the library of economics — some from the neo-Marxist tradition on imperialism, some from the economic history of Western countries, some from the simple Harrod-Domar equation used in post-war forecasting and planning exercises in Europe and the US, and some from war-time concerns about post-war reconstruction.

One striking thing is how much development economics has depended on the incorporation in a Western, and for the most part Anglo-Saxon, intellectual environment of scholars from the outside. At first they came largely from Central Europe, and some of those contributions which are today considered classical were not about the development of Africa or Asia but of Eastern Europe, such as the famous Rosenstein-Rodan article (1943) and the work of Kurt Malenbaum. Nor is it unimportant that these papers were prepared in the conditions of a war-economy when planning was the name of the game.

This intellectual groundwork for discussion of development was thus available when the problems of decolonization emerged. Although these studies were concerned with countries pretty much in an old Western tradition they seemed applicable to any country lagging behind.

It became common usage to talk about *underdeveloped* countries. International diplomacy later changed it to *developing* but the implication remained that their problems were much the same, and essentially problems of growth. There has since been much talk about the distinction between development and economic growth, but I would argue that it has not been very rewarding. The UN once appointed a committee to settle the issue of what development really meant. The conclusion was essentially that it meant the flowering of the human being and the attainment of utopia on earth, to which no government found any objection.

What may be more reasonable is to note that the political setting in developing countries is profoundly different from that of Western industrial countries, but that political dimension has often been passed over in silence, especially in the large body of development economics that has been fostered by international organizations where semantic diplomacy prevented genuine discussion of political conflict.

I have already alluded to the dominance, not so much of Anglo-Saxon scholars as of Anglo-Saxon institutions. Although several of the

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

towering figures in development economics today are natives of the Third World, they exercise their influence from academic positions at leading English or American universities, as in the case of Arthur Lewis or the many distinguished Indian economists — Amartya Sen, Jagdish Bhagwati, T. N. Srinivasan, and others.

In France, Holland, and Belgium, there is also a postcolonial tradition of research about development problems, but it is obvious that it does not have the same international impact, although there are strong intellectual links among Francophone countries in North and South. I think the same thing goes for German contributions, not to mention those of smaller countries like Sweden. One explanation is, of course, the language barrier, but it is not the whole story. When something emerges that strikes the imagination of the world — even if it is silly, as e.g. Emmanuel's notion of unequal exchange — it tends to be translated.

But whether development economics is more Anglo-Saxon than Latin or Germanic is an internal Western problem. What seems much more serious and ominous is that what one thinks of as an international body of development economics is so short of contributions from developing countries themselves.

In Latin America, development economics is flourishing, but not in the best of circumstances. Immediate political problems are pressing, university budgets are squeezed, and censorship intrudes into even the most academic publications. Ideas frequently circulate in the region without much impact on the rest of the world, as in the case of ECLA, or for that matter those ideas, less documented, that have inspired the development policies of military governments in the Southern Cone. There is an inclination to approach Latin American development problems with reference to local and specific conditions.

In Asia, the situation is complex. In the Far East, one finds American and Japanese impulses combining in highly efficient and computerized research and policy planning, although in some countries political sensitivities are acute. In others, e.g. Bangladesh, universities function under abysmal conditions, yet they turn out vast numbers of graduates.

In Africa, the conditions of most universities are outrageously poor in terms of libraries, access to journals and even the most elementary sources of facts; moreover public debate is often shackled.

So the conditions of development economics tend to reflect the conditions of development, and there is a great and perhaps inevitable tension between the intellectual leadership of what we sometimes call

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

the North, and the need for a solid local anchoring of development economics, to take account of the diversity to which I have referred.

2. Theories and Nobel Prizes

Economics has always been a mixture of basic common sense, ad hoc speculations about human behaviour, and rigorous logic. The basic common sense is all there in Adam Smith. What he was explaining was not something hypothetical, but the fact that self-interest could in the market produce the remarkable events of which he was a witness.

The logical conclusion of this approach is the esoteric Arrow-Debreu universe of mathematical topology which has been recognized by Nobel prizes for its demonstration of the possibility of general equilibrium in market economies. Equilibrium is not growth although it is not incompatible with it; and there is also a high-powered mathematical theory of growth along the von Neumann path, for which Koopmans was given a Nobel award.

Then there is the empirical study of growth, as represented by Kuznets — another Nobel. Finally, to follow that tack, there is the Lewis and Schultz award, which encompasses much of the intellectual and ideological tension between a classical and neoclassical approach. In gross simplification, Lewis was rewarded for his powerful use of a dualist hypothesis, while Schultz was rewarded for his efforts to show that the opposite was true.

3. The Structuralist Premise

The idea that development economics is a different economics has never been completely accepted. There have always been stout defenders of what Hirschman (1982), in his elegiac obituary over development economics, calls "monoeconomics", but in the early years they were not much listened to.

Development economics was characteristically structuralist in the general sense Little gives to it, seeing the world as inflexible and supply as inelastic: "Change is inhibited by obstacles, bottlenecks, and constraints" (Little, 1983).

Where the significant structural rigidity was located and what its causes were, those were subjects on which there could be, and were, many different opinions. A dualist hypothesis seemed plausible where inequality was so great that "quantity turned into quality", as Marxists used to say. As many of the contributors to the *Festschrift* for Arthur Lewis say, the central idea of a traditional sector with a pool of surplus

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

labour feeding a modern and capitalist sector is "almost annoyingly simple" (Ranis and Fei, 1982), yet Lewis' own work and many other contributions to development economics can be described as "an extended commentary on the meaning and ramification of this central idea" (Findlay, 1982).

Another, and perhaps more ephemeral structuralist notion was the "big push" and the need for balanced growth — which in turn provoked Hirschman's early counterplea for dynamic imbalances which would call forth supply responses and break the rigid barriers.

III. Development Economics Tomorrow

Looking back, almost everybody is today struck with the optimism that prevailed only a decade or two ago — indeed, some would call it naivety. It was almost implicit in the structural approach that, having diagnosed the ailment and identified the inhibiting element, the cure would be expected to restore growth potential.

1. The New Pragmatism

Today, this faith has waned, and it is easy to see many reasons for that. Early development economics was inclined to "monodevelopment", to the view that the problems were essentially simple and similar. Thirty years later, it is only too obvious that they are difficult and different. The record of development spans a whole spectrum from disaster to success, and as David Morawetz (1977) showed in his sharply focussed examination, neither success nor failure came exactly where they were expected. When Jagdish Bhagwati (1984) discusses "What have we learnt?" it is essentially on this that he focusses.

Much disenchantment is due to the discovery that the political difficulties in many of the new developing countries were more pervasive and intractable than economists had been willing to admit. Today, after decades of economic decline in most countries in Africa, there is talk of "socio-economic disintegration". On the other hand, there are developing countries where "economic miracles" seem to occur, where entrepreneurship mysteriously emerges, and where markets and technology work. Small wonder if we are drifting towards new simplistic ideas — get your political stability in place, get the prices right, and then the rest will take care of itself.

There are many bids to explain why development economics took the shape that it did in the early years. The role of Marxists was less significant than that of Keynesians, who found in the dualist assump-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tion of „disguised unemployment" in rural sectors of underdeveloped countries a bridge between the demand oriented approach to problems of industrial countries and the blockage of growth in the poor countries. Stephen Marglin goes so far as to say that the ascent of structuralist and Keynesian approaches to development now seems puzzling and can only be explained by "the unique characteristics of the generation of economists trained between the late 1930s and early 1960s. During this period, no doubt because of the shock of the Great Depression, economics attracted people of unusually liberal persuasion, more skeptical of the market and more trusting of the government, than has been the case before or since." (Marglin, 1984).

Be that as it may, there is now, as he implies, a great change of mood in the economics profession in the North. In the South too there is a change and, in spite of the obstacles to which I have referred, strong economics professions are evolving in the more successful regions — and there is a hope that development economics may move to the developing countries themselves. On the other hand, the emphasis there is more on pragmatism and application, less on ideas and theory, and it is striking how little successful development policy in one country influences other countries.

2. A Neoclassical Backlash or a Structuralist Advance?

Today, then, development economics of the pioneering kind seems at least partly discredited. There is a return, which I personally find healthy, to the assumption that there is basically only one economic theory, though its application will have to be tailored to local (or regional) conditions.

The political situations in the industrial North of the world have also changed dramatically, and there is something of a neoclassical, or even new classical, backlash. Those who in the past maintained an academic opposition to the then fashionable types of development economics are now invited to whisper their advice into the ear of powerful governments.

Peter Bauer, for instance, who has opposed aid to developing countries for decades on end has also been a firm watchdog against the intellectual sloppiness that seeped into development economics as a result of its linkage with aid and North-South issues in general. Time and again he has railed against the rhetoric and bias which this entailed and asked "how it comes about that leading academics or other influential people canvass plainly insubstantial notions which must affect both the intellectual scene and the course of events." (Bauer, 1981).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Today, Professor Bauer is advising the British government on Third World matters.

Similar developments are taking place in the United States where the premises of earlier policies are being overturned very rapidly.

But before one concludes that the age of development economics has come to an end, one should pay tribute to its achievements.

Amartya Sen (1983), for one, has suggested that the rumours of its death are premature; he has argued that it "did not point entirely in the wrong direction" — an expression which is almost too subdued for my taste. There was a lot that was right and remains right in the approaches of the pioneers of development economics, and I think we are approaching a crossroads where the concerns of economists in North and South will come together. What I have in mind is what has been called "the death of macroeconomics", the incessant advance along the lines of the simple and fundamental premises that we economists live by. We assume and assert that contrary to much cant and hypocrisy people are interested in their own welfare and also in that of others and that it is on that level we have to look for answers. Structuralism in whatever form was always an approximation, as was Kenyesianism — the ultimate issue was how slow and how fast are responses to market signals.

We might also take notice of what the late Dudley Seers signalled years ago, namely the new similarities of the problems of North and South.

At the same time as we find a neoclassical reaction against the structuralist simplifications of development economics, the old industrial economies are overwhelmed by problems which can only be described as structural. For more than a decade they have suffered a loss of productivity and a growth of budgetary imbalances and stagflationary problems which stagger the imagination.

Structural problems in the North are essentially problems of contraction rather than expansion, but the two cannot be easily separated, for unless resources are released from contracting sectors there will be no expansion in other sectors. So, paradoxically, the industrial world itself, and especially European countries, are in something of a structuralist bind.

It is also interesting to note that, while development economics has been criticised in the profession for its lack of theoretical rigour, considerable attention is now devoted to speculation such as that of Mancur Olson on "The Rise and Decline of Nations" — not perhaps so

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

much for what it might have to say about development in the Third World but for what it forebodes for the decline of the West. (Olson, 1982). This is the rise of a new concern in the North, a new apprehension of the secular dimension of the change in world economic conditions which is also an essential aspect of the North-South problem.

3. Which Way Development?

Finally, it is unlikely that development thought will be unaffected if the international development pattern in coming decades is markedly different from that of the past.

At least in one respect, this seems to be the case. It is widely agreed that growth in the North is not likely, even with a measure of recovery, to regain growth rates of the 60s. At the time they averaged some 5 percent, and this drove the world economy; and growth in the South too was of that magnitude. Population increase left 2 - 3 percent per capita growth, which was a considerable achievement.

Today, few expect more than 2 - 3 percent growth in the North for the rest of the century. If that comes true, it is not enough for an "engine of growth" for the South. GNP growth of that magnitude would, on the average, barely be enough to meet population growth.

So one might expect a number of reactions in development thought and development policy, above all a return to autarky and import substitution, and perhaps a new emphasis on regionalism and South-South trade. All this would mark rather a break with the search for a new international economic order in the 70s which was really premised on the experience of the 60s and sought to secure a larger share of the growth of the North for the developing countries. If such growth sputters and dies out, and the dynamic sectors of the world economy now lie in the Pacific Basin, it will change the premises for international development substantially, and along with it also the theory and practice of development.

References

Bauer, P. T. (1981): Equality, the Third World, and Economic Decisions, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Bhagwati, Jagdish (1984): Wealth and Poverty: Essays in Development Economics, MIT Press.

Findlay, Ronald (1982): On W. Arthur Lewis' Contributions to Economics, in Mark Gersowitz et al., eds., The Theory and Experience of Economic Development: Essays in Honor of Sir W. Arthur Lewis, London: George Allen and Unwin.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hirschman, Albert O. (1982): The Rise and Decline of Development Economics, in: Mark Gersowitz et al., see Findlay.

Kuznets, Simon (1971): Economic Growth of Nations, Cambridge Mass.: Harvard University Press.

Little, Ian M. D. (1983): Economic Development: Theory, Policy, and International Relations, New York: Basic Books.

Marglin, Stephen A. (1984): The Wealth of Nations, New York Review of Books, July 19, 1984.

Morawetz, David (1977): Twenty-five Years of Economic Development 1950 - 1975, Baltimore and London: Johns Hopkins University Press.

Olson, Mancur (1982): The Rise and Decline of Nations, New Haven, Ct.: Yale University Press.

Ranis, Gustav and J. C. H. *Fei* (1982): Lewis and the Classicists, in: Mark Gersowitz et al., see Findlay.

Rosenstein-Rodan, P. N. (1943): Problems of Industrialisation of Eastern and South-Eastern Europe, in: Economic Journal, Vol. 53.

Sen, Amartya (1983): Development. Which Way Now?, in: Economic Journal, Vol. 93.

Todaro, Michael P. (1977): Economic Development in the Third World, London and New York: Longman.

Zusammenfassung

Hat die Entwicklungsökonomie eine Zukunft?

Sollte die internationale wirtschaftliche Entwicklung der kommenden Jahrzehnte erheblich von der der Vergangenheit abweichen — und dafür spechen alle Anzeichen — so ist es unwahrscheinlich, daß die Entwicklungstheorie davon unbeeinflußt bleiben wird. Selbst bei einer maßvollen Erholung wird der Norden kaum die Wachstumsraten der 60er Jahre wieder erreichen können. Damals betrugen sie im Durchschnitt fünf Prozent, und dies „zog" die Weltwirtschaft. Das Wachstum im Süden bewegte sich in derselben Größenordnung, so daß nach Einbeziehung des Bevölkerungswachstums immerhin zwei bis drei Prozent jährlichen Zuwachses der Pro-Kopf-Einkommen verblieben.

Heute erwarten wenige mehr als zwei oder drei Prozent wirtschaftlichen Wachstums im Norden bis zum Ende des Jahrhunderts. Dies wird nicht ausreichen, weiter eine „Lokomotive" für die südlichen Volkswirtschaften zu sein. Deren Wachstumsraten könnten im Durchschnitt knapp das Bevölkerungswachstum decken; die Pro-Kopf-Einkommen würden stagnieren.

Entsprechend lassen sich eine Reihe von Reaktionen in der Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik denken; vor allem eine Rückbe-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sinnung auf Autarkiestreben und Importsubstitution sowie eine neue Betonung von Regionalismus und Süd-Süd-Handel. Dies könnte das Ende der Suche nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung bedeuten, die den Entwicklungsländern einen größeren Anteil am Wachstum des Nordens sichern sollte. Sollte dieses Wachstum schwinden — und die dynamischen Sektoren der Weltwirtschaft liegen inzwischen im pazifischen Raum — dann wird dies die Grundlagen der internationalen Entwicklung verändern und mit ihnen auch die Entwicklungstheorie und Entwicklungspraxis.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ökologiedebatte und Entwicklungstheorie

Von *Hans-Jürgen Harborth*, Aachen

I. Einleitende Bemerkungen

1. Zielsetzung

Der vorliegende Beitrag geht von zwei Beobachtungen aus. Zum einen hat sich bald nach dem Erscheinen der „Grenzen des Wachstums"[1] ein Zweig der ökologisch orientierten Entwicklungstheorie und -politik herausgebildet, dem der erste Sekretär des United Nations Environmental Programme (UNEP), Maurice Strong im Jahr 1973 die Bezeichnung „Ecodevelopment" gab.[2] Nach Bernhard Glaeser ist „Ecodevelopment" ein „neues Konzept wirtschaftlicher Entwicklung, wobei stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung ergänzt wird durch eine stabile ökologische Entwicklung".[3] Inzwischen ist der entsprechende Forschungszweig kräftig gewachsen.[4] Gleichzeitig ist die Ökologiedebatte über den ökonomischen Bereich weit hinausgegangen und hat inzwischen an Breite und Intensität damals kaum geahnte Ausmaße angenommen.

Zum zweiten ist festzustellen, daß die etablierte Fachökonomie und auch die Vertreter der Entwicklungstheorie und -politik durch die Ökologiedebatte bisher wenig beeindruckt worden sind. Das lehrt z. B. ein Blick in die in den letzten zehn Jahren im deutschsprachigen Raum zur Entwicklungstheorie und -politik erschienenen Einführungswerke. Hier spielen das Thema Ökologie bzw. die sich daraus eventuell ergebenden Konsequenzen noch keine Rolle, obwohl — oder vielleicht weil? — diese Konsequenzen für das Paradigma der nachholenden Entwicklung sehr bedeutsam sein könnten. Auch in neueren Ansätzen bekannter Fachvertreter, die ausdrücklich kritische Rück- und Ausblicke auf die Entwicklungstheorie zum Gegenstand haben, fehlt eine solche Auseinanderset-

---

[1] Vgl. *Meadows* et al. 1972. Zur Geschichte dieses sogenannten World 3-Modells, das seinerseits eine Weiterentwicklung der von *Forrester* stammenden World 1- und World 2-Modelle ist, vgl. Eberwein 1984.

[2] Vgl. *Sachs* 1976, S. 61, Fußnote 12.

[3] *Glaeser* 1977, S. 309 (Übersetzung vom Verfasser).

[4] Vgl. z. B. *Glaeser* (ed.) 1977; sowie *Galtung* 1978; *Sachs* 1980; *Glaeser* (ed.) 1984 und *derselbe* über Ecodevelopment in Tanzania (1984).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zung.[5] Das Hauptelement des herkömmlichen entwicklungstheoretischen „Paradigmas"[6], nämlich das Ziel nachholender Entwicklung nach dem Muster der Industrieländer, bleibt unberührt.

Der vorliegende Beitrag ist zwischen diesen beiden Positionen angesiedelt. Es wird gefragt, ob und inwieweit bestimmte Ergebnisse der Ökologiedebatte das traditionelle entwicklungstheoretische Paradigma in Frage stellen. Im folgenden werden zunächst einige Bemerkungen zur Ökologiedebatte selbst und zum traditionellen entwicklungstheoretischen Paradigma gemacht. Danach sollen die vermuteten Hauptwidersprüche zwischen beiden Positionen untersucht werden. Eine erste Gruppe von Kritikpunkten bezieht sich auf das Bevölkerungs-, das Umwelt- und Ressourcenproblem, mithin auf wohlbekannte „alte" Probleme, für die sich jedoch, so scheint es, neue Dimensionen ergeben haben. Im folgenden Abschnitt geht es dann um grundsätzliche, ökologisch begründete Zweifel an der Rationalität von Ziel und Weg von „Entwicklung" im herkömmlichen Sinn. Der Beitrag endet mit einigen Schlußfolgerungen.

2. Zur Ökologiedebatte

Die Diskussion ökologischer Fragen ist in vollem Gang, und sie breitet sich weiter aus. Daher wäre es sicher verfrüht, trotz der bereits vorliegenden Ergebnisse und der bereits genannten Ansätze zu einer Theorie des „Ecodevelopment" schon jetzt von einem „ökologischen Paradigma" im allgemeinen und von einer ökologisch begründeten Entwicklungstheorie im besonderen zu sprechen.[7]

Das Signal zu einer weltweiten Diskussion des Themas Ökologie hat zweifellos die von Meadows et al. vorgelegte Studie „Die Grenzen des Wachstums"[8] gegeben. In diesem Buch wird für die Erde für den Zeit-

---

[5] Vgl. *Hirschman* 1981; A. *Sen* 1983. Zu den Ausnahmen gehört: *Cardoso* 1981, S. 23 - 25.

[6] Thomas S. *Kuhn*, Autor von „The Structure of Scientific Revolutions" (1972) schrieb in einem Postscript, was er (unter anderem) unter einem „Paradigma" verstanden wissen wollte: „... die ganze Konstellation von Meinungen, Werten und Techniken usw., die von den Mitgliedern einer gegebenen Gemeinschaft geteilt werden. (S. 287) ... Eine wissenschaftliche Gemeinschaft besteht ... aus den Fachleuten eines wissenschaftlichen Spezialgebiets ... Dabei haben sie dieselbe Fachliteratur gelesen und vielfach dasselbe daraus gelernt ... Im allgemeinen bezeichnen die Grenzen dieser Standardliteratur die Grenzen eines wissenschaftlichen Gegenstandes ..." (S. 289).

[7] So auch die Einschätzung der Herausgeber des kürzlich erschienenen Sammelbandes „Drei Welten — eine Umwelt", Freiberg / Hein / Hurtienne / Mutter (Hg.) 1984, S. 19.

[8] Vgl. *Meadows* et al. 1972.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

raum zwischen 2020 und 2050 eine Katastrophe vorausgesagt, die sich aus dem Zusammenwirken der Faktoren Bevölkerungsvermehrung, Umweltzerstörung, Nahrungsmittelknappheit und Erschöpfung der Rohstoff- und Energiequellen ergeben würde. Dies ist zwar nur eine bedingte Prognose: Die Ereignisse würden eintreten, wenn bestimmte, gegenwärtig vorherrschende Trends (z. B. Bevölkerungsvermehrung) bzw. allgemein angestrebte Ziele (z. B. Weltindustrialisierung) weiterhin wirksam und gültig blieben.[9] Die Autoren rechnen aber vor, daß unter diesen Voraussetzungen der Zusammenbruch selbst dann nur um bestenfalls einige Jahrzehnte hinausgeschoben werden könne, wenn man sehr optimistische Annahmen über künftige Errungenschaften der Technik und über eine Änderung des Bevölkerungsverhaltens machen würde.[10]

In diesem Sinne sind die Forrester-Meadows-Modelle neomalthusianisch. Sie sind in einem bestimmten Sinn (was passiert, wenn nichts passiert?) durchaus auch Weltuntergangsmodelle (Models of Doom)[11] — und sie sind dies um so mehr, als ihre Autoren immer wieder auf die zerstörerische Wirkung des exponentiellen Wachstums hinweisen und auf die Schwierigkeit, die damit verbundenen Gefahren rechtzeitig, das heißt: mit der Chance zur schadlosen Abbremsung eines eingeschlagenen Kurses, zu erkennen.[12]

Bei der Weltuntergangshypothese beließen es die Autoren bekanntlich nicht. Sie wollten auch zeigen, daß es möglich sei, „die Wachstumstendenzen zu ändern und einen ökologischen und wirtschaftlichen Gleichgewichtszustand herbeizuführen".[13] Freiwillige Wachstumsbeschränkungen bezüglich der Bevölkerungszahl und des Kapitalstocks wären, neben anderen zu ergreifenden Maßnahmen, die strategischen Hauptvariablen zur Erreichung eines solchen „Gleichgewichtszustan-

---

[9] Vgl. *Meadows* et al. 1972, S. 17.

[10] Für den entsprechenden Computer-Durchlauf angenommen (wenngleich von den Autoren nicht für wahrscheinlich gehalten) wurden u. a.: Verdoppelung der Rohstoffvorräte gegenüber dem Jahr 1900; massiver Einsatz der Kernenergie; Abbau des Meeresbodens und minderwertiger Erze; 75 %ige Wiederverwendung von Rohstoffen; Verdoppelung der durchschnittlichen landwirtschaftlichen Erträge ab 1975; Reduzierung der Umweltverschmutzung auf ein Viertel pro Industrieprodukteinheit gegenüber den 1970 festgestellten Werten; erfolgreiche Geburtenkontrolle ab 1975. Vgl. *Meadows* et al. 1972, S. 114 - 128. Trotzdem kommt es auch bei diesem Modell-Durchlauf noch vor dem Jahr 2100 zu Rohstoffverknappung und zum Rückgang der Industrieproduktion, zur Erhöhung der Sterberate wegen ansteigender Umweltverschmutzung und wegen absinkender Nahrungsmittelproduktion.

[11] Vgl. den Überblicksartikel von *Eberwein* 1984 und die dort angegebene Literatur.

[12] Vgl. *Forrester* (1971) 1972, S. 17 - 20, sowie *Meadows* et al. 1972, S. 18 f., S. 129 - 131.

[13] *Meadows* et al. 1972, S. 17.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des". Also letztlich: Angleichung der Geburtenrate an die Sterberate bzw. Gleichsetzung der Investition mit der Ersatzinvestition.[14] Gleichzeitig wiesen die Autoren darauf hin, daß — wegen der exponentiell wirksamen Faktoren — mit entsprechenden Maßnahmen unverzüglich begonnen werden müsse.[15]

Die in der Folgezeit entwickelten Weltmodelle weichen nach Fragestellungen, Methoden und Schlußfolgerungen stark voneinander ab. Das von Mesarović / Pestel 1974 vorgelegte Werk „Menschheit am Wendepunkt"[16] sowie der 1980 erschienene Bericht „Global 2000"[17] kommen bei gleicher Ausgangsfragestellung (Wohin geht die Entwicklung, wenn die Trends sich fortsetzen?), jedoch mit unterschiedlichen Methoden zu ähnlich alarmierenden Ergebnissen wie die „World 2" und „World 3"-Modelle von Forrester und Meadows. Anders bei dem Bariloche-Modell und dem unter W. Leontief entwickelten sogenannten UNO-Modell, die — aus sehr unterschiedlichen Gründen — für die Welt, insbesondere auch für die Entwicklungsländer, eine freundlichere Zukunft für möglich halten bzw. voraussagen.[18] Beide Modelle verstehen sich als Gegenentwürfe zu den Modellen „World 2" und „World 3"[19].

---

[14] Vgl. ebenda, S. 147 ff.

[15] Vgl. ebenda, S. 141 ff.

[16] *Mesarović* und *Pestel*, Gründungsmitglieder des Club of Rome, versuchten, bestimmten Einwänden gegen die Meadows-Studie entgegenzutreten, indem sie das Weltmodell regionalisierten (10 miteinander verflochtene Regionen) und den Zeithorizont auf 50 Jahre begrenzten. Wie zu erwarten, kam die Studie unter anderem zu dem Ergebnis, daß es vor allem die heutigen Entwicklungsländer sein würden, die als erste und am härtesten unter den kommenden (nun regionalisierten) Katastrophen zu leiden hätten. Das würde vor allem für die Folgen weiteren unkontrollierbaren Bevölkerungswachstums zutreffen (vgl. *Mesarović / Pestel* 1974, S. 70 ff.).

[17] Vgl. Global 2000, 1980.

[18] Vgl. *Herrera* et al. 1976 (Bariloche-Modell, genannt nach dem Ort in Argentinien, an dem die aus lateinamerikanischen Wissenschaftlern zusammengesetzte Arbeitsgruppe zum ersten Mal zusammentrat); *Leontief* et al. 1977 (UNO-Modell, weil von dieser Organisation in Auftrag gegeben). Vgl. *Eberwein* 1984.

Die Autoren des Bariloche-Modells stellen der von ihnen als „fatalistisch" eingeschätzten Meadows-Studie die These entgegen, die eine harmonische Entwicklung der Menschheit verhindernden Umstände seien nicht physischer oder ökonomischer, sondern sozialpolitischer Art: Ungleichverteilung von Macht, Einkommen und Vermögen im nationalen und internationalen Maßstab. Eine weltweite Politik der Grundbedürfnisbefriedigung sei dringend notwendig und — weltweite Solidarität vorausgesetzt — auch möglich. (Vgl. *Herrera* et al. 1977, S. 230). Es war diese finale, aufs Politische, vielleicht auch Utopische zielende Problemstellung, die den Autoren heftige Kritik eingetragen hat, wie beispielsweise: „Am relevantesten ist am lateinamerikanischen Weltmodell für das Problem von Bevölkerung, Ressourcen und Umwelt der Geist, in dem es entwickelt wurde (S. 1226). Anstatt sich mit den Problemen von Ressourcen und Umwelt zu befassen, begannen die Modellkonstrukteure mit der Annahme, daß es keine Probleme gibt — insbesondere keine schwerwiegenden Ressourcenprobleme." Global 2000, S. 1227. Diese

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Konstruktion von Erweiterungs-, vor allem aber Gegenmodellen zu World 2 und World 3 war zu erwarten gewesen. Bereits 1973 hatte Tinbergen darauf hingewiesen, das Kritik *nur* „in der Form eines Alternativmodells ... dem Bericht ebenbürtig"[20] sein könne, und so ist wohl auch der in der Folgezeit zu beobachtende Boom bei der Entwicklung neuer Weltmodelle zu erklären.[21] Die bis heute andauernde kontroverse Diskussion dieser Weltmodelle (und vieler anderer Teilprognosen, z. B. internationaler Organisationen) ist ein wichtiger Bereich der Ökologiedebatte, aber es ist nicht der einzige Diskussionsbereich geblieben.

Welch unterschiedliche Folgerungen aus der Meadows-Studie zu ziehen seien, hatte Tinbergen bereits 1973 skizziert. Unter anderem, so schrieb er, müsse man sich fragen, „ob gewisse unserer heutigen Wünsche *erstens* überhaupt ‚der Mühe wert' sind und *zweitens,* ob sie sich

---

Einschätzung wird dem Bariloche-Modell sicher nicht gerecht, denn die Entschärfung des Ressourcenproblems soll sich ja gerade als Resultat der vorgeschlagenen Egalitätspolitik ergeben. Über die Schwierigkeit, eine solche Politik durchzusetzen, waren sich die Autoren selbst durchaus im klaren. (Vgl. *Herrera* et al. 1977, S. 108). Auf jeden Fall verdankt die normative Variante der Ökologiedebatte dem Bariloche-Modell bis heute wichtige Anregungen.

Das von *Leontief* et al. entwickelte UNO-Modell war Ende 1972 — ebenfalls unter dem Eindruck der Meadows-Studie — in Auftrag gegeben worden. Die UN-Behörden stellten die Frage, ob der 1970 beschlossenen internationalen Entwicklungsstrategie tatsächlich physische Wachstumsgrenzen gesetzt seien. Die Schlußfolgerung des als Input-Output-Modell konzipierten Werkes war, daß die wirtschaftlichen Aussichten für die unterentwickelten Länder allgemein optimistisch seien. Dem Leontief-Modell wurden jedoch ebenfalls große methodische Mängel vorgeworfen: Um die als Ziel formulierte Wachstumsraten für die Entwicklungsländer zu erreichen, habe man „Investitionskoeffizienten von unerhörter Größenordnung" (mit einer privaten Konsumquote von höchstens 63 %) durchhalten müssen, weiterhin habe man landwirtschaftliche Produktionssteigerungen bis zum Jahr 2000 von 400 - 950 % (in einem Standardszenarium) annehmen müssen, ebenso wie eine Substitution von Öl durch Kernkraft und Kohlevergasung und eine aktive Wiederverwendung von mineralischen Rohstoffen bis zum gleichen Jahr als technisch gelöst unterstellt worden seien (so z. B. Global 2000, S. 1254). Schließlich sagt das Modell „nichts darüber aus, wie ökologische Systeme von der von ihm prognostizierten Entwicklung betroffen sein werden. Es behält den Zustand von Wäldern, Grasland, Wasserflächen, Boden und anderen natürlichen Systemen nicht im Blick. Mit der Brennholzkrise kann es nicht anfangen". (Global 2000, S. 1248). Karl-Heinz *Hansmeyer* (ehemaliges Mitglied des Sachverständigenrates für Umweltfragen) sagte über den Leontief-Bericht u. a.: „Aus meiner engeren Kenntnis der Umweltpolitik ist es heute fast erheiternd zu sehen, daß die Umweltpolitik hier auf die Probleme des Staubes reduziert wird ... Man kann also sagen, diese Leontiefstudie stammt eigentlich noch aus einer Zeit, als auch die Ökonomen mit sehr einfachen Argumenten operiert haben". (*Hansmeyer* 1982, S. 119).

[19] Vgl. *Eberwein* 1984, S. 9 f.

[20] *Tinbergen* 1973, S. 78.

[21] 1981 waren 20 Weltmodelle veröffentlicht oder in Arbeit. Vgl. *Eberwein* 1984, S. 7. Eine ausführliche und vergleichende Diskussion der bekanntesten Weltmodelle bietet Global 2000, S. 1171 - 1293.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht einander widersprechen, gar sich ausschließen. Wenn letzteres zutrifft, muß dieser Widerstreit ausgeräumt werden."[22] Die meisten der genannten Folgestudien beschäftigen sich mit der zweiten Frage: Gibt es Grenzen des Wachstums, oder gibt es sie nicht? Der Charakter einer solchen Fragestellung ist, wissenschaftstheoretisch gesprochen, *positiv:* Annahmen, Struktur und Schlußfolgerungen eines guten Modells sind offen ausgewiesen und intersubjektiv überprüfbar[23].

Ob weiteres Wachstum angesichts der drohenden Gefahren überhaupt „der Mühe wert" sei, ist dagegen eine eindeutig *normative* Fragestellung. Ob zum Beispiel eine zunehmende Umweltverschmutzung als notwendiger Preis für weiteres Wachstum zu akzeptieren sei oder nicht, kann nicht errechnet, sondern muß politisch entschieden werden. Normativ ist auch die folgende Äußerung: „Als Staatsbürger wie als Weltbürger hat es uns zu kümmern, was unsere Kinder und Kindeskinder werden ertragen müssen, wenn diese Art von exponentiellem Wachstum anhält."[24] Hier tritt neben die Frage des subjektiven Nutzenkalküls (lohnt sich die Mühe?) die Frage nach der Legitimation des eingeschlagenen Wachstumspfades in den Vordergrund: *Dürfen* wir diesen Weg weitergehen und/oder ihn anderen empfehlen? Dies sind Schlüsselfragen für die normative Variante der Ökologiedebatte, die sich seit etwa Mitte der siebziger Jahre entfaltet hat.

Probleme der „normativen Ethik", die heute in der Ökologiedebatte einen hervorragenden Platz einnehmen, sind von verschiedenen Fachdisziplinen aufgegriffen worden[25]. Hier zeichnet sich ein interdisziplinärer Dialog ab. So greift Erich Fromm in „Haben oder Sein" (1976) auf Erkenntnisse und Überlegungen der Club of Rome-Berichte zurück (S. 18, S. 159 f., S. 194), wie umgekehrt Fromms Buch auf die Ökologiedebatte der Gegenwart einen großen, unbestreitbaren Einfluß gehabt hat und noch hat.

---

[22] *Tinbergen* 1973, S. 79.

[23] Der positive Charakter solcher Modellableitungen wird nicht etwa durch den Hinweis aufgehoben, daß alle Annahmen über die Zukunft notgedrungen unsicher sind. Allerdings müssen die jeweiligen Annahmen dem jeweils besten Erkenntnisstand entsprechen, d. h. sie sollten in ihrem Plausibilitätsgrad von keiner anderen Annahme übertroffen werden. Dies wiederum muß nicht ausschließen, daß es kontroverse Annahmen mit gleich hohem Plausibilitätsgrad geben kann.

[24] *Myrdal* 1973, S. 16.

[25] Beispiele finden sich in dem von Birnbacher herausgegebenen Sammelband „Ökologie und Ethik", 1980. Das Problem wird dort aus naturwissenschaftlicher, theologischer, philosophischer und rechtlicher Sicht beleuchtet. Wie u. a. die auf S. 251 - 253 vorgestellte Literaturliste dokumentiert, hat dieser Zweig der Ökologiediskussion schon eine bemerkenswert lange und vielseitige Geschichte. Vgl. ferner *Georgescu-Roegen / Boulding / Daly* 1978; *Bennett* 1980, S. 243 ff.; *Hillmann* 1981; *Vogt* 1984.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Eine wichtige Variante der normativen Ökologiedebatte betrifft das Problem der Erhaltung „kultureller Vielfalt" bzw. „kultureller Identität".[26] Es ist vielleicht kein Zufall, daß es die Biologen Anne und Paul Ehrlich waren, die — in Kenntnis der Gefahren weitgetriebener Monokultivierung — die zu beobachtende Nivellierung der Kulturen als einen Akt der „Erosion des großartigen Aufgebots unserer Art an kulturellen Abstufungen" und als einen unwiderruflichen Abbau „kultureller Naturschätze" ansahen.[27]

Solche und andere normative Fragen, wie z. B. die nach der Wünschbarkeit von „Entwicklung" im üblichen Sinne, brauchen für die wissenschaftliche Diskussion nicht tabu zu sein. Zwar kann und soll sie solche Fragen nicht zu entscheiden versuchen, wohl aber kann sie die jeweiligen Implikationen einer Entscheidung A oder einer Entscheidung B herausarbeiten und so einen Beitrag leisten für ein rationales Nutzenkalkül. In diesem Sinne hat die Fachökonomie zur Frage, ob sich „die Mühe lohnt", ein immer höheres Sozialprodukt anzustreben, bereits wichtige Entscheidungshilfen geliefert, aber weitere zu liefern.[28]

3. Zum Paradigma der herkömmlichen Entwicklungstheorie

Angesprochen ist hier die wachstumsorientierte Entwicklungstheorie mit ihrem bis weit in die sechziger Jahre hinein unangefochtenen Leitbild „Modernisierung durch Wachstum"[29]. Priorität hatte das *wirtschaftliche* Entwicklungsziel, d. h. die Erhöhung des realen Sozialprodukts pro Kopf, wobei erwartet wurde, daß sich hierdurch auch „indirekt Verbesserungen der allgemeinen Lebensbedingungen bzw. eine parallele Sozialentwicklung (höherer Beschäftigungsstand, Verteilungsverbesserungen, verbessertes und ausgedehnteres Ausbildungs- und Gesundheitswesen u. a.)"[30] ergeben würden. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung werden — zumindest in der Theorie — also durchaus nicht gleichgesetzt[31], aber man erwartet eine „Parallelentwick-

[26] *Preiswerk* 1976, S. 25.

[27] Vgl. Anne und Paul *Ehrlich* (1970) 1972, S. 403 ff.

[28] Im Zentrum dieser Arbeiten steht die Kritik am Sozialprodukt als Wohlfahrtsindikator und der Versuch, bessere Indikatoren zur Messung der „Netto-Wohlfahrt" bzw. der „Lebensqualität" zu definieren und zu operationalisieren. Vgl. z. B. die Überblicksartikel von Leipert und Simonis 1982 und 1983.

[29] Kritische Darstellungen dieses Leitbildes finden sich z. B. bei *Addicks / Bünning* 1979, S. 12 ff., *Nohlen / Nuscheler* 1982, S. 50 ff. u. a. m.

[30] *Addicks / Bünning* 1979, S. 16.

[31] Vgl. *Hemmer* 1978, S. 3 - 31 und *Timmermann* 1982, S. 9 - 11. Dies schließt nicht aus, daß in der von Praktikern mitgeprägten „herrschenden Meinung" selbst diese Unterscheidung ignoriert werden kann: Sozialproduktwachstum *ist* Entwicklung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lung": „Zumindest in langer Sicht hat faktisch jeder Anstieg des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus auch positive Auswirkungen auf den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungsstand des betreffenden Landes."[32].

Das Strukturziel für alle Entwicklungsländer, nämlich die Angleichung an das Vorbild der in jeder Hinsicht als hochenwickelt geltenden Industrieländer, hat Leontief 1963 auf die kurze Formel gebracht: „The process of development consists essentially in the installation and building of an approximation of the system embodied in the advanced economies of the U.S. and Western Europe and, more recently, of the U.S.S.R."[33]

Das entwicklungstheoretische Paradigma der wachstumsorientierten (nachholenden) Entwicklung ist seit Anfang der siebziger Jahre zunehmender Kritik ausgesetzt gewesen[34]. Es sind wohl insbesondere die offensichtlichen Mißerfolge (wie: Ausbreitung von Massenelend trotz Sozialproduktzunahme) dieses Entwicklungskonzepts gewesen, die zur Propagierung des „bedürfnisorientierten Entwicklungskonzepts" geführt haben[35]. Ob es sich hierbei um einen echten oder nur um einen scheinbaren Paradigmenwechsel handelt, kann jetzt vielleicht noch nicht gesagt werden[36]. Nohlen / Nuscheler merken an, daß das Leitbild der

---

[32] *Hemmer* 1978, S. 52/53. Zur Parallelentwicklungsthese vgl. auch *Timmermann* 1982, S. 10/11. *Hemmer* relativiert diese These in einem entscheidenden Punkt: „Da ein schnelles wirtschaftliches Wachstum sowohl mit Verbesserungen als auch mit Verschlechterungen der Einkommensverteilung einhergehen kann, muß das Verteilungsziel als eigenständiges Entwicklungsziel in den entwicklungspolitischen Zielkatalog aufgenommen werden". (*Hemmer* 1978, S.65).

Zur Kritik der Parallelentwicklungsthese vgl. z. B. *Addicks / Bünning* 1979, S. 16 - 20. Die Autoren kritisieren hier u. a. die übliche Praxis, aus historisch nachweisbaren positiven Korrelationen zwischen Sozialproduktwachstum und gesellschaftlichen Verbesserungen kurzerhand auf eine bestimmte *Kausalbeziehung* zu schließen: „Sozialproduktwachstum als Agens des Entwicklungsprozesses". (S. 17).

[33] *Leontief* 1963, S. 159.

[34] Die Multidimensionalität dieser Kritik (Abhängigkeit; absolute Armut; Zerstörung kultureller Vielfalt und ökologischer Strukturen) ist thematisiert bei *Preiswerk* 1976, S. 22 - 42.

[35] Vgl. z. B. *Addicks / Bünning* 1979, S. 107 ff., *Nuscheler* 1982, S. 332 - 358.

[36] Für die Vermutung, daß hier häufig Lippenbekenntnisse im Spiel sind, spricht unter anderem, daß das Konzept „Modernisierung und kontinuierliches Wachstum *für alle*" ein für Industrie- wie Entwicklungsländer gleichermaßen akzeptables und publizistisch gut vermittelbares Paradigma abgibt. (Vgl. *Addicks / Bünning* 1979, S. 15 f.) *Nohlen / Nuscheler* 1982, S. 53 konstatieren: „Entwicklungspläne erhalten nicht selten die Funktion von Bewerbungsunterlagen, in denen zu lesen ist, was die internationalen Kreditgeber erwarten ... Entwicklungspläne dienen zwar den regionalen Eliten als Vorzeigestücke nach innen und außen, bilden aber selten verbindliche Handlungsanleitungen".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aufholenden Entwicklung „zwar längst verblaßt, aber noch nicht aus den Entwicklungstheorien oder entwicklungstheoretischen Programmen verschwunden" sei[37]. Es scheint sogar vieles darauf hinzudeuten, daß dieses Leitbild wieder zu neuer Reputation gelangt[38], wobei vor allem die Hinwendung der Volksrepublik China zu einer wachstumsorientierten Entwicklungspolitik eine stimulierende Rolle spielen mag. Es ist daher keineswegs überflüssig, sich mit dem nach wie vor sehr lebendigen Paradigma der nachholenden Entwicklung auseinanderzusetzen.

Bei den folgenden aufgeführten Punkten handelt es sich nicht um den Versuch einer Kurzdarstellung des herkömmlichen Paradigmas, sondern um eine Auswahl bestimmter Elemente dieses Konzeptes, die der Kritik aus ökologischer Sicht besonders stark ausgesetzt sind:

1. Wachstum des realen Pro-Kopf-Einkommens ist wichtigste Vorbedingung bzw. Ursache von Entwicklung. Eine Volkswirtschaft gilt als um so höher entwickelt, je höher die in ihr erreichten Pro-Kopf-Einkommen sind, und umgekehrt.

2. Wachstum des realen Pro-Kopf-Einkommens ist erreichbar durch Industrialisierung, d. h. durch Anwendung der Prinzipien Arbeitsteilung (Spezialisierung) und Mechanisierung. Beide Prinzipien favorisieren die auf economies of scale beruhende (standardisierte, oft räumlich konzentrierte) Massenproduktion sowie die räumliche und funktionale Entmischung von Produktions- und anderen Lebensbereichen nebst Austausch im Weltmaßstab; dies sind zugleich normale und wünschenswerte Begleiterscheinungen des Industrialisierungsprozesses.

3. Rohstoffmangel spielt bei diesem Prozeß keine hemmende Rolle, weil erstens regionalen Mangelsituationen andernorts Überschußsituationen gegenüberstehen, die durch Handel ausgeglichen werden können, weil zweitens noch praktisch unbegrenzte (wenn auch auf lange Sicht nicht ganz so ergiebige) Rohstoffreserven zur Verfügung stehen, und weil der technische Fortschritt, drittens, genügende und rechtzeitige Rohstoffeinsparungen pro Produkteinheit, viertens Wiederverwendungsmöglichkeiten (Recycling) und fünftens Substitute hervorbringen wird. Die beste und ausreichende Garantie für die Realisierung dieser Anpassungsprozesse ist der Marktmechanismus

---

[37] *Nohlen / Nuscheler* 1982, S. 50.

[38] Vgl. z. B. den Abschnitt „Aussichten auf dauerhaftes Wirtschaftswachstum" im Weltentwicklungsbericht 1984, S. 39 - 58: „Besondere Aufmerksamkeit wird in diesem Zusammenhang der Frage gewidmet, was zu tun ist, um die Wachstumsraten der fünfziger und sechziger Jahre wiederherzustellen" (S. 39).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bzw. — die sozialistische Variante — das Vertrauen auf die Problemlösungskapazität des wissenschaftlichen Fortschritts.[39]

4. Die sozialen Kosten des Industrialisierungsprozesses sind bekannt, und sie sind im Vergleich zum sehr hohen sozialen Nutzen dieses Prozesses hinnehmbar. Vor allem bringt das hohe Produktivitätspotential des Industrialisierungsprozesses in jedem Fall auch die Mittel auf, um etwa auftretende nicht hinnehmbare Folgekosten der Industrialisierung kompensatorisch zu neutralisieren.

5. Das Bevölkerungswachstum steht einem erfolgreichen Industrialisierungsprozeß nicht im Wege, weil bei steigenden Pro-Kopf-Einkommen die Geburtenrate sinkt und nicht etwa — wie Malthus annahm — steigt. Im übrigen ist es der Bevölkerungsdruck selbst, der die Menschen den Industrialisierungsprozeß beschleunigt in Gang setzen läßt.

6. Die vorstehenden Aussagen sind durch den Weg, den die Industrieländer — kapitalistisch oder sozialistisch — bisher gegangen sind, empirisch belegt. Nachholende Entwicklung für die Entwicklungsländer wie auch Weiterentwicklung der Industrieländer selbst sind daher gleichermaßen machbar wie wünschbar.

Offenbar stehen diese Aussagen und deren Prämissen ganz oder teilweise im Gegensatz zu den Positionen, die in der modernen Ökologiedebatte vertreten werden. Gegen die Meinung, die etablierte Fachökonomie könne sich mit der Kontroverse so lange Zeit lassen, bis sich die (Un-)Seriosität dieser vielfach als Modeerscheinung eingeschätzten Diskussion herausgestellt habe, spricht dreierlei:

Erstens scheinen die Hypothesen und Prognosen der Ökologen so abwegig nicht zu sein, wie inzwischen eingetretene Entwicklungen (z. B. die hierzulande sehr fühlbar gewordene Umweltzerstörung) dies nahelegen.

Zweitens geht es bei den Warnungen der Ökologen nicht um irgendwelche partiellen Fehlentwicklungen, die man bei Nichtgefallen zurücknehmen kann, sondern um Warnungen vor einem Weg, der nur „bei Strafe des Untergangs" weitergegangen werden dürfe.

---

[39] In der von der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion herausgegebenen Vierteljahreszeitschrift „Social Sciences" schreibt *Fyodorov* 1979, S. 221: „There has not been a single case of science not being able to solve a pressing problem facing mankind". Zitiert bei *Aage* 1984, S. 108, der hinzufügt: „There is in fact a striking coincidence in the views held by established Soviet economists and those of their colleagues in the capitalist countries".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Drittens läßt der dynamische, d. h. in Exponentialfunktion wachsende Charakter der in Gang befindlichen Entwicklungen nicht nur wenig Zeit zum Gegensteuern, es kann zum Gegensteuern vielmehr bereits zu spät sein, derweil bedrohliche Symptome äußerlich noch kaum zu erkennen sind.[40] Das „Waldsterben" ist — man wird wohl sagen müssen: war — ein Beispiel für die Richtigkeit dieser Art von Befürchtung.

Daß es bei der fälligen Auseinandersetzung mit den Argumenten der Ökologen auch für die Entwicklungstheorie um viel geht, steht außer Zweifel. In Frage gestellt ist u. a. ihr Anspruch, gültige, d. h. sowohl in sich widerspruchsfreie als auch akzeptable Aussagen über Ziel und Weg von Entwicklung zu machen. Das Hauptaxiom der Entwicklungstheorie, daß nämlich die „Dritte Welt wie die Erste werden" müsse (I. Illich), könnte ernsthaft in Frage gestellt werden, wenn sich herausstellen sollte, daß die Industrieländer tatsächlich in dem Sinne „überentwickelt" sind, daß sie selbst den Weg exponentiellen Wachstums nicht weitergehen können oder — angesichts der damit verbundenen steigenden sozialen Grenzkosten — auch nicht mehr gehen wollen. (Daß hiermit auch gleichzeitig die Expertenrolle der Ersten und Zweiten Welt in Frage gestellt werden könnte, und hier wieder vor allem die Expertenrolle der Ökonomie, sei hier nur am Rande vermerkt.) Eine Herausforderung — auch im Sinne einer Provokation — für die Entwicklungstheorie ist z. B. Forresters These, die heutigen Entwicklungsländer handelten langfristig unklug, wenn sie sich nach dem üblichen Muster industrialisierten, „denn die unterentwickelten Gebiete sind möglicherweise dem Zustand des zu erstrebenden Gleichgewichts mit der Umwelt näher als die Industrienationen".[41]

II. Neue Dimensionen alter Probleme

Wie für jede andere wissenschaftliche Fachdisziplin ergibt sich für die Entwicklungstheorie der Zwang zur Neuorientierung dadurch, daß bisherige Hypothesen von der Wirklichkeit widerlegt werden oder auch dadurch, daß neue Hypothesen mit einem höheren Grad an empirischer oder logischer Fundierung alte Hypothesen obsolet machen. So müssen

---

[40] „Wie rasch exponentielles Wachstum gegen endgültige Grenzgrößen stößt, zeigt ein französischer Kinderreim: In einem Gartenteich wächst eine Lilie, die jeden Tag auf die doppelte Größe wächst. Innerhalb von dreißig Tagen kann die Lilie den ganzen Teich bedecken und alles andere Leben im Teich ersticken. Aber ehe sie nicht mindestens die Hälfte der Wasseroberfläche einnimmt, erscheint ihr Wachstum nicht beängstigend; es gibt ja noch genügend Platz, und niemand denkt daran, sie zurückzuschneiden, auch nicht am 29. Tag; noch ist ja die Hälfte des Teiches frei. Aber schon am nächsten Tag ist kein Wasser mehr zu sehen."*Meadows* et al. 1972, S. 19.

[41] *Forrester* (1971) 1972, S. 28.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wohl besonders das Bevölkerungs-, das Ressourcen- und das Umweltproblem neu überdacht werden.

1. Das Bevölkerungsproblem

Daß das Bevölkerungsproblem einen „Schlüssel zum Umweltproblem"[42] darstellt, ist offensichtlich, denn „Naturschätze müssen im Verhältnis zu der Bevölkerungszahl gesehen werden, für die sie ausreichen sollen. Auch Umweltverschmutzung ist in mancher Hinsicht ebenfalls eine Funktion der Bevölkerungsdichte".[43] Die Notwendigkeit zur erneuten und verstärkten Auseinandersetzung mit dem Bevölkerungsproblem ergibt sich auch aus folgenden Überlegungen.

Erstens: Ob „Bevölkerungsfallen" (das durch Bevölkerungswachstum überkompensierte Wirtschaftswachstum) durch große Investitionsprogramme („Critical Minimum Efforts", „Big Push") vermeidbar sind[44], muß ernsthaft bezweifelt werden. Zu den Zweifeln an der organisatorischen und finanziellen Durchführbarkeit solcher großen Anstrengungen käme der Einwand hinzu, daß ein derartiges Weltindustrialisierungsprogramm mit den ökologischen Grenzen des Wachstums unvereinbar sein könnte.

Zweitens: Die Widerlegung der (Teil-)Hypothese von Malthus, daß mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen auch die Bevölkerungszahl ansteige[45], berechtigt noch nicht zum Optimismus, solange man nicht auch eine andere Teilhypothese von Malthus überprüft hat: daß nämlich Bevölkerungswachstum in der Nähe des Existenzminimums aufhört. Zu den von Malthus beschriebenen „Checks" gehörten ja nicht nur solche drastischen Ereignisse wie Hunger mit Todesfolge, sondern auch ein verändertes Bevölkerungsverhalten: „Während dieser Zeit der Not sind die Bedenken gegenüber einer Heirat und die Schwierigkeit, eine Familie zu erhalten, so groß, daß die Bevölkerung auf demselben Stand bleibt."[46] Daß auch diese Hypothese durch das generative Verhalten gerade der Ärmsten der Armen widerlegt wird, ist heute deprimierende

---

[42] *Myrdal* 1973, S. 25.

[43] Ebenda.

[44] Vgl. dazu *Hesse / Sautter* 1977, S. 29 - 42, sowie *Timmermann* 1982, S. 119 - 125.

[45] Diese Widerlegung geschieht gewöhnlich durch Hinweis auf die unbestreitbare Tatsache, daß in den Industrieländern *trotz* — heute würde man sagen *wegen* — des erhöhten Pro-Kopf-Einkommens das Bevölkerungswachstum rückläufig ist. Vgl. z. B. *Hemmer* 1978, S. 127.

[46] *Malthus* (1798) 1977, S. 24. Ganz ähnlich argumentiert noch Hirschman: „... daß ein Druck auf den Lebensstandard zu Gegendruck führen wird, d. h. zu einer Aktivität, die geeignet ist, den traditionellen Lebensstandard der Gemeinschaft zu erhalten oder wiederherzustellen". *Hirschman* (1958) 1967, S. 165. Vgl. hierzu kritisch: *Hemmer* 1978, S. 155.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gewißheit. Es ist auch bekannt, daß die Armen nicht etwa aus Verantwortungslosigkeit oder Unwissenheit viele Kinder haben, sondern weil sie eine Anzahl guter Gründe dafür haben[47].

Für die Entwicklungstheorie ergibt sich daraus unter anderem:

Erstens ist die optimistische Annahme, das Bevölkerungsproblem der Entwicklungsländer erledige sich im Zuge des Entwicklungsprozesses sozusagen von selbst, irreführend, weil hier erfolgreiche „Entwicklung" bereits vorausgesetzt wird.

Zweitens: Die Wahrscheinlichkeit, daß mehr als 100 Länder der Welt mit einer Bevölkerung von mehr als 3 Mrd. Menschen mit Hilfe großer simultaner Investitionsprogramme sich in relativ kurzer Zeit auf einen hohen Lebensstandard katapultieren könnten, um auf diese Weise den erhofften Geburtenrückgang zu bewirken, dürfte heute wohl noch geringer sein als in den fünfziger Jahren, als dieser Vorschlag gemacht wurde.

Drittens: Die Zahl sehr armer Bevölkerungen stagniert nicht, sondern sie tendiert zu weiterem Wachstum, heute mit Verdoppelungszeiten von 20 - 40 Jahren[48], was wiederum das Entwicklungsproblem in vielfacher Weise verschärft.

Die Schlußfolgerung aus diesen Erkenntnissen kann, muß aber nicht Resignation sein. Es gibt Anzeichen und konkrete Beispiele dafür, daß eine Grundbedürfnisstrategie (die eine verläßliche Alterssicherung mit einschließt), kombiniert mit einer konsequent durchgeführten Familienplanung, die Geburtenrate auch in armen Ländern relativ schnell senken kann[49]. Gleichwohl dauert es selbst nach einer Senkung der Geburten-

---

[47] Der Weltentwicklungsbericht 1984 nennt neben den allgemein bekannten Motiven „Kinder als kurzfristig verfügbare Arbeitskräfte" und „Kinder als (langfristige) Alterssicherung" noch die folgenden fruchtbarkeitsfördernden Motive und Umstände: Wegen hoher Säuglings- und Kindersterblichkeit zahlreiche Geburten, „um sicherzugehen" (zumal wenn nur Söhne die Funktion der Alterssicherung übernehmen können); Großfamilienstrukturen vieler Länder begünstigen frühe Heirat, da „das junge Paar sein Eheleben im elterlichen Haushalt des Mannes beginnen kann". (S. 60) Weiterhin wird auf die in vielen Gesellschaften zu beobachtende gesellschaftliche und politische Bedeutung großer Familien hingewiesen und nicht zuletzt auf die Tatsache, daß in jeder, noch so armen Gesellschaft „Kinder ihren Eltern Erfüllung und Freude" bringen (S. 61). Vgl. Weltentwicklungsbericht 1984, S. 59 - 61.

[48] Vgl. ebenda, S. 288.

[49] Vgl. ebenda, S. 8 ff. und S. 180 ff. Vgl. auch die Arbeit von *Schmid* 1982, die eine vorzügliche Einführung in das Problem bietet. Auf S. 73 heißt es: „Die ‚Erfolgsmodelle' Taiwan, Südkorea, Sri Lanka, Singapur und der indische Bundesstaat Kerala zeigen, daß Wirtschaftswachstum nur dort einen geburtensenkenden Effekt hat, wo auch die Masse der Bevölkerung Anteil an ihm hat ...".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rate auf das Niveau der Sterberate noch ca. 50 bis 75 Jahre, bis eine Bevölkerung nicht mehr zunimmt[50].

Es ist vor allem dieser lange „Bremsweg", der nach einer neueren Schätzung der Weltbank auch bei einer vorausgesetzten aktiven und erfolgreichen Bevölkerungspolitik die Gesamtzahl der in den heutigen Entwicklungsländern lebenden Menschen von ca. 3,6 Mrd. auf voraussichtlich 8,4 Mrd. im Jahre 2050 ansteigen lassen wird. Die Weltbevölkerung würde danach um das Jahr 2050 ca. 9,8 Mrd. Menschen umfassen und könnte sich dann 100 Jahre später auf dem Stand von etwas mehr als 11 Mrd. Menschen stabilisiert haben[51]. Allerdings warnen die Weltbankstatistiker selbst vor einer Fehlinterpretation dieser Zahlen als Prognose (S. 317), denn sie gehen von der spekulativen Annahme aus, daß die positiven Erfahrungen, die bestimmte Entwicklungsländer mit ihren Familienplanungsprogrammen gemacht haben, sich auch auf die anderen Länder übertragen lassen. Nach anderen Schätzungen könnte die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2050 sehr wohl auch auf 13 bis 14 Mrd. Menschen angewachsen sein, und zwar verbunden mit weiterer Zunahme[52].

2. Das Umweltproblem

In der ökonomischen, speziell der entwicklungstheoretischen Diskussion der frühen Nachkriegszeit spielten Umweltprobleme zunächst so gut wie keine Rolle. Die seit Alfred Marshall und Arthur C. Pigou bekannten Unzulänglichkeiten des marktwirtschaftlichen Allokationssystems, insbesondere die von K. William Kapp schon früh geäußerten Warnungen vor den zur Kumulation neigenden „Social Costs of Private Enterprise"[53], kamen zunächst über die Diskussionsebene volkswirtschaftlicher Oberseminare nicht hinaus. In der Entwicklungstheorie wurden die negativen externen Effekte des wirtschaftlichen Wachstums — im Gegensatz zu den positiven, denen man große Aufmerksamkeit

---

[50] Dies liegt daran, daß „... die hohen Geburtenziffern aus der Vergangenheit zu einem Altersaufbau mit einem relativ hohen Anteil von Frauen geführt haben, die sich im reproduktionsfähigen Alter befinden oder in dieses noch hineinwachsen". Weltentwicklungsbericht 1984, S. 316.

[51] Vgl. ebenda, S. 7: „Bis zum Zeitpunkt der Stabilisierung der Weltbevölkerung hätte die Bevölkerung Indiens 1,7 Milliarden erreicht, was dieses Land zur bevölkerungsreichsten Nation der Erde machen würde. Bangladesch ... hätte eine Bevölkerung von 450 Millionen. Nigeria, Äthiopien, Zaire und Kenia, die zu den derzeit am dichtesten bevölkerten Ländern Afrikas zählen, hätten Bevölkerungszahlen von 620 bzw. 230, 170 und 150 Millionen Menschen zu erwarten".

[52] Zu den verschiedenen Prognoseverfahren vgl. *Kappel / Widmaier* 1980, S. 94 - 185; dort auch Quellenangaben über verschiedene Schätzungen der weiteren Weltbevölkerungsentwicklung.

[53] Vgl. *Kapp* (1950) 1958.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

widmete — für relativ unbedeutend, jedenfalls für beherrschbar gehalten. Tibor Scitovsky schrieb 1954, also vier Jahre nach Erscheinen von K. William Kapps eben erwähnter Arbeit, was er unter „the producer's ‚direct' (i.e. non-market) influence on personal satisfaction" verstanden wissen wollte: Dieser Einfluß sei „best known by the example of the factory that inconveniences the neighbourhood with the fumes or noise that emanate from it". Und er kam zu der Einschätzung: „(this) case seems exceptional, because most instances of it can be and usually are eliminated by zoning ordinances and industrial regulation concerned with public health and safety".[54]

In seiner „Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung" berücksichtigte Albert O. Hirschman die im Zuge der Industrialisierung auftretenden sozialen Zusatzkosten durchaus[55], und er schien auch von Kapps Arbeit beeindruckt zu sein.[56] Trotzdem hielt er diese Social Costs im Interesse des Wachstumsziels für hinnehmbar, ja, er präsentierte den „alten kapitalistischen Trick . . ., aus dem wirtschaftlichen Kalkül eine Vielzahl von sozialen Zusatzkosten auszuschließen, die im Laufe des Wachstumsprozesses auftreten" (S. 57), geradezu als ein Beispiel von Hegels „List der Vernunft" (S. 55). Denn wenn ein potentieller Investor zur nachträglichen Übernahme der von ihm verursachten sozialen Zusatzkosten (also zur Internalisierung) gezwungen werden sollte: würde er sich, so fragt Hirschman, zur Investition auch dann noch „veranlaßt fühlen, wenn er im voraus wüßte, daß eine Kompensation dafür bezahlt werden muß?"[57]

Zu einer etwas vorsichtigeren Einschätzung kam man etwa ab Anfang der sechziger Jahre, nachdem erste gesicherte Erfahrungen über Umfang und Bedeutung der „Social Costs in der Entwicklungspolitik" (Uhlig 1966) vorlagen. Insgesamt sah man aber (noch) keinen Anlaß, an der grundsätzlichen Funktionsfähigkeit und Rationalität des marktwirtschaftlich gesteuerten Entwicklungsprozesses zu zweifeln. Das Konzept der Social Costs sollte lediglich dazu dienen, auf Art und Ausmaß gewisser Fehlsteuerungen aufmerksam zu machen, „die die wirtschaftspolitischen Instanzen auf den Plan rufen müssen, damit diese durch maßvolle Interventionen ... das Funktionieren des Steuerungsmechanismus regulieren".[58]

[54] *Scitovsky* (1954) 1970, S. 297. Folgerichtig schloß Scitovsky diesen Ausnahmefall aus seinen weiteren Erörterungen aus.

[55] Vgl. *Hirschman* (1958) 1967, S. 52 ff.

[56] Unter Hinweis auf *Kapps* Arbeit schrieb er: „Und zu diesen sozialen Zusatzkosten treten viele andere, von der Luftverschmutzung bis zur Arbeitslosigkeit, und zwar in solcher Fülle, daß ein ganzes Buch ihrer detaillierten Analyse gewidmet worden ist". *Hirschman* (1958) 1967, S. 52.

[57] *Hirschman* (1958) 1967, S. 56. Vgl. auch *Uhlig* 1966, S. 136 ff.

[58] *Uhlig* 1966, S. 156. Uhligs Studie enthält u. a. eine ausführlich dokumentierte Darstellung der zu dieser Zeit bekannten direkten Interdepen-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inzwischen haben sich offenbar neue Dimensionen ergeben. Es geht nicht mehr, wie es noch das Scitovsky-Zitat von 1954 nahelegte, um Einzelfälle von Rauch- und Lärmbelästigungen im unmittelbaren Bereich einer Fabrik. Das qualitative, räumliche und zeitliche Spektrum der Umweltbelastungen hat sich in einem Umfang erweitert, der selbst von dem frühen Warner K. William Kapp nicht immer vorausgesehen werden konnte. Beispiele für diese neuen Dimensionen finden sich in großer Zahl im „Bericht an den Präsidenten", Global 2000. Davon seien hier nur einige wenige herausgegriffen: Die durch Schwefel- und Stickoxydemissionen verursachten sauren Niederschläge führen zu teilweise irreparablen Schäden an „Seen, Wäldern, Böden, Ernten, stickstoffbindenden Pflanzen und Baumaterialien ... So enthielten von 1500 Seen in Südnorwegen mit einem pH-Wert unter 4,3 70 % keine Fische mehr" (S. 84). Bei einem weiteren Ansteigen der durch Verbrennung fossiler Brennstoffe verursachten Kohlendioxyd-Konzentration in der Erdatmosphäre könnte es in der zweiten Hälfte des nächsten Jahrhunderts (bei weiterem zügigen Abholzen tropischer Wälder noch früher) zu einschneidenden Klimaveränderungen auf der ganzen Erde kommen, u. a. auch zum Abschmelzen der polaren Eiskuppen mit nachfolgendem Anstieg des Meeresspiegels (S. 84/85), was wiederum die Überflutung zahlreicher Küstenstädte nach sich ziehen würde. Die Ozonschicht in der Stratosphäre, die die Erde vor schädlichen Ultraviolett-Strahlen schützt, sei durch Emissionen aus Spraydosen, Kühlschränken und durch hochfliegende Flugzeuge gefährdet (S. 85). Für die in Kernreaktoren anfallenden radioaktiven Abfälle habe noch „keine Nation ein Modellprogramm für die zufriedenstellende Lagerung" entwickelt (S. 85), und dabei haben „Nebenprodukte der Reaktoren Halbwertzeiten, die annähernd fünfmal so lang sind wie die Periode der überlieferten Geschichte" (S. 86).

Neben diesen *industrialisierungsbedingten Umweltschädigungen,* zu denen selbstverständlich auch die in den Entwicklungsländern durch das weltweite Industriesystem verursachten Schäden gehören, spielen spezifische *armutsbedingte Umweltprobleme* eine zunehmende Rolle.[59] Überlebensstrategien existenzbedrohter Bevölkerungen führen oft zu

---

denzen und externen Schäden, vornehmlich aus den Bereichen Wasser-, Land- und Forstwirtschaft der Entwicklungsländer. Vgl. ebenda, S. 63 - 132. Aus dieser Studie geht u. a. hervor, daß viele der ökologischen Probleme, die heute unbeherrschbar zu werden drohen, nach Art und Ausmaß bereits bekannt waren und problematisiert worden sind.

[59] Hiermit hat sich die erste Umweltkonferenz der Vereinigten Nationen von 1972 systematisch beschäftigt. Vgl. UN Conference on the Human Environment. Environmental Aspects of Natural Resource Management. A/Conf. 48/7 und Development and Environment, A/Conf. 48/10. Vgl. auch *Hartje* 1982, S. 9 ff. sowie Weltentwicklungsbericht 1984, S. 108 ff. und epd-Entwicklungspolitik 10/11/1984.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

langfristigen Verschlechterungen bzw. sogar zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Dazu gehört zunächst das bereits beschriebene armutsbedingte Bevölkerungsverhalten, nämlich die Aufrechterhaltung einer hohen Geburtenrate. Solche Überlebensstrategien sind auch in der Überbeanspruchung des Bodens durch Überweiden zu sehen, ferner im Brennholzeinschlag in trockenen und hochgelegenen Regionen, in denen Bäume u. a. wichtige wasserwirtschaftliche Funktionen erfüllen. Die Weltbank schätzt die Zahl der Menschen, die zur Zeit zur Deckung ihres täglichen Energiebedarfs mehr Holz verbrauchen als Holz nachwächst, auf 1,3 Mrd.[60] Hinzu kommt die landwirtschaftliche Nutzung ökologisch empfindlicher Grenzböden, z. B. an erosionsgefährdeten Abhängen, in halbtrockenen Buschsteppen und in tropischen Wäldern.[61] Schließlich gibt es in den ausufernden städtischen Agglomerationen der Entwicklungsländer spezifische Umweltprobleme, z. B. gravierende sanitäre Defizite.

Die nicht bestreitbaren armutsbedingten Umweltprobleme und die mit ihnen verknüpften Überlebensstrategien existenzbedrohter Menschen können nun allzu leicht als Beweis dafür herangezogen werden, daß diese ihre mißliche Lage — möglicherweise aus Unkenntnis — selbst verschuldet hätten. Es ist offensichtlich, daß dieses Argument zu kurz greift und unseriös ist, solange nicht geklärt ist, durch welche Umstände die Betroffenen in diese Lage gekommen sind.

Diese — notwendige — Fragestellung wirft allerdings eine Reihe schwieriger Probleme auf: Haben die betroffenen Menschen überhaupt jemals eine ausreichende und ökologisch ausgewogene Existenzgrundlage gehabt? Wenn ja, wie ist dann ihr Verlust zu erklären: durch tatsächlich selbstverschuldete Überbeanspruchung der natürlichen Ressourcen, durch gewaltsame Vertreibung im Zuge kriegerischer Auseinandersetzungen, durch kolonialistische Eingriffe, oder durch den weltwirtschaftlichen Entwicklungsprozeß?

Die von verschiedenen Fachdisziplinen zu diesem Fragenkomplex geleistete Forschung ist noch längst nicht abgerundet. Doch lassen sich einige Zwischenergebnisse stichwortartig angeben.

Erstens: Es hat in den vorkolonialen, heute unterentwickelten Ländern vielfältige, den natürlichen Bedingungen vorzüglich angepaßte Subsistenz- und zum Teil auch weiträumige Naturaltauschsysteme gegeben, die ökologisch sehr stabil waren.[62]

[60] Vgl. Weltentwicklungsbericht 1984, S. 110.

[61] Vgl. ebenda, S. 108 ff.

[62] Vgl. z. B. *Collins / Lappé* 1978, S. 100; weiterhin AG Bielefelder Entwicklungssoziologen (Hg.) 1979; *Schädle* 1982, hier vor allem das Beispiel des von Nomaden im Norden und Ackerbauern im Süden der Sahara prak-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zweitens: Die Kolonialmächte haben eine Vielzahl von Techniken angewandt, um die einheimische Bevölkerung von ihren angestammten Existenzgrundlagen zu trennen, sei es, daß sie extensiv genutztes Land (z. B. Jagdreviere, langjährige Brache) kurzerhand für „menschenleer" erklärten, sei es, daß sie die einheimische Bevölkerung durch unmittelbaren Zwang oder durch die Auferlegung von Kolonialsteuern zum Anbau von Cash Crops veranlaßten.[63] Die hierdurch bedingte Einführung der Geldwirtschaft stimulierte — bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Subsistenzproduktion — die bäuerliche Rohstoffproduktion und erschloß Absatzmärkte für (zunächst überwiegend) Konsumgüter aus dem kolonialen „Mutterland". Die damit einhergehende Einbeziehung in den Weltmarkt machte die ihrer subsistenzwirtschaftlichen Unabhängigkeit entblößten Kleinproduzenten extrem empfindlich gegen Mißernten bei „ihrem" Exportprodukt, gegen Preisschwankungen, Übervorteilung durch Händler, Wucherer und Steuerpächter.[64] Am Ende langjähriger Verschuldung stand oft die Pfändung, d. h. die endgültige Enteignung der Kleinbauern. Spätestens dann teilten solch legal enteignete Bauern das Schicksal derjenigen, die von vornherein von ihren Parzellen, Jagdgründen oder Weideflächen vertrieben worden waren. Es hing von der Art der Landnutzung durch die Kolonialherren ab, was mit der auf diese Weise enteigneten Bevölkerung dann geschah: ob sie als Lohnarbeiter oder Pächter ihr ehemals eigenes Land bebauen durfte, oder ob sie — eine bekannte Variante kolonialer Wirtschaftspolitik — auf schlechte Böden verdrängt wurde, wo zusätzliche Saisonarbeit ein unbedingtes Muß war.[65]

Wo immer die beschriebene Ursachenkette bis zu diesem Punkt nachgewiesen werden kann, ist sie ein wichtiges historisches Erklärungs-

---

tizierte Naturaltausch- und Versicherungssystems, S. 174 ff.; *Schmidt-Wulffen* (1981, S. 147 - 166) warnt vor einer Geringschätzung vorkolonialer afrikanischer Produktionsweisen als „stagnativ", ebenso wie vor einer idealisierenden Überschätzung ihrer sozialen Stabilität. Weitere Beispiele finden sich bei *Egger* 1979, S. 234 ff., *Fiege / Ramalho* 1984 (Landwirtschaft = Hungerwirtschaft?), *Freiberg* et al. 1984 (Drei Welten — eine Umwelt) und *Pössinger* 1984.

[63] Über diesen kolonialhistorischen Problemkomplex ist in den siebziger Jahren intensiv gearbeitet worden. Vgl. dazu u. a. *Rodney* 1972, S. 171 ff.; *Stavenhagen* 1974, S. 276 ff.; *Senghaas* 1977, S. 189 ff.; *Collins / Lappé* 1978, S. 97 - 109; *Schmidt-Wulffen* 1981, S.166 ff.

[64] Vgl. z. B. *Furnivall* 1948. Eine auszugsweise Übersetzung findet sich in dem von Rudolf v. Albertini herausgegebenen Band „Moderne Kolonialgeschichte", Köln und Berlin 1970, S. 269 - 292.

[65] Zu dieser wichtigen Strategie, eine verdrängte Bevölkerung als jederzeit verfügbare, aber auch jederzeit zurückschickbare Arbeitskraftreserve *in der Nähe* zu halten, und zwar in einer kärglichen „économie domestique", vgl. z. B. *Stavenhagen* 1974, S. 285; *Meillasoux* 1976; *Senghaas* 1977, S. 193; AG Bielefelder Entwicklungssoziologen 1979; *Evers / Senghaas / Wienholz* (Hg.) 1983.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

moment für die Entstehung „marginalisierter" Bevölkerungsgruppen, die heute die beschriebenen armutsbedingten Umweltprobleme im ländlichen Raum oder — nach ihrer Abwanderung in die Slums der auswuchernden Großstädte — im urbanen Bereich mit verursachen. Analoges gilt für die Mechanismen der Unterentwicklung, die in der Gegenwart wirksam sind, deren systematische Erfassung aber oft erst noch entsteht.[66] So ist z. B. das in Südafrika praktizierte Verfahren, Einheimische aus ihren angestammten Lebensbereichen zu verdrängen, sie aber in „Homelands" als Arbeiterreservoir zu konzentrieren, eine großdimensionierte Abart des eben skizzierten alten kolonialen Grundmusters.

Kehren wir zu unserer Ausgangsfragestellung zurück. Es gibt für das Umweltproblem neue Dimensionen in mindestens zweierlei Hinsicht. Neben vielfältigen und zunehmenden *industrialisierungsbedingten* Umweltschäden stehen zunehmende *armutsbedingte* Umweltschäden, die ihrerseits oft auf gesellschaftliche Ursachen, die mit „Ungleichheit" nur sehr unvollkommen umschrieben werden, zurückzuführen sind. Für die Entwicklungstheorie ergeben sich daraus wichtige Hinweise:

Offenbar sind die sozialen Kosten der Industrialisierung und speziell die Umweltschäden um ein Vielfaches höher als früher einmal angenommen. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß schon die Industrieländer allein das ökologische Gleichgewicht der Erde nachhaltig zu zerstören imstande sind (vom Fall des atomaren Krieges ganz zu schweigen). Damit aber ist der Vorbildcharakter ihres Entwicklungsmodells durchaus in Frage gestellt. Jay W. Forrester schätzte 1971, daß eine Anhebung des Lebensstandards der Entwicklungsländer auf das Niveau der Industrieländer eine zehnfache Belastung der Umwelt und eine ebenso hohe Inanspruchnahme von Ressourcen implizieren könnte.[67]

Auf der anderen Seite führt die Erkenntnis, daß es Zusammenhänge zwischen sozialer Ungleichheit und armutsbedingten Umweltproblemen gibt, zu der Schlußfolgerung, daß der Schlüssel zur Beseitigung dieser Probleme darin zu sehen ist, solche Ungleichheiten abzubauen, z. B. durch wirksame Agrarreformen und durch verläßliche Systeme der Beschäftigungs- und Alterssicherung. Dies schließt nicht aus, daß solche

[66] Solche Versuche sind, wie die bekannte Arbeit von *Collins / Lappé* 1978 zeigt, mangels offizieller Angaben oft auf die Auswertung journalistischer Einzelberichte angewiesen und können daher scharfer Polemik sicher sein. Die bereits erwähnten Sammelbände von *Fiege / Ramalho* (Hg.) 1984 sowie *Freiberg* et al. (Hg.) 1984 enthalten eine Reihe neuer Beiträge zu diesem Problem. Ansätze zu einer Zusammenschau der Auswirkungen, die die heutigen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern auf die Ökologie der Dritten Welt haben, finden sich in: Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit (Hg.) 1985, S. 3 - 98.

[67] Vgl. *Forrester* (1971) 1972, S. 28.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Reformmaßnahmen, sollten sie ernsthaft in Angriff genommen werden, für die Betroffenen zu spät kommen können.

3. Das Ressourcenproblem

Zu den wirklich alten Problemen ökonomischen Denkens gehört die Befürchtung, die *natürliche Ressourcenbasis* könnte für eine wachsende Bevölkerung eines Tages nicht mehr ausreichen. Malthus schrieb 1798: „(so) behaupte ich, daß die Vermehrungskraft der Bevölkerung unbegrenzt größer ist als die Kraft der Erde, Unterhaltsmittel für den Menschen hervorzubringen. Die Bevölkerung wächst, wenn keine Hemmnisse auftreten, in geometrischer Reihe an. Die Unterhaltsmittel nehmen nur in arithmetischer Reihe zu."[68] Erweitert man den Begriff „Unterhaltsmittel", unter dem Malthus allein die landwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten subsumierte, so kommt man zu dem heute üblichen Sammelbegriff der natürlichen Ressourcen. Er umfaßt neben der landwirtschaftlichen Ressourcenbasis die Bereiche Fischerei, Wälder, mineralische Rohstoffe, Wasser und Energie.[69] Es ist die prinzipielle „Endlichkeit" dieser Ressourcen, d. h. ihre verbrauchsbedingte Erschöpfbarkeit bzw. ihre Zerstörbarkeit[70], die Forrester zu der Bemerkung veranlaßte, die Thesen von Malthus seien „nicht irrig, sie sind nur unvollständig. Nahrungsmittelmangel muß nicht *der* Faktor sein, der vor allen anderen weiteres Bevölkerungswachstum schließlich begrenzt".[71]

Reicht also die natürliche Ressourcenbasis für eine Weltindustrialisierung nach herkömmlichem Muster aus, und reicht sie, vor allem, auch bei weiterhin wachsender Weltbevölkerung?

Die World 1/2/3-Modelle, das Mesarović-Pestel-Modell sowie Global 2000 beantworten die eben gestellte Frage entweder mit Nein oder doch mit sehr starken Einschränkungen. Andere, darunter die Leontief-Studie von 1977, sehen dagegen keine Mangelprobleme. Solche Widersprüche haben ihre Ursache nicht nur in der Zahl, der unterschiedlichen Gewichtung und der Komplexität der zu berücksichtigenden Einflußfaktoren (wie etwa Annahmen über die Entwicklung der Bevölkerungszahl, des Sozialprodukts, bezüglich neuer Ressourcen, technischer Einsparmöglichkeiten und der Substitution), sondern auch in unterschied-

---

[68] *Malthus* (1798) 1977, S. 18.

[69] Vgl. Global 2000, S. 50. Zur näheren Bestimmung des Ressourcenbegriffs vgl. Anmerkung 84.

[70] Es sind gerade die — prinzipiell erneuerbaren — biologischen Ressourcen, die durch das Aussterben von Pflanzen- und Tierarten *endgültig* zerstört werden können und tatsächlich auch zerstört werden. Vgl. z. B. Global 2000, 86, S. 690 ff.

[71] *Forrester* (1971) 1972, S. 16.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lichen Zeithorizonten.[72] Ein Konsens in der Beurteilung der Ressourcenfrage ließ sich bis heute nicht herbeiführen, doch liegen die zur Urteilsbildung erforderlichen Informationen und Argumente in ihren wesentlichen Teilen vor.

Wachstumskritiker verweisen meist zuerst auf die Gefährdung der — prinzipiell erneuerbaren — *biologischen Ressourcen.* So könnten die Waldflächen und Nutzholzbestände in den Entwicklungsländern bei weiterer Fortsetzung der 1978 beobachteten Trends bis zum Jahr 2000 um 40 % schrumpfen.[73] Dazu Global 2000: „Vor allem in Südasien, im Amazonasbecken und in Zentralafrika wird die Abholzung eine Destabilisierung der Gewässer nach sich ziehen und zur Verschlammung von Flüssen, Stauseen und Bewässerungsanlagen, zur Absenkung des Grundwasserspiegels, zu einer Verstärkung von Überschwemmungen und zu zunehmendem Wassermangel während der Trockenzeiten führen."[74] Im Zusammenhang mit der voranschreitenden Abholzung tropischer Wälder, aber auch durch andere wachstumsspezifische Einflüsse, wird eine weitere Ressource dieser Erde rapide — und zwar für immer — abgebaut: die genetische Vielfalt der Pflanzen- und Tierarten.[75] Bis zum Jahr 2000, also innerhalb von zwei Jahrzehnten, wird der Verlust von einer halben Million bis zwei Millionen Arten befürchtet, und damit der Verlust eines im Wortsinne unschätzbaren genetischen Potentials.[76]

Ein Problem erschöpfbarer Ressourcen ist auch die Frage der Art der *Energieversorgung.*[77] Die Industrialisierung nach herkömmlichem Muster beruht auf dem Verbrauch fossiler Brennstoffe, die zwar biologischen Ursprungs, aber nicht erneuerbar sind. Der Gesamtbestand an erschließbaren aber nicht erneuerbaren Energieressourcen wurde für 1976 auf 161 250 Billiarden Btu (British Thermal Units) geschätzt.[78] Bei

[72] Eine Analyse und Beurteilung der Prognose-Instrumente der Weltmodelle World 2 und 3, von *Mesarović / Pestel,* des Bariloche-Modells und des Leontief-Modells findet sich — einzeln und im Vergleich — in Global 2000, S. 1165 - 1297.

[73] Vgl. Global 2000, S. 61; *Gizycki* 1983; *Simonis* 1984, S. 242.

[74] Vgl. auch Global 2000, S. 83; *Gizycki* (1983) 1984.

[75] „Tatsächlich sind die Tier- und Pflanzenarten die einzigen nichterneuerbaren Ressourcen ... Die meisten nichtbiologischen Stoffe und Elemente sind jedoch, zumindest theoretisch, vollständig erneuerbar". Global 2000, S. 689.

[76] Vgl. ebenda, S. 86, S. 689 ff.; *Gizycki* 1983; *Simonis* 1984, S. 240 f.

[77] Die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen, insbesondere der Sonnen-, geothermischen und Erdrotationsenergie, bietet, zusammen mit der Entwicklung und dem Einsatz sog. sanfter Technologien, langfristig hoffnungsvolle Perspektiven. Vgl. dazu z. B. *Seitz* 1982, S. 188 - 196. In den Industrieländern spielen diese Energieformen heute quantitativ noch keine Rolle; vgl. Weltenergieausblick 1984, S. 495.

[78] Es handelt sich um Erdöl, Erdgas, feste Brennstoffe, Schieferöl und Uran. Vgl. Global 2000, S. 429 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einer Konstanthaltung des Weltenergieverbrauchs von 1976 (250 Brd. Btu) würden diese Reserven 645 Jahre reichen. Aber schon bei einer jährlichen Wachstumsrate von nur 2 % wären diese Vorräte in weniger als 133 Jahren, bei einer Wachstumsrate von 5 % in etwas mehr als 70 Jahren verbraucht.[79] Gerade bei einer erfolgreichen Industrialisierung der Entwicklungsländer nach herkömmlichem Muster würde der Energiebedarf insgesamt stark ansteigen und dies — daran sei hier erinnert — um so stärker, je länger sich das Bevölkerungswachstum fortsetzt.[80]

Den überkommenen Bestand an nicht erneuerbaren Energieressourcen innerhalb von, sagen wir: 300 Jahren zu verbrauchen, bedeutet den Verzehr von Ressourcen, die während Jahrmillionen entstanden sind[81] und die zukünftigen Generationen nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Wenn die Erdölförderung, wie bisher erwartet, in den neunziger Jahren unseres Jahrhunderts ihre maximale Produktionsmöglichkeit überschritten haben wird, werden die Industrieländer nicht nur von der geschichtlich wahrscheinlich einmaligen Phase billigen Erdöls profitiert haben, sie dürften es auch sein, die bei steigenden Preisen weiterhin den Großteil des verbleibenden Restes an sich zu ziehen in der Lage sind.[82] Gleichzeitig werden die ärmsten Bevölkerungsteile in den Entwicklungsländern die armutsbedingte Umweltschädigung durch Brennholzbeschaffung verschärfen, und sie werden mehr Dung und sonstige Abfälle als bisher verbrennen, anstatt sie der Landwirtschaft zuzuführen.[83]

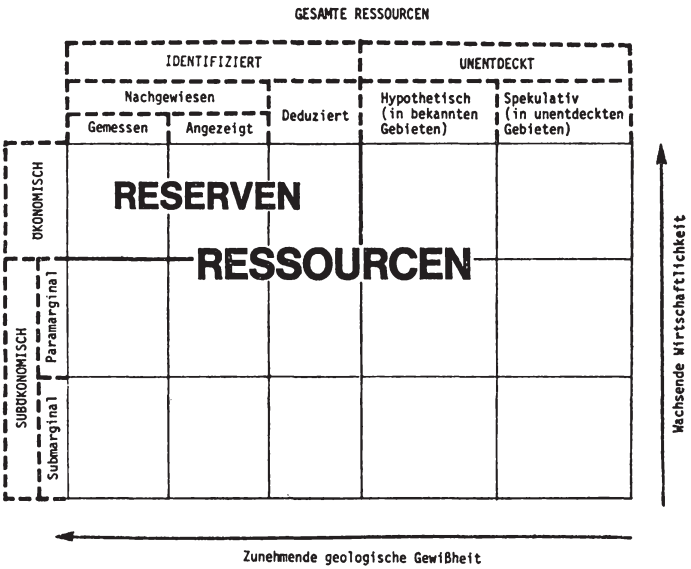
Die Erschöpfung *mineralischer Ressourcen* scheint demgegenüber zunächst ein nicht allzu drängendes Problem zu sein. Das Reservepotential ist bei bestimmten Mineralien offenbar sehr groß, zumal, wenn man die heute noch nicht abbaufähigen oder -würdigen Potentiale mit hinzunimmt.[84] Zu beachten ist aber, daß der Abbau immer ärmerer Vorkommen mit steigenden Grenzkosten und Umweltschäden erkauft werden muß.[85] Geht man von den heute abbaufähigen *Reserven* aus, so würden verschiedene Mineralien unter Wachstumsbedingungen in weniger als hundert Jahren erschöpft sein, einige sogar schon vor dem Jahr 2000.[86] Die Hoffnung auf die Entdeckung immer neuer Lagerstätten ist m. E. angesichts der in den letzten Jahrzehnten forcierten Explorationstätigkeit (die letztlich auch dem Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs unterliegt) von Ausnahmen abgesehen eher geringer geworden, so daß anzunehmen

---

79 Vgl. ebenda.
80 Vgl. Weltenergieausblick 1984, S. 174 ff.
81 Vgl. *Gruhl* (1975) 1980, S. 93.
82 Vgl. Weltenergieausblick 1984, S. 13.
83 Vgl. ebenda, S. 177.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

[84] Zur Terminologie des Reserve- bzw. Ressourcenbegriffs vgl. z. B. Global 2000, S. 431 - 433. Danach sind Reserven eine Unterkategorie der Ressourcen, wie sich aus dem folgenden Schema (McKelvey-Box) ergibt, in dem die gesamten Ressourcen nach dem Grad ihrer geologischen Sicherheit und nach dem Grad ihrer Wirtschaftlichkeit eingetragen werden können.



Klassifikation mineralischer Ressourcen.

Quelle: Global 2000, S. 431.

„Demzufolge sind Reserven gesicherte mineralische Lagerstätten, die mit der gegenwärtigen Technologie unter den gegebenen wirtschaftlichen Voraussetzungen erschließbar sind" (S. 431). Die übrigen Ressourcen bestehen aus „unentdeckten sowie aus solchen Lagerstätten, deren Ausbeutung entweder nicht ganz ökonomisch (‚paramarginal') oder alles andere als ökonomisch (‚submarginal') ist. Die Inhalte sämtlicher Ressourcenbestände verändern sich im Laufe der Zeit als Ergebnis von Technologie, Veränderungen der Produktionskosten und Veränderungen der Preise" (S. 475), Global 2000. Grobe Schätzungen der gesamten Ressourcen für 17 Elemente finden sich auf Seite 69, ebenda.

[85] Denn dies würde bedeuten, „daß für Suche, Abbau, Konzentrierung und längere Transportwege laufend mehr Energien und Maschinen (das sind selbst wiederum verarbeitete Rohstoffe!) sowie Arbeitskräfte nötig sein werden. Außerdem werden immer größere Abraummengen entstehen, die wieder zu Landschaftszerstörungen und zum Verlust landwirtschaftlich nutzbarer Böden führen". *Gruhl* (1975) 1980, S. 108.

[86] Global 2000 nennt 17 Mineralien, die unter Wachstumsbedingungen *als Reserven* innerhalb eines Zeitraums von 13 bis 86 Jahren erschöpft sein können. Es sind dies, in der Reihenfolge der unterstellten Erschöpfungszeitpunkte: Fluor, Silber, Zink, Quecksilber, Schwefel, Blei, Wolfram, Zinn, Kupfer, Nickel, Plantin, Phosphatgestein, Mangan, Eisenerz, Aluminium, Bauxit, Chrom und Kali. Vgl. Global 2000, S. 68.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ist, daß die Lage, Größe und Qualität der tatsächlich noch vorhandenen Ressourcen immer genauer bekannt sein werden.[87]

Gegen die Verknappungsthese kann geltend gemacht werden, der Marktmechanismus werde rechtzeitig Signale aussenden und für die Realisierung von Gegenstrategien sorgen, insbesondere für die Entwicklung von Substituten, für die Wiederverwendung von Rohstoffen (Recycling) und für Einspartechnologie. Es kann nicht bestritten werden, daß in allen diesen drei Bereichen enorme Fortschritte erzielt worden sind und wohl auch weiterhin erzielt werden können.[88] Trotzdem sind auch hier Vorbehalte anzumelden.

Sehr viele Substitute sind Kunststoffe, die ihrerseits wieder stark vom Rohöl und von einem ausreichenden Energieangebot abhängig sind.[89] Für die Verwendung bestimmter Materialien bei einzelnen Produktionsprozessen wird es „wahrscheinlich sehr schwierig, vielleicht sogar unmöglich sein, völlig befriedigende Substitute zu finden".[90] Die realen Möglichkeiten des Recycling hängen stark vom Verteilungs- bzw. Vermischungsgrad[91] der wiederzuverwendenden Abfälle ab. Je stärker sie vermischt bzw. regional verteilt sind, desto höher die Rückgewinnungskosten.[92] Mengenmäßige Einsparungen von Rohstoffen im Produktionsprozeß und pro Produkteinheit wie auch in der Endverwendung scheinen immerhin gute Chancen zu bieten, den Verbrauchsanstieg zu verlangsamen. Dies gilt offenbar in besonderem Maße für den Energieverbrauch in Industriegebieten[93], aber auch für die ländlichen Regionen der Entwicklungsländer. Hier scheinen kleine, dezentrale, umweltfreundliche und leicht zu handhabende Energiesysteme gute Einsatzmöglichkeiten zu finden.[94]

Der Frage, mit welchen Argumenten der Großteil der ökonomischen Fachdisziplin ihren Optimismus bezüglich der für alle Zeiten ausreichen-

---

[87] Etwa im Sinne einer immer genaueren Einordnung in die beschriebene McKelvey-Box. „Dennoch haben die Berechnungen der Reserven nicht die Genauigkeit anderer Bestandsaufnahmen und können im Umfang von plusminus 20 - 25 % fehlgehen". Ebenda, S. 433.

[88] Vgl. z. B. *Goeller / Weinberg* 1976; *Purcell* 1979; Global 2000, S. 480 ff.; *Fritsch* 1981, S. 259 ff.

[89] Vgl. z. B. *Gruhl* (1975) 1980, S. 102 ff.

[90] Global 2000, S. 486. Dort auch konkrete Beispiele.

[91] Vgl. Global 2000, S. 482.

[92] Ein extremes Beispiel: Wollte man aus den Verbrennungsrückständen bleihaltigen Benzins das Blei zurückgewinnen, so wäre dies zwar „theoretisch" möglich, praktisch aber wohl kaum, „da dieses Blei in Form feinster diffuser Partikel über sämtliche Straßen der Welt verteilt ist". Global 2000, S. 481.

[93] Vgl. z. B. *Krause / Bossel / Müller-Reißmann* 1980; Weltenergieausblick 1984, S. 99 - 116 sowie S. 151 - 166.

[94] Vgl. Weltenergieausblick 1984, S. 194.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen rechtfertigt, ist neuerdings Aage (1984) nachgegangen. Er kommt zu dem Ergebnis, „that economics, particularly in the form of neoclassical economic theory, is of practical no use for the evaluation of the sufficiency of natural resources".[95]

Eine Zwischenbilanz: Trotz der noch andauernden Kontroverse und trotz der mit jeder Projektion verbundenen Unsicherheiten läßt sich folgendes sagen. Im Vergleich zu der in den fünfziger und sechziger Jahren geführten entwicklungstheoretischen Diskussion haben das Bevölkerungs-, das Umwelt- und das Ressourcenproblem auf Grund neuer Dimensionen heute (wieder) einen hohen Stellenwert erhalten. Dabei beansprucht das jüngste dieser alten Probleme, das der Umweltschädigung, gegenwärtig die größte Beachtung in den Industrieländern, während das Bevölkerungsproblem sowohl kurz- wie auch langfristig in den Entwicklungsländern am stärksten durchschlägt. Das Problem der Ressourcenschöpfung ist, von Ausnahmen abgesehen, kurzfristig offenbar noch nicht akut, dürfte sich aber schon mittelfristig ebenfalls als schwerwiegend erweisen, wobei die Entwicklungsländer durch die dann unweigerlich steigenden Rohstoffpreise, wie bereits in den letzten zehn Jahren beim Öl, am stärksten betroffen sein werden.

Wägt man die Argumente der Befürworter und der Gegner des herkömmlichen Wachstumsmodells gegeneinander ab, so fällt vor allem ihr jeweils unterschiedlich weiter Zeithorizont auf. Die einen gehen — unter anderem aus respektablen methodologischen Gründen — über den Zeitraum weniger Jahre, bestenfalls einiger Dekaden nicht hinaus und kom-

---

[95] *Aage* 1984, S. 105. Der Autor beschäftigt sich mit drei Argumenten: *Erstens* mit dem Anspruch bestimmter mathematischer Modelle, mit Hilfe von sozialen Zeitpräferenzraten und anderen Variablen optimale Abbauraten für jeden Zeitpunkt bestimmen zu können (eine solche Berechnung von 1975 kam z. B. zu dem Ergebnis, daß die Welt derzeit nicht zu viel, sondern zu wenig Öl verbrauche); *zweitens* mit dem historischen Argument, der technische Fortschritt habe — allen pessimistischen Prognosen zum Trotz — für alle technischen Probleme immer auch technische Lösungen bereitgehalten, und dies werde folglich auch in Zukunft der Fall sein; *drittens* mit dem Vertrauen auf den Marktmechanismus, der alle notwendigen Anpassungen rechtzeitig und ausreichend induzieren werde.

Der Autor, dessen ausführliche Argumentation hier nicht wiedergegeben werden kann, sagt u. a. *zu 1:* „It may be true that the utility for us of one barrel of oil now is 148 times greater than the utility of one barrel to be delivered in 100 years, and 22,000 times greater than the utility of one barrel to be delivered in 200 years. But our great-grandchildren will probably think differently" (S. 107. *Zu 2:* „... most historical arguments simply rest on a confusion of ideas: that the forecast which later turns out to be correct is also the most rational one which could be made at the time" (S. 108). *Zu 3:* „... prices will be close to marginal extraction costs until shortly before total exhaustion" (S. 110). Daher keine rechtzeitige Anpassung, soweit technisch überhaupt möglich. Im übrigen: „the existence of the economic problem is not a sufficient condition for its solution" (S. 111).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

men schon deshalb zu optimistischeren Ergebnissen als die Wachstumsgegner. Die anderen betonen die langfristige Unmöglichkeit exponentiellen Wachstums in einer endlichen Welt — und dabei können sie mit Malthus sagen: „Die unwiderstehliche Überzeugungskraft unserer These gestattet schier jedes Zugeständnis“[96] an noch ausschöpfbare Produktionsreserven und technischen Fortschritt. Die — auf dem Hintergrund einer Jahrtausende alten Menschheitsgeschichte — nur *zeitweilige* Verfügbarkeit bestimmter, nicht erneuerbarer Ressourcen zwingt zu der Erkenntnis, daß ein langfristiges Überleben der Menschheit nur dann möglich sein wird, wenn verstärkte Anstrengungen zur Einsparung nicht erneuerbarer und wirksameren Nutzung erneuerbarer Ressourcen unternommen werden.

4. Ein normativer Exkurs

Spätestens an diesem Punkt stellt sich eine schwerwiegende normative Frage: Soll es den industrialisierten First-Comern erlaubt sein, den Late-Comern, d. h. den heutigen Entwicklungsländern und auch allen zukünftigen Generationen, von dem einmaligen Vorrat an biologischen, mineralischen und — in Gestalt unberührter Natur — auch ästhetischen Ressourcen nichts zu hinterlassen als einen unbedeutenden Rest bzw. nichts als einen verschandelten Globus? Die offensichtliche Tatsache, daß die Industrieländer sich dieses Recht bislang genommen haben und auch weiter nehmen, kann heute kaum noch mit dem (guten) Glauben an die Unbegrenztheit der Ressourcen und der Belastbarkeit der Umwelt gerechtfertigt werden.

Meadows und Mitautoren bringen hierzu eine verständnisvolle Erklärung, die sie mit Hilfe der folgenden Illustration verdeutlichen (vgl. Abbildung 1).

Ein tieferer Erklärungsgrund für die offensichtliche Unfähigkeit zur Erhaltung der natürlichen, nicht erneuerbaren Ressourcen dürfte in einem Defizit des Systems der Knappheitsanzeige liegen. Der Grundgedanke, der sich nach Leipert bereits bei Irving Fisher (1930) und Arthur C. Pigou (1932) findet[97], ist einfach: Wo immer Menschen zur Sicherung *ihres* Wohlstandes auf Bestandteile nicht erneuerbarer Ressourcen zurückgreifen, tun sie etwas, was man im privatwirtschaftlichen Bereich als „von der Substanz leben“ bezeichnen würde. Allerdings gibt es auch keinen Anreiz, anders zu handeln, weil das marktwirtschaft-

[96] *Malthus* (1798) 1977, S. 89. Der Autor rechnet dabei — durchaus in der Manier moderner Alternativ-„Scenarios“ — verschiedene günstige Fälle (hohe landwirtschaftliche Produktivität; mehr Land) durch und kommt letztlich doch immer wieder auf seine als These formulierte (vgl. Fußnote 68) Schlußfolgerung zurück.

[97] Vgl. *Leipert* 1982, S. 26.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

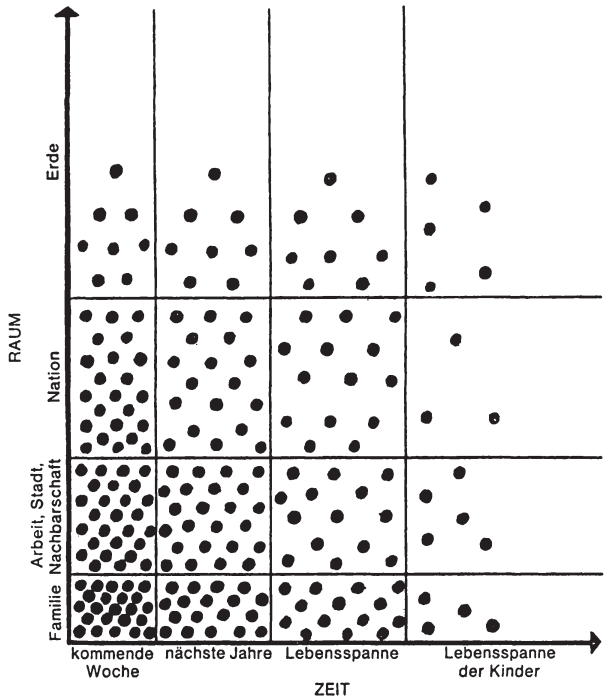


Abb. 1: Aussichten der Menschheit

Obwohl die Aussichten der Weltbevölkerung in Zeit und Raum sehr unterschiedlich sind, hat jede menschliche Sorge in diesem Koordinatensystem einen Platz. Die meisten Menschen können sich nur um Dinge kümmern, die ihre Familie und ihre unmittelbaren Freunde in naher Zukunft betreffen. Nur wenige denken weit voraus in die Zukunft von einem globalen Gesichtspunkt aus.

Quelle: Meadows et al., 1972, S. 13.

liche Steuerungssystem, der Preis, sich — auf der Angebotsseite — nach der jeweiligen Fördermenge richtet, nicht jedoch nach der jeweils noch verbleibenden — großen oder kleinen — Restmenge. Der Marktpreis ist m. a. W. nicht in der Lage, zwischen relativer und absoluter Knappheit zu unterscheiden.[98] Kritiker dieses Steuerungsdefizits fordern daher, Wohlfahrtsmessungen nicht, wie bei der üblichen Sozialproduktsmessung, auf Strömungsgrößen zu beschränken, sondern die Veränderung von Bestandsgrößen mit einzubeziehen.

[98] Vgl. *Leipert / Simonis* (1980) 1985, S. 112. Die Autoren verweisen in diesem Zusammenhang auf die von Daly 1974 vorgetragenen Argumente. Vgl. auch *Aage* 1984.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Thomas Juster und andere plädieren für eine „rigorose Erweiterung des Kapitalkonzepts (Haushalts-, Human-, Wissens-, Umwelt- sowie sozio-politisches Kapital) ..."[99] Die empirische Umsetzbarkeit eines solchen Konzepts ist eine andere Frage. Versuche, wie der von Ruedi Müller-Wenk u. a., im Rahmen einer „ökologischen Buchhaltung" mit Hilfe von Äquivalenzkoeffizienten die „Kumulativknappheit" für nicht erneuerbare Ressourcen zu messen, kommen nicht an einem „normativ festzulegenden Zeithorizont" vorbei, der angibt, „für welche Anzahl Jahre die jetzt bekannten Vorräte so den Fluß abdecken sollen".[100]

Daß es im übrigen mit dem Hinweis auf eine hohe Zeitpräferenz der gegenwärtigen Gesellschaft[101] möglich ist, jede Art und jedes Ausmaß an Raubbau als Ausdruck *rationalen Handelns* zu erklären und damit zu rechtfertigen, zumal wenn Zukunftsängste eine Rolle spielen, demonstriert die folgende These: „Eine Gesellschaft, die nicht mehr lange zu bestehen glaubt, also die Zukunft stark abdiskontiert, handelt völlig rational, wenn sie in der Gegenwart die Umwelt stark verbraucht".[102] Auf dem 6. Weltkongreß der Ökonomen 1980 in Mexico City begann Wilfred Beckerman sein Referat („Human Resources: Are they worth preserving?") mit den Worten: „In this paper I shall argue that there are no rational grounds for wanting to perpetuate the existence of the human race ..."[103]

Für K. William Kapp war die Gleichgültigkeit von Produzenten und Konsumenten gegenüber gesellschaftlichen Interessen (darunter das zukunftsbezogene Interesse an der Erhaltung der Lebensgrundlagen) keine Folge mangelnder Einsicht, sondern systemnotwendige Folge der privaten Eigentumsordnung und privatwirtschaftlicher Allokationsmechanismen.[104] Ein privater Waldbesitzer mag sich z. B. durchaus darüber im klaren sein, „daß Wälder nicht nur Nutzholz liefern, sondern auch wichtige Schutz- und andere wirtschaftliche Funktionen erfüllen, die den

---

[99] *Leipert* 1982, S. 25. Er bezieht sich auf Arbeiten von F. T. *Juster* von 1973 und 1981. Ähnlich argumentieren *Binswanger* et al. 1977, S. 57.

[100] *Müller-Wenk* 1983, S. 19. Über einen praktischen Versuch, die ökologische Buchhaltung für die Stadt Saarbrücken (1980) einzuführen, wird berichtet in: *Binswanger* et al. 1983, S. 239 - 243.

[101] K. W. *Kapp* weist darauf hin, daß ein auf Kapitalverwertung und werbemäßig unterstützten Massenverbrauch gerichtetes System eine hohe Zeitpräferenz haben, also den Gegenwarts- gegenüber dem Zukunftsverbrauch sehr viel höher einschätzen muß: „Das unvermeidliche Ergebnis muß eine vertiefte Kluft zwischen privater und sozialer Zeitpräferenz sein". K. W. *Kapp* (1963) 1979, S. 87.

[102] B. S. *Frey* 1972, S. 57. Vgl. auch *Frey / Schwödiauer* 1971, S. 707; weiterhin *Aage* 1984, insb. S. 105 - 108.

[103] Zitiert bei *Fritsch* 1981, S. 46, Fußnote 11.

[104] Vgl. *Kapp* (1963) 1979, S. 72 - 88.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Menschen im ganzen Einzugsgebiet zugute kommen" (S. 80). Aber da der Waldbesitzer für solche Schutzfunktionen wie Bodenbefestigung und Verhütung von Hochwasser, aber auch für die Funktion des Waldes als Lebensraum für viele Pflanzen und Tiere und (immer noch) Menschen keine Bezahlung erhält, ist es „nicht überraschend, daß er diesen Vorteil außer acht läßt und ihn möglicherweise zugunsten einer intensiven Abholzung opfert" (S. 80).

In Systemen gemeinschaftlicher Landnutzung galten dagegen andere Maßstäbe. Kapp führt dazu u. a. aus:

> „Wenn Land ... von Individuen oder Familien zwar genutzt, aber weder verkauft noch verpfändet werden kann — dann wird es nach dem Beitrag gewertet, den es zum Lebensunterhalt *der Gruppe* leistet. Nach rechtlichen oder religiösen Vorstellungen mag das Land dem Stamm, den Ahnen oder einfach allen *früheren*, *gegenwärtigen* und *künftigen* Familienmitgliedern gehören. ... Praktisch muß sich das wie eine eingebaute Schranke auswirken, die den Boden für den zukünftigen Gebrauch sichert."[105]

Jean-Pierre Dupuy und Jean Robert plädieren dafür, bestimmte Güter überhaupt aus dem Bereich ökonomischer Bewertung herauszunehmen, denn

> „die Dinge ‚bewerten' (ihnen einen ökonomischen Wert zumessen), heißt notwendig, sie zu entwerten, sie für die allgemeine Austauschbarkeit mit allen Waren zurechtzustutzen. Gegen die falschen Selbstverständlichkeiten der Warenlogik muß man die Besonderheiten wenigstens gewisser Güter festhalten, ihren einmaligen und unersetzlichen Charakter, die Unvergleichlichkeit ihrer jeweiligen Werte; und dadurch auch die Existenz von möglichen Schäden, die kein Warenwert kompensieren und *die durch keine Bezahlung wiedergutgemacht werden können.*"[106].

Eine solche Herausnahme aus dem üblichen Bewertungs-, d. h. Preissystem würde alles andere bedeuten, als diesen Gütern einen Null-Wert zuzumessen. Sie wären auch nicht völlig unantastbar im strengen Sinn. Nur würde an die Stelle der Verteilungsnorm „Kaufkraft" eine andere Norm, z. B. die der „Solidarität" mit den Entwicklungsländern bzw. mit allen zukünftigen Generationen treten. Dies könnte z. B. bedeuten: Selbstbeschränkung der Industrieländer hinsichtlich des Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen (u. a. durch Abbau des „Überkonsums"[107]) zugunsten der Nachzügler. Alle Beteiligten zusammen müßten die Ent-

---

105 Ebenda, S. 73 (Hervorhebungen vom Verf. H.-J. H.).

106 *Dupuy / Robert* 1978, S. 101. (Hervorhebung auch im Original).

107 Zum Begriff des Überkonsums und zu verschiedenen Vorschlägen, diesen abzubauen, vgl. z. B. *Galtung* 1976, *Galtung / Wemegah* 1978, *Sachs* 1984, S. 218 - 221. Eine wichtige Rolle beim Abbau von Überkonsum könnten die sogenannten „Positionsgüter" (*Hirsch* 1980, insb. S. 52 ff.) spielen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wicklung langfristig überlebensfähiger Wirtschaftssysteme (sustainable economy) betreiben. Diese und verwandte Ideen (z. B. die vom „gemeinsamen Erbe der Menschheit") zu benennen und als wünschenswert zu bezeichnen, bedeutet nicht, sich über ihre politisch-gesellschaftliche Durchsetzbarkeit Illusionen zu machen.

III. Ökologisch begründete Zweifel an der Rationalität des entwicklungstheoretischen Paradigmas

Bestimmte Ergebnisse der jüngsten Ökologiedebatte können Zweifel an der Rationalität des herkömmlichen entwicklungstheoretischen Paradigmas aufkommen lassen. Nicht rational wäre es zum Beispiel,

— exponentielles Wirtschaftswachstum für alle (unterentwickelten und „entwickelten") Länder zu fordern, wenn exponentielles Wachstum aus logischen wie ökologischen Gründen unmöglich sein sollte;

— Entwicklung nur von einer Erhöhung des Bruttosozialproduktes zu erwarten oder — in der Praxis weit häufiger: — beides miteinander gleichzusetzen[108], obwohl das Bruttosozialprodukt nicht nur bestimmte soziale Kosten (z. B. Umweltschäden) ignoriert, sondern deren marktvermittelte Verhinderung oder Beseitigung als wohlstandssteigernd ausweist;

— für alle Welt entmischte, großtechnologische und zentralisierte Strukturen anzustreben, obwohl gerade diese sich als ökologisch und sozial äußerst bedenklich erwiesen haben.

Diese Beispiele sollen im folgenden näher untersucht werden.

1. Exponentielles Wachstum

Von ökologischer Seite wird die langfristige Möglichkeit und zunehmend auch die Wünschbarkeit exponentiellen Wachstums in Frage gestellt. Dazu ist oben bereits einiges gesagt worden. Der entsprechende „Imperativ der Wachstumsbegrenzung" richtet sich hier allerdings vor allem an die bereits „überentwickelten" Industrieländer.[109]

Die Auffassung, exponentielles Wachstum sei langfristig unmöglich bzw. nicht wünschbar, ist das Gegenteil dessen, was von der Mehrheit der mit diesem Thema befaßten Theoretiker, Politiker und Praktiker

[108] Vgl. Anmerkung 28.

[109] Dieser polemische Terminus ist nach meinem Kenntnisstand zuerst von Anne und Paul *Ehrlich* (1970) 1972, S. 406 in die Diskussion eingebracht worden. Die Autoren fordern daher konsequenterweise für die Industrieländer eine freiwillige „Ent-Entwicklung". Ebenda.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bis heute vertreten wird: „Wir brauchen Wachstum!"[110] Für die ökologische Kritik ist die Tatsache von besonderer Bedeutung, daß exponentielles Wachstum auch für die Industrieländer gefordert wird. Am häufigsten werden dabei die folgenden Argumente genannt:[111] Wachstum sei nötig,

— um Vollbeschäftigung wiederherzustellen bzw. aufrechtzuerhalten;

— um Einkommens- und Vermögensverbesserungen ohne Umverteilung zu ermöglichen;

— um die Finanzierung dringender öffentlicher Aufgaben (z. B. Infrastruktur, Umweltschutz, Entwicklungshilfe, Verteidigung, innere Sicherheit)[112] zu gewährleisten.

Die Stichhaltigkeit dieser Argumente war und ist Gegenstand heftiger Kontroversen.[113] Hier genügt es festzuhalten, daß die „herrschende Meinung" trotz aller Kritik bis heute an der Notwendigkeit des permanenten Sozialproduktswachstums festhält und entsprechende Maßnahmen befürwortet.

Neben den genannten eher pragmatischen Argumenten steht ein wichtiges systematisches Wachstumsargument, das von Karl Georg Zinn wie folgt formuliert wurde: „Profitwirtschaftliche Stabilität verlangt Wachstum."[114] Die Begründung für diesen „Wachstumszwang" geht auf Marx

[110] Dieser mächtige Konsens — in der Bundesrepublik Deutschland im sog. Stabilitätsgesetz festgeschrieben — reicht vom Sachverständigenrat über die traditionellen Parteien, die Bundesbank, die Unternehmer bis hin zu den meisten Gewerkschaften. Dies gilt auch im internationalen Rahmen; vgl. Weltentwicklungsbericht 1984, S. 39 ff.

[111] Vgl. z. B. Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.) 1978, hier insbes. den Beitrag von *Scheid*, S. 60 ff.

[112] Genannt bei *Scheid* 1978, S. 62 - 64.

[113] Dem *ersten* Argument wird entgegengehalten, Wachstum garantiere eben nicht auch schon Arbeitsplätze („jobless growth"); andererseits sei das Problem der Wachstumsbegrenzung bei steigender Arbeitsproduktivität durch eine „Neuverteilung" der Arbeit (womit nicht nur Arbeitszeitverkürzungen gemeint sind) lösbar. Vgl. hierzu *Binswanger* et al. 1983, S. 139 - 208, sowie S. 335 - 352. Der Haupteinwand gegen das *zweite* Argument ist ideologiekritischer Art: Wachstum werde dazu benutzt, die Ansprüche benachteiligter Bevölkerungsgruppen mit Verbesserungs*versprechen* in die Zukunft zu verschieben: „... die Perspektive Wachstum als friedensstiftende Verheißung". (*Borchardt* 1978, S. 162); ebenso *Hirsch* (1976) 1980, S. 22. Dieser Mechanismus funktioniert wohl auch international, d. h. im Verhältnis der Industrieländer zu den „aufholenden" Entwicklungsländern: „... alle werden dieses Ziel erreichen, die Entwicklungsländer freilich verspätet" (*Addicks / Bünning* 1979, S. 15 f., ebenfalls in kritischer Absicht). Gegen das *dritte* Argument wird geltend gemacht, wesentliche Teile solcher Ausgaben seien kompensatorische Kosten (defensive Ausgaben) des Wachstumsprozesses selbst und seien daher eher ein Argument gegen die *Art* des bisherigen Wachstums. Vgl. hierzu *Leipert* 1982, 1984 I, II und 1985. Auf diesen Punkt gehe ich im nächsten Abschnitt näher ein.

[114] *Zinn* 1980, S. 185.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zurück[115], ist aber von der post-keynesianischen Wachstumstheorie des Harrod-Domar-Typs wieder aufgegriffen worden.[116] Im Mittelpunkt dieser Überlegung steht die Erkenntnis, daß die (Netto-)Investitionen als wesentliche Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nicht nur einen Beschäftigungs- und Einkommenseffekt, sondern auch einen Kapazitätseffekt haben. Das heißt, daß in der Folgezeit einer Investition ein größeres Produktionspotential auf Auslastung wartet. Dieses kann aber nur dann ausgeschöpft werden, „wenn mit den steigenden Produktionskapazitäten auch die Nachfrage zunimmt, also wirtschaftliches Wachstum stattfindet".[117]

Bei Erich Schneider, einem der bekanntesten Lehrbuchautoren der fünfziger und sechziger Jahre, heißt es hierzu: „Der Leser erkennt, daß ein einmal begonnener Wachstumsprozeß sich notwendigerweise ad infinitum fortsetzen muß, wenn Störungen, d. h. Enttäuschungen der Unternehmer in bezug auf ihre Ausnutzungs- und Absatzerwartungen vermieden werden sollen."[118]

Alle weiteren Ableitungen drehen sich dann um die Frage, *wie hoch* das als „dynamisches Gleichgewicht" bezeichnete Wachstum sein müsse, damit die an der Verwertung ihres Kapitals interessierten Unternehmer nicht enttäuscht werden — und so, via Investitionseinschränkungen, eine Krise erzeugen würden. Das Ergebnis dieser Ableitungen:

> „Einkommen und Nettoinvestitionen müssen also im Zeitablauf nach einer Exponentialfunktion wachsen, wenn ein störungsfreies Wachstum gewährleistet werden soll."[119]

Die Frage nach der grundsätzlichen Möglichkeit oder wenigstens nach den Implikationen eines im Sinne einer geometrischen Reihe „ad infinitum" verlaufenden Wachstumspfades wird dabei nicht gestellt. Der Versuch, durch Konstanthalten der Investitionen eine Wachstumsbegrenzung herbeizuführen, „bedeutet Krise; die Investitionssumme mag dabei absolut noch so hoch sein".[120]

---

115 Vgl. *Fetscher* 1978, S. 61 ff.; *Zinn* 1980, S. 185 ff.

116 Vgl. *Walter* 1983, S. 11 ff.

117 *Zinn* 1980, S. 185.

118 *Schneider* 1955, S. 232.

119 Ebenda, S. 236.

120 *Zinn* 1980, S. 186. Der Autor weist auf die zwar theoretisch bestehende Möglichkeit hin, nachlassende Investitionen „durch entsprechende Steigerung der Konsum- und Staatsausgaben zu kompensieren, aber dies würde eben eine dauerhafte Umverteilung zu Lasten der Gewinnempfänger voraussetzen. Mit sinkenden Gewinnen schrumpfen aber die (privaten) Investitionen weiter". (Ebenda).
Auch *Rohwer* 1983 kommt in seiner diesbezüglichen Analyse zu der nicht überraschenden Feststellung, daß es bei rückläufigen Wachstumsraten zu

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bei allen Diskussionen um eine ökologisch begründbare Notwendigkeit, langfristig das Wachstum *freiwillig* zu begrenzen (oder gar auf Null herunterzufahren), ist das entgegenstehende, auf Wachstum gerichtete Kapitalverwertungsinteresse der Unternehmen zu beachten (oder: die Enttäuschung der Unternehmer zu vermeiden, wie Erich Schneider sagen würde). Die Forderung, den Weg „exponentiellen Wachstums" zugunsten eines neuen Weges „organischen Wachstums" zu verlassen[121], rührt insofern an den Lebensnerv der expansionsorientierten Weltwirtschaft.[122] Dies war es wohl auch, weswegen Roy Preiswerk die Aussagen und Forderungen der Ökologen nicht nur für dramatisch, sondern auch für revolutionär hielt.[123]

2. Bruttosozialprodukt als Maßstab

Die im letzten Jahrzehnt formulierte Kritik am Bruttosozialprodukt als Wohlfahrtsindikator kann leicht auf das Mißverständnis stoßen, damit solle Armut verklärt und Reichtum — von den Reichen selbst — als Bürde hingestellt werden. Bald nach Erscheinen der Meadows-Studie ist denn auch darauf hingewiesen worden, daß ein — wie auch immer im einzelnen begründetes — Nullwachstum für die Entwicklungsländer katastrophal sein würde: „Ein Einfrieren der gegenwärtigen Verteilung des Welteinkommens würde die Welt nicht retten, sie würde sie nur in eine Konfrontation zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden bringen ... Für die unterentwickelte Welt bedeutet ein Wachstum von Null ... nur Hoffnungslosigkeit."[124] Johan Galtung bezeichnete die Studie gar als „gefährlich, weil sie als neueste Version des alten ‚erst Wachs-

---

multiplikator- und akzeleratorverstärkten Produktions- und Beschäftigungseinbrüchen sowie Konzentrationsbewegungen kommen werde, allerdings mit Sicherheit nur auf „kurze bis mittlere Sicht" (S. 197). Langfristig komme es darauf an, ob sich die privaten Wirtschaftssubjekte, unterstützt von der staatlichen Wirtschaftspolitik, allmählich an die veränderten Wachstumsbedingungen anpassen und etwa ihre Einkommens- und Gewinnansprüche sowie ihre Sparneigung verringern würden" (S. 198). Ob dies geschehen werde, sei zwar ungewiß, aber wegen der „Anpassungsflexibilität marktwirtschaftlicher Systeme" immerhin zu vermuten (S. 199). In Anbetracht der (auch von Rohwer herausgearbeiteten) verteilungs- und ordnungspolitischen Implikationen eines solchen Anpassungsprozesses erscheint eine solche Einschätzung allerdings nicht gerechtfertigt.

121 Vgl. *Mesarović / Pestel* 1974, S. 12 - 17.

122 Eine interessante Frage ist, ob eine solche Forderung auch die Länder des real existierenden Sozialmus treffen würde. Von der Idee einer Wachstumsbegrenzung sind die meisten von ihnen zur Zeit offenbar weit entfernt. Eine andere Frage aber ist es, ob sie — wie die kapitalistischen Länder — aus *systematischen* Gründen exponentielles Wachstum wollen und durchsetzen müssen.

123 Vgl. *Preiswerk* 1976, S. 37.

124 *Mahbub ul Hag* 1972, S. 8.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tum, dann Verteilung' interpretiert werden kann, nämlich so: ‚erst Nullwachstum, dann Verteilung' ".[125]

Die an diese Kritik anknüpfende Diskussion um die daraus hervorgegangenen Vorschläge (z. B. im Bariloche-Weltmodell)[126] haben zu der heute weithin akzeptierten Auffassung geführt, vorrangiges Ziel der Entwicklungsbemühungen müsse die Beseitigung der Massenarmut und die Befriedigung der Grundbedürfnisse in den unterentwickelten Ländern sein. Über den richtigen Weg zur Erreichung dieses Ziels gibt es allerdings große Meinungsunterschiede.

Für die Vertreter des herkömmlichen Paradigmas ist dies ein erneuter Beweis für die Notwendigkeit (des am Sozialproduktsindikator gemessenen) wirtschaftlichen Wachstums sowohl in den Entwicklungsländern selbst als auch in den Industrieländern. Ein weiteres Wirtschaftswachstum in den Industrieländern sei zur Erreichung dieses Ziels — indirekt — notwendig, damit sie den Entwicklungsländern Kapital, Know-how und Absatzmärkte bieten könnten. Die Gegner dieses klassischen Konzepts der „weltweiten Entwicklung durch weltweites Wachstum des Sozialprodukts" verweisen indes darauf, daß dieses Konzept aus verschiedenen Gründen angreifbar sei. Einige dieser Gründe sind bereits genannt worden. Zu den Hauptelementen von Gegenkonzepten gehört darüber hinaus die Kritik an der — unterstellten, bis zur Gleichsetzung gehenden — positiven Korrelation zwischen realem Wachstum des Sozialprodukts pro Kopf und Verbesserung des persönlichen Wohlbefindens. Um diesen Zusammenhang geht es im folgenden.

Die Kritik stellt den wichtigsten Anspruch des Sozialproduktkonzepts in Frage: nämlich, auch ein Maß für die Qualität menschlicher Lebensumstände zu sein.[127] Erstens ignoriert dieses Konzept, das bekanntlich nur marktbewertete Endprodukte und simulierte staatliche Leistungen erfaßt, eine Reihe von zweifellos wertvollen und unentbehrlichen Leistungen, für die kein Markt bzw. keine staatliche „Anerkennung" existiert, wie etwa die Hausfrauenarbeit. Erst recht nicht kann es solche Annehmlichkeiten erfassen, wie eine schöne Landschaft, harmonische Sozialbeziehungen, angenehme Arbeitsbedingungen usw. Dieses Konzept kann auch nichts darüber aussagen, bis zu welchem Grade immaterielle Bedürfnisse, wie die nach Zugehörigkeit, Anerkennung und

---

[125] *Galtung* 1973, S. 101; ähnlich: *Herrera* et al. 1977, S. 37.

[126] Das Modell fordert internationale „Solidarität und Gerechtigkeit", und daher wird eine „im wesentlichen gleiche Verteilung der Einkommen vorausgesetzt". *Herrera* et al. 1977, S. 230.

[127] Zu diesem Thema gibt es inzwischen eine umfangreiche Literatur. Vgl. z. B. *Leipert / Simonis* 1983; *Binswanger* et al. 1983, S. 216 - 243; *Leipert* 1984 II und 1985.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Selbstverwirklichung in einer Gesellschaft erfüllt sind oder nicht. Zweitens mißt das Konzept nicht zuverlässig die „sozialen Kosten der Marktwirtschaft" (K. W. Kapp), z. B. nicht jene Kosten und Beeinträchtigungen, die Dritten (anderen Personen, der Gesellschaft, künftigen Generationen, der Natur) durch wirtschaftliche Aktivität von Produzenten und Konsumenten ohne Entschädigung aufgezwungen werden. Die Umweltschäden sind nur ein Teil der sozialen Kosten. (K. W. Kapp faßte den Begriff weiter und subsumierte darunter auch solche Auswirkungen wie z. B. Berufskrankheiten, exzessive Kinder- und Frauenarbeit sowie Sozialkosten, die auf technischen Wandel und auf städtische Lebensbedingungen zurückzuführen sind.[128]) Drittens, und dies ist vielleicht der schwerste Einwand gegen die Aussagekraft des Sozialproduktkonzepts, weist es auch solche Ausgaben als wohlstandssteigernd aus, „die lediglich getätigt werden, um Verschlechterungen der Lebens-, Arbeits- und Produktionsbedingungen auszugleichen, zu neutralisieren (oder zu verhindern), die (andernfalls) durch das fortgesetzte Wachstum von Produktion und Konsum und seine Struktur hervorgerufen worden sind (wären)".[129]

Solche Ausgaben, „regrettable necessities", „kompensatorische" oder „defensive Ausgaben"[130] sind nicht nur Ausgaben zur Sanierung der natürlichen Umwelt, sondern auch solche zur Stabilisierung bzw. Wiederherstellung der industrie- und agglomerationsgeschädigten individuellen und sozialen Umwelt. Solche kompensierenden Ausgaben sind stark bedingt durch die historisch gesehen zunehmende städtische Agglomeration (mit entsprechenden Gesundheits-, Sicherheits-, Verkehrs- und Kommunikationsausgaben).[131] Defensive oder kompensatorische Ausgaben in dem beschriebenen Sinne sind also aufgezwungene und daher wohl kaum wohlstandssteigernde Ausgaben[132]; sie sind jedoch vor allem versteckte Kostenbestandteile des Produktionsprozesses selbst. Binswanger und Mitautoren sprechen im Zusammenhang mit solchen Kosten

---

128 Vgl. *Kapp* (1963) 1979, S. 113 ff. Martin *Jänicke* bietet in seiner Analyse über „Kosten und Nutzen technokratischer Symptombekämpfung: Umweltschutz, Gesundheitswesen, innere Sicherheit" (so der Untertitel seiner Arbeit) eine Übersicht über verfügbares Zahlenmaterial aus einer Reihe von Industrieländern. Vgl. *Jänicke* 1979, S. 49 - 98.

129 *Leipert* 1982, S. 2 f.

130 Diesen Begriff zieht *Leipert* vor.

131 Vgl. vor allem die Arbeiten von *Leipert* 1982, S. 58 ff. sowie 1984 I und II.

132 *Strasser* und *Traube* 1981, S. 81 schreiben dazu: „Freilich erkennt das derjenige nicht, der die momentane industrialisierte Umwelt als gegeben ansieht. Ihm präsentieren sich die defensiven Güter als Errungenschaft der Industriegesellschaft, als ‚Fortschritt'". Die Autoren verweisen in diesem Zusammenhang auf das Auto, auf dessen Gebrauch viele Menschen zur Sicherung ihres Lebensstandards angewiesen sind.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

(wobei sie sich auf Umweltschäden konzentrieren) von einem „Leerlauf der Zivilisationsmaschine", von dem sie annehmen, daß der Anteil dieses Leerlaufs an der Gesamtheit der Produktionsanstrengungen immer größer werde.[133]

Die Bemühungen um die Definition und Messung der „eigentlichen" wirtschaftlichen Leistung, der Netto-Wohlfahrt, sind darauf gerichtet, vom Bruttosozialprodukt die „regrettable necessities" zu subtrahieren oder zusätzliche Sozialindikatoren zu operationalisieren.[134] Sollten diese Bemühungen in dem Sinne erfolgreich sein, daß sie in die offizielle Statistik Eingang fänden, so hätte dies sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern erhebliche Signalwirkungen. Nach aller Erfahrung wird der Weg aber umgekehrt verlaufen: Erst ein breiter politischer Konsens und gesellschaftlicher Druck werden bewirken können, daß Ämter ihre Meßkonzepte in einem so wichtigen Punkt umstellen.

Solange dies nicht geschehen ist, werden die Folgen des jetzt angewandten mangelhaften Meßkonzepts weiterwirken. Die systematische Verkennung oder Unterschätzung von Umwelt- und anderen Folgekosten des wirtschaftlichen Wachstums bleiben vorprogrammiert: Für Industrie- wie Entwicklungsländer gleichermaßen erscheint eine Erhöhung des Sozialprodukts (nach herkömmlicher Berechnungsmethode) erstrebenswerter, als dies bei Anwendung eines Netto-Wohlfahrtskonzepts der Fall wäre. Für die Entwicklungsländer kann die Verwendung des herkömmlichen Meßkonzepts ohne vorgesehene Erfassung von außermarktlichen Werten dazu beitragen, daß auch die letzten Reste „traditioneller", aber ökologisch stabiler Produktions- und Gesellschaftsformen dem sozialproduktsbezogenen Modernisierungskonzept geopfert werden. Die Bewahrung, Anwendung und Weiterentwicklung bestimmter Elemente sog. „traditioneller" Produktions- und Gesellschaftsformen (z. B. Dezentralität, ökologische Stabilität, Eigenbedarfsorientierung) gehören zu den wesentlichen Zielsetzungen des Ecodevelopment-Ansatzes.[135] Auf die Gefahr, daß solche Konzepte zum „Feld für exotisch-romantische Sehnsüchte" frustrierter Europäer werden können, hat Bassam Tibi nachdrücklich und sicher zu recht, hingewiesen.[136]

---

[133] Vgl. *Binswanger* et al. 1977, S. 108.

[134] Vgl. *Leipert* 1984 I und II. In der letztgenannten Arbeit finden sich auch detaillierte Hinweise über Probleme der Zurechenbarkeit und Meßbarkeit defensiver Ausgaben (S. 248 - 250). Vgl. weiterhin: *Leipert* 1985.

[135] Vgl. z. B. *Sachs* 1976 und 1980; die Aufsätze in *Glaeser* (ed.) 1977 und 1984; *Galtung* 1978; *Hartje* 1982, S. 29 ff. stellt die Ähnlichkeiten, aber auch die Unterschiede der verwandten Konzeptionen „Grundbedürfnisstrategie", „Ecodevelopment" und „integrierte ländliche Entwicklung" vor.

[136] Vgl. *Tibi* 1982, S. 5. Ähnlich *Freiberg* et al. (Hg.) 1984, S. 19 in ihrem Abschlußbericht zu einer Tagung „Ökologie und Entwicklung in der Dritten Welt".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Andererseits ist die teilweise Kontraproduktivität sog. „moderner" sozialproduktssteigernder Wirtschaftsaktivitäten nicht mehr zu übersehen.

3. Spezialisierung, Entmischung und Großtechnologie

Die hohe Produktivkraft der Industrieländer beruht, das hat Adam Smith schon vor über 200 Jahren deutlich gemacht, auf der konsequenten Anwendung der Prinzipien „Arbeitsteilung" (Spezialisierung) und „Mechanisierung". Die Ausnutzung originärer oder durch die Spezialisierung selbst erworbener besonderer Eignung, die Minimierung von Rüstzeiten bei hochspezialisierter Produktion und schließlich — erst dadurch ermöglicht — Entwicklung und Einsatz von teuren, aber leistungsfähigen Maschinen: dies waren und dies sind bis heute die Hauptgründe für die hohe Effizienz des Industriesystems. Die kombinierte Wirkung der Prinzipien Arbeitsteilung und Mechanisierung wird noch dadurch gesteigert, daß es oft große, zentralisierte technische Einheiten sind, die — bei hoher Auslastung — die geringsten Stückkosten ermöglichen (Büchersches Gesetz der Massenproduktion; economies of scale).

Die Manifestationen dieser beiden Prinzipien finden sich in den Industrieländern und in den mit ihnen interagierenden Entwicklungsländern in vielfacher Weise. Am augenfälligsten ist die mit der Spezialisierung einhergehenden „Entmischung", d. h. die Trennung vieler ehemals miteinander verbundener regionaler wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Einheiten. Dazu gehören nicht nur die heute als völlig normal empfundene Trennung von Stadt und Land, sondern auch die Funktionentrennung im Städtebau selbst[137], die wiederum zu hochspezialisierten und räumlich konzentrierten Produktions-, Konsumtions- und Kommunikationssystemen geführt hat. Diese Strukturelemente und die typischen Verhaltensweisen von Menschen, die sich in dieser Struktur bewegen, sind Bestandteile des Grundmusters moderner Industriegesellschaften. Nun ist es aber genau diese Struktur, die seit geraumer Zeit, und zwar aus sehr verschiedenen Richtungen, starker Kritik ausgesetzt ist.[138] Im folgenden geht es um die Kritik aus ökologischer Sicht.

Spezialisierte Produktion und nach Funktionen getrennte Lebensbereiche setzen eine große Zahl von Transporten voraus oder ziehen Transporte nach sich. Transportiert werden nicht nur Waren jeder Verarbeitungsstufe, sondern in ebenfalls großem Umfang auch die Menschen, die diese Waren produzieren. Im Jahre 1975 fuhren arbeitstäglich

[137] Die in *Le Corbusier* (Charta von Athen, 1932) ihren einflußreichsten Vertreter gefunden hat.

[138] *Leipert* sieht in dieser produktivitätsorientierten, zur Zentralisierung tendierenden Struktur den entscheidenden „Auslöser defensiver Ausgaben". Vgl. *Leipert* 1982, S. 53 - 58.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

52 Millionen US-Amerikaner zu ihrer (durchschnittlich 15 km entfernten) Arbeitsstelle *allein* im eigenen Auto[139], und in der Bundesrepublik Deutschland taten dies (1981) über 12 Millionen Berufstätige.[140] Andere Menschen wiederum sind unterwegs zum Einkaufen, zum Besuch von entfernt lebenden Freunden, im Urlaub. Je stärker die Funktionen Produktion, Wohnung, Konsumtion, Kommunikation und Erholung räumlich „entmischt" sind, um so größer die notwendigen Transportaufwendungen.[141]

Es ist also die skizzierte Spezialisierungsstruktur der modernen Industriegesellschaft, die zum ganz überwiegenden Teil für die durch Verbrennungsmotoren verursachten Umweltschäden sowie für die Jahr für Jahr zusätzlich erfolgende Entnahme bzw. Zerstörung unersetzlichen Umweltkapitals (darunter auch nicht-betonierte Landschaft) verantwortlich ist. Man mag einwenden, dieser Verbrauch sei zwar bedauerlich, zur Aufrechterhaltung eines hohen Lebensstandards aber eben doch notwendig. Erinnert man sich an die im vorigen Abschnitt geführte Diskussion, so erscheint es jedoch höchst fraglich, ob die Ressourcen, Zeit und Nerven konsumierende „Zivilisationsmaschine" die beste Alternative ist, um eine bestimmte Qualität des Lebens zu sichern.[142] Das gegenwärtige Interesse an historischen und aktuellen Beispielen für weniger spezialisierte und marktorientierte, stattdessen aber ökologisch — und möglicherweise auch sozial — stabilere dezentrale Wirtschaftseinheiten, wie sie sich gerade in den Entwicklungsländern nachweisen lassen, ist sicherlich nicht zufällig.[143]

Die reinste Ausprägung der produktivitätssteigernden Prinzipien Spezialisierung und Mechanisierung findet sich in standardisierten, großen Produktionseinheiten. Riesige Flächen bedeckende Monokulturen hochspezialisierter Landwirtschaft gehören ebenso dazu wie Staudämme und große Produktionseinheiten der extrahierenden, Energie erzeugen-

---

139 Vgl. Global 2000, S. 528.

140 Vgl. *Leipert* 1982, S. 65. Dort allerdings keine Aufschlüsselung nach allein- und mitfahrenden PKW-Benutzern.

141 Es wäre allerdings nötig, auch bei den Transporten die wirklichen „regrettable necessities" herauszudifferenzieren. Es fällt aber schwer, Transportbeispiele zu finden, die durch die Spezialisierungsstruktur *nicht* erzwungen werden.

142 Bekanntlich werden solche Alternativen inzwischen nicht nur in großer Zahl praktisch erprobt, auch die theoretische Aufarbeitung hat, vor allem seit Mitte der siebziger Jahre, erhebliche Fortschritte gemacht. Vgl. z. B. *Galtung* 1976, *Binswanger* et al. 1983.

143 Vgl. hierzu u. a. *Glaeser* 1979 und 1984; *Egger* 1979; die Überblicksartikel im Spezialheft „Entwicklung und Umwelt" von E+Z 8/9/1982. Hier wird über alte und neue Agrarforstwirtschaft, Mischkulturen und sonstige kleinbäuerliche Anbausysteme berichtet. Vgl. auch *Hartje* 1982, insb. S. 29 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den und der weiterverarbeitenden Industrie. Es sind nun gerade diese großen Einheiten, die (unter anderem) aus ökologischen Gründen für äußerst bedenklich gehalten werden müssen. Diese Bedenklichkeit ergibt sich vor allem aus dem Zusammenwirken zweier Faktoren: dem ökonomisch bedingten Zwang zur Sicherung und Vollauslastung solcher Anlagen einerseits, und ihrer technisch-ökologischen Gefährlichkeit andererseits.

Große, hochspezialisierte Produktionseinheiten mit großem Fixkostenblock *müssen* funktionieren, und das heißt: müssen produzieren und verkaufen. Denn erst eine hohe Auslastung sichert durch entsprechende Verteilung der Fixkosten niedrige Stückkosten und ermöglicht — unter Konkurrenzbedingungen — erst die Erlöse, die zur Amortisation und Verzinsung der oft sehr großen verauslagten Kapitalsummen benötigt werden.[144] Hinzukommen andere technisch-wirtschaftliche Rigiditäten, die in die gleiche Richtung weisen.[145] Nicht selten wird dieser ökonomische Zwang zur Produktion flankiert vom Legitimationsdruck einer staatlichen Bürokratie, die sich mit Forschungsmitteln und anderen Zuschüssen an den Großinvestitionen finanziell und argumentativ beteiligt hat.

Es ist genau dieser Zwang zur Produktion, der Großtechnologien (auch) im ökologischen Sinne riskant macht. So käme beim großflächigen Spezialanbau — anders als bei diversifizierten Mischkulturen — eine einzige Mißernte einer ökonomischen Katastrophe gleich.[146] Daher

---

144 In einer früheren Version dieses Beitrages hatte ich lediglich von „großen" Produktionseinheiten gesprochen. Henning von Blanckenburg vom Wissenschaftszentrum Berlin hat mich in einer kritischen Anmerkung darauf hingewiesen, daß auch kleine dezentrale Produktionseinheiten aus denselben Gründen unter denselben Produktionszwängen stehen können. In der Tat ist es nicht die schiere Größe einer Produktionseinheit, sondern ihr jeweiliger Spezialisierungs- und Kapitalintensitätsgrad, der hohe Stückzahlen gleichzeitig ermöglicht und — wegen der Verteilung der Fixkosten auf möglichst viele Kostenträger — auch *erfordert*. Daher sind Fälle nicht auszuschließen, in denen eine Vielzahl gleichgearteter Kleinbetriebe mit hohem Spezialisierungsgrad und hohem Fixkostenanteil in summa dieselben ökologisch bedenklichen Auswirkungen haben können, wie die hier angesprochenen Großbetriebe. Beispiel: Bodenschädigungen infolge von Überdüngung durch hochspezialisierte, kapitalintensiv wirtschaftende landwirtschaftliche Familienbetriebe. (Vgl. in diesem Zusammenhang auch Fußnote 148).

145 Einmal installierte Großeinheiten lassen sich, zumal wenn sie starke Verflechtungen mit zuliefernden und abnehmenden Einheiten der übrigen Wirtschaft aufweisen und dadurch ganze Wirtschaftsstrukturen und Siedlungsmuster geprägt haben, nicht ohne weiteres verändern oder gar abschaffen.

146 So wurde z. B. aus den indischen Bundesstaaten Punjab und Hariyana von der Vernichtung ganzer Ernten „ertragreicher Getreidesorten" durch eine unbekannte Pilzkrankheit berichtet. In Mittelamerika vernichtete die „Bananenpest" (Schwarze Sigatoka), deren Bekämpfung zwar möglich, aber

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ist es nur logisch, wenn versucht wird, Mißernten durch flächendeckende intensive Insektizid-, Pestizid- und Düngerbehandlung auf jeden Fall zu vermeiden. Zu den bedauerlichen Nebenwirkungen, die nun nicht mehr aus Unkenntnis, sondern systematisch in Kauf genommen werden, gehören dann z. B. die Zerstörung der Artenvielfalt (einschließlich der natürlichen Schädlingsbekämpfer), toxische Auswirkungen auf die Menschen, die in diesen Produktionen arbeiten bzw. die die Früchte solcher Anbaumethoden verzehren[147], und nicht zuletzt strukturelle Bodenschädigungen. Ein anderer Risikofaktor besteht darin, daß für den Fall nicht vorhergesehener (vielleicht auch nicht vorhersehbarer) Unfälle oder Nebenwirkungen die Schäden ein unkontrollierbares Ausmaß annehmen können. Schon geringere Unfälle als die technisch möglichen abzudecken, waren Versicherungsgesellschaften nicht bereit und in der Lage (z. B. Seveso, Harrisburg, Bhopal), wodurch wiederum das Bewußtsein über die (auch) ökologischen Gefahren der Großtechnologie geschärft worden ist.

Die angeführten Überlegungen scheinen Argumente dafür zu liefern, in solchen Entwicklungsländern, in denen die Wahl zukünftiger Strukturen noch offensteht, kleinere, dezentrale Einheiten in diversifizierten Systemen anzustreben, so wie es u. a. das Ecodevelopment-Konzept vorsieht.[148]

IV. Schlußfolgerungen

1. Die von den Neo-Malthusianern ausgesprochenen Warnungen vor den Folgen der Problemkombination „Bevölkerungswachstum, Ressourcenerschöpfung und Umweltzerstörung" sind — so denke ich — wieder ernst zu nehmen. Hierzu Gunnar Myrdals Einschätzung von 1973: „Die vorgetragene Einschränkung, daß alle bisherigen Voraussagen ungewiß sind, bedeutet zwar, daß nicht genau auszumachen ist, *wann* dieses ungezügelte Wachstum auf ernste Grenzen stößt. Doch nicht die Tatsache, nur der Zeitpunkt ist strittig; und der Aufschub, der sich ergeben könnte, beträgt eine, bestenfalls einige wenige Generationen."[149]

extrem teuer ist, die Bananenernten großer Plantagen. Vgl. E+Z 8/9/1982, S. 29 - 31.

147 Nach Schätzungen der WHO „werden jährlich eine halbe Million Menschen durch Pflanzenschutzmittel getötet oder zumindest erheblich geschädigt". (Ebenda, S. 30).

148 Vgl. z. B. *Sachs* 1976; *Glaeser* 1984, S. 211 f. Allerdings ist zu beachten, daß bei gegebenem Stand der Technik für bestimmte Produkte eine Wahlmöglichkeit zwischen zentralisierter und dezentralisierter Produktionsweise nicht gegeben ist. Bei Produkten wie Großschiffen oder Atomstrom reduziert sich — wie bei einer ganzen Reihe anderer Produkte — die Wahlmöglichkeit darauf, zentralisierte Großtechnologien entweder in Kauf zu nehmen oder auf die betreffenden Produkte zu verzichten.

149 *Myrdal* 1973, S. 16.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. Eine Entwicklungstheorie, die den Anspruch aufrechterhält, Mindestbedingungen für das Wohlergehen *aller* Menschen (auch der noch nicht geborenen) formulieren zu wollen, muß auf Interessenausgleich zwischen First- und Late-Comern ausgerichtet sein. Das bedeutet: Nachholende Entwicklung in einer auch ökologisch vertretbaren Art und Weise für die Entwicklungsländer, und auf der anderen Seite: Revision des Wachstumspfades in quantitativer und qualitativer Hinsicht für die Industrieländer. Auch im nationalen Rahmen erscheint eine Strategie des Interessenausgleichs nicht nur aus humanitären und politischen Gründen als wünschenswert, sie ist es auch aus ökologischen Gründen; sie würde einer weiteren Verschlechterung der natürlichen Lebensgrundlagen, wie sie u. a. durch armutsbedingte Bevölkerungsvermehrung und Umweltzerstörung verursacht wird, Einhalt bieten können.

3. Ein theoretisches Paradigma, das allein von Produktions- und Verbrauchssteigerungen (quantitativem Wachstum) Entwicklung erwartet bzw. Wachstum des Bruttosozialprodukts mit Entwicklung gleichsetzt, und das nicht nur nachholende Entwicklung (in diesem) Sinne für die Entwicklungsländer postuliert, sondern auch Weiterentwicklung im Sinne exponentiellen Wachstums „ad infinitum" für die Industrieländer, fordert aus ökologischer Sicht etwas langfristig Unmögliches und führt sich selbst ad absurdum.

4. Weil die moderne Ökologiedebatte das entwicklungstheoretische Paradigma der (im herkömmlichen Sinn) nachholenden Entwicklung mit beachtlichen Argumenten angreift, steht das lange Zeit unangefochtene Vorbild der Industrieländer zur Diskussion. Die Entwicklungstheorie sieht sich heute nicht mehr nur dem Phänomen der „Unterentwicklung" gegenüber, sie muß sich auch mit der These auseinandersetzen, die heutigen Industrieländer seien „fehlentwickelt". Wenn dies so ist — und es sprechen gute Argumente dafür —, dann kann eine moderne Entwicklungstheorie nicht mehr nur als Erfahrungsvermittlung des Nordens an den Süden verstanden und betrieben werden. Das Interesse von Forschern aus Industrieländern an (noch) intakten bzw. rekonstruierbaren stabilen Ökosystemen in den Entwicklungsländern ist auch ein Indikator für einen möglichen Gegenstrom an Erfahrungen, die der Süden an den Norden liefern kann — und auch bereits liefert.[150]

5. Von einem kohärenten theoretischen Ansatz, der die beiden Gegensätze von Unterentwicklung und Fehl- oder Überentwicklung gleichzeitig berücksichtigt, kann — trotz erheblicher Anstrengungen auf diesem Gebiet — noch nicht gesprochen werden. Dazu sind wohl vor allem die mit „Fehlentwicklung" in Zusammenhang gebrachten Probleme noch zu

[150] Vgl. *Kantowsky* 1985.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kontrovers.[151] Wichtige programmatische Entwürfe für eine ökologisch orientierte Entwicklungsstrategie, die auch das Ziel des intergenerativen Interessenausgleichs verfolgt, finden sich in der Erklärung von Cocoyoc (1974) und im Dag-Hammarskjöld-Bericht 1975 „Was tun?"[152]. Zu den wichtigen Versuchen, einen der vielfältigen Problematik gerecht werdenden strategischen Ansatz zu konzipieren, dürften besonders die Arbeiten der „Ecodevelopment"-Schule gehören. Der von Ignacy Sachs 1976 (in Frühfassung 1974) vorgestellte Entwurf einer Theorie des Ecodevelopment bezog sich noch ausschließlich auf die Problematik der Entwicklungsländer.[153] Die in einem kürzlich erschienenen Sammelband „Ecodevelopment" enthaltenen theoretischen Arbeiten befassen sich dagegen auch mit Fragen der Fehlentwicklung in Industrieländern.[154] Es hat den Anschein, als ob es über die Ökologiedebatte zu einem neuen Paradigma kommen könnte, das „Über- und Unterentwicklung als nur zwei Seiten der Medaille Fehlentwicklung" (Glaeser) begreift.

Summary

Ecology Debate and Development Theory

The dominant paradigm of development theory focusses essentially on the industrialization model used by present-day industrialized countries. The developing countries are being encouraged to apply this model; simultaneously, industrialized countries are supposed to achieve further economic growth. Population and resources problems are seen to be basically solvable and therefore not considered to stand in the way of global development.

The author does not think that this optimism is justifiable for the future. The „neo-malthusian" problems of population growth, depletion of natural resources, and environmental pollution are becoming increasingly acute. For ecological reasons, scepticism has been voiced about the rationality of the traditional paradigm which still sticks to its central elements of "exponential growth ad infinitum", "gross national product as the standard measure", "specialization", and "big technology."

---

151 Auch fehlt es noch an hinreichenden Kenntnissen über „Ökosysteme unter sozialwissenschaftlichem Blickwinkel". (*Freiberg* et al. (Hg.) 1984, S. 19).

152 Vgl. *Cocoyoc,* Erklärung von ... 1974; sowie Dag Hammarskjöld Report 1975.

153 Vgl. *Sachs* 1976, S. 48. Eine Erstfassung dieser Arbeit ist in African Environment 1974, Nr. 1 S. 9 - 33 erschienen.

154 Vgl. *Galtung* 1984; *Glaeser / Vyasulu* 1984; *Sachs* 1984. *Galtung* verwendet den Begriff „Overdevelopment", während *Sachs* von „Maldevelopment" spricht. Zu den Ansätzen für eine wirtschaftspolitische Neuorientierung der „fehlentwickelten" Industrieländer vgl. z. B. *Binswanger* et al. (Hg.) 1977; *Binswanger* et al. 1983 sowie *Leipert / Simonis* 1983 und 1985.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

The author draws the conclusion that the ecology debate not only challenges the traditional development theory paradigm but at the same time questions the model character of the industrialized countries.

Literatur

Aage, H. 1984, Economic Arguments on the Sufficiency of Natural Resources. In: Cambridge Journal of Economics, 1984, 8, S. 105 - 113.

Addicks, G. und *Bünning*, H.-H. 1979, Strategien der Entwicklungspolitik, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.

Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungssoziologen (Hg.) 1979, Subsistenzproduktion und Akkumulation, Saarbrücken.

Bennett, J. W. 1980, Human Ecology as Human Behavior. A Normative Anthropology of Resource Use and Abuse. In: I. Altman et al. (eds.), Human Behavior and Environment, Vol. 4, Environment and Culture, New York, S. 243 - 277.

Beyme / Borchardt / Dror / Fetscher u. a. 1978, Wirtschaftliches Wachstum als gesellschaftliches Problem, Königstein.

Binswanger / Frisch / Nutzinger u. a. 1983, Arbeit ohne Umweltzerstörung. Strategien einer neuen Wirtschaftspolitik, 3. Auflage, Frankfurt.

Binswanger / Geissberger / Ginsburg (Hg.) 1977, Wege aus der Wohlstandsfalle. Der NAWU-Report — Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung, Frankfurt.

Birnbacher, D. (Hg.) 1980, Ökologie und Ethik, Stuttgart.

Borchardt, K. 1978, Perspektiven der Wachstumsgesellschaft. In: Beyme / Borchardt / Dror / Fetscher u. a. 1978, S. 157 - 168.

Cardoso, F. H. 1981, Entwicklung auf der Anklagebank. In: Peripherie 5/6, S. 6 - 31.

Cocoyok, Erklärung von ..., verabschiedet von den Teilnehmern des UNEP/UNCTAD-Symposiums über Rohstoffnutzung, Umweltschutz und Entwicklung (8. - 12. Okt. 1974 in Cocoyok, Mexiko). In: BMZ (Hg.), Entwicklungspolitik. Materialien Nr. 49, Bonn 1975, S. 1 - 9.

Collins / Lappé 1978, Vom Mythos des Hungers. Die Entlarvung einer Legende, Frankfurt.

Dag Hammarskjöld Report on Development and International Cooperation 1975. In: Development Dialogue (Uppsala) Nr. 1/2, 1975, 128 Seiten. Deutsch in: Neue Entwicklungspolitik (Wien), Nr. 2/3, 1975 (125 Seiten).

Daly, H. E. 1974, Steady State Economics Versus Growthmania. A Critique of the Orthodox Conception of Growth, Wants, Scarcity, and Efficiency. In: Policy Sciences 5, S. 149 - 167.

Drewermann, E. 1981, Der tödliche Fortschritt. Von der Zerstörung der Erde und des Menschen im Erbe des Christentums, Regensburg.

Dupuy, J.-P. und *Robert*, J. 1978, Die zerstörerische Logik ökonomischer Vernunft. In: Technologie und Politik 12, Reinbek, S. 92 - 108.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Eberwein, W.-D. 1984, Die Zukunft als Problem der Gegenwart. Weltmodelle — Rückblick und Ausblick. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 34, 25. Aug. 1984, S. 3 - 19.

Egger, K. 1979, Ökologie als Produktivkraft. Erfahrungen bei „Ecofarming" in Ostafrika. In: H. Elsenhans (Hg.), Agrarreform in der Dritten Welt, Frankfurt, S. 217 - 254.

Ehrlich, P. R. und *Ehrlich*, A. H. (1970) 1972, Bevölkerungswachstum und Umweltkrise. Die Ökologie des Menschen, Frankfurt.

epd (= Evangelischer Pressedienst), Entwicklungspolitik 10/11/1984.

Evers / Senghaas / Wienholz (Hg.) 1983, Auf dem Weg zu einer Neuen Weltwirtschaftsordnung? Bedingungen und Grenzen für eine eigenständige Entwicklung, Baden-Baden.

Fetscher, I. 1978, Probleme des Wachstums aus marxistischer Sicht. In: Beyme / Borchardt / Dror / Fetscher u. a. 1978, S. 61 - 79.

Fiege, K. und *Ramalho*, L. (Hg.) 1984, Landwirtschaft = Hungerwirtschaft? Umbrüche und Krisen in den Agrarsystemen der Dritten Welt, Saarbrücken, Fort Lauderdale.

Forrester, J. W. 1972, Der teuflische Regelkreis, Stuttgart.

Freiberg / Hein / Hurtienne / Mutter (Hg.) 1984, Drei Welten — eine Umwelt. Materialien einer Tagung über Ökologie und Dritte Welt, Saarbrücken, Fort Lauderdale.

Frey, B. S. und *Schwödiauer*, G. 1971, Über die zeitliche Nutzung der Natur. In: Schmollers Jahrbuch 91 (1971), S. 691 - 710.

Frey, B. S. 1972, Umweltökonomie, Göttingen.

Fritsch, B. 1981, Wir werden überleben. Orientierungen und Hoffnungen in schwieriger Zeit, München, Wien.

Fromm, E. 1976, Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft, Stuttgart.

Furnivall, J. S. 1948, Colonial Policy and Practice, Cambridge.

Fyodorov, E. 1979, Relations with Nature Optimized. In: Social Sciences (Moskau), Vol. 10, No. 1 (1979).

Galtung, J. 1973, Wachstumskrise und Klassenpolitik. In: v. Nussbaum (Hg.) 1973, S. 89 - 102.

— 1976, Alternative Life Styles in Rich Countries. In: Development Dialogue 1976: 1, S. 83 - 96.

— 1978, Development, Environment, and Technology. Towards a Technology for Self-Reliance. UNCTAD TD/B/C.6/23, New York.

— 1984, Perspectives and Environmental Politics in Overdeveloped and Underdeveloped Countries. In: Glaeser (ed.) 1984, S. 9 - 21.

— und *Wemegah*, M. 1978, Overdevelopment and Alternative Ways of Life in High Income Countries. In: Internationale Entwicklung (ÖFSE) 1978 IV, S. 5 - 11.

Georgescu-Roegen, N. 1971, The Entropy Law and the Economic Process, Cambridge, Mass.

— 1972, Economics and Entropy. In: The Ecologist 2 (1972), 7, S. 13 - 18.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— 1976, Energy and Economic Myths: Institutional and Analytical Essays, New York.

Georgescu-Roegen / Boulding / Daly 1978, Für eine menschliche Ökonomie. In: Technologie und Politik 12, Reinbek, S. 87 - 90.

Gizycki, P. v., 1983, Keine Chance mehr für die Wälder der Dritten Welt? In: Öko-Mitteilungen (Freiburg), Nr. 5/83, S. 18 - 22.

Glaeser, B. 1977, Economic Implications of Ecological Sustainability in the Agricultural Development of East Africa. In: B. Glaeser (ed.), Ecodevelopment, Special Issue, Vierteljahresberichte — Probleme der Entwicklungsländer, Nr. 70, Bonn - Bad Godesberg 1977, S. 305 - 316.

— (ed.) 1984, Ecodevelopment. Concepts, Projects and Strategies, Oxford.

— 1984, Ecodevelopment in Tanzania. An Empirical Contribution on Needs, Self-Sufficiency, and Environmentally Sound Agriculture on Peasant Farms, Berlin, New York.

Global 2000, 1980, Der Bericht an den Präsidenten, Frankfurt.

Goeller, H. E. und *Weinberg*, A. M. 1976, The Age of Substitutability. In: Science, Vol. 191.

Gruhl, H. 1980, Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik, 2. Auflage, Frankfurt.

Hansmeyer, K.-H. 1982, Statement in: Schuchardt, H. (Hg.), Global 2000 — Ein Hearing, Baden-Baden, S. 115 - 124.

Hartje, V. J. 1982, Umwelt- und Ressourcenschutz in der Entwicklungshilfe: Beihilfe zum Überleben? Frankfurt, New York.

Hemmer, H.-R. 1978, Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer, München.

Herrera, A. et al. 1976, Grenzen des Elends. Das Bariloche-Modell, Frankfurt.

Hesse, H. und *Sautter*, H. 1977, Entwicklungstheorie und -politik. Bd. I: Entwicklungstheorie, Tübingen und Düsseldorf.

Hillmann, K.-H. 1981, Umweltkrise und Wertwandel. Die Umwertung der Werte als Strategie des Überlebens, Frankfurt, Bern.

Hirsch, F. (1976) 1980, Die sozialen Grenzen des Wachstums, Eine ökonomische Analyse der Wachstumskrise, Reinbek.

Hirschman, A. O. (1958) 1967, Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung, Stuttgart.

— 1981, The Rise and Decline of Development Economics, = Chapter 1, in: Hirschman, A. O., Essays in Trespassing Economics to Politics and Beyond, Cambridge etc. 1981, S. 1 - 98.

Jänicke, M. 1979, Wie das Industriesystem von seinen Mißständen profitiert, Opladen.

Kantowsky, D. 1985, Von Südasien lernen, Frankfurt, New York.

Kapp, K. W. (1950) 1958, Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft, Tübingen.

— (1963) 1979, Soziale Kosten der Marktwirtschaft, Neuauflage, 2. Auflage, Frankfurt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kappel, R. und *Widmaier*, U. 1980, Mögliche Entwicklungen der Weltbevölkerung. Eine Analyse der Hypothesen und Prognosen zweier Weltmodelle im Kontext konventioneller Prognoseverfahren. In: Bremer / Kappel / Otto / Weck / Widmaier, Weltmodellstudien. Wachstumsprobleme und Lösungsmöglichkeiten, Königstein/Ts., S. 93 - 186.

Krause, F., *Bossel*, H., *Müller-Reißmann*, K. F. 1980, Energiewende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran, Frankfurt.

Kuhn, T. S., Postscript — 1969 zur Analyse der Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. In: P. Weingart (Hg.) 1972, Wissenschaftssoziologie 1. Wissenschaftliche Entwicklung als sozialer Prozeß, Frankfurt, S. 287 - 319.

Leipert, C. 1978, Alternative Wege künftiger Wirtschaftspolitik. In: Technologie und Politik 12, Reinbek, S. 16 - 55.

— 1982, Bruttosozialprodukt, defensive Ausgaben und Nettowohlfahrts-Messung. Discussion Paper, IIUG 82-6, Wissenschaftszentrum Berlin.

— 1984 I, Ökologische und soziale Folgekosten der Produktion, Argumente für eine präventive Umweltpolitik. Discussion Paper, IIUG 84-4, Wissenschaftszentrum Berlin.

— 1984 II, Bruttosozialprodukt, defensive Ausgaben und Nettowohlfahrtsmessung. Zur Ermittlung eines von Wachstumskosten bereinigten Konsumindikators. In: Zeitschrift für Umweltpolitik 3/84, S. 229 - 255.

— 1985, Folgekosten des Wachstums als Wachstumsstimulans. Zur Notwendigkeit der Entwicklung eines bereinigten Nettokonsumindikators und eines Tableaus defensiver Ausgaben. Discussion Paper, IIUG 85-7, Wissenschaftszentrum Berlin.

Leipert, C. und *Simonis*, U. E. 1982, Sozialindikatoren und Entwicklungsplanung. In: Nohlen / Nuscheler (Hg.) 1982, S. 432 - 450,

— — 1983, Alternativen wirtschaftlicher Entwicklung. Problembereiche, Ziele und Strategien. In: Simonis (Hg.) 1985, S. 103 - 157.

— — 1985, Arbeit und Umwelt. Ansatzpunkte für eine integrierte Beschäftigungs- und Umweltpolitik. Preprint, IIUG 85-7, Wissenschaftszentrum Berlin.

Leontief, W. 1963, The Structure of Development. In: Scientific American, Sept. 1963, S. 148 - 166.

— et al., 1977, The Future of the World Economy, New York.

Mahbub ul Haq 1972, Die Grenzen des Wachstums — eine Kritik. In: Finanzierung und Entwicklung 9. Jg., Dec. 1972, S. 2 - 8.

Malthus, T. R. (1798) 1977, Das Bevölkerungsgesetz, München.

Meadows, D. et al. 1972, Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart.

Mesarović, M. und *Pestel*, E. 1974, Menschheit am Wendepunkt. 2. Bericht an den Club of Rome zur Weltlage, Stuttgart.

Meillasoux, C. 1976, Femmes, Greniers et Capitaux, Paris.

Müller-Wenk, R. 1983, „Ökologische Buchhaltung" — Eine Einführung. In: Simonis (Hg.) 1985, S. 13 - 30.

Myrdal, G. 1973, Ökonomie der verbesserten Umwelt — Strategien wider die Selbstmordgesellschaft. In: H. v. Nussbaum (Hg.) 1973, S. 13 - 44.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nohlen, D. und *Nuscheler*, F. 1982, Was heißt Entwicklung? In: Nohlen / Nuscheler (Hg.) 1982, S. 48 - 72.

— — (Hg.) 1982, Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, Unterentwicklung und Entwicklung: Theorien — Strategien — Indikatoren, 2. ergänzte Ausgabe, Hamburg.

Nuscheler, F. 1982, Befriedigung der Grundbedürfnisse als neue entwicklungspolitische Lösungsformel. In: Nohlen / Nuscheler (Hg.) 1982, S. 332 - 358.

— 1985, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Bonn.

Nussbaum, H. v. (Hg.) 1973, Die Zukunft des Wachstums. Kritische Antworten zum „Bericht des Club of Rome", Düsseldorf.

Opitz, P. J. (Hg.) (1980) 1982, Weltprobleme, München.

Pössinger, H. 1984, Grundsätzliche Überlegungen zur Hungerproblematik. In: Pössinger, H. / Schoop, W., Der Kampf gegen den Hunger. Kirchliche Aktivitäten zur Verbesserung der Ernährungssituation in der Dritten Welt, Aachen (Misereor) 1984, S. 18 - 56.

Purcell, A. H. 1979, Challenge of Materials Substitution. In: Resource Policy, June 1979.

Preiswerk, R. 1976, Zum Bruch mit herkömmlichen Entwicklungsmodellen. In: A. Schmidt (Hg.), Strategien gegen Unterentwicklung, Frankfurt 1976, S. 22 - 42.

Rodney, W. 1972, How Europe Underdeveloped Africa, London.

Rohwer, B. 1983, Wirtschaftswachstum als Bedingung gesamtwirtschaftlicher Stabilität? In: Wirtschaft und Gesellschaft (Wien) 9 (1983) 2, S. 179 - 200.

Sachs, I. 1976, Environment and Styles of Development, In: W. H. Matthews (ed.), Outer Limits and Human Needs, Uppsala, S. 41 - 65.

— 1980, Culture, Ecology, and Development. Redefining Planning Approaches. In: I. Altman et al. (eds.), Human Behavior and Environment, Vol. 4, Environment and Culture, New York, S. 319 - 343.

— 1984, Developing in Harmony with Nature: Consumption Patterns, Time and Space Uses, Resource Profiles, and Technological Choices. In: B. Glaeser (ed.) 1984, S. 209 - 227.

Schädle, W. 1982, Trockenzonen der Erde — Die Natur hat die Balance verloren. In: Opitz (Hg.) (1980) 1982, S. 165 - 196.

Scheid, R. 1978, Die ökonomische und gesellschaftliche Bedeutung des Wachstums. In: Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.), Wachstum — warum, wozu, wodurch? Köln 1978, S. 60 - 75.

Schmid, J. 1982, Das Weltbevölkerungsproblem. In: Opitz (Hg.) (1980) 1982, S. 31 - 75.

Schmidt-Wulffen, W. D. 1981, Entwicklung Europas — Unterentwicklung Afrikas, Kassel.

Schneider, E. 1955, Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, Tübingen.

Scitovsky, T. 1954, Two Concepts of External Economies, in: Agarwala / Singh (eds.), The Economics of Underdevelopment, London, Oxford, New York 1970, S. 295 - 308.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Seitz, H. 1982, Erneuerbare Energiequellen. In: Der Fischer Öko-Almanach 1982/83, S. 188 - 196.

Sen, A. 1983, Development: Which Way now? In: The Economic Journal 93 (Dec. 1983), S. 745 - 762.

Senghaas, D. 1977, Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation, Frankfurt.

Siebert, H. (Hg.) 1980, Erschöpfbare Ressourcen, Berlin.

Simonis, U. E. (Hg.) (1980) 1985, Ökonomie und Ökologie. Auswege aus einem Konflikt, 3. ergänzte Auflage, Karlsruhe.

— 1984, Developing Countries in the Environmental Crisis. In: Intereconomics, Sept./Oct. 1984, S. 239 - 243.

— 1984, Environmental Crisis. The Missing Dimension in the North-South Dialogue. In: Economics, Vol. 30, S. 48 - 64.

Stavenhagen, R. 1974, Agrarische Strukturen und Unterentwicklung in Afrika und Lateinamerika. In: D. Senghaas (Hg.), Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt 1974, S. 276 - 297.

Strasser, J. und *Traube*, K. (1981) 1984, Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus, 2. Auflage, Köln.

Tibi, B. 1982, Entwicklungspolitik ist kein Feld für exotisch-romantische Sehnsüchte. In: E+Z 2/82, S. 4/5.

Timmermann, V. 1982, Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Göttingen.

Tinbergen, J. 1973, Entwicklungspolitik und Umweltschutz. In: H. v. Nussbaum (Hg.) 1973, S. 77 - 87.

Uhlig, C. 1966, Das Problem der Social Costs in der Entwicklungspolitik. Eine theoretische und empirische Analyse, Stuttgart.

Ullrich, O. 1984, Zum Verhältnis Gesellschaft — Natur im europäischen Industrialisierungsprozeß. In: Freiberg / Hein / Hurtienne / Mutter (Hg.) 1984, S. 57 - 64.

Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit (Hg.) 1985, Ökologie und Dritte Welt (= Vorbereitungsmaterialien BUKO 9 zu einem Kongreß in Freiburg, Mai 1985), Hamburg.

Vogt, H. 1984, Globales Umweltproblem und Unterentwicklung als Anfragen an die politische Ethik — eine Thesenreihe. In: Freiberg / Hein / Hurtienne / Mutter (Hg.) 1984, S. 51 - 55.

Walter, H. 1983, Wachstums- und Entwicklungstheorie, Stuttgart, New York.

Weltbank (Hg.) 1984, Weltentwicklungsbericht 1984, Washington D.C.

Weltenergieausblick 1984, herausgegeben von der Internationalen Energieagentur (IAE) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Baden-Baden.

Zinn, K. G. 1980, Die Selbstzerstörung der Wachstumsgesellschaft. Politisches Handeln im ökonomischen System, Reinbek.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Entwicklungstheorie und Praxis der Projektplanung

Von *Walter Güldner*, Bad Homburg

1. Planungstauglichkeit von Theorien und Strategieempfehlungen: ein Problem in der Praxis

In meinem 1973 vor dem Ausschuß Entwicklungsländer gehaltenen Referat über „Alternative Zielstrategien" habe ich darauf hingewiesen, daß wir in die Phase mehrdimensionaler Zielsetzungen eintreten, die eindimensionalen Wachstumsstrategien immer mehr von sozial-evolutionären Vorstellungen überlagert werden und daß damit letztendlich die Planungstauglichkeit dieser Strategien verloren geht. Ich sprach davon, daß der Entwicklungsplaner in seinem operationellen Denken die Zielproblematik nicht mehr ausklammern darf, sondern die Ziele im Hinblick auf die „Transformationselastizität der Realitäten" hinterfragen muß.[1]

Inzwischen sind 12 Jahre vergangen. In Bezug auf die Operationalisierbarkeit der Entwicklungstheorie und der daraus abgeleiteten Strategien ist eine Desillusionierung in der Literatur[2] wie in der Administration festzustellen.[3] Die Diskussion über die Implikationen unterschiedlicher Wachstumsmodelle ist hängengeblieben, Strategieempfehlungen, aus Theoriediskussionen hergeleitet, sind nur unzureichend vorhanden. Statt dessen herrscht Unsicherheit über ausschließlich ökonomisch fundierte Konzepte, eine Unsicherheit, die gegenüber soziologischen und sozialpsychologischen Ansätzen nicht geringer ist. Für die interdisziplinäre Analyse fehlt häufig der gemeinsame Nenner.

Die Planung und Durchführung von Projekten, die sich mit einer zeitlichen Verzögerung methodisch an den Zielen und den Strategieempfehlungen der Theorie orientiert, ist daher im wesentlichen ent-

---

[1] *Güldner*, W.: Alternative Entwicklungsstrategien, in: Priebe, H. (Hg.): Beiträge zur Beurteilung von Entwicklungsstrategien, Berlin 1974, S. 93/94.

[2] *Bodemer*, K.: Erfolgskontrolle der deutschen Entwicklungshilfe — improvisiert oder systematisch?, in: Studien zur Politik und Gesellschaft des Auslandes (Transfines), Meisenheim 1979, Bd. 3, S. 8, 9, 11.

[3] *Lembke*, H.: Projektbewertungsmethoden zwischen konzeptionellem Anspruch und praktischem Entscheidungsbedarf, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin 1984, S. 52 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sprechend dem Handlungsbedarf der Administration und der sogenannten development community und deren Interpretation über den letzten Stand theoretischer Entwicklung weitergestaltet worden. Bevor ich auf die zeitliche Abfolge verschiedener „Plangenerationen" zu sprechen komme, sei der theoretische Bezugsrahmen für alle Projektbewertungen und -beurteilungen kurz aufgezeigt.

2. Entwicklungstheorie, Planungsmethodik und erste Plangeneration

Zwischen Planungsschwerpunkt, Methodik der Projektplanung, Durchführung und Evaluierung und den theoretischen Erklärungen sowie strategischen Empfehlungen über Entwicklungen gibt es notwendigerweise enge Zusammenhänge. Einerseits leiten sich die für jede Planung vorrangigen Ziele aus dem wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Denken über Entwicklung ab[4], andererseits bestimmt die aus der Wahrscheinlichkeitstheorie ableitbare Ziel- und Ergebnissicherheit (Eintreffwahrscheinlichkeit von Zielen und Ergebnissen) die Bandbreite einer Planung, Durchführung sowie Evaluierung von Projekten. Diesem wichtigen Aspekt wird bisher ungenügend Rechnung getragen.

Geht man von den entwicklungstheoretischen Vorstellungen der 60er Jahre aus[5], die auf Wirtschaftswachstum, getragen vom Industriesektor, abstellten, also nur eine Phasenverschiebung zur Entwicklung der alten Industrieländer unterstellten, und nach dem heutigen Wissensstand nur eine verkürzte und wenig differenzierte Entwicklungsvorstellung beinhalteten, wird verständlich, daß Planungsziel und Evaluierungskriterium die maximale Wertschöpfung eines Projektes sein mußte, also der Beitrag eines Projektes zur Erhöhung des Sozialprodukts. Da Wachstumstheorien primär vom Typ Harrod-Domar für die Erklärung zugrundegelegt wurden, lag es nahe, dem knappen Faktor Kapital, d. h. speziell der Kapitalproduktivität eine hohe Entscheidungspriorität einzuräumen. Der Projektentwurf war an der Kapitalproduktivität orientiert, was wiederum die starke Bevorzugung moderner Technologien erklärt. Der Projektberechnung lag die in der Betriebswirtschaftslehre entwickelte statische und dynamische Investitionsrechnung mit der bekannten Cashflow-Variante zugrunde[6]. Dies war planungstechnisch die „erste Generation" der Projektplanung.

[4] *Güldner,* W.: Methoden der Industrieplanung in Entwicklungsländern, in: Adam, A. (Hg.): Unternehmensforschung — Operations Research, Würzburg 1961, Bd. 5, Heft 3, S. 140 ff.

[5] *Güldner,* W.: Basic Industrialization Problems, Trade Directorate for Ceylon and Overseas, Colombo 1964, Vol. 3, No. 1, S. 1 ff.

[6] *Güldner*, W.: Projektstudien, in: Boesch, E. und Besters, E. (Hg.): Entwicklungspolitik (Handbuch und Lexikon), Mainz 1964, S. 1484.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Selbstverständlich hat man auch damals nicht übersehen, daß ein Drittel der Erwerbspersonen arbeitslos, d. h. nicht in den Entwicklungsprozeß integriert waren, daß sich ein wirtschaftlicher Strukturwandel mit Rückwirkung auf die internationale Arbeitsteilung und Finanzierung vollzog und daß hieraus wiederum Devisenknappheit resultierte. Die Vielzahl der damals bereits erkannten, jedoch nicht in die Analytik einer ökonomisch fundierten Projektplanung einbeziehbaren bzw. einbezogenen Faktoren wurden in Kriterienrastern oder Checklisten erfaßt, mit denen als Übergang zur Kosten-Nutzen-Analyse die „zweite Generation" der Projektplanung, -bewertung und -evaluierung begründet wurde.

3. Zweite Plangeneration: Feasibility-Analytik, volkswirtschaftliche Effekte und „political judgment"

Der Erfassung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen beabsichtigter Investitionen lag der Gedanke zugrunde, daß betriebswirtschaftlich sinnvolle Projekte dies nicht notwendigerweise auch volkswirtschaftlich gesehen sein müssen und vice versa.[7,8]

Beschäftigungs-, Devisen- und Einkommensverteilungseffekte sind gesamtwirtschaftliche Orientierungsgrößen, deren Realisierung die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen für jedwede Investition tangiert, aber nicht notwendigerweise in einzelwirtschaftlichen Entscheidungsgrundlagen enthalten sind oder eine Berücksichtigung finden können. So kam es denn, daß außerhalb der Feasibility-Analytik ein Kriterienraster erstellt wurde, das Devisenauswirkungen des Projektes im Vergleich zu errechneten Schuldendienstquoten, direkte und indirekte Beschäftigungswirkung des Projektes im Vergleich zur jeweiligen Kapitalintensität, Steueraufkommen aus den Projekten und ähnliches mehr systematisch zusammenfaßte. Die Vergabeinstitutionen wie KfW, Weltbank und EWG haben hierzu, gemeinsam mit nationalen Entwicklungsbehörden, entsprechende Kriterienraster erstellt.

Die Gegenüberstellung von relevanten volkswirtschaftlichen Projektwirkungen und erwarteten betriebswirtschaftlichen Ergebnissen führte zum Auf- und Ausbau eines „political judgment", das wiederum zu einer Erweiterung des volkswirtschaftlichen Kriterienrasters führte — und letztendlich dann in die Frage einmündete, wie viele ökonomische Daten einer wirtschaftlich rückständigen Wirtschaft prinzipiell in ein

---

[7] *Güldner,* W.: Methode zur Ermittlung förderungswürdiger Projekte in Entwicklungsländern, Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer, Berlin 1962, (Seminarreferat).

[8] *Musto,* S.: Evaluierung sozialer Entwicklungsprozesse, Berlin 1972.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Analysesystem eingebracht werden können; d. h. es wurde die Frage nach der Leistungsfähigkeit, der Kriterienraster gestellt.

Das Ausufern der „Kriterienraster" infolge gestiegener entwicklungspolitischer Sensibilität am Ende der 60er Jahre zeigt die Grenzen der mit Hilfe dieser Methodik errechenbaren und erreichbaren Kapitalabsorptionsfähigkeit. Dies und der erhöhte administrative Handlungsbedarf durch die international zugesagte Verstärkung der Entwicklungshilfeleistungen führte zum Aufkommen der „dritten Planungsgeneration", in deren Mittelpunkt die Kosten-Nutzen-Analyse stand.[9]

4. Dritte Plangeneration: Übernahme der Kosten-Nutzen-Analyse aus der Infrastrukturtheorie

Der Mangel an Projekten, die sich „in der Sprache der Administration rechnen lassen", wurde aus den oben genannten Gründen Anfang der 70er Jahre zunehmend deutlicher, d. h. die Rechtfertigung für Investitionsentscheidungen aus betriebswirtschaftlicher Sicht wurde problematisch. Man sprach in diesem Zusammenhang von zunehmend nachlassender Kapitalabsorptionsfähigkeit der Entwicklungsländer, eine statistisch gesicherte Beobachtung, die man durch verstärkte Infrastrukturinvestitionen überwinden wollte. Die Theorie lieferte hierzu Denkanstöße, die mit der Frage „balanced versus unbalanced growth"[10] zusammengefaßt erwähnt werden sollen.

Demzufolge bemühte sich die Planungstechnik um den Rückgriff auf Verfahren, die sich zur Planung, Bewertung und Beurteilung von Projekten im Infrastrukturbereich anboten. Gemeint sind die bereits in der Mitte der 50er Jahre in den USA für solche Projekte erprobten Kosten-Nutzen-Analysen (KNA). Diese Analysetechnik wurde nicht nur der Tatsache gerecht, daß es in Entwicklungsländern im Infrastrukturbereich sehr häufig keine Preise für öffentliche Güter gibt, sondern auch der Tatsache, daß in den Entwicklungsländern die Preisrelationen infolge politischer Eingriffe und unvollkommener Märkte im Grunde keine valide Grundlage für eine ökonomische Analyse abgeben. Die Märkte sind feststellbar unvollkommen, die entscheidenden Preise, insbesondere der Nahrungsmittel, werden politisch determiniert.

---

[9] Vgl. hierzu die umfangreiche Literatur, u. a.: *Little*, I. / *Mirrless*, I.: Social Cost-Benefit-Analysis, OECD, Manual of Industrial Project Analysis in Developing Countries, Vol. 11, Paris 1969, sowie *Hemmer*, H. R. / *Hammel*, W.: Grundlagen der Cost-Benefit-Analyse bei Projekten in Entwicklungsländern, Veröffentlichungen aus dem Arbeitsbereich der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Nr. 4/70 und Nr. 7/70, Frankfurt 1970.

[10] Vgl. hierzu den Beitrag von P. P. *Streeten* in diesem Band.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die KNA-Analyse, die im Sinne von Little-Mirrlees über ihre Schattenpreissysteme eine Entzerrung des Preisgefüges beinhaltet, ebenso externe Effekte einbezieht und im übrigen dynamisch gerechnet wird, konnte so als eine Überwindung der Schwächen der „zweiten Planungsgeneration" verstanden werden. Sie führte zu einer Abschwächung des „political judgement" und zu einer Verstärkung der Abwicklungsadministration in den Entwicklungshilfebehörden. Daneben war es ein praktikables Instrument verstärkter Kapitalabsorption und nicht zuletzt auch konform mit der sich differenzierenden Entwicklungstheorie. Ob die „Theorie" der Kapitalabsorption in der Administration verstärkt infrastrukturelle Planungen oder die Erkenntnis gestörter Faktorpreise vorrangig oder gleichzeitig die Entwicklung bzw. das Einbringen der KNA-Analyse für Entwicklungshilfeprojekte bewirkt haben, läßt sich eindeutig nicht feststellen. In jedem Falle schlug die Theorienentwicklung auf die Planungsmethodik durch, die ihrerseits nunmehr bald in die Schwierigkeiten der vorangegangenen Planungsgenerationen kam, nachdem sich entwicklungstheoretisch der Weg von der industriellen und infrastrukturellen Wachstumsstrategie hin zur grundbedürfnisorientierten Strategie für die Dritte Welt gewandelt hatte.

5. Vierte Plangeneration: Erweiterte Methodik und Ansätze zur Planbarkeit grundbedürfnisorientierter Projekte

Die grundbedürfnisorientierte Strategie (GE-Strategie) entwickelte sich aus der statistisch gesicherten Erkenntnis, daß wirtschaftliches Wachstum in der Dritten Welt zu steigenden Einkommensdisparitäten führte, d. h. zur relativen Verarmung einer großen Masse der rasch zunehmenden Bevölkerung. Die aus dem Wirtschaftswachstum resultierenden Einkommenszuwächse hatten keinen durchschlagenden „trickle-down-Effekt" und konnten somit auch nicht zur Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen.[11] Die Ernährungs-, Gesundheits-, Wohnungs- und Bildungsbedürfnisse, insbesondere der Masse der ländlichen Bevölkerung, wurden immer weniger befriedigt. Da aber die Leistung der human resources — unbestritten seit Adam Smith bis heute — von zentraler Bedeutung für das langfristige Wirtschaftswachstum und ohne eine Befriedigung der Grundbedürfnisse gar nicht möglich ist, war ein Wechsel der Investitionsrichtung notwendig.

Der häufig zu findende Hinweis, daß damit eine Abkehr von der Strategie des Wirtschaftswachstums erfolgt sei, ist ebenso wenig aufrecht zu

[11] *Waller*, P. u. a.: Das Grundbedürfniskonzept und seine Umsetzung in die entwicklungspolitische Praxis, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin 1982.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

erhalten wie die Vielzahl ausschließlich machtpolitisch organisierter Interpretationen des Wechsels bei den Investitionsschwerpunkten. Es handelt sich, anders als die Eliten der Dritten Welt befürchteten, weder um eine Abkopplungsstrategie der Industrieländer, noch um eine unter dem Vorzeichen des Altruismus schonend verabreichte „Almosenpolitik", sondern ganz deutlich um einen zur industriellen und infrastrukturellen Wachstumstrategie komplementären Denkansatz, dem die Absicht zugrunde liegt, damit eindeutiger und schneller gesellschaftlich stabile Strukturen zu schaffen. Er richtet sich an eine andere, bisher vernachlässigte und nunmehr genauer definierte Zielgruppe. Anstelle eines bisher einzigen, im Begriff „Wirtschaftswachstum" zusammengefaßten Zieles werden nunmehr verschiedene Ziele und ihre Vorrangigkeit definiert. Klare Zielgruppenorientierung und Zielvielfalt sind somit das charakteristische Merkmal der neuen Strategie, die durch den Gedanken der Partizipation, d. h. des Mitgestaltens der Planung und Durchführung durch die Projektadressaten noch zusätzlich gekennzeichnet wird. Die Betroffenen, d. h. die Menschen, die unter den Planfolgen leiden müssen, sollen im Rahmen des Partizipationskonzeptes selbst in die Mitgestaltung und Mitverantwortung einbezogen werden.

Wenn man Ziele differenziert, muß man verständlicherweise auch die Planungs- und Durchführungsmethoden differenzieren, muß eine Antwort auf die Frage finden, ob sich mehrdimensionale Zielfunktionen (z. T. aus verschiedenen Fach- und Erfahrungsbereichen) mit zielgruppenspezifischer Ausrichtung unter Berücksichtigung der Partizipation überhaupt in einem rationalen Kalkül im Sinne möglicher Bestlösungen darstellen lassen. Hans Lembke hat sich in einer interessanten Analyse mit diesen Gedanken auseinandergesetzt und kommt zu einer negativen Deutung[12]. Er sieht in der GE-Strategie eine Abkehr von der Wachstumsstrategie — eine Auffassung, die ich nicht teile. GE-Strategie ist eine Verlagerung des Investitionsschwerpunktes, u. a. zur schnelleren Erreichung einer sozial ausgewogenen Verteilung des aus dem Wachstum resultierenden Einkommenszuwachses, wozu in aller Regel die Fiskalpolitik in Entwicklungsländern nicht in der Lage ist. Die Beseitigung der relevanten Grundbedürfnisdefizite ist ebenso wenig wie die Beseitigung von Investitionsengpässen durch Marktmechanismen allein erzielbar. Die Märkte sind unvollkommen, die zeitliche Abfolge von Entwicklungsphasen teils miteinander nicht kompatibel, und ein entsprechender Druck durch die Weltwirtschaft ist infolge zahlreicher Eingriffe im Ex- und Importablauf nicht zu erwarten.

---

[12] *Lembke*, H.: Projektbeurteilungsmethoden zwischen konzeptionellem Anspruch und praktischem Entscheidungsvorbereitungsbedarf, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin 1984, S. 26 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Tatsache, daß Partizipation und Akzeptanz — um nur zwei Begriffe zu nennen — sozialpsychologische Elemente darstellen, muß als eine Erweiterung in Richtung interdisziplinärer Zielsetzung und Kooperation verstanden werden, als eine Herausforderung, nicht aber als eine Absage an das Prinzip ökonomischer Zweckrationalität. In diesem Sinne liegt — anders als Lembke und Götz dies interpretieren — kein neues entwicklungstheoretisches Paradigma vor. Es liegt, wie an anderer Stelle schon gesagt, eine Schwerpunktverschiebung aufgrund neuerer Einsichten und Beobachtungen in den unstrittig auf Verhaltensänderungen abzustellenden Entwicklungsprozeß vor. Dabei ging allerdings nicht der Weg „von Wachstum zu den Grundbedürfnissen" (Lembke), sondern vielmehr wurde der gezielte Versuch unternommen, Wachstum durch Beseitigung von Grundbedürfnisdefiziten zu erreichen, d. h. Investitionspriorität bekam anstelle des Industriesektors der ländliche Raum — dort, wo die Masse der Bevölkerung lebt und wo spürbare Einkommensveränderungen durch Fiskalpolitik nicht möglich sind. Da aber auch grundbedürfnisorientierte Investitionen letztendlich finanziert und refinanziert werden müssen, können und müssen sie letztlich wachstumsorientiert sein.

Es ist festzustellen, daß die fortschreitende kumulative Verschuldung der Entwicklungsländer die mit marginalem Ergebnis arbeitenden Investitionen in grundbedürfnisorientierte Projekte erschwert. Bis heute fehlt für die grundbedürfnisorientierten Projekte eine adäquate Finanzierungsstrategie. Diese gilt es bereitzustellen, da die grundbedürfnisorientierten Projekte der Aktivierung der human resources dienen, die wiederum, wie alle bisherigen statistischen Erhebungen internationaler Organisationen ergeben haben, für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt von entscheidender Bedeutung sind.

An der Notwendigkeit der Effizienzmessung neuer Strategien kann jedoch, da Wirtschaft mit der Allokation knapper Ressourcen zu tun hat, keinerlei Zweifel bestehen. Die neueste Literatur ist in diesem Zusammenhang wenig überzeugend. Sie sucht, wie dies auch in den Anfängen bei der Umweltproblematik erkennbar wird, Wege im metaökonomischen Bereich.[13] Das Problem besteht aber darin, die Meßwerte aus den verschiedenen Fachdisziplinen in eine Systemanalyse einzubeziehen, wo sowohl die Gewichtigkeit der Faktoren eine zentrale Bedeutung einnimmt, als auch die Beziehung der Faktoren untereinander unstrittig beobachtbar und definierbar sind. Es ist die Aufgabe der Methodiker, die Veränderungen in den entwicklungstheoretischen Konzep-

[13] *Güldner*, W.: Grenzen der industriellen Landwirtschaft, in: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt (Hg.): Bedrohung der Artenvielfalt von Flora und Fauna, Symposium, Mainz 1981.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tionen und Strategien in adäquaten Meß-, Bewertungs- und Evaluierungstechniken umzusetzen.

Was die Planungsmethodik grundbedürfnisorientierter Projekte anbetrifft, so kann, was die Projektfindung (Identifizierung) angeht, die bekannte Nutzwertmatrix (Matrix auf Basis der Rangkorrelationen) mit entsprechenden, nunmehr auf GE-Zielvorstellungen abgestimmten Kriterien angewendet werden. Hierzu gehören: Zielgruppe, Beschäftigungswirkungen, Partizipation, technologische Akzeptanz, Projektoutput in seiner Auswirkung auf die Bedürfnisdefizite der Zielgruppe, Wirkungen des Projektoutputs zur Verbesserung der Arbeitsproduktivität der Zielgruppe und vieles mehr. Hierzu gibt es zahlreiche Kriterienraster, deren Wiedergabe den hier gesteckten Rahmen übersteigen würde. Die Matrixdarstellung ermöglicht eine Beurteilung von GE-spezifischen Produktgruppen unter mehrdimensionalen Zielaspekten. Die Gewichtung, insbesondere die der Partizipation, bleibt dem „political judgment" vorbehalten, d. h. ist entwicklungsländerspezifisch und hängt nicht zuletzt von der für GE-Investitionen machbaren, von Land zu Land unterschiedlichen Finanzierungsstrategie ab. Den Finanzierungsstrategien für GE-Investitionen ist bisher nur geringe Aufmerksamkeit zuteil geworden, obwohl sie langfristig gerade im Hinblick auf die internationale Verschuldungssituation an Gewicht gewinnen. Insoweit sind die entsprechenden Raster unvollständig.

Ist das Projekt identifiziert und soll es durchgeplant werden (im Sinne von Entwerfen und Berechnen resp. Gestaltung und Kalkül), hat es sich auch bei GE-Projekten als vernünftig erwiesen, durch die Klammer eines sogenannten „logical framework" (LF), d. h. eines Frage-Rückkopplungssystems, das die Probleme, die Zielhierarchie sowie die Zielgruppen immer wieder in Erinnerung bringt (und das bei der GTZ unter dem Namen ZOPP — zielorientierte Projektplanung — läuft), das gesamte Planungssystem kontinuierlich auf seine übergeordneten Ziele rückzukoppeln.[14] Da sich die Durchführungsphase aus Gründen, die noch erörtert werden, häufig genug von den Inhalten des „logical framework" (LF) entfernt, haben sich hierfür den Systemablauf korrigierende Eingriffe unter der Bezeichnung „monitoring" eingeführt.[15]

Prinzipiell ist als Entscheidungsgrundlage der Vorinvestitionsphase für grundbedürfnisorientierte Projekte die KNA-Analyse mit LF-Er-

[14] GTZ: Zielorientierte Planung von Projekten der technischen Zusammenarbeit (ZOPP), Eschborn 1982.

[15] World Bank: A System for Monitoring and Evaluation of Agricultural Extension Projects, Paper No. 272, Washington 1978.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gänzung brauchbar. Die Grundbedürfnisse können als meritorische Bedürfnisse interpretiert werden, für die Güter und Leistungen bereitgestellt werden müssen, deren Verrechnungspreise oberhalb der Schwelle der Zahlungsbereitschaft bzw. -fähigkeit der armen Bevölkerungsgruppen liegen. Damit werden Projektgüter in Abhängigkeit von den Bedürfnissen ihrer Empfänger bewertet. Dieses Vorgehen wird auch von der UNIDO empfohlen[16]. Die Berücksichtigung der Beschäftigungsintensität kann im Rahmen der KNA durch einen niedrig angesetzten Schattenpreis für ungelernte Arbeit erfolgen, womit auch auf die personelle Einkommensverteilung an die GE-spezifischen Zielgruppen Rechnung getragen wird. Mit Hilfe der KNA kann somit die Auswahl der möglichen Durchführungsvarianten so erfolgen, daß verstärkte Einkommenseffekte für die GE-spezifischen Zielgruppen entstehen und die Produktionsorientierung auf die Grundbedürfnisse Berücksichtigung findet. Die Festlegung der meritorischen Werte für Güter und Dienstleistungen muß im Rahmen eines „political judgment" erfolgen, dessen Grundlagen bei der Durchführung der Erhebungsarbeiten für die Identitätsstudien erfaßt werden können.

Die Problemvielfalt und daher auch Zielvielfalt der grundbedürfnisorientierten Projekte läßt den „LF-approach" für die benötigte Zielklarheit einer KNA-Analyse besonders bedeutend erscheinen. Vergegenwärtigt man sich die gesamte Planungssequenz mit Diagnose — Prognose — Zielvorgabe — Programming, so liegt jetzt der Zielvorgabe eine Zielplanung zugrunde, orientiert an der Problemstruktur, wie sie aus der Diagnose und Prognose erkennbar wird und nach Wirkungsbeziehungen hierarchisiert geordnet werden kann. Man könnte in Bezug auf die Komplexität der GE-Projekte den LF-Ansatz geradezu als GE-Projektklammer bezeichnen.

6. Fünfte Plangeneration: Schwerpunkt Implementation, insbesondere Steuerung durch Monitoring

Die oben dargelegten Zusammenhänge betreffen alle die Vorinvestitionsphase mit der Präsentation in Form von Identitätsstudien, Prefeasibility-, Feasibility-Studien und technischen Lay-outs. In Abhängigkeit von entwicklungstheoretischen Strategien und deren Fortentwicklung hat sich die jeweilige Planungsmethodik, wie an anderer Stelle ausgeführt, differenziert. Ebenfalls geändert hat sich aber auch die Auffassung über die Gestaltung und Steuerung der Durchführungsphase, d. h. der Implementation der Projekte.

[16] Vgl. *Weiss*, D.: Evaluierung von Entwicklungsprojekten. Ein kritischer Vergleich des neueren Weltbankansatzes mit dem UNIDO- und dem revidierten OECD-Ansatz, Berlin 1978.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gab es zu Beginn der 60er Jahre, wo Wachstum primär durch Industrialisierung erzielt werden sollte, die Vorstellung, daß Vorinvestitionsphase und Durchführungsphase personell und sachlich nicht gekoppelt sein sollten, war mithin der Planer von dem Durchleiden seiner Planfolgen befreit, ja galt geradezu als Kriterium guter Planung die Unabhängigkeit und das Abgekoppeltsein von Vorinvestitionsphase und Implementationsphase, so hat sich dies mit dem Wandel der Investitionsrichtung hin zu Agrarprojekten mit Grundbedürfnisorientierung entscheidend geändert. Gerade in der begleitenden Mitarbeit bei der Implementation erkannte man den Schlüssel zum Projekterfolg. Hier konnten die für eine Anpassung an verbesserte Technologien notwendigen Verhaltensdefizite erkannt und durch Beeinflussung des Verhaltens sowie durch Adaption der Technologie überwunden werden. In dem Maße, wie grundbedürfnisorientierte Projekte verstärkt entwickelt wurden, relativierte sich die Bedeutung der Vorinvestitionsphase. Die aus der Implementationsphase gewonnenen Erkenntnisse führten zur Entwicklung des Managementinstruments „Monitoring", von dem Casley und Lury sagen:

„Given that the project has been carefully appraised, i. e., that there is a strong a priori-assumption that certain stimuli and inputs will achieve certain outputs, effects and impacts, the role of management in the early implementation phase is to create the conditions that will allow a chain of events to occur. In the early years of project implementation the emphasis will be on monitoring the physical and financial progress and the delivery of the inputs to the intended recipients. The main source for this aspect of monitoring is properly organized project records. The other concern of management, at this stage, is the use to which these inputs are put and the reaction of the recipients. Adoption rates and more important, repeat adoption rates, give management a strong inference whether the project is succeeding or not. Information on the recipients' attitudes and perceptions is important in order to explain any departure in response behavior to the postulated in the projects design. Such unpredicted behavior may determine the success or failure of the project. The information required from monitoring of project implementation does not require complex data systems. A monitoring system will exist even if it is merely a subjective accumulation of impressions by project staff. If common sense rules of good standard management practice are adhered to, the monitoring system can be limited to the minimum of parameters to be recorded regularly over time."[17]

Monitoring, das für die Benutzer von der Projektleiterebene abwärts an gedacht ist, im Gegensatz zur Evaluation, deren Benutzer oberhalb der Projektleiterebene resortieren, erbringt eine Fülle von Erkenntnissen, die wiederum in die Vorinvestitionsphase eingehen können, z. B. die Bedeutung der Akzeptanz als Planungselement. Es hat sich aber

---

[17] *Casley*, D. / *Lury*, D.: Monitoring and Evaluation of Agricultural and Rural Development Projects, Johns Hopkins University, Rom 1982, S. 30 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auch gezeigt, daß die Mehrzahl der Projekttypen anders angepackt werden sollte als bisher. Die Erfahrung, daß das in der Vorinvestitionsphase vorhandene Wissen, niedergelegt im „Project Appraisal Report", über die spätere Steuerbarkeit des Projektablaufs in der Durchführungsphase nahezu nichts aussagen kann, hat dazu geführt, Projekte als „Lernschritte" zu konzipieren.

Lembke hat in Anlehnung an die diesbezüglichen OECD-Veröffentlichungen darauf verwiesen, daß so konzipierte Projekte damit eine zeit- und kostenaufwendige Grundlagenforschung vermeiden lassen. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß wegen der geringen Eintreffwahrscheinlichkeiten bei Projektannahmen das Gesamtsystem Projekt in ein Baukastenraster so vorgedacht werden muß, daß vor Ort in der Durchführung gewonnene Erkenntnisse die folgenden Aktivitäten bestimmen müssen und daß bei bestimmter Größenordnung in der Zielabweichung jeweils der ökonomisch machbare Projektabbruch zu Minimalkosten vorzusehen ist („built-in-planning").

7. Sechste Plangeneration: Computergestützte Planung, Mehrebenen-Planungssysteme mit Hilfe der Simulationstechnik, ein Beispiel

Die Weiterentwicklung computergestützter Simulationstechnik hat es seit etwa 1975 möglich gemacht, daß ganze Gruppen getätigter Projekte in Bezug auf ihre sektoralen und gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen und Finanzströme in einem Mehr-Ebenen-Planungssystem erfaßt und für zukünftige Projektplanungen sowie wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse nutzbar gemacht werden können. Die Durchführungsphase gewinnt zugleich an Bedeutung für die Vorinvestitions- resp. Planungsphase. Dieses System hat den Vorteil, daß es auf den vorhandenen Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung basiert und diese Größen ohne realitätsferne Annahmen jährlich fortschreibt. Es gehen nicht die für Optimierungsmodelle schwer verifizierbaren restriktiven Annahmen ein, sondern es werden in Form von Alternativrechnungen mögliche Entwicklungen ökonomisch relevanter Variablen aufgezeigt. Der Entwicklungsplaner und -politiker hat damit die möglichen Auswirkungen alternativer Maßnahmen stets gegenwärtig. Insoweit ist dieses auf der Simulationstechnik beruhende Planungssystem der von Anbeginn an gesuchten „bottom-up-approach", der die Mikro-, Sektor- und Makroebene im Sinne eines steuerbaren Gesamtsystems kohärent verbindet.

Der aktuellen Bedeutung wegen sei die theoretische Konzeption und der formale Aufbau, die Struktur des Mikro-, Sektor- und Makromo-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dells, die Integration des Modells in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß, sein modularer Aufbau und damit die Übertragbarkeit auf andere Entwicklungsländer kurz anhand eines Beispiels aus der deutschen Entwicklungshilfepraxis dargestellt.

7.1 Das Beispiel: Theoretische Konzeption und formaler Aufbau

Aufbauend auf den mit dem Planungssystem verfolgten Zielsetzungen

— die wahrscheinliche ökonomische Entwicklung Burundis in der nahen Zukunft auf der Basis beobachtbarer Trends und sozioökonomischer Fakten aufzuzeigen,

— die im Rahmen des Entwicklungsprogramms durchzuführenden geplanten Projekte in einem integrierten Ansatz zu erfassen, zu koordinieren und unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu evaluieren,

ist das INPLABU-System[18] als ein computergestütztes *Mehrebenen-Planungssystem* konzipiert worden, mit dem die partiellen Planungen auf den verschiedenen Planungsstufen in systematischer und kohärenter Weise verflochten werden, so daß eine Analyse der Realisierungsmöglichkeiten eines nationalen Entwicklungsprogramms unter Beachtung gesamtwirtschaftlicher Potentiale und Restriktionen ermöglicht wird.

Das INPLABU-System setzt sich aus drei Elementen zusammen: einem makroökonomischen Modell auf der Basis des UN-Kontenrahmens der VGR mit seinen international vereinheitlichten Variablendefinitionen, einem mikroökonomischen Teilsystem, das eine Projektkartei und sog. Materialbilanzen enthält, sowie aus einigen sektorspezifischen Modellen.

Bevor auf diese Systemelemente näher eingegangen wird, sollen zunächst einige allgemeine Eigenschaften des INPLABU-Systems erläutert werden.

Das System stellt ein rekursiv angeordnetes dynamisches System von ökonomischen Definitions- und Verhaltensgleichungen, Gleichgewichtsbedingungen, technischen und institutionellen Gleichungen sowie Trendfunktionen dar. Wegen des rekursiven Charakters können die Systemparameter mit der einstufigen Methode der kleinsten Quadrate (MKQ) geschätzt werden. Da die Schätzgleichungen darüber hinaus als doppelt-logarithmische Einfachregressionen spezifiziert sind, liefern die MKQ-Koeffizienten stets die entsprechenden Elastizitätswerte für die betrachteten Variablen.

Der rekursive Aufbau ermöglicht die Modifizierung von Teilbereichen des Systems, ohne daß dadurch Rückkoppelungen im Gesamtsystem ausgelöst werden. Eine erhöhte Transparenz sowie eine einfachere mathematische Lösung des Systems sind zusätzliche Vorteile der rekursiven Spezifikation.

---

[18] „INPLABU": Das Modell (Investitionsplanungsmodell für Burundi) wurde im Auftrag der BMZ/GTZ von der GOPA, Gesellschaft für Organisation, Planung und Ausbildung mbH, Bad Homburg, unter Beteiligung eines Weltbankexperten und Dr. H. J. Siegler für Burundi entwickelt. Der Autor ist Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates der Gesellschaft.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

7.2 Mikromodell

7.2.1 Projektkartei

Ein wichtiges Instrument auf der mikroökonomischen Planungsebene ist eine computergestützte Projektkartei, die aggregierte Inputs für das Makromodell liefert. Die mit Hilfe umfangreicher Fragebogen ermittelten Mikrodaten umfassen Informationen über alle Arten von Projekten, angefangen von klassischen Investitionsprojekten bis zu Projekten der Technischen Hilfe und sonstigen laufenden Transfers. Für jedes der etwa 750 Projekte wird ein Fragebogen ausgefüllt, der Angaben über Projektkosten, Durchführungsplanung, verantwortliche Planungsinstanz, Wirtschaftssektor, Region, Prioritätsstufe, Finanzierung etc. enthält. Diese Daten werden schließlich unter Anwendung entsprechender Computerprogramme ausgewertet, gruppiert und tabelliert.

Bei der Analyse der Projektdaten werden alle relevanten makroökonomischen Aspekte, wie inländische und ausländische Finanzierung, Verschuldung und Schuldendienst, Zahlungsbilanz-, Produktions- und Beschäftigungseffekte, Folgekosten etc. berücksichtigt, d. h. das gesamte Projektprogramm wird daraufhin überprüft, ob es vorab festgelegte makroökonomische Restriktionen, beispielsweise hinsichtlich Staatsdefizit oder Devisenreserven, einhält. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, daß sowohl privatwirtschaftliche als auch öffentliche Projekte in die Betrachtung einbezogen werden müssen, weil sie finanzielle und reale Ressourcen konkurrierend in Anspruch nehmen.

7.2.2 Materialbilanzen

Ein großes Problem besteht darin, daß Burundi zur Zeit seine laufenden Importe (Konsumgüterimporte, Importe von Ausrüstungsgütern) nicht in ausreichender Weise finanzieren kann. Kurzfristig bleibt daher nur die Suche nach einer globalen Zahlungsbilanzhilfe, mittel- und langfristig nur die Möglichkeit massiverer (Netto-) Importsubstitution und/oder Exportförderung. Die Wirkungen importsubstituierender bzw. exportfördernder staatlicher Aktivitäten werden innerhalb des INPLABU-Systems mittels Materialbilanzen (für derzeit 35 Produkte) analysiert.

Neben einer Prognose der mengenmäßigen lokalen Produktion eines bestimmten Produktes wird zunächst geschätzt, welche Mengen in Anbetracht trendmäßiger Entwicklung und bei nicht vorhandenen Importsubstitutionsprozessen voraussichtlich importiert werden müssen. Anschließend wird der lokale Konsum mittels Trendextrapolation oder unter Verwendung von Einkommenselastizitätskoeffizienten vorhergesagt. Die Differenz zwischen Konsum und Produktion gibt den Importbedarf an bzw. zeigt an, welche Überschußmengen exportiert werden können.

Indem die produzierten Mengen mit Preisen eines Basisjahres bewertet sowie mit Wertschöpfungskoeffizienten gewichtet werden, erhält man die Beiträge der einzelnen Produkte zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), deren Summe zu der Schätzung des BIP-Beitrages des restlichen Industriesektors hinzugefügt wird.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die quantifizierten Effekte möglicher Importsubstitutionen bzw. Exportförderungen führen schließlich zu einer Revision der vorläufigen Import- bzw. Exportschätzungen.

7.3 Sektorenmodelle

Bisher sind sechs Sektorenmodelle in das INPLABU-System integriert worden, ein siebtes Modell befindet sich in der Entwicklung.

In dem *Beschäftigungs- bzw. Arbeitsmarktmodell* wird die zukünftige Arbeitskräftenachfrage, differenziert nach verschiedenen Qualifikationsklassen, in Abhängigkeit von Produktionsschätzungen und unter der Annahme einer trendmäßig steigenden Arbeitsproduktivität prognostiziert. Dabei wird auch das postulierte Ziel einer „Burundisierung", d. h. einer schrittweisen Substitution ausländischer Fachkräfte durch einheimisches Personal, berücksichtigt.

In dem *Ausbildungsmodell* wird eine detaillierte Analyse des Schul- und Universitätswesens durchgeführt, um die burundische Bildungsplanung quantitativ und qualitativ mit den Erfordernissen des Arbeitsmarktes abstimmen zu können. Das Modell gibt auch Hinweise auf notwendige Investitionen im Bildungsbereich und deren Folgekosten.

Das *Transportmodell* dient der Analyse der mit dem Transport einzelner importierter und exportierter Warengruppen verbundenen Probleme. Im einzelnen werden die Höhe der Transportkosten (einschließlich Verpackungs- und Versicherungskosten) sowie die Kapazität und relative Wettbewerbsfähigkeit verschiedener Transportwege untersucht.

Das *Rohölmodell* ermöglicht die Vorhersage für verschiedene Kategorien von Ölimporten, wobei diese Vorhersagen entweder an das erwartete gesamtwirtschaftliche Wachstum oder an den voraussichtlichen Bedarf der großen Verbraucher gekoppelt sind.

In dem *Elektrizitätsmodell* wird das Angebot an und die Nachfrage nach Elektrizität prognostiziert. Die Angebotsberechnungen basieren in erster Linie auf einer Einschätzung des Outputs neuer städtischer und ländlicher Energieversorgungsprojekte, während die Nachfrageentwicklung in Abhängigkeit von der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate sowie den Effekten verbrauchssteigernder überregionaler Projekte bestimmt wird.

Das *Infrastrukturkostenmodell* quantifiziert die Folgekosten ambitiöser, mehrjähriger Investitionsprogramme des öffentlichen Sektors und gibt erste Hinweise darauf, in welchem Ausmaß diese Folgelasten nicht durch Entwicklungshilfegelder getragen werden können.

Die Vorarbeiten für die Konstruktion eines *Modells für den Landwirtschaftssektor* werden zur Zeit abgeschlossen.

7.4 Makromodell

7.4.1 Reales Makromodell

Das reale Makromodell liefert Prognosen der ökonomischen Aggregate der volkswirtschaftlichen Entstehungs- und Verwendungsrechnung. Methodolo-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gisch basiert es auf dem sog. „Revised Standard Model", das von der Weltbank seit längerem für Entwicklungsländer benutzt wird.

Innerhalb dieses Modells werden zur Zeit zwölf Wirtschaftssektoren unterschieden, deren Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten entweder auf der Basis vergangener Trendentwicklungen oder detaillierter Produnktionsdaten ermittelt sind, welche hauptsächlich in den Materialbilanzen ausgewiesen werden. Die Produktionsziffern der für den Export bestimmten Produkte des Agrar- und des Bergbausektors werden detailliert und disaggregiert vorausgeschätzt. Das Wachstum in dem modernen Bausektor und im öffentlichen Dienstleistungssektor wird in Abhängigkeit von der Höhe und der Zusammensetzung der Investitionen und der maximal zulässigen Expansion des öffentlichen Verbrauchs prognostiziert.

Die Importe werden nach achtzehn Kategorien ökonometrisch geschätzt; Höhe und Struktur der privaten und öffentlichen Investitionen ergeben sich aus der Aggregation der Projektkarteidaten, und die Exporte werden u. a. auf der Grundlage exogener Weltmarktpreise berechnet. Der Konsum, sowohl der private als auch der öffentliche, ergibt sich schließlich als Residualgröße.

Alle makroökonomischen Variablen werden zu konstanten und laufenden Preisen bewertet, wobei die Deflatoren unter Berücksichtigung der Preisentwicklung auf dem Weltmarkt ermittelt werden, denn die Inflationsrate Burundis wird mehr oder weniger vollständig von ausländischen Preiseinfllüssen determiniert.

7.4.2 Monetäres Makromodell

Das monetäre Makromodell umfaßt die Einkommens- und Vermögensänderungskosten einschließlich der Bereiche der öffentlichen Finanzwirtschaft und der Zahlungsbilanz. Die Analyse der staatlichen Ersparnisbildung zur Finanzierung des öffentlichen Investitionsprogramms ist eine der wichtigsten Aufgaben, die mit dem Modell zu erfüllen sind. Überhaupt ist das monetäre Makromodell durch eine explizite Berücksichtigung detaillierter Kapitalkonten gekennzeichnet. Die hierfür notwendigen Informationen werden hauptsächlich der Projektkartei entnommen.

Prognosen der finanziellen Transaktionsströme werden für den privaten Sektor (private und öffentliche Unternehmungen, Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbscharakter) und für den öffentlichen Sektor sowie für die Geschäftsbanken, die Zentralbank und die Zahlungsbilanz vorgenommen. Die vermögenswirksamen Ausgaben des privaten Sektors umfassen vor allem die Investitionsausgaben und Schuldendienstleistungen. Das Geldangebot schließlich wird als Funktion des nominalen Wachstums des Bruttoinlandsproduktes bestimmt.

7.5 Integration in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß

Das INPLABU-System wird seit dem Jahre 1977 als Entscheidungsgrundlage von den burundischen Ministerien intensiv genutzt. Es ist von den Politikern als wichtiges und flexibles Instrumentarium zur Ausarbeitung von Entwicklungsprogrammen, zur jährlichen Fortschreibung des 5-Jahresplanes und zur Koordinierung der Auslandshilfe voll akzeptiert worden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mit Hilfe des Systems konnte einer übertriebenen Expansion des öffentlichen Verbrauchs erfolgreich entgegengewirkt werden, und anstelle von folgekostenträchtigen Infrastrukturprojekten wurden produktive Projekte initiiert. Generell wurden sich abzeichnende strukturelle Ungleichgewichte sehr frühzeitig erkannt, so daß dem burundischen Ministerrat entsprechende Politikvorschläge zur Abwehr drohender ökonomischer Gefahren unterbreitet werden konnten.

Das INPLABU-System wird jedoch nicht nur auf nationaler Ebene verwendet, sondern erweist sich in zunehmendem Maße als sehr nützlich für internationale Organisationen und Institutionen, wie Weltbank oder Internationaler Währungsfonds, die bei der Erstellung von Länderberichten oder bei anstehenden Entscheidungen über Zahlungsbilanzkredite für Burundi sich dieses Systems bedienen.

7.6 Transfer in andere Entwicklungsländer?

Der modulare Aufbau des INPLABU-Systems begünstigt zweifellos einen Transfer auf andere Länder der Dritten Welt. So sind z. B. die Sektorenmodelle unabhängig vom Rest des Systems und können ohne weiteres reduziert bzw. durch andere sektorale Modelle ersetzt werden. Dennoch müßten im Falle eines Systemtransfers einige wesentliche Voraussetzungen erfüllt sein:

— Es müßte eine umfassende und kontinuierliche statistische Berichterstattung in dem betreffenden Land vorhanden sein, damit die Datenbank angelegt werden kann.

— Der fachliche Ausbildungsstand sowie die organistorischen Strukturen in den entsprechenden Planungsbehörden müßten gewissen Mindeststandards genügen, soll die effiziente Nutzung des Systems sichergestellt werden.

— Die regionalplanerische Systemkomponente müßte für größere Länder verfeinert werden, um regionale Diskrepanzen analysieren und regionalpolitische Entwicklungsprogramme evaluieren zu können.

Summary

Development Theory and Project Planning Techniques

This paper reviews methods which have been applied in development planning since 1960. In detail, the following approaches are discussed:

— Simple growth models of the Harrod-Domar type and feasibility studies,

— Check lists of socio-economic criteria,

— Cost-benefit-analysis,

— Logical framework approach,

— Project-monitoring systems,

— Multi-stage planning systems.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

It is argued that the advancement of economic theory unevitably leads to modifications and adaptations of planning techniques. The basic-needs approach, for instance, altered the over-all objective of maximising economic growth in favour of multiple objective functions, which, in turn, called for a reorganization of the planning process and the introduction of new analytical tools. However, it must be stressed that economic growth and satisfaction of basic needs are not contradictory in nature, because it is only through economic growth that basic needs can be met.

An adequate combination of the various planning techniques at hand may enable the planners to evaluate the projects under consideration most efficiently in the pre-investment phase and to carry out the selected projects in a flexible way. Such a combination is assured by means of so-called multi-stage planning systems, such as the INPLABU-system.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Abkommen der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit im Spannungsfeld von Theorie und Praxis. Das Beispiel des zweiten Lomé-Abkommens

Von *Karl Wolfgang Menck*, Hamburg

1. Einleitung

Das zweite AKP-EWG-Abkommen[1] (Lomé II) ist empirisch und wissenschaftlich von besonderem Interesse. Zum einen ist es das einzige operationale multilaterale rechtsverbindliche Abkommen zwischen 10 Industrieländern und (zuletzt) 64 Entwicklungsländern, nachdem Verhandlungen über die von den Staaten der Dritten Welt geforderte und von den Industrieländern weitgehend abgelehnte „Neue Weltwirtschaftsordnung" nicht zu einem Ergebnis geführt haben; es stellt aus der Sicht der Europäischen Gemeinschaft einen Beweis für die erfolgreiche multilaterale Zusammenarbeit dar, und dieser Auffassung pflichten die AKP-Länder bei, wie der Abschluß des dritten Abkommens im Jahre 1984 (Lomé III) zeigt, wenngleich auch einige Punkte dieser Vereinbarung kritisiert werden. Zum anderen ist das Abkommen auch wissenschaftlich von Interesse. Mehrere Untersuchungen befassen sich mit den theoretischen Vorstellungen, die dem Vertragswerk zugrundeliegen, und beurteilen dessen Erfolgsaussichten. Besondere Aufmerksamkeit finden dabei bislang neue Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit, wie etwa die Stabilisierung der Rohstofferlöse, die Aufstellung von Indikativprogrammen der Entwicklungsländer und Richtprogramme für die technische und finanzielle Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft.

Der vorliegende Beitrag soll die Frage klären helfen, ob die Ziele, die Vorgehensweise und die Instrumente des Lomé-Abkommens vorwiegend mit pragmatischen praxisbezogenen Überlegungen oder auch mit entwicklungstheoretischen Überlegungen begründbar sind. Zu diesem Zweck wird zunächst das Spannungsfeld von Entwicklungspraxis und Entwicklungstheorie umrissen und danach geprüft, welche Elemente des Abkommens mehr von praxisbezogenen und welche mehr von theo-

[1] Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1980), S. 13 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

retisch fundierten Überlegungen geprägt sind. Abschließend werden die Verhandlungen zum dritten Lomé-Abkommen (Lomé III) kurz betrachtet und die Möglichkeiten der Verwirklichung neuer Ansätze eingeschätzt[2].

2. Das Lomé-Abkommen im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis — Ein Problemaufriß

Für das Verständnis des Lomé-Abkommens ist es zunächst wichtig, die Begriffe zu definieren. Bei einer institutionellen Sichtweise von Praxis umfaßt ein Abkommen die mit der Entwicklungszusammenarbeit betrauten Planungs-, Verhandlungs- und Durchführungsorgane in den Industrie- und Entwicklungsländern;[3] Angaben über Ziele, Vorgehensweise und Instrumente stellen verbindliche Handlungsanweisungen dar und sind Gegenstand der Durchführung des Abkommens durch diese Organe. In einem anderen Verständnis von Praxis sind Verträge — und multilaterale Abkommen sind im juristischen Sinne Verträge — in erster Linie dazu bestimmt, die Zustimmung in Parlamenten und in der Öffentlichkeit zu gewinnen. Entwicklungspraxis kann schließlich auch unabhängig vom institutionellen Rahmen durch die Projekte und Programme der Zusammenarbeit definiert werden. Dann legen Verträge die Ziele, die Vorgehensweise und die einzelnen Maßnahmen sowie deren Finanzierung fest. Im folgenden wird Praxis in diesem Sinne verstanden.

Wie immer auch Praxis definiert wird, so gilt allgemein, daß sie nicht den gleichen Kriterien unterworfen ist wie die Theorie:

— Die Praxis orientiert sich an einer vorgegebenen Interessenlage; durchgeführt werden kann nur das, was als relevant angesehen wird.[4]

— Projekte und Programme der Entwicklungszusammenarbeit entsprechen — zum Teil nicht deckungsgleichen — Interessen in den Geber- und Empfängerländern. Im Zeitablauf verändern sich ihre Ziele sowie die Rahmendaten. Die Maßnahmen, auf die man sich unter diesen Umständen einigt, stellen Kompromisse dar und beziehen sich auf kurzfristig geltende Situationen. Dies kann dazu

---

[2] Ich konzentriere mich auf Lomé II, weil bei Abfassung dieses Beitrages die Verhandlungen zu Lomé III noch nicht abgeschlossen waren. Vgl. hierzu die Ausführungen des für Lomé III verantwortlichen Generaldirektors der EG, Dieter *Frisch*, in diesem Band.

[3] Vgl. L. *Hoffmann* und H. *Sanders* (1980), S. 393 ff.; H. P. *Wiesebach* (1980), S. 407 ff.; M. *Bohnet* (1982), S. 292 ff.

[4] Vgl. B. *Fritsch* (1968), S. 423.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

führen, daß aus der Wirtschafts- und Entwicklungstheorie abgeleitete Erkenntnisse in der Praxis nicht anwendbar sind.[5]

— Für die Entscheidungen in der Praxis ist darüber hinaus wichtig, daß externe oder als unveränderbar angesehene Rahmenbedingungen von Industrie- und Entwicklungsländern unterschiedlich beurteilt werden. Die abweichende Bewertung dieser „Daten" läßt im ungünstigen Fall nicht die von der Logik der Theorie her gebotenen Maßnahmen bei der Gestaltung von Projekten und Programmen zum Zuge kommen.

— Weitere Ursachen für eine Diskrepanz von Theorie und Praxis sind unterschiedliche Zeithorizonte bei der Festlegung von Zielen und bei der Identifikation von Engpässen im Geber- und Nehmerland, politische und wirtschaftliche Macht einzelner Gruppen, die ihre eigenen, nicht notwendigerweise mit dem Gemeinwohl übereinstimmenden Interessen verfolgen, aber auch der im Zeitablauf nicht gleichbleibende Stellenwert von Theorien bei den Entscheidungen politischer Institutionen.[6]

Gleichwohl kann auch die Praxis ohne Theorie ihre Aufgabe nicht lösen, sieht man es als Funktion der Entwicklungstheorie an, analytische Werkzeuge bereitzustellen, um Diagnosen und Therapien für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer und in den ökonomischen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern vorzuschlagen.[7]

Legt man an die Theorie das Kriterium formaler Geschlossenheit und analytischer Eleganz an, so bietet besonders die neoklassische Theorie Kausalbeziehungen und entsprechende Empfehlungen zur Überwindung der ökonomischen Schwierigkeiten der Länder der Dritten Welt an.[8] Darin wird zugrundegelegt, daß Wachstum als Oberziel und als Unterziel Einkommensverteilung (ohne sie näher zu beschreiben) verfolgt werden. Zu diesem Zweck sollen die Produktionsfaktoren und der technische Fortschritt optimal genutzt sowie die Sach- und Humankapitalausstattung der Entwicklungsländer durch Investitionen verbessert werden. Wichtigste Lenkungsmechanismen müssen die Preise auf den nationalen und internationalen Märkten sein. Alle Maßnahmen in den Industrie- und Entwicklungsländern sollten Kapitalbildung, Innovationen und Diffusion von Neuerungen, Liberalisie-

---

[5] Vgl. G. *Bombach* (1979), S. 35.

[6] Vgl. B. *Fritsch* (1968), S. 425; A. *Gutowski* unter Mitarbeit von M. *Krakowski* und K. W. *Menck* (1983), S. 425.

[7] Vgl. J.-B. *Donges* (1981), Vorwort.

[8] Vgl. H. *Giersch* (1984), S. 1.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rung und Verstetigung des Wirtschaftsprozesses sowie die Mobilität der Produktionsfaktoren fördern.[9]

Formale Geschlossenheit und analytische Eleganz kennzeichnen in einem nicht gleichen Umfang andere Theorien zur Erklärung des Entwicklungsprozesses, wie z. B. die Stufentheorien, die Big-push-Theorien und die Vorstellungen über die Entwicklung in regionalen Zentren (Polen). Zudem enthalten diese Analysen nur ungenaue Angaben über die Politik, die bei Projekten und Programmen zu verfolgen ist. Die Erkenntnisse sind auch mehr dazu bestimmt, den Unterschied zwischen armen und reichen Ländern zu erklären, und weniger geeignet, Instrumente für die Überwindung der Rückständigkeit zu benennen. Schließlich weisen diese Theorien häufig nicht auf die Rolle der außenwirtschaftlichen Verflechtung der Entwicklungsländer und die davon ausgehenden Impulse für Wachstum und Verteilung hin.

Auch die unter den Begriffen „Theorie der Ökonomien der Entwicklungsländer", „Dependencia-Theorie" und „Theorie der Grundbedürfnisstrategie" zusammengefaßten Denkmodelle erfüllen nach dem gegenwärtigen Stand meines Erachtens nicht die Anforderungen formaler Geschlossenheit und analytischer Eleganz. Zudem haben diese Lehrmeinungen noch nicht die Konsistenz erreicht, die für eine Operationalisierung und für die Ableitung von Kausalbeziehungen und Strategieempfehlungen notwendig wäre.[10] Das gleiche gilt für die „positive Theorie internationaler Organisationen", die sich in den ersten Stadien ihrer Vertiefung befindet und die sich bislang vor allem mit dem Bereich internationaler Geld- und Währungspolitik befaßt hat. Daraus können nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand noch keine Schlußfolgerungen für Maßnahmen im Rahmen der Entwicklungspolitik gezogen werden.[11]

Anders als die Praxis muß sich nach allgemeinem Verständnis die Theorie auf die Ableitung von Ursache-Wirkung-Beziehungen beschränken. So kann eine theoretische Betrachtung die Kosten bei dem Verzicht auf die besten Lösungen aufzeigen und die Erfolgsaussichten der bei einem Kompromiß entstandenen Maßnahmenbündel beurteilen.

Entwicklungspraxis und Entwicklungstheorie stehen also in einem Spannungsverhältnis: Einerseits können praktische Maßnahmen auf-

---

[9] Vgl. J.-B. *Donges* (1981), S. 13 ff.; H.-R. *Hemmer* (1978), S. 172 ff.; H. *Giersch* (1977), S. 283 ff.

[10] Vgl. H.-R. *Hemmer* (1978), Vorwort; G. *Addicks;* H.-H.*Bünning* (1979), S. 107 ff.; B. *Knall* (1980), S. 421 ff. sowie der Beitrag von H. *Sautter* in diesem Band.

[11] Vgl. R. *Vaubel* (1984).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

grund politischer Restriktionen und anderer Faktoren nicht immer nach den theoretisch gebotenen Erkenntnissen gestaltet werden; zum anderen ist schwer vorstellbar, daß Maßnahmen ohne jede Kenntnis theoretischer Zusammenhänge über ihre Konsequenzen vereinbart werden. Aus der Tatsache, daß Sachverständige aus dem Bereich theoretischer Forschung als Berater von der Entwicklungspolitik hinzugezogen werden, läßt sich allerdings noch nicht ableiten, daß die theoretisch gebotenen Lösungen auch angewendet werden, wie die vielfältigen Erfahrungen aus der wissenschaftlichen Politikberatung zeigen.[12] Ob und in welcher Weise diese Aussagen auch für das Lomé-Abkommen gelten, soll im folgenden untersucht werden.

3. Ziele des Abkommens

3.1 Die vertraglichen Vorgaben für die Entwicklungszusammenarbeit

Das zweite Lomé-Abkommen verfolgt ein weit gefächertes Bündel von Absichten:

— Der Handel mit Halb- und Fertigwaren soll intensiviert werden und Wohlstand und Wachstum in allen beteiligten Staaten schaffen (Präambel, Art. 1).

— Die industrielle Produktion der Länder des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raums (im folgenden: AKP-Staaten) soll verstärkt, die landwirtschaftliche Erzeugung verbessert und erweitert werden (Präambel) mit dem Ziel, den Inlandsbedarf an Nahrungsmitteln zu decken und die Grundlagen für die Versorgung mit diesen Gütern zu verbessern (Ernährungssicherung) (Art. 83 (1)).

— In den AKP-Ländern sollen neue Rohstoffquellen erschlossen und genutzt werden (Präambel), insbesondere in den Ländern, deren Wirtschaft in besonderem Maße vom Export dieser Produkte abhängt (Art. 49).

— Eine verstärkte regionale Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten soll Voraussetzungen für eine Arbeitsteilung zwischen den Entwicklungsländern und damit für mehr Wachstum schaffen (Art. 133).

Neben diesen konventionellen ökonomischen Zielen enthält das Abkommen andere — zum Teil weitreichende — Absichtserklärungen:

— Dem Ziel internationaler Verteilungsgerechtigkeit und der Förderung von Wachstum und Wohlstand entspricht besonders die Hilfe

[12] Vgl. u. a. K. *Ritter* (1983), S. 89.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

für die am wenigsten entwickelten Länder. Angestrebt werden die Beseitigung der materiellen Not und ihrer Ursachen und die dauerhafte Stärkung des wirtschaftlichen Potentials dieser Länder, um ihnen einen angemessenen Platz im weltwirtschaftlichen System zu verschaffen (Präambel).

— Auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung zwischen den Partnern und in ihrem gegenseitigen Interesse „soll eine enge und andauernde Kooperation im Geiste internationaler Zusammenarbeit herbeigeführt werden" (Präambel).

— Weiterhin ist vorgesehen, „die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern gemäß den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten und zu verstärken". Das Vertragswerk soll „Bemühungen um die Schaffung eines Modells für die Beziehungen zwischen entwickelten Staaten und Entwicklungsstaaten, das mit dem Streben der internationalen Gemeinschaft nach einer neuen, gerechteren und ausgewogeneren Weltwirtschaftsordnung vereinbar ist", fördern (Präambel).

Für die beteiligten Staaten stellt dieses Zielsystem einen praktikablen Kompromiß dar. Er war unter anderem deshalb notwendig, weil zwischen den AKP-Staaten und der Europäischen Gemeinschaft (im folgenden: EG) zunächst völlig unterschiedliche Absichten über die Aufgaben einer rechtsverbindlichen Vereinbarung bestanden. Für die Entwicklungsländer kam es darauf an, die Vorzugsbedingungen von Lomé I nicht einzuschränken und dabei ein Maximum an Zusagen der EG auf allen Kooperationsbereichen zu erhalten. Darüber hinaus wollten die AKP-Staaten möglichst viele Elemente der „Neuen Weltwirtschaftsordnung" in dem Vertrag festgeschrieben wissen. Diese Wünsche standen weitgehend im Widerspruch zu den Vorgaben für die EG, deren Mitgliedsländer darüber hinaus noch teilweise kontroverse Ziele verfolgten.

Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland sowie Großbritannien waren in besonderem Maße an dem Inhalt des Abkommens interessiert; viele kleinere europäische Länder verfolgten hingegen die Verhandlungen eher abwartend aufgrund ihrer zum Teil anders gearteten Eigeninteressen. Zwar bestand Einigkeit darin, Zusagen zu unterlassen, die auf die Anerkennung der „Neuen Weltwirtschaftsordnung" hinausliefen; gleichzeitig gab es aber unterschiedliche Auffassungen innerhalb der EG darüber, ob die Hilfe eher nach dem Muster „aid by trade" oder durch einen umfassenden Ressourcentransfer erfolgen solle.

Keine der Verhandlungsparteien war trotz der unterschiedlichen Absichten daran interessiert, durch überzogene Zielvorgaben zugun-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sten der eigenen Interessen die Verhandlungen scheitern zu lassen und dadurch die Grundlagen für die weiteren Maßnahmen zu zerstören. So fürchteten die AKP-Staaten um die ihnen angebotenen Vorteile; die europäischen Staaten sahen sich aufgrund ihrer allgemeinen Verpflichtungen gegenüber den ehemaligen Kolonialgebieten außerstande, den Abschluß des Abkommens zu gefährden. Zudem wollte die EG demonstrieren, daß auch ohne die „Neue Weltwirtschaftsordnung" eine multilaterale Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd möglich ist, um damit ihrer Ablehnung der von der UNCTAD vorgebrachten Forderungen Nachdruck zu verleihen.[13]

Aufgrund dieser Interessenlage bot sich ein Kompromiß an, der zu einer Aufzählung der gemeinsam vertretbaren und für alle Seiten akzeptablen Ziele in dem Vertrag führte. Die Formulierungen entsprechen der vorgegebenen Interessenlage aller Parteien, tragen dennoch den nicht deckungsgleichen Wünschen der Vertragspartner Rechnung und halten bei alledem noch künftige Lösungen zu den strittigen Fragen offen. Erkauft wird dies durch weitgehend nicht operationalisierbare, meßbare und unkontrollierbare Aussagen über die Ziele, die eher als Absichtserklärungen zu werten sind; daraus können sich Schwierigkeiten für die Umsetzung der Vereinbarungen ergeben.

3.2 Beurteilung der Ziele

Mit den Aussagen über den Handel mit Halb- und Fertigwaren, die industrielle Produktion und die Förderung der rohstoffbezogenen Sektoren folgt das Lomé-Abkommen weitgehend der Grundposition der neoklassischen Theorie. Dem Wortlaut der Ziele nach soll den Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer dadurch entsprochen werden, daß die internationale Arbeitsteilung verwirklicht wird, die Güter und Produktionsfaktoren marktwirtschaftlich verteilt werden, die Kapitalbildung verstärkt und der technische Fortschritt umgesetzt wird.[14]

Auf lange Sicht kann eine Politik, die diese Ziele verfolgt, auch dazu führen, die im Abkommen genannten weiterreichenden, nicht primär ökonomischen Ziele zu verwirklichen. Eine Politik der internationalen Arbeitsteilung nach dem Muster der neoklassischen Theorie begünstigt Wohlstand auch in den am wenigsten entwickelten Ländern und leistet auf diese Weise einen Beitrag zur internationalen Verteilungsgerechtigkeit sowie zur Stärkung des wirtschaftlichen Potentials der am wenigsten entwickelten Länder. Insofern ist der Hinweis auf

[13] Vgl. H. *Gerth-Wellmann* (1984), S. 98 ff.; K. *Focke* (1980), S. 9 ff.

[14] Vgl. u. a. H.-R. *Hemmer* (1978), S. 172 ff.; J.-B. *Donges* (1981), S. 13 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die der „Neuen Weltwirtschaftsordnung" entlehnten Zielformulierungen nach dem Muster der neoklassischen Theorie nicht notwendig.

4. Die Instrumente der Zusammenarbeit

4.1 Die wichtigsten Maßnahmenbereiche

Das Lomé-Abkommen regelt die Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten und der EG in Form von

— Handelsliberalisierung und -förderung,

— Stabilisierung der Exporterlöse für die Ausfuhr von agrarischen und mineralischen Grundstoffen,

— Förderung von Direktinvestitionen in den AKP-Ländern,

— technischer und finanzieller Zusammenarbeit zur Förderung von Landwirtschaft und Industrie sowie

— Katastrophenhilfe in Krisensituationen.

Diese Instrumente entsprechen den einschlägigen Bestimmungen des EWG-Vertrages bzw. sind mit diesem vereinbar, insbesondere mit Art. 113 (Gemeinsame Handelspolitik), Art. 210 (Rechtspersönlichkeit der Gemeinschaft als Voraussetzung einer formell eigenständigen diplomatischen Beziehung zu Drittländern) und Art. 238 (Assoziierung mit dritten Staaten und Organisationen).[15] Für die AKP-Staaten ist das breit gespannte Maßnahmenbündel beachtlich, umfaßt es doch alle Bereiche der üblichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und eröffnet diesen Ländern den Zugang zu den Märkten und den Ressourcen, die für den Entwicklungsprozeß benötigt werden.

4.2 Handel

Die vertraglichen Regelungen beinhalten eine Liberalisierung des Handels zugunsten der AKP-Staaten. Ursprungswaren aus diesen Ländern können frei von Zöllen und Abgaben in die Länder der EG exportiert werden. Diese verpflichtet sich, keine mengenmäßigen Beschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung anzuwenden und auf Verbote und Beschränkungen zu verzichten (Art. 1 ff.). Soweit notwendig, sind weitere ausfuhrfördernde Maßnahmen vorgesehen. Dazu gehören Hilfen beim Aufbau von und bei der Ausbildung für exportfördernde Institutionen, Unterstützung bei der Verbesserung von Produkten und ihrer Gestaltung, bei der Einrichtung und der Erweiterung des

[15] Vgl. H. *Gerth-Wellmann* (1984), S. 99.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Transportsystems, bei der Werbung, der Anbahnung von Verbindungen zu Abnehmern, bei der Durchführung von Marktstudien und Analysen über die Wettbewerbssituation, sowie der Förderung von Messebeteiligungen (Art. 20).

Grenzen für die Öffnung der Märkte der EG enthalten die Ausnahmebestimmungen:

— Die Ursprungsregeln sind ausgesetzt für Waren und Produkte, die gemeinsamen Marktorganisationen nach Art. 40 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterliegen. Diese Bestimmung schafft gemeinsame Organisationen für die Agrarmärkte und sieht im Einzelfall gemeinsame Wettbewerbsregeln, eine bindende Koordinierung der verschiedenen einzelstaatlichen Marktordnungen und eine Europäische Marktordnung vor (Art. 2).

— Sofern internationale Grundstoffabkommen mit Beteiligung der EG- und AKP-Staaten abgeschlossen worden sind, gelten die Vorschriften des Lomé-Abkommens nicht (Art. 4).

— Nicht-tarifären Handelshemmnissen wird ein großer Spielraum insoweit eingeräumt, als Ein- und Durchfuhrverbote aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit, zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren und Pflanzen erlassen werden können (Art. 5).

— Schutzklauseln kommen für den Fall ernster Störungen für einen Wirtschaftsbereich der EG als ganzes oder in einem oder mehreren Mitgliedstaaten in Betracht. Diese Maßnahmen sollen jedoch nicht protektionistischen Zwecken dienen oder zur Behinderung des Strukturwandels verwendet werden. Der Umfang der Handelsbeziehungen der AKP-Staaten zur Gemeinschaft und das Entwicklungspotential dieser Länder sollen angemessen berücksichtigt werden. Konsultationen mit den AKP-Staaten sind vereinbart, um sicherzustellen, daß die verschiedenen Interessen angemessen gewahrt werden können (Art. 12).

Damit hat das Abkommen versucht, zwischen den handelspolitischen und entwicklungspolitischen Interessen in den AKP-Staaten und in der Gemeinschaft einen Kompromiß zu finden. Die Entwicklungsländer waren — zum Teil bedingt durch die kolonialen Wirtschaftsbeziehungen — daran interessiert, die Märkte in Europa für den Verkauf von Rohstoffen zu sichern. Zudem kam es ihnen darauf an, Halb- und Fertigwaren zu vergünstigten Zolltarifen in die EG zu liefern mit dem Ziel, hohe Deviseneinkünfte zu erzielen, um dafür Investitionsgüter zu erwerben, die für das wirtschaftliche Wachstum benötigt werden. Er-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

weiterte Handelsverflechtungen sollten die Arbeitsteilung fördern und Wohlfahrtsgewinne in Form höheren Wachstums und mehr Beschäftigung sichern. Aus der Sicht der EG-Länder bestand aufgrund der ungenügenden Ausstattung mit einzelnen agrarischen und zahlreichen mineralischen Rohstoffen, darunter mit Energierohstoffen, Interesse an einer Liberalisierung des Marktzugangs für diese Güter. Darüber hinaus sollen die AKP-Staaten als bevorrechtigte Absatzgebiete für industrielle Erzeugnisse aus Europa erhalten werden. Insofern gab es auf beiden Seiten durchaus gleichgerichtete Interessen zur Handelsöffnung aufgrund der bislang praktizierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Konflikte bestanden hingegen in der Frage der Ausgestaltung der Zusagen für eine Vertiefung des gegenseitigen Handels. Sie dokumentieren sich vor allem in den Einschränkungen aufgrund der gemeinsamen Agrarpolitik und in der Anwendung der Schutzklauseln. Davon ausgenommen werden müssen die Vorschriften, die auf internationale Grundstoffabkommen sowie auf die Sicherheitsinteressen verweisen. Derartige Vorbehalte sind in der Praxis des internationalen Handels weitgehend anerkannt und stellen wichtige Rechte der Nationen zur Wahrung übergeordneter Ziele und zur Einhaltung internationaler Vereinbarungen dar. Insofern besteht auch kein zwingender Grund, auf derartige Bestimmungen in den Lomé-Abkommen zu verzichten.

Anders stellen sich die Einschränkungen für den Handel mit Produkten dar, die Gegenstand der gemeinsamen Agrarpolitik nach den Römischen Verträgen sind. Aus der Sicht der AKP-Staaten gibt es keine Rechtfertigung dafür, auf die Liberalisierung der Importe solcher Erzeugnisse zu verzichten; die Entwicklungsländer bieten diese Güter weltweit an, um Deviseneinnahmen zu erzielen. Dagegen steht das Eigeninteresse der EG, die gemeinsame Agrarpolitik nicht durch Importe aus den AKP-Ländern zu gefährden; dies würde ein zentrales Element der europäischen Integration in Frage stellen.

Dieser Widerspruch zwischen den Interessen wurde zu Lasten der AKP-Staaten dadurch gelöst, daß die Einfuhren von Erzeugnissen, die unter die gemeinsame Agrarpolitik der EG fallen, von der Handelsöffnung ausgenommen wurden.

Im Prinzip ähnlich ist der Konflikt um die Anwendung von Schutzklauseln gelöst worden. Den Entwicklungsländern wäre am besten damit gedient, wenn ihnen freie Einfuhr auch für Halb- und Fertigwaren zugestanden würde. Dadurch würden Impulse vermittelt für den Aufbau arbeitsintensiver Industrien. Diesem entwicklungspolitisch sinnvollen Vorgehen standen Einwände aus der EG entgegen, die befürchtete, dadurch strukturschwache Betriebe einer starken Konkurrenz auszusetzen. Um dies zu verhindern, wurde vereinbart, daß eine Schutz-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

klausel zeitweilige Entlastung gegenüber den Importen aus den AKP-Staaten schafft. Zu diesem Zweck enthält der Vertrag ein politisches Einigungsverfahren, das in Streitfällen die unterschiedlichen Interessen der EG und der AKP-Staaten auf einen Nenner bringen soll. Aus der Interessenlage beider Seiten erscheint ein solches Verfahren plausibel; bei richtiger Anwendung erlaubt es, einen für alle Seiten gleichermaßen annehmbaren Kompromiß zu finden.

In die Argumentation für eine Handelsliberalisierung zwischen den AKP-Staaten und der EG ist offenkundig die neoklassische Theorie eingegangen. Sie rät zu einer Spezialisierung zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern, weil dies — im Vergleich zu einem Autarkie-Zustand — zu einer effizienteren Produktionsstruktur führt. Die Öffnung der Märkte lenkt die Faktoren in die jeweils beste Verwendung. Die Handelsliberalisierung schafft Spielraum zur Beschaffung von in den Entwicklungsländern benötigten, aber nicht verfügbaren Ressourcen, erleichtert den Import von Know-how und erhöht die Anziehungskraft dieser Länder für ausländische Investitionen. Darüber hinaus wird Wachstum dadurch gefördert, daß Unternehmen und Arbeitnehmer gezwungen sind, sich dem Strukturwandel anzupassen und unrentable Fertigungsverfahren aufzugeben.[16]

Eine dementsprechende Politik würde auch andere Ziele des Abkommens erfüllen helfen: die angestrebten Verteilungswirkungen, die Stärkung des wirtschaftlichen Potentials und die Einbindung in die Weltwirtschaft.

Nicht mit dieser Gedankenführung vereinbar sind dagegen alle Einschränkungen in Form von Schutzklauseln oder ähnlichen Verboten und Eingriffen, die als Ergebnis widerstreitender Interessen in den AKP-Staaten und der EG erklärt werden können. Nach den Ableitungen aus der Theorie führen derartige Einschränkungen zu Wachstumsverlusten gegenüber einem Zustand vollständiger Handelsliberalisierung. So werden potentielle Investoren in den AKP-Ländern von der Aufnahme der Produktion exportbezogener Güter abgehalten, bei denen vermutet wird, daß die EG die Schutzklausel einführen wird. Dieses Argument wiegt um so schwerer, als die AKP-Staaten derzeit zwar in erster Linie Rohstoffe exportieren, sich aber darum bemühen, ihre Wirtschaftsstruktur zu diversifizieren und Absatzmöglichkeiten für industrielle Erzeugnisse zu suchen. In dem Maße, wie diese Länder zu ernsthaften Konkurrenten auf den Märkten der EG werden können, droht ihnen die Gefahr weiterer Handelshemmnisse, die erneut Wachs-

[16] Vgl. J.-B. *Donges* (1981), S. 21 ff.; H.-R. *Hemmer* (1978), S. 172 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tumsverluste auslösen werden.[17] Der politische Kompromiß hat damit zu einer Regelung geführt, die nicht zuläßt, alle theoretisch begründbaren Vorteile des freien Handels in den EG- und in den AKP-Staaten zu nutzen.

4.3 Regionale Zusammenarbeit

Als einen speziellen Fall der handelspolitischen Förderung sieht das Lomé-Abkommen die Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten vor. Dazu zählen gemeinsame Anstrengungen zur Vertiefung des Güter- und Dienstleistungsverkehrs zwischen benachbarten AKP-Staaten und zwischen diesen Ländern innerhalb zusammenhängender Gebiete. Angestrebt werden größere Märkte, die Diversifizierung der Volkswirtschaften und die Entstehung von Produktionszweigen, bei denen sich eine regionale Arbeitsteilung empfiehlt.

Die EG bietet im Vertrag an, durch Maßnahmen der technischen und finanziellen Zusammenarbeit regionale Projekte zu finanzieren. Das zweite Lomé-Abkommen nennt dafür einen Betrag von 600 Mio. Europäische Rechnungseinheiten (ECU), der für Projekte der Industrieförderung, den Ausbau des Verkehrswesens, die Erschließung und Gewinnung von Rohstoffen sowie für das Schul- und Bildungswesen in mehreren AKP-Ländern ausgegeben werden kann.

Die Vereinbarung ist — was die Instrumente betrifft — von der Entwicklungspraxis geprägt. Die Industrieländer haben schon lange darauf gedrängt, daß die Länder der Dritten Welt ihre gegenseitigen Handelsbeziehungen verstärken und damit einen Prozeß beschleunigen, der zu einer weltweiten Arbeitsteilung führt. Aus der Sicht der AKP-Staaten wird dies ebenfalls für wichtig gehalten ,wenn auch aus anderen Motiven. Ihnen geht es nicht nur darum, die Absatzgebiete für ihre Produkte zu erweitern und dadurch Spezialisierungsvorteile zu erzielen; eine im wesentlichen von der Diskussion um die „Neue Weltwirtschaftsordnung" beeinflußte Sichtweise sieht auch Vorteile für die Länder der Dritten Welt darin, Handelsströme umzulenken und dadurch gegenüber den Industrieländern die Eigenständigkeit zu erhöhen. Die Formulierung des Lomé-Abkommens geht auf diese Motive zwar nicht direkt ein, schließt sie aber auch nicht aus.

Daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den AKP-Ländern verstärkt werden muß, wird durch die bislang nur geringen Integrationserfolge bestätigt. Zahlreiche interne und externe Hindernisse ha-

---

[17] Vgl. R. J. *Langhammer* (1984), S. 27; U. *Möbius* (1984), S. 50 f.; D. *Schumacher* (1984), S. 74 ff.; H. *Gerth-Wellmann* (1984), S. 166 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ben die ersten Versuche der Kooperation behindert. So wurden Liberalisierungszusagen nicht eingehalten; Zollsenkungen und Handelserleichterungen erfolgten nicht in dem vorher vereinbarten Maße; Probleme ergaben sich auch aus der gleichen Wirtschaftsstruktur in den beteiligten Staaten, die eine komplementäre Arbeitsteilung nicht zulassen; die Verkehrsverbindungen zwischen benachbarten Entwicklungsländern sind oft weniger gut als die zwischen Entwicklungs- und Industrieländern. Zwischen großen und kleinen sowie wirtschaftlich fortgeschrittenen und rückständigen Ländern gab und gibt es Tendenzen der Polarisierung, die den Fortgang der Zusammenarbeit beeinträchtigten. Uneinheitliche Bildungssysteme stehen ebenfalls einer engeren Kooperation entgegen, zeitweilige Ungleichgewichte im Handel zwischen den Entwicklungsländern konnten nicht finanziert werden, da Institutionen und Mechanismen zur Überbrückung von Defiziten nicht bestanden.[18]

Auch dieser Teil des Lomé-Abkommens spiegelt — wie eine entwicklungstheoretische Prüfung zeigt — die neoklassische Sichtweise wider, indem der Warenaustausch zwischen den AKP-Staaten als Vorstufe zur Integration in den Welthandel verstanden werden kann. Es entspricht dieser Theorie, wenn erwartet wird, daß die regionale Kooperation die Voraussetzungen schafft, um die Allokation der Ressourcen zu verbessern und den Entwicklungsprozeß zu beschleunigen. Es können Betriebsgrößen erreicht werden, die für die internationale Wettbewerbsfähigkeit notwendig sind. Das Lomé-Abkommen ermöglicht es, Lerneffekte aus dem Handel zwischen den AKP-Ländern dazu zu nutzen, daß Produzenten und Exporteure Fähigkeiten erwerben, ohne die Absatzgebiete in den Industrieländern nicht erschlossen werden können. Schließlich unterstellt der Vertrag, „daß Wirtschaftsintegration nicht an Stelle einer Eingliederung der Entwicklungsländer in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung betrieben wird, sondern diesen Prozeß ergänzt und unterstützt (wenn schon nicht allgemeine Freihandelsbedingungen geschaffen werden)".[19]

Aus theoretischer Sicht ist zu erwarten, daß die im Lomé-Vertrag vorgesehene verstärkte regionale Zusammenarbeit wirtschaftliches Wachstum und bessere Verteilung in den Entwicklungsländern fördern kann. Der Verzicht auf eine Abschottung von den Industrieländern erlaubt es, die Spezialisierung und internationale Arbeitsteilung ständig weiterzuführen und damit nach dem Muster der klassischen Theorie die bestmögliche Verwendung der Produktionsfaktoren zu gewährleisten.

---

[18] Vgl. R. J. *Langhammer*, D. *Spinanger* (1984), R. J. *Langhammer* (1984); K. W. *Menck*, A. *Naini*, A. *Nottelmann* (1980), S. 293 ff.; J.-B. *Donges* (1981), S. 59 ff.; H.-R. *Hemmer* (1978), S. 532 ff.

[19] J.-B. *Donges* (1981), S. 54; R. J. *Langhammer* (1984), S. 1.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

4.4 Stabilisierung von Exporterlösen

Besondere Aufmerksamkeit unter den Maßnahmen des Lomé-Vertrages findet vor allem die Stabilisierung von Exporterlösen für agrarische und mineralische Rohstoffe. Artikel 23 nennt als Ziel, „die schädlichen Auswirkungen der Schwankungen der Ausfuhrerlöse zu beheben und den AKP-Staaten zu helfen, eines der Haupthindernisse für die Stabilität, für die Rentabilität und das anhaltende Wachstum ihrer Wirtschaft zu überwinden, um ihre Entwicklungsanstrengungen zu unterstützen und ihnen die Möglichkeit zu geben, auf diese Weise den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Bevölkerung zu sichern und zum Schutz ihrer Kaufkraft beizutragen ...". Diesem Zweck dient die Stabilisierung der Ausfuhrerlöse für die von den AKP-Staaten in die EG-Länder ausgeführten Waren, die Preis- oder Mengenschwankungen oder beidem unterliegen.

Für insgesamt 44 agrarische Rohstoffe gilt die Stabilisierung der Deviseneinnahmen; die Regelung des Minex gilt für Kupfer einschließlich der damit verbundenen Kobaltproduktion, für Phosphate, Mangan, Bauxit und Aluminiumoxyd, Zinn sowie mit einigen Ausnahmen für Schwefelkiesabbrände und Eisenerze (Art. 50). Daß nicht alle Waren in die Liste aufgenommen wurden, hat ausschließlich politische und praktische Gründe. Der allgemeinen Interessenlage der EG entsprechend sollte das Abkommen die Versorgung der Gemeinschaft in Anbetracht der unzureichenden eigenen Reserven sichern helfen. Gleichzeitig sollte der finanzielle Aufwand für das Stabilisierungssystem begrenzt werden, und das war ohne eine Einschränkung des Produktspektrums nicht zu erreichen. Damit waren letztlich auch die Entwicklungsländer einverstanden.

Strittig war hingegen die Berücksichtigung landwirtschaftlicher verarbeiteter Produkte. Die AKP-Staaten drängten auch bei diesen Erzeugnissen auf eine Stabilisierung bei sinkenden Exporterlösen in die EG. Der Rückgang derartiger Lieferungen wäre für diese Staaten sehr schwerwiegend, als dadurch — mehr als in den Rohstoffe erzeugenden Sektoren — Arbeitsplätze gefährdet sind. Dagegen stand wiederum das Interesse der EG, die Ausgaben für die Ausgleichszahlungen möglichst gering zu halten, und dies wäre erschwert bei einer Erweiterung der Liste um Produkte, bei denen — zusätzlich noch — eine eindeutige Abgrenzung nicht möglich ist.[20]

Erfaßt werden bei der Stabilisierung lediglich die Exporteinnahmen im wirtschaftlichen Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft. Auch

---

[20] Vgl. A. *Borrmann*, D. *Kebschull*, A. *Kopp*, K. W. *Menck* (1984), S. 40 f.; H. *Gerth-Wellmann* (1984), S. 196.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dies ist eine Kompromißformulierung, die sich an politischen und praktischen Vorgaben der vertragschließenden Parteien orientiert.[21] Die Entwicklungsländer hatten für eine weitergehende Regelung optiert und die Gesamterlöse als Bemessungsgrundlage vorgeschlagen. Dagegen war die EG nicht bereit, Mindereinnahmen zu kompensieren, die ihre Ursachen in den Märkten von Drittländern haben. Dafür waren zum einen finanzielle Erwägungen maßgeblich, denn ein solches System hätte in jedem Fall höhere Aufwendungen verursacht, und zum anderen wurde geltend gemacht, daß der Vorschlag der AKP-Staaten praktisch keine Kontrolle durch die EG zugelassen hätte und Mißbrauch des Instrumentariums nicht ausgeschlossen werden konnte.

Um den Interessen einzelner Entwicklungsländer mit vergleichsweise geringem Warenverkehr in die EG dennoch eine angemessene Stabilisierung zu erlauben, ist im Kompromißwege eine Ausnahmeregelung vereinbart worden. Für 13 AKP-Staaten, bei denen diese Voraussetzung erfüllt ist, dürfen die Gesamtexporterlöse der stabilisierungsfähigen Produkte als Bemessungsgrundlage verwendet werden.[22] Artikel 27 erlaubt, daß andere AKP-Länder ebenso verfahren, wenn sie zunächst überwiegend in die EG exportierten und später neue Kunden in Drittländern zu einem überwiegenden Teil beliefern. Auf Antrag des betroffenen Landes und nach einem Beschluß des AKP-EWG-Ministerrats werden dann auch die Erlöse bei der Ausfuhr in andere Staaten in die Kompensation einbezogen.

Das Abkommen macht die Gewährung von Ausgleichszahlungen davon abhängig, daß die Mindereinnahmen bestimmte Grenzwerte (Auslöseschwellen) überschreiten und daß die Ausfuhren Mindestanteile am Gesamterlös aufweisen (Abhängigkeitsschwellen), (Art. 29, 37). Das Stabilisierungssystem sieht mithin nur eine Teilentlastung vor und schließt die Inanspruchnahme bei geringen Schwankungen aus.[23] Dies kann zum einen mit dem Bestreben der EG erklärt werden, den Mittelbedarf dadurch möglichst gering zu halten, daß unerhebliche Erlößeinbußen nicht berücksichtigt werden. Aus der Sicht der Entwicklungsländer wäre ein einfacheres System vorteilhafter, das auf umfangreiche Nachweise verzichtet und die Kalkulation von Überbrückungsrechten in einer Situation mit rückläufigen Einnahmen erleichtert. Berücksichtigt man ferner, daß die Kredite erst auf Antrag des betroffenen Landes nach einem langen Prüfungsverfahren gewährt werden, ergeben sich zusätzliche

---

[21] Vgl. A. *Borrmann*, D. *Kebschull*, A. *Kopp*, K. W. *Menck* (1984), S. 38.

[22] Vgl. ebenda, S. 42 ff.

[23] Das sind Äthiopien, Burundi, Guinea-Bissau, Ruanda, Swasiland, Komoren, Lesotho, West-Samoa, Seychellen, Tonga, Kap Verde, Salomonen-Inseln und Turalu.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Probleme bei der praktischen Regelung. Daß die AKP-Staaten diesem Verfahren trotz der begründeten Einwände beistimmten, lag nicht nur daran, daß bessere Alternativen mit der EG nicht mehr ausgehandelt werden konnten. Angesichts der knappen Mittel war auch eine sparsame Verwendung geboten, und dies wäre nur mit Kontrollen zu erreichen gewesen. Schließlich konnte auf diese Weise auch eine Konzentration der Auszahlungen auf einzelne Länder und Produktgruppen leichter verhindert werden als bei einem Verfahren ohne jede Beschränkung.

Nach der neoklassischen Theorie kann die Notwendigkeit einer Erlösstabilisierung nicht angezweifelt werden, weil instabile Exporterlöse die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können. Zur Begründung läßt sich darauf hinweisen[24], daß Exporterlösschwankungen

— über Multiplikatoreffekte zu abrupten Veränderungen des Einkommens- und des Beschäftigungsniveaus führen,

— eine prozyklische Ausgabenpolitik des Staates wegen der engen Interdependenz von öffentlichem Haushalt und Exporteinnahmen fördern und damit den ungleichmäßigen Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung verschärfen, anstatt ihn zu stabilisieren,

— die gesamtwirtschaftliche Ersparnis mindern,

— das Investitionsrisiko erhöhen, das Zinsniveau steigern und die Investitionstätigkeit beeinträchtigen,

— den Import von für den Entwicklungsprozeß notwendigen Gütern vermindern,

— die Produktionsstruktur im Entwicklungsland verzerren, weil die vom Exportsektor ausgehenden Investitionsrisiken Anleger dazu veranlassen können, Kapital in ertragsschwächeren und gleichzeitig risikolosen Sektoren vorzunehmen.

Bei dieser Sichtweise sind eine Ausgleichs- und Entwicklungsfinanzierung bei nicht selbst verursachten Mindereinnahmen aus dem Verkauf von Gütern vertretbar. In diesem Fall sollten finanzielle Zuwendungen oder Darlehen entsprechend der tatsächlichen Höhe schnell bereitgestellt werden, und die Rückzahlung müßte erfolgen, wenn die Deviseneinnahmen über das normale, für eine stabile Entwicklung notwendige Niveau hinausgehen.[25]

---

[24] Vgl. A. *Borrmann*, D. *Kebschull*, A. *Kopp*, K. W. *Menck* (1984), S. 14 ff.
[25] Vgl. J.-B. *Donges* (1981), S. 90; H.-R. *Hemmer* (1978), S. 530 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Diese Form der Überbrückung von Mindereinnahmen erweist sich in der Praxis als überlegen gegenüber anderen Maßnahmen zur Sicherung der Stabilisierung von Deviseneinnahmen, z. B. durch Preis- und Mengenfestsetzung, durch Vereinbarung von bindenden Verkaufs- und Abnahmeverpflichtungen oder durch Subventionen an die Erzeugerländer. Nur die zeitweilige Ausgleichsfinanzierung vermeidet Eingriffe in den Marktmechanismus und eine Fehlallokation von Produktionsfaktoren. Die Rückzahlungspflicht zwingt die Empfängerländer zu Anstrengungen, die Ausfuhrtätigkeit zu intensivieren, und begünstigt Bemühungen zur Diversifizierung der Produktionsstruktur. Um der Rückzahlungsfähigkeit der Entwicklungsländer Rechnung zu tragen und internationale Verteilungsziele zu verwirklichen, ist vorgeschlagen worden, die Konditionen nach Maßgabe des Entwicklungsstandes abzustufen, z. B. durch Verlängerung der Rückzahlungsfristen oder im äußersten Fall durch einen Verzicht auf die Forderung nach Rückerstattung.[26]

Der generellen Rechtfertigung der Exporterlösstabilisierung stehen einkommenstheoretisch begründete Einwände entgegen. Danach wirken stabile Ausfuhreinnahmen eher wachstumshemmend.[27] Um dies zu zeigen, werden die Exporterlöse entsprechend der Einkommenstheorie in einen permanenten und einen transitorischen Bestandteil aufgegliedert. Schwankungen der Erlöse werden mit Änderungen des transitorischen Einkommens gleichgesetzt. Nach Friedman sind die auf das permanente Einkommen bezogene durchschnittliche und marginale Konsumquote höher als die auf das transitorische Einkommen bezogene. Die Varianzen dieser Komponente des Einkommens bestimmen darüber hinaus die marginale Konsumquote, so daß bei starken Schwankungen die Notwendigkeit zunimmt, Ersparnisse zu bilden, und dies wird die marginale Konsumquote senken. Nimmt man weiterhin an, daß die Verbrauchsausgaben aus dem Exporteinkommen ebenfalls von dem permanenten Teil der Exporterlöse bestimmt werden und daß die Sparquote mit der Varianz des transitorischen Einkommens steigt, so ergibt sich, daß unter sonst gleichen Bedingungen eine höhere Instabilität der Exporterlöse zu höheren Investitionen führt.

Widerspruch fand diese Ableitung vor allem, weil eine konstante Kapitalproduktivität unterstellt wird. Zudem ist die Annahme fragwürdig, daß eine Steigerung der Sparquote zu einer höheren Investitionsquote führt. Kritiker haben darüber hinaus darauf verwiesen, daß die empirischen Befunde die einkommenstheoretische Ableitung nicht bestätigen.[28]

---

[26] Vgl. J.-B. *Donges* (1981), S. 91; H.-R. *Hemmer* (1978), S. 532.

[27] Vgl. A. *Borrmann*, D. *Kebschull*, A. *Kopp*, K. W. *Menck* (1984), S. 16 ff.

[28] Vgl. ebenda, S. 17 (mit weiteren Nachweisen).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das im Lomé-Abkommen vorgesehene System zur Stabilisierung der Erlöse aus dem Export mineralischer Rohstoffe sieht keine Ausgleichsfinanzierung vor wie bei den agrarischen Erzeugnissen. Der Vertrag schreibt vor, daß bei Mindereinnahmen um mindestens 15 % oder einem Rückgang der Produktions- und Ausfuhrkapazitäten um mindestens 10 % eine Hilfe unabhängig von der tatsächlichen Höhe der Abweichungen vom Normalniveau gewährt wird. Die Höhe der Ausgleichszahlung errechnet sich nach dem Bedarf zur Wiederherstellung von Gruben, Transporteinrichtungen u. ä. oder zur Weiterführung des Bergbaus (Art. 49 ff.).

Maßgeblich für diese Konstruktion waren praktische und politische Erwägungen. Die EG war von den AKP-Staaten aufgefordert worden, das System für die Stabilisierung der Erlöse aus dem Export agrarischer Rohstoffe auf die mineralischen Produkte auszuweiten. Dies wurde von der EG u. a. wegen der damit verbundenen finanziellen Verpflichtungen abgelehnt. Gleichwohl bestand in der EG ein erhebliches faktisches Interesse an der Zulieferung mineralischer Rohstoffe aus den AKP-Ländern. Als Kompromiß ergab sich eine Begrenzung der Stabilisierung auf einzelne aus der Sicht der Entwicklungsländer und der EG-Staaten wichtige Rohstoffe.[29]

Die überwiegend von politischen und praktischen Überlegungen bestimmten Systeme zur Erlösstabilisierung erlauben insgesamt nur einen begrenzten Ausgleich der Mindereinnahmen. Dafür ursächlich ist das Bestreben der EG, die für diesen Zweck vorgesehenen Mittel zu begrenzen. Damit werden die theoretisch möglichen Bedingungen zur Verstetigung des wirtschaftlichen Wachstums in den Entwicklungsländern nur teilweise geschaffen.

4.5 Förderung von Direktinvestitionen

Da die Direktinvestionen in Entwicklungsländern einen wichtigen Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit aller Mitgliedstaaten der EG darstellen, bestand für sie ein Interesse daran, dieses Instrument zum Bestandteil des Abkommens zu machen. In den AKP-Staaten fanden die Vorschläge der EG, den Kapital- und Gewinntransfer zu schützen sowie ein günstiges Investitionsklima zu schaffen, wenig Resonanz. Sie forderten eine vertragliche Regelung, die es ihnen ermöglichen sollte, ausländisches privates Kapital zu verpflichten, stärker als bisher entwicklungspolitische Ziele zu beachten, und — falls dies nicht geschehe — die Rechte der Eigentümer ohne gleichwertige Entschädigung einzugrenzen. Über diese Frage konnte daher nur ein Minimalkonsens

[29] Vgl. *Kommission der Europäischen Gemeinschaften* (1983).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in Form von relativ unverbindlichen Handlungsanweisungen erzielt werden, die weit weniger operational sind als die Vorschriften für die Handelspolitik oder für die Stabilisierung der Exporterlöse.

Nach dem Vertragstext sollen, wenn die AKP-Staaten es wünschen, Unternehmen aus der EG ermutigt werden, sich an der industriellen Entwicklung dieser Länder zu beteiligen. Weiterhin ist vereinbart, daß

— Maßnahmen zur Förderung der Industriekooperation und zur Industrialisierung durch Kontakte zwischen der Regierung und den Unternehmen erleichtert werden,

— ein Zentrum für industrielle Entwicklung zwischen Betrieben in Ländern der EG und den AKP-Staaten Verbindungen herstellt, aus denen joint ventures, Direktinvestitionen und andere Formen des Technologietransfers hervorgehen sollen. Diese Einrichtung wird beauftragt, Informationen über Investitionsmöglichkeiten zu sammeln und zu verbreiten, Kontakte zwischen interessierten Betrieben herzustellen, die Beratung und Koordination zu erleichtern, Studien zur Beurteilung von Investitionsvorhaben auszuarbeiten, technische Beratung durchzuführen und Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen (Art. 60 ff.).[30]

Wichtig sind in diesem Zusammenhang des weiteren Vorschriften über Maßnahmen zur Förderung von Ausbildung und zur Beratung in den AKP-Staaten. Hierzu zählen insbesondere

— der Wissenstransfer, um das Bergbau- und Energiepotential in den AKP-Staaten zu erschließen,

— die Vermittlung von Kenntnissen für Industrie, Handwerk und Gewerbe,

— der Technologietransfer zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen und Betrieben,

— die Übertragung von know-how für landwirtschaftliche Betriebe und Agroindustrien (Art. 65 ff.).

Von den ausländischen Investoren wird erwartet, daß — wie das Abkommen formuliert — die Gesetze des Gastlandes beachtet werden (Art. 60).

Diese Vereinbarungen sind wiederum das Ergebnis eines Kompromisses aus politischen und praktischen Erwägungen. Zahlreiche Angaben von Unternehmen und darauf fußende empirische Untersuchungen belegen, daß die unzureichende technische Absorptionsfähigkeit einer der wichtigsten Engpässe für die Vertiefung der privatwirt-

[30] Vgl. D. *Kebschull* (1984), S. 181.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schaftlichen Kooperation ist.[31] Aus der Sicht von Unternehmen in Industrieländern wäre es deshalb notwendig gewesen, die Qualifikation des Humankapitals zu erhöhen und günstige Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter ausländischer Unternehmen zu schaffen; dies könnte den erforderlichen Technologietransfer erleichtern. Die AKP-Staaten zeigten sich zwar immer an der Vermittlung von Wissen interessiert, widersprachen aber der Liberalisierung der Aufenthaltsbedingungen für ausländische Fachleute, weil befürchtet wurde, daß dadurch einheimische Arbeitskräfte verdrängt würden.[32]

Die Regelung über die Wahrung der Gesetze des Gastlandes ist ebenfalls ein Minimalkonsens. Gegenüber den weitgehenden Forderungen der AKP-Länder beharrten die europäischen Verhandlungspartner auf ihrer Position. Die Einigung erfolgte auf der Grundlage der von den Industrieländern im Rahmen der OECD verabschiedeten Formulierung.

Gemäß der neoklassischen Theorie stellen Auslandsinvestitionen — wie sie das Lomé-Abkommen fördern soll — ein wichtiges Instrument zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums dar. Derartige Investitionen vermitteln den Entwicklungsländern nicht nur Kapital, sondern auch Produktionsverfahren, Technologie und Managementkenntnisse und können Hilfe beim Zugang zu den Märkten der Industrieländer leisten. Unterstellt wird, daß die ausländischen Investitionen die Kapitalbildung in den einheimischen Betrieben ergänzen und damit wirtschaftliches Wachstum begünstigen.[33] Die positiven Wirkungen werden entsprechend der theoretischen Ableitung deutlicher ausfallen, je mehr die Kapitalanlagen die Ersparnisbildung, das Steueraufkommen, die Grenzproduktivität des Faktors Arbeit und den Anteil der reinvestierten Gewinne erhöhen. Darüber hinaus wird angenommen, daß die ausländischen Betriebe in Wirtschaftszweigen mit hohem Produktivitätspotential tätig werden, Güter mit einer einkommenselastischen Nachfrage anbieten, die Zulieferungen von der einheimischen Industrie verstärken und lokale Arbeitskräfte ausbilden.[34] Privatinvestitionen sind zudem in Übereinstimmung mit der neoklassischen Theorie Instrumente, um die internationale Arbeitsteilung zu verstärken. Wanderung von Kapital und Verlagerung von Technologie können als Substitute für Güterbewegungen verstanden werden, wenn Investitionen dazu bestimmt sind, Marktanteile zu erschließen und zu sichern.[35]

---

[31] Vgl. K. W. *Menck* (1981), S. 107 ff.; B. H.-J. *Kitterer* (1983), S. 49 (mit weiteren Nachweisen).

[32] Vgl. M. *Krämer* (1983), S. 114 f.

[33] Vgl. H.-R. *Hemmer* (1978), S. 497 f.

[34] Vgl. J.-B. *Donges* (1981), S. 130 f.

[35] Vgl. ebenda, S. 123.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ob indes die positiven Wirkungen eintreten, hängt — wie theoretische Betrachtungen und empirische Analysen zeigen — von den Rahmenbedingungen in den Entwicklungsländern ab. Dazu gehören in erster Linie eine dem Kapitalimport förderliche Wirtschaftspolitik, die den Schutz des Eigentums sowie den Transfer von Kapital und Gewinnen garantiert und auf Eingriffe in die Betriebsführung sowie in die Preisbildung verzichtet und Subventionen unterläßt.[36] Die unverbindlichen Formulierungen des Lomé-Vertrages lassen nur schwer erkennen, wieweit die Vorschriften für die privaten Investitionen von solchen Schlußfolgerungen neoklassischer Theorie bestimmt werden. Die Beurteilung der Erfolgsaussichten des Vertrages ist auch deshalb problematisch, weil die Aussagen als Ankündigungen zu verstehen sind und unmittelbare Maßnahmen (sieht man vom Zentrum für industrielle Entwicklung ab) noch nicht auslösen müssen.

4.6 Finanzielle und technische Zusammenarbeit

Der Vertrag sieht neben dem Handel, der Erlösstabilisierung und der Förderung der privaten Investitionen die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen den EG- und den AKP-Staaten vor und enthält damit Instrumente für eine multilaterale Hilfe (Art. 91 ff.). Die AKP-Staaten sollen — wie oben kurz dargestellt — befähigt werden, die Voraussetzungen für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu verbessern und stärker zu beeinflussen, die Produktion zu erhöhen, strukturelle Ungleichgewichte zu beseitigen, die Volkswirtschaften zu diversifizieren und die Integration in den Welthandel voranzutreiben (Art. 92). Bezüglich der Landwirtschaftsförderung sind aufgeführt die Ernährungssicherung, die Verbesserung der Einkommen der Bewohner ländlicher Räume und die Nutzung der Ressourcen bei aktivem Schutz der Umwelt. Die Maßnahmen der Industrieförderung sind dazu bestimmt, komplementäre und dynamische Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EG und den AKP-Staaten herzustellen und die regionale Kooperation zu vertiefen.

Bemerkenswert ist das Programmierungsverfahren für die technische und finanzielle Zusammenarbeit (Art. 108 ff.). Es soll gewährleisten, daß sich die einzelnen Maßnahmen in die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungspläne und -programme der AKP-Staaten einfügen und mit den Entwicklungszielen und -prioritäten der einzelnen Länder oder der Regionen übereinstimmen. Zu diesem Zweck ist ein gemeinsam erarbeitetes Richtprogramm auf der Grundlage der Prioritäten und der Programmvorschläge der einzelnen AKP-Staaten vorgesehen (Indikativprogramme). Die EG-Staaten sind zum über-

[36] Vgl. D. *Kebschull* et al. (1980), S. 51 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wiegenden Teil für die Finanzierung, die AKP-Staaten für die Durchführung verantwortlich. Eine fortlaufende Überprüfung der Richtprogramme sowie die jährlich mindestens einmal durchzuführende Überprüfung der Maßnahmen gemeinsam von AKP-Land und EG-Kommission können eine flexible und rasche Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen sowie bei Bedarf notwendige Korrekturen ermöglichen.

Auch in diesen Vereinbarungen schlagen sich politische und praktische Erwägungen nieder. Eine Auflistung der Kooperationsbereiche erlaubt es, die Maßnahmen dem Bedarf in den einzelnen AKP-Ländern anzupassen und den im Zeitablauf wechselnden Prioritäten Rechnung zu tragen. Dadurch werden Überschneidungen allerdings nicht ausgeschlossen. Eine ungenaue Festlegung der Rangfolge der Ziele für die technische und finanzielle Zusammenarbeit dürfte die Durchführung des Abkommens erschweren.[37]

Darüber hinaus mußte der Vertrag den Wünschen der EG nach einer haushaltsrechtlich gebotenen Kontrolle der Verwendung der Mittel ebenso Rechnung tragen wie den Wünschen der AKP-Staaten, die Durchführung der Maßnahmen so zu gestalten, daß ihre Autonomie nicht beeinträchtigt wird. Das vereinbarte Verfahren stellt einen politisch vertretbaren Kompromiß dar, dessen Praktikabilität jedoch dadurch infrage gestellt ist, daß den AKP-Staaten hohe Anforderungen hinsichtlich Planung der Projekte, Durchführung der Vorhaben und Kontrolle in gemeinsamen Gremien abverlangt werden. Zudem tendiert das Verfahren dazu, verstärkt Großprojekte in Angriff zu nehmen. Sie werden von den Entwicklungsländern und in der EG-Kommission wegen der aufwendigen Verwaltungsabläufe bevorzugt, um den administrativen Aufwand in Grenzen zu halten. Schließlich können die komplizierte Planung und Auswahl von Maßnahmen Ursache dafür sein, daß einmal begonnene Projekte unverändert fortgeführt werden, auch wenn sich die Rahmenbedingungen ändern.

Nach der Theorie der Wirtschaftspolitik werden die vorgegebenen Ziele dann am besten erreicht, wenn die Maßnahmen nach einer genauen Analyse der Lage und der Zielvorgabe ausgewählt werden. Darüber hinaus müssen durch die Wahl der Projekte und Programme die Kosten minimiert und/oder die Erträge maximiert werden.[38] Das Lomé-Abkommen entspricht diesen Forderungen in der Weise, daß es in den Indikativ- und Richtprogrammen ein Hilfsmittel schafft, um Ziele und Ausgangslage festzustellen und die Maßnahmen zu ermitteln, die für

[37] Vgl. D. *Kebschull* (1984), S. 168; H. *Gerth-Wellmann* (1984), S. 201.

[38] Vgl. A. *Gutowski* unter Mitarbeit von M. *Krakowski* und K. W. *Menck* (1982), S. 426 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Problemlösung benötigt werden. Die Erfolgsaussichten für die Regelungen des Abkommens, welche die Verwendung der finanziellen und technischen Hilfe niederlegen, sind insofern durchaus günstig. Zweifel bleiben aber, weil die Voraussetzungen für eine überzeugende Anwendung der Indikativ- und Richtprogramme nicht in allen AKP-Staaten erfüllt sein dürften.

4.7 Maßnahmen für die ärmsten Entwicklungsländer, die Länder ohne Zugang zum Meer und die Inselstaaten

Den Problemen, die sich in den ärmsten Ländern, in den Ländern ohne Zugang zum Meer oder in den Inselstaaten stellen, trägt das Lomé-Abkommen dadurch Rechnung, daß für diese Staatengruppen besonders günstige Regelungen vereinbart wurden. Zur Rechtfertigung weist der Vertrag auf die spezifischen Schwierigkeiten hin, denen sich diese Staaten gegenübersehen. Die auf diese Weise herausgehobenen Länder sind namentlich aufgelistet (Art. 155).

Die besonderen Maßnahmen umfassen im einzelnen

— finanzielle und technische Zusammenarbeit zu besonders günstigen Bedingungen,

— die leichtere Inanspruchnahme von Mitteln zur Stabilisierung der Erlöse aus der Ausfuhr von Agrarprodukten in Form niedriger Auslöse- und Abhängigkeitsschwellen (Art. 46),

— im Katastrophenfall Maßnahmen zur Linderung der unmittelbaren Not und zur Belebung der produktiven Tätigkeit (Art. 137 ff.),

— großzügigere Leistungen bei der Absatzförderung für ärmste Länder (Art. 21).

Mit dieser Abstufung der Maßnahmen nach dem Entwicklungsstand wird auf die Tatsache eingegangen, daß die AKP-Staaten eine äußerst heterogene Gruppe darstellen. Zu der Kategorie der ärmsten Länder gehören 27, zu den Ländern ohne Zugang zum Meer 13. Die Staaten mit Sonderproblemen stellen also einen vergleichsweise großen Anteil aller AKP-Staaten dar. Es ist nur allzu verständlich, daß diese Länder die ihnen zuvor bereits in internationalen Verhandlungen eingeräumten Vorrechte auch im Lomé-Abkommen bestätigt wissen wollten.[39]

Die europäischen Staaten hatten bereits 1971 unter dem Eindruck der in der ersten Entwicklungsdekade erzielten Ergebnisse in den Vereinten Nationen dem Vorschlag zugestimmt, die ärmsten Entwick-

[39] Vgl. K. *Billerbeck* (1977), S. 4 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lungsländer (gekennzeichnet durch die Kriterien Pro-Kopf-Einkommen, Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt und Alphabetisierungsquote) in besonderer Weise zu unterstützen.[40] Den Ländern ohne Zugang zum Meer ist ebenfalls schon seit langem ein Sonderstatus zuerkannt worden mit der Folge, daß die Hilfe zu besonders günstigen Bedingungen erfolgen kann.[41] Dennoch ist die Herausstellung einzelner Ländergruppen — wie es im Lomé-Vertrag geschieht — nicht zwingend. So wird nicht deutlich, welche sachlogischen Kriterien zur Bestimmung und Abgrenzung der besonders förderungsbedürftigen Staaten angewendet werden. Die Liste umfaßt viele zum Teil nicht miteinander vergleichbare Staaten, bei denen höchst unterschiedliche Ursachen für die Rückständigkeit festgestellt werden können. Insofern ist nicht ausgeschlossen, daß die Hilfe zu besonderen Bedingungen — wie sie das Abkommen formuliert — nicht ursächlich auf die Gründe für die besonderen Probleme dieser Länder eingeht und mithin auch kein geeignetes Instrument im Sinne der Theorie der Wirtschaftspolitik anbietet. Der politische Kompromiß als Ergebnis widerstrebender Interessen in der Praxis kann sich als Fehlgriff erweisen und u. U. zu einem nicht effizienten Einsatz der Mittel führen.

5. Überlegungen zur Anpassung des Instrumentariums

Nachdem sich seit 1978 die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Lage in den meisten AKP-Staaten drastisch veränderten, kamen im Zuge der Vorbereitung des dritten Lomé-Abkommens Überlegungen zur Anpassung des Instrumentariums auf. Dies schien u. a. notwendig aufgrund der Erhöhung der Ölpreise 1978 sowie der darauf einsetzenden Rezession in den meisten Ländern der EG, des starken Drucks auf die Preise der von den AKP-Staaten angebotenen agrarischen und mineralischen Rohstoffe, des Rückgangs der Wachstumsrate des Welthandels und schließlich der Neigung vieler Industrieländer, zur Sicherung der Beschäftigung neue Handelsbarrieren gegen Einfuhren aus Entwicklungsländern zu errichten. Darüber hinaus haben Mißernten, Dürre und andere Naturkatastrophen die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung in den AKP-Staaten erheblich beeinträchtigt und teilweise zu ernsten wirtschaftlichen und politischen Krisen geführt. Verschärft wurde diese ohnehin ungünstige Entwicklung durch politische Konflikte, in die viele AKP-Staaten verwickelt waren, und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Belastungen.

---

[40] Vgl. *Bundesministerum für wirtschaftliche Zusammenarbeit* (1984), S. 263.

[41] Vgl. ebenda, S. 264.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Entwicklung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Verschlechterung der Lage in vielen AKP-Staaten ließen die Frage aufkommen, ob der Vertrag in der alten Form noch weitergeführt werden oder ob bei der 1985 anstehenden Verlängerung nicht ein völlig anderes Abkommen getroffen werden sollte. Dies schien den AKP-Staaten um so plausibler zu sein, als sie bereits zuvor verschiedentlich die Durchführung des zweiten Abkommens kritisiert hatten. Auch seitens der EG-Kommission und in einzelnen europäischen Ländern gab es Vorschläge zur Veränderung des Inhalts des Abkommens.

Die Anregungen bezogen sich vor allem auf

— höhere Leistungen der finanziellen und technischen Zusammenarbeit,

— eine bessere und langfristige Sicherung der Devisenerlöse aus dem Verkauf von agrarischen und mineralischen Rohstoffen auch bei langfristig sinkenden oder bei stark schwankenden Preisen,

— eine intensivere handelsmäßige Verflechtung zwischen der EG und den AKP-Staaten durch weitere Liberalisierung der Einfuhren nach Europa und eine stärkere exportorientierte Industrialisierung in den Entwicklungsländern,

— eine stärkere Förderung der binnenwirtschaftlichen Entwicklung in den AKP-Staaten.

Das der EG-Kommission am 5. Oktober 1982 vorgelegte „Memorandum zur Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft“[42] empfiehlt beispielsweise, die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf die ärmsten Länder zu konzentrieren. Die EG solle darüber hinaus enger mit regionalen Organisationen der Entwicklungsländer kooperieren, damit den AKP-Staaten eine autonome Entwicklung und eine bessere Teilnahme am internationalen Wirtschaftsleben ermöglicht werden. Angesichts der Armut und der krisenhaften Lage vieler Staaten solle die Förderung der für den Eigenverbrauch bestimmten Nahrungsmittelproduktion und der ländlichen Gebiete künftig ein Schwerpunkt der Politik sein. Ausbildung und Beratung sollten in diesem Bereich vertieft werden, die natürlichen Ressourcen besser genutzt, die Verstädterung eingedämmt, das ökologische Gleichgewicht wieder hergestellt und erhalten werden. Zudem wird vorgeschlagen, die Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten zu vertiefen und die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industrieländern zu mindern.

---

[42] Vgl. Memorandum zur Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft (1982); E. *Pisani* (1983), S. 589 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nach der neoklassischen Theorie besteht allerdings kein entsprechender Handlungsbedarf. Vielmehr lassen sich die akuten Probleme in den AKP-Staaten durch eine Fortsetzung der bisherigen Politik überwinden. Besonders dringlich sind Investitionen und eine konsequente und zielorientierte Entwicklungspolitik, um die Voraussetzungen für Wachstum zu schaffen.

Zu den erforderlichen Instrumenten zählen eine weitere Liberalisierung des Handels, vor allem durch die Aufhebung von Schutzklauseln, die Förderung von Industrie und der Landwirtschaft und die Anpassung der Wirtschaftsstruktur. Dies würde auch die Probleme lösen helfen, die sich durch die Abhängigkeit vieler AKP-Staaten von Rohstoffausfuhren zu den gegenwärtig ungünstigen Preisen ergeben. Der private Kapital- und Technologietransfer wäre zu verstärken und könnte Impulse zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit und zur Diversifizierung vermitteln. Überwunden werden kann die akute Notlage in vielen AKP-Staaten durch einen Ressourcentransfer in die ärmsten und von Katastrophen betroffenen Länder, wenn er schwerpunktmäßig dafür verwendet wird, das Humankapital zu verstärken, die Leistungsfähigkeit der Unternehmen zu steigern sowie Arbeitsplätze und Einkommen zu schaffen.

In den Entwicklungsländern müßten vermehrte Anstrengungen unternommen werden, um die Eigenleistungen zu erhöhen und die Organisation der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik zu verbessern. Dabei sollte auf leistungsmindernde Auflagen verzichtet werden. Die öffentlichen Ausgaben sollten der Wachstumsförderung dienen. Darüber hinaus müssen stabile und den wirtschaftlichen Fortschritt fördernde politische und soziale Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Daß im dritten Lomé-Abkommen eine wesentlich neue Strategie nicht vereinbart wurde, wie sich nunmehr zeigt[43], liegt wohl nicht nur daran, daß die damit verbundenen Mehrausgaben für eine Krisenstrategie nach dem Muster des Memorandums von 1982 wegen der wirtschaftlichen Lage in der EG und der ohnehin schwierigen Probleme bei der Finanzierung des Gemeinschaftshaushalts nicht hätten aufgebracht werden können. Die weniger aufwendige Alternative erschien den AKP-Staaten zu wenig attraktiv. So ergab es sich, daß eine leicht modifizierte Fortschreibung nach dem Grundsatz weitgehender Kontinuität allen Verhandlungspartnern vorteilhafter schien, als ein völlig neues Instrumentarium, dessen Ergebnisse zudem nicht absehbar sind. Auch können bei der Anwendung von bereits bekannten Verfahren

[43] Bei Abschluß dieses Textes lag die Beschlußfassung des dritten Abkommens vor. Vgl. Convention ACP-CEE de Lomé (1984).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Zusammenarbeit Fehlerquellen vermieden oder zumindest eingeschränkt werden, die bei neuen Maßnahmen in der Anlaufphase immer einkalkuliert werden müssen. Insofern erklären nicht nur theoretische, sondern auch praktische Überlegungen, daß Lomé III nicht wesentlich anders ausgefallen ist als Lomé II.

Literatur

Addicks, G., *Bünning*, H.-H. (1979): Ökonomische Strategien der Entwicklungspolitik, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.

Billerbeck, K. (1977): Perspektiven der Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften. Differenzierung der gemeinschaftlichen Instrumente, Berlin.

Bohnet, M. (1982): Ökonomische Entwicklungstheorien und Entwicklungspolitik, in: D. Nohlen und F. Nuscheler (Hg.): Handbuch der Dritten Welt, Band 1, Hamburg.

Bombach, G. (1979): Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik, in: W. Perwaidic (Hg.): Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in kritischen Zeiten. Festschrift zum 80. Geburtstag von H. Dräger, Frankfurt.

Borrmann, A., *Kebschull*, D., *Kopp*, A., *Menck*, K. W. (1984): Ausgewählte Modelle und Reformmöglichkeiten der Exporterlösstabilisierung, München, Köln, London.

Bundesministerum für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1980): Lomé II, Materialien Nr. 66.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1984): Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1984.

Convention ACP-CEE de Lome (1984): Groupe des Etats d'Afrique, des Caraibes et duch Pacifique, Communautes Europeenes, Le Conseil, Bruxelles, le 28 Novembre 1984.

Donges, J.-B. (1981): Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik, Berlin, Heidelberg, New York.

Focke, K. (1980): Von Lomé 1 zu Lomé 2, Texte des Berichts und der am 26. September 1980 von der Beratenden Versammlung AKP-EWG angenommenen Entschließung, o. O.

Frisch, D. (1984): Das Lomé-Abkommen in seiner praktischen Handhabung: Erfahrungen und Perspektiven. In diesem Band.

Fritsch, B. (1968): Die ökonomische Theorie als Instrument der Entwicklungspolitik, in: B. Fritsch (Hg.): Entwicklungsländer, Köln, Berlin.

Gerth-Wellmann, H. (1984): Die „Lomé-Politik" der Europäischen Gemeinschaft. Entstehungsbedingungen, Ergebnisse und Perspektiven, Deutsches Überseeinstitut. Institut für allgemeine Überseeforschung. Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen. Diskussionsbeiträge 33, München, Köln, London.

Giersch, H. (1977): Konjunktur- und Wachstumspolitik in der offenen Wirtschaft, Wiesbaden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— (1984): Perspektiven der Weltwirtschaft, Vortragsmanuskript.

Gutowski, A. unter Mitarbeit von *Krakowski*, M. und *Menck*, K. W. (1983): Allgemeine Probleme der staatlichen Auslandshilfe, in: Handwörterbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 4, Tübingen.

Hemmer, H.-R. (1978): Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer, München.

Hoffmann, L. und *Sanders*, H. (1980): Entwicklungspolitik I: Strategien, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Band 2, Stuttgart.

Kebschull, D. (1984): Erfahrungen und Reformbedarf im Rahmen der Lomé-Kooperation (Europäischer Entwicklungsfonds, STABEX/SYSMIN, Industrielle Kooperation), in: F. Franzmeyer / H. J. Petersen (Hg.): Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderheft 140, Berlin.

Kebschull, D. et al. (1980): Wirkungen von Privatinvestitionen in Entwicklungsländern, Wissenschaftliche Schriftenreihe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 35, München, Köln, London.

Kitterer, B. H.-J. et al. (1983): Privatwirtschaftliche Kooperation mit Entwicklungsländern. Empfehlungen zur Gestaltung des Förderungsinstrumentariums, Forschungsberichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, München, Köln, London.

Knall, B. (1980): Entwicklungstheorien, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Band 2, Stuttgart.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1983): Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften und der AKP-Staaten auf dem Bergbausektor, KOM (83) 651 endg., 8. 11. 1983.

Krämer, M. (1983): Diskussionsbeitrag, in: J. Esser, K. M. Meessen (Hg.): Kapitalinvestitionen im Ausland — Chancen und Risiken, BDI-Drucksache Nr. 165, Köln.

Langhammer, R. J. (1984): Schwarzafrikas wirtschaftliche Malaise. Kieler Diskussionsbeiträge 104, Kiel.

Langhammer, R. J., *Spinanger*, D. (1984): Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern. Chancen und Risiken, Tübingen.

Memorandum zur Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft (1982): KOM (82) 640 endg., 5. Oktober 1982.

Menck, K. W. unter Mitarbeit von R. E. *Schwarz* (1984): Technologietransfer in Entwicklungsländer. Der Beitrag deutscher Unternehmen, Hamburg.

Menck, K. W., *Naini*, A., *Nottelmann*, A. (1980): Elemente einer internationalen Strategie für die dritte Entwicklungsdekade, Hamburg.

Möbius, U. (1984): Marktöffnungsstrategien: Globale und selektive Präferenzen sowie sonstige Formen der Handelsförderung, in: F. Franzmeyer / H. J. Petersen (Hg.): Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderheft 140, Berlin.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Pisani, E. (1983): Die Europäische Gemeinschaft und die Nord-Süd-Frage. Entscheidende Probleme für die Neuverhandlung des Lomé-Abkommens, in: Europa-Archiv, Folge 19, S. 589 ff.

Ritter, K. (1983): Wirtschaftliche Politikberatung. Hilfe oder Alibi der Politik?, in: Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.): Wirtschaftliche Entwicklungslinien und gesellschaftlicher Wandel, Köln.

Vaubel, R. (1984): Von der normativen zu einer positiven Theorie der internationalen Organisationen. Vortragsmanuskript.

Wiesebach, H. (1980): Entwicklungspolitik II: Entwicklungshilfe, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Band 2, Stuttgart.

Schumacher, D. (1984): Berichterstatter der Diskussion zu den Referaten von U. Möbius und H. Henselder-Barzel, in: F. Franzmeyer / H. J. Petersen (Hg.): Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderheft 140, Berlin.

o. V. (1983): AKP memorandum on the Stabex system, in: The Courier No. 79, May - June 1983.

Summary

The Lomé Convention between Theory and Practice

The second convention between the ACP countries and the European Common Market countries (Lomé II) deserves more attention among development economists, especially as it is the only juridically binding multilateral treaty in operation between industrialized and developing countries.

The aim of this paper is to analyse the objectives, the instruments and the procedures of the treaty and to find out to what extent they are a result of development policy and other practical concerns, or whether and how they find support in economic theory. While decision-making seems to be effective only with the help of theoretical analysis of the effects of the instruments proposed, it is often determined mainly by what seems practically relevant and feasible.

The study shows that Lomé II was largely influenced by diverging objectives and interests of the European countries on the one hand and those of the developing countries on the other. It contains elements of classical economic theory, but not of a consequential nature. Hereof frictional losses resulted, e.g. in the trade of semi-finished and finished goods, as well as in the stabilisation of export earnings, when compared to the implications of classical theory with regards to the allocation of the factors of production.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

As the industrialized countries and the developing countries could not reach a consensus with regard to the promotion of direct investments, the convention remained noncommittal and far behind the measures which could be derived from theory. The agreements on financial and technical cooperation and on the plans of action reflect on the one hand the principle of self-responsibility of the developing countries and on the other hand narrowly conceived budgetary regulations of the EC. Thus, the resulting procedures for planning and programming do not recognize certain important principles of the theory of economic policy.

In many developing countries, the changing conditions of the world economy in the early 1980s have resulted in the demand for a completely revised edition of the treaty, i.e. to make the Lomé convention more accomodated to their interests. Taking the stance of economic theory, such changes seem only partially justified. There is another reason why there seem to be only slight alterations in Lomé III: small modifications following the principle of continuity present less risk for all sides than do completely new provisions with uncertain outcomes.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das Lomé-Abkommen in seiner praktischen Handhabung — Erfahrungen und Perspektiven

Von *Dieter Frisch,* Brüssel
unter Mitarbeit von *Jürgen Köppen* und *Michaela Collins*

I. Einführung: Praktiker unter Theoretikern

In der Bundesrepublik Deutschland besteht leider nicht die Tradition einer systematischen Osmose zwischen Theoretikern und Praktikern. Dies gilt auch für den Bereich der Entwicklungspolitik. Selbst die vereinzelten „Frontenwechsel" von Entwicklungspolitikern, etwa zwischen Instituten und Ministerien, überspannen meist nicht das volle Spektrum bis hin zur praktischen Durchführung der Entwicklungszusammenarbeit. Daß auf dieser Tagung versucht wird, Theoretiker und Praktiker zusammenzuführen, um kritische Bilanz zu ziehen, ist deshalb besonders zu begrüßen. Sicherlich ist von beiden Seiten eine gewisse Anstrengung erforderlich, um die Diskussion nicht zum „Dialogue des sourds" werden zu lassen.

Im Gegensatz zur Organisationsstruktur der Entwicklungszusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland, wo Ministerien und Durchführungsinstitutionen deutlich voneinander getrennt sind, deckt die Generaldirektion Entwicklung der EG-Kommission in einer einzigen Verwaltungseinheit das gesamte Spektrum der Entwicklungszusammenarbeit ab, von der Aufstellung von Grundsätzen und Zielen bis hin zur Durchführung der Einzelaktionen. Ich akzeptiere also gern, im Kreis der Teilnehmer dieser Tagung als Praktiker aufzutreten, zumal mich die Aussagen der entwicklungspolitischen Theorie oft zum Nachdenken bringen, manchmal verwirren, gelegentlich auch erstaunen wegen einer gewissen Realitätsferne. Um so nötiger und nützlicher erscheint mir die Auseinandersetzung hierüber. Ich möchte deshalb zunächst einige Ausführungen machen zu den Grundlagen und der Beurteilung der Lomé-Abkommen, wie sie von Theoretikern vorgebracht werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

II. Zur Methodik der Beurteilung der Lomé-Politik

1. Die theoretischen Grundlagen der Lomé-Abkommen

Ich habe bei anderer Gelegenheit[1] dargelegt, wie die Lomé-Politik allmählich gewachsen ist aus einer Reihe von historischen Gegebenheiten, politischen Sachzwängen und Interessenlagen. Ohne die Argumente im einzelnen zu wiederholen, läßt sich zusammenfassend feststellen, daß weder für die geographische Auffächerung der Entwicklungszusammenarbeit (die geographischen Schwerpunkte ergeben sich eindeutig aus den vor der Unabhängigkeit der betreffenden Staaten bestehenden Beziehungen zu einzelnen EG-Mitgliedstaaten) noch für ihr Instrumentarium (dafür waren weitgehend die auf die EG-Ebene übertragenen allgemeinen Zuständigkeiten maßgebend: Handelspolitik, Agrarpolitik ...) eine theoretische Grundlage oder Konzeption bestand. Dies gilt m. E. sowohl für die EG-Seite wie für die AKP-Seite (im folgenden auch: Gemeinschaft oder EG-Staaten). Die Ausweitung des Instrumentariums, das ja inzwischen äußerst mannigfaltig ist, auch im Vergleich zu den anderen großen Entwicklungsorganisationen, dürfte dabei von folgenden Faktoren bestimmt worden sein:

— Eine große Gruppe von Staaten wie AKP und EG zusammengenommen produziert besonders unter Berücksichtigung ihrer vielseitigen politischen und wirtschaftspolitischen Richtungen und Erfahrungen und aufgrund ihrer stark differenzierten Interessenlagen offenbar besonders viele Ideen;

— die institutionalisierte, vertraglich geregelte Zusammenarbeit begünstigt die Diskussion und Resorption dieser Ideen;

— auf Seite der EG-Kommission (im folgenden: Kommission) bestand seit Anfang der 70er Jahre der politische Wille, die Entwicklungspolitik als eine wichtige Domäne gemeinschaftlicher Tätigkeit auszubauen, u. a. auch um die integrierende Kraft dieses Politikbereichs auf die Gemeinschaft selbst wirksam zu machen;

— einmal in den Zielkatalog und in das Instrumentarium aufgenommene Posten haben ein starkes Beharrungsvermögen, ungeachtet weltweiter Gewichtsverschiebungen und konkreter eigener Erfahrungen.

Dies führt zu der Frage — und beantwortet sie zum Teil bereits —, warum die Lomé-Abkommen von Lomé I zu Lomé III immer umfangreicher werden.

---

[1] Dieter *Frisch:* Die entwicklungspolitische Konzeption der Gemeinschaft, in: Deutsches Institut für Wirtschaftspolitikforschung, Sonderheft 140, Berlin 1984, S.13 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Abkommenstext muß den speziellen Interessenlagen von über 60 AKP-Staaten einerseits und denen der Gemeinschaft mit ihren Mitgliedstaaten andererseits Rechnung tragen. Die Heterogenität der Interessen ist auf AKP-Seite noch stärker als auf Gemeinschaftsseite — man schaue nur auf die verschiedenen Wirtschaftsordnungen, Ressourcenausstattungen und geopolitischen Situationen dieser Staaten. Immer wenn auch nur ein Staat oder eine kleine Gruppe von Staaten aus ihrer spezifischen Interessenlage ein Ziel, ein Instrument oder ein Verfahren der Zusammenarbeit als kooperationsrelevant ansieht, wird dies in die Forderungen der ganzen AKP-Gruppe aufgenommen, sofern die anderen Gruppenmitglieder davon für sich zumindest keine Nachteile erwarten, und hat damit gute Chancen, sich schließlich auch im Text des Abkommens wiederzufinden. Die durch den Gruppenapproach verstärkte Verhandlungsposition der AKP-Staaten gegenüber der EG begünstigt diese Entwicklung.

Es wäre also unrealistisch, anzunehmen, daß alle AKP-Staaten ein einheitliches, typisches „Entwicklungsländeranliegen" gegenüber der EG hätten. Es gibt sicherlich einen gemeinsamen Kern, der von einer großen Mehrheit als Anliegen angesehen wird, und mehr oder weniger weit abweichende „Randzonen", die nur von einer geringeren Zahl von Staaten als bedeutsam angesehen werden. So gehört beispielsweise die „klassische" Finanzielle und Technische Zusammenarbeit zum „Kern", während bestimmte Handelsvorschriften wohl eher den „Randzonen" zuzurechnen sind. Manchmal ist es sogar schlicht der Beharrlichkeit einer ganz bestimmten Persönlichkeit des AKP-Verhandlungsteams zu verdanken, daß das Lomé-Abkommen bestimmte Ausführungen enthält: dies gilt z. B. für die kulturelle Kooperation als neues Thema des Lomé III-Abkommens. Ebenso ist einleuchtend, daß z. B. die Öffnung des EG-Marktes für Industrieerzeugnisse aus den AKP-Ländern de facto nur für eine begrenzte Zahl von Staaten von Bedeutung ist. Beim SYSMIN ging man sogar eine Zeitlang davon aus, daß nur zwei AKP-Staaten in dessen Genuß kommen würden.

Auch auf der Seite der EG-Mitgliedsstaaten ist das Spektrum der im Abkommen angestrebten Ziele, Instrumente und Verfahren natürlich Ergebnis eines Kompromisses, bei dem so unterschiedliche Aspekte zum Tragen kommen wie

— eher dirigistische oder mehr marktwirtschaftliche Denktraditionen,

— unterschiedliche Konkurrenzfurcht bzw. unterschiedliche protektionistische Tendenzen, sowohl im industriellen wie im landwirtschaftlichen Bereich,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— die erwarteten Effekte aus den je nach Mitgliedsland erfahrungsgemäß unterschiedlichen Rückflüssen der Entwicklungshilfe in Form von Aufträgen für die nationale Wirtschaft,

— das Denken in geopolitischen Einflußzonen und die Sicherung traditioneller Beziehungen mit bestimmten Gruppen von AKP-Ländern.

Berücksicht man schließlich, daß die weltweiten „entwicklungspolitischen Modeideen" einen gewissen Niederschlag im Abkommen finden, so ist es nicht erstaunlich, daß das Abkommen immer umfangreicher und vielgestaltiger wird.

Dabei ließ der auf diese Weise zustandegekommene Abkommenstext zunächst keine eindeutigen Prioritäten erkennen. Lomé II liest sich noch eher wie ein Katalog von Zielen, die alle prioritär sind und von Mitteln, die alle verbindlich angewendet werden sollen. Nur eine sehr sorgfältige Lektüre oder gar Interpretation läßt Nuancen und graduelle Verschiebungen der Prioritäten und der Vorlieben für das eine oder das andere Instrument erkennen.

Wenn auch die Lomé-Abkommen auf die geschilderte Weise eher kasuistisch entstanden sind, so macht sich jedoch seit Beginn der 80er Jahre auf Gemeinschaftsseite eine starke Tendenz zu einer Gesamtschau und einer Setzung von klaren Prioritäten bemerkbar. Wichtigster Ausdruck dieser Haltung war das sogenannte Pisani-Memorandum vom Herbst 1982, das weitgehend zur Grundlage für die Verhandlungsposition der EG für Lomé III wurde.[2] Vor dem Hintergrund einer kritischen Rückschau aufgrund eigener und weltweiter Erfahrungen aus 20 Jahren Entwicklungspolitik bekundete das Memorandum zumindest die Absicht, klarere Prioritäten zu setzen, ein angepaßtes Instrumentarium selektiver zu nutzen und die Methoden der Zusammenarbeit auf mehr Effizienz hin auszurichten. Dieser Ansatz hat in das Lomé III-Abkommen weitgehend Eingang gefunden.

Vor dem oben skizzierten Hintergrund erscheint insgesamt der Versuch, dem Lomé-Abkommen bestimmte theoretische Grundlagen zuzuschreiben, nur sehr bedingt sinnvoll. Es ist sicher richtig, daß Lomé viele Elemente enthält, die auf die „Theorie der außenwirtschaftlichen Integration" passen oder aus ihr hervorgehen. Gleichzeitig jedoch enthält es Elemente der „Theorie der Self-Reliance". In den Verhandlungen haben die AKP-Staaten sowohl Self-Reliance (vor allem „Collective Self-Reliance" und „Intra-AKP-Zusammenarbeit") als auch die weitere Öffnung der EG-Märkte, verstärkte EG-Privatinvestitionen

[2] In deutsch: Memorandum zur Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft, KOM (82) 640 endg., 5. Oktober 1982.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und verstärkte Handelsförderung verlangt. Insgesamt scheint mir in Lomé III die Theorie eines auf die eigenen Kräfte bauenden, autonomen Entwicklungsprozesses stärker erkennbar zu sein als diejenige einer auf die Kräfte der außenwirtschaftlichen Integration zählenden Konzeption. Die Wirklichkeit des Abkommens aber wird stets irgendwo dazwischenliegen.

Es finden sich im Abkommen Spuren vieler theoretischer Moden und Konzepte, die im Laufe der Jahre en vogue waren, z. B. Industrialisierung (sowohl zur Importsubstitution wie für Eigenbedarf und Export), Trade not Aid, Rohstoffpreisstabilisierung, Infrastrukturlücke, Désenclavement, Basic Needs, Technologietransfer, Wachstumspole, Humankapitalstrategie, etc. Wie könnte es auch anders sein, enthalten doch alle internationalen Texte und Forderungskataloge der Entwicklungsländer das volle Spektrum all dieser Ansätze.

Dagegen wurde das von der Dependenztheorie hergeleitete Thema „Abkoppelung", das besonders in der deutschen theoretischen Diskussion inzwischen einen breiten Platz eingenommen hat[3], von den AKP-Staaten weder jetzt noch bei früheren Gelegenheiten jemals aufgebracht. Meines Wissens spielte es auch in der weiteren praxisorientierten internationalen Diskussion kaum eine Rolle.

2. Zur Kritik am Erfolg der Lomé-Abkommen

2.1 Die Lomé-Abkommen im Kontext der internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Ich habe bereits darzulegen versucht, daß die Lomé-Abkommen nicht abstrakt anhand eines Vergleichs mit einer bestimmten Theorie oder einer eng definierten entwicklungspolitischen Konzeption beurteilt werden können. Statt dessen sollte der Erfolg anhand der tatsächlichen Ergebnisse beurteilt werden. Doch auch hierbei gibt es methodische Schwierigkeiten und falsche Ansätze. Zu den letzteren gehört der Versuch, Lomé isoliert zu sehen — womöglich vor dem Hintergrund eines abstrakten Anspruches, wie etwa „Verminderung der Dependenz" — ohne es in den Gesamtzusammenhang der internationalen Szene der Entwicklungszusammenarbeit zu stellen.

Zwar ist die Entwicklungszusammenarbeit unter Lomé ein wichtiger Teil dieser Szene, und zwar nicht nur in dem von Lomé direkt betroffenen geographischen Rahmen, sondern auch als Referenz im weiteren Kontext (z. B. Modell STABEX). Allein im Bereich Finanzielle und

[3] Vgl. die Beiträge von Manfred *Nitsch* und Hermann *Sautter* in diesem Band.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Technische Zusammenarbeit gehört die EG zu den wenigen großen Gebern, und für einige Länder ist sie sogar der größte Einzelgeber — aber die EG ist nicht unbedingt immer der Meinungsführer in dieser Szene, noch „herrscht" sie durch einen überragenden Anteil an der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Die Weltbank, die UN-Organisationen, die großen bilateralen Geber außerhalb der EG sowie die bilateralen Hilfen der EG-Mitgliedstaaten selbst haben alle ein erhebliches Eigengewicht, sowohl in bezug auf Ideen und Konzeptionen wie auch im Bereich der operationalen Entwicklungszusammenarbeit. Die großen Institutionen dieser Szene haben vielfältige Kontakte und Berührungspunkte, und zwar formeller wie informeller Art. Sie nähren sich großenteils aus den gleichen geistigen Quellen und praktischen Erfahrungen. Die meisten dieser Institutionen sind zudem vorwiegend den westlichen Staaten zuzurechnen, woraus sich bei aller Vielfalt auch gewisse gemeinsame politische Grundüberzeugungen ergeben. In dieser Szene sind daher absolute Alleingänge unwahrscheinlich, wenn nicht unmöglich. Selbst wenn Lomé in vielerlei Beziehung Modellcharakter hat, so ist es doch nur ein — wenn auch besonders bemerkenswerter — Teil dieser Gesamtszene.

Bei der Beurteilung des Erfolgs der Lomé-Abkommen sollte man deshalb erstens keine grundlegend anderen Maßstäbe anlegen als diejenigen, mit denen der Erfolg der anderen großen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit gemessen wird. Zweitens sollte man nicht für die festgestellten unzureichenden Fortschritte, Mängel, Probleme, ja Verschlechterungen der Situation in den AKP-Ländern allein die Zielsetzungen, Instrumente und Praktiken der großen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit oder gar ausschließlich das Lomé-Abkommen verantwortlich machen.

2.2 Die Lomé-Abkommen vor dem Hintergrund weltweiter entwicklungspolitischer Strömungen und Erfahrungen

Wie alle anderen großen Erscheinungsformen der Entwicklungszusammenarbeit sollte man deshalb auch die Lomé-Politik darauf untersuchen, wie weit sie beeinflußt wurde und wird von

— weltweiten entwicklungspolitischen Strömungen,

— weltweiten Erfahrungen,

— speziellen Interessenlagen der Vertragspartner.

Zum letztgenannten Punkt wurden oben bereits einige Beispiele aufgeführt. Als Beispiele für *weltweite entwicklungspolitische Strömungen* lassen sich, in ungefähr chronologischer Reihenfolge, nennen:

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— Der Glaube an einen an den ökonomischen Wachstumsbegriff angelehnten Entwicklungsautomatismus, basierend auf einer ausreichend hohen Investitionsquote (mit besonderer Betonung des Infrastrukturbereichs);

— das Vertrauen auf die Wirkung der traditionellen oder neuen Exportsektoren, Exportstrategie — Trade not Aid;

— Industrialisierung, durch Importsubstitution und/oder Exportexpansion;

— die Betonung von sozio-ökonomischen und Verteilungskriterien bis hin zur Grundbedürfnisorientierung;

— Verbesserung der Terms of Trade durch Rohstoffabkommen, Exporterlösstabilisierung etc.;

— „Interdependenz" zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und „Neue Weltwirtschaftsordnung": Industrialisierung der Entwicklungsländer im Rahmen einer Welt-Industriestrukturpolitik, einseitige Öffnung der Märkte der Industrieländer, organisierte Exporterlösverbesserungen für die Entwicklungsländer, stärkeres Encadrement der Privatinvestitionen aus Industrieländern in den Entwicklungsländern;

— die Betonung der Rahmenbedingungen, Ordnungspolitik, Kohärenz der entwicklungspolitischen Maßnahmen, „policy dialogue".

Beispiele für *weltweite Erfahrungen* sind:

— Entwicklung ist ein komplexeres Phänomen und ein anspruchsvolleres Ziel als Wachstum;

— die Förderung der Infrastruktur mit Entwicklungshilfemitteln führt nicht automatisch zu Wachstum und noch weniger automatisch zu Entwicklung;

— trotz reichlich vorhandener billiger Arbeitskräfte und Rohstoffe waren die Industrialisierungsbemühungen besonders in den schwarzafrikanischen Entwicklungsländern wenig erfolgreich;

— selbst wo Wachstum erreicht wurde, blieb ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung von den Wirkungen ausgeschlossen und lebt weiterhin in absoluter Armut;

— der rasch zunehmenden städtischen Bevölkerung und den „Staatseliten" kommt ein überproportionaler Anteil der Entwicklungshilfe zugute;

— viele Entwicklungsländer, darunter besonders viele AKP-Länder, werden durch die sinkende Fähigkeit, ihre Bevölkerung selbst zu

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ernähren, immer abhängiger von Nahrungsmitteleinfuhren; ähnliches gilt für den Energiebereich.

Erst wenn man die Lomé-Abkommen noch vor dem Hintergrund nicht nur der entwicklungspolitischen, sondern auch der außen- und wirtschaftspolitischen Strömungen, Erfahrungen und Interessen sieht (z. B. Ölpreisschock und Angst vor Rohstoffmangel nach 1973, Weltwirtschaftskrise und Zerbröckeln der einheitlichen Front aller Entwicklungsländer zu Beginn der 80er Jahre), ergibt sich die ganze Vielfalt der tatsächlichen Einflußfaktoren. Siedelt man nun die einzelnen Abkommen von Lomé I bis Lomé III in dem jeweiligen historischen Moment an, in dem sie ausgehandelt wurden, so erklärt sich beispielsweise, warum die EG in Lomé I relativ wenig Akzente zu setzen versuchte und großes Vertrauen in die Eigenverantwortlichkeit der AKP-Staaten hatte, während sie für Lomé III selektiver zu sein versucht und einen gezielten Dialog mit den AKP führen möchte.

2.3 Besondere Merkmale der Abkommen

Nachdem im Vorstehenden versucht wurde, Lomé in den weltweiten entwicklungspolitischen Gesamtkontext einzuordnen, sollen hier noch einmal die Merkmale resümiert werden, die die Besonderheit der Lomé-Abkommen ausmachen. Es sind dies vor allem:

— Frei ausgehandelte klare vertragliche Regeln der Zusammenarbeit, daher Stabilität und Vorausschaubarkeit;

— kollektive Regelung zwischen einer großen Gruppe von Entwicklungsländern und einer wichtigen Gruppe von Industrieländern;

— besonders umfangreiches Instrumentarium, das außer einer weit gefaßten klassischen Entwicklungs-„Hilfe", d. h. technischer und finanzieller Zusammenarbeit, u. a. Handelsfragen, Exporterlösstabilisierung, Zusammenarbeit im Bergbau-, Energie- und Industriebereich, Förderung von Privatinvestitionen, Zusammenarbeit in der Fischerei und schließlich kulturelle Zusammenarbeit umfaßt;

— gemeinsame Institutionen zur Steuerung und Überwachung der Zusammenarbeit, an denen Regierungen und Parlamente beteiligt sind;

— längerfristig angelegte Zusammenarbeit, wenn auch formell die Dauer jeweils fünf Jahre beträgt;

— politische Neutralität, d. h. Stabilität in der Zusammenarbeit ungeachtet der in einem AKP-Staat getroffenen politischen und ideologischen Optionen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2.4 Methodische Probleme bei der Erfolgsbeurteilung im Vergleich zu anderen Gebern

Stellt man auf die Erfolgsbeurteilung der einzelnen Institutionen ab, so ergeben sich verschiedene methodische Schwierigkeiten. Bereits makroökonomische Globalanalysen über die Wirkung der gesamten Entwicklungshilfe auf ein bestimmtes Land sind von begrenzter Aussagekraft. Untersuchungen für einzelne Geberorganisationen führen zu keinem eindeutigen Ergebnis, weil der Einfluß einer einzelnen Institution in keinem Land wirklich durchschlagend ist oder sich nicht isolieren läßt. Besser sieht es bei Vergleichen auf der Mikroebene aus, wo viele Institutionen ihre eigenen Evaluierungsverfahren haben und einige die Ergebnisse auch veröffentlichen. Leider sind die Verfahren nur teilweise vergleichbar. Im DAC ist man zur Zeit bestrebt, sie transparenter zu machen. Vergleichende Evaluierungen der Projekte verschiedener Geber nach einem einheitlichen Verfahren und von demselben Team durchgeführt gibt es meines Wissens noch nicht. Die Versuche, die Qualität der Geberinstitutionen anhand von Durchführungszeiten für Einzelprojekte zu beurteilen, müssen oberflächlich bleiben, da die Projekte meist individuell zu verschieden sind und die Wirkungen unberücksichtigt bleiben.

Auf die Ergebnisse unserer eigenen Evaluierung werde ich noch zu sprechen kommen. Insgesamt darf man jedoch mit Sicherheit sagen, daß die Lomé-Politik der EG zumindest keine schlechteren Zensuren verdient als die der anderen großen Organisationen. Alle haben im Laufe der Jahre Fehler gemacht und Umorientierungen vorgenommen, und alle machen zur Zeit wieder eine Bewußtseinskrise durch, besonders im Hinblick auf die Situation in Schwarzafrika, d. h. die Mehrheit der AKP-Länder.

2.5 Stellenwert der praktischen Handhabung der Abkommen als Determinante für ihren Erfolg

Alle großen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit durchlaufen derzeit eine Phase der Selbstkritik. Wenn die Gemeinschaft selbst und die AKP-Länder (von den professionellen Nur-Kritikern ganz zu schweigen) mit dem Erfolg der Entwicklungszusammenarbeit nicht unbedingt zufrieden sind, so ist dies vor dem genannten globalen Hintergrund zu sehen. Das heißt m. E. aber auch, daß die Schuld für den unzureichenden Erfolg am wenigsten in den Abkommen selbst zu suchen ist; zum größten Teil dürfte sie — irgendwie verteilt — bei den Vertragspartnern liegen, die bei der praktischen Handhabung den Erwartungen nicht gerecht geworden sind. Die kataloghafte Auffüh-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rung von Gebieten und Instrumenten der Kooperation hat zu einer gewissen Frustration beigetragen, weil man irgendwie annimmt, alle Möglichkeiten müßten voll zum Zuge kommen, während in Wirklichkeit natürlich von jedem Land nur gewisse Angebote der Zusammenarbeit in Anspruch genommen werden.

Während auf Seiten der EG ganz überwiegend eine einzige handelnde Institution auftritt, nämlich die EG-Kommission[4] — natürlich aufmerksam „begleitet" von den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft —, haben wir es auf AKP-Seite mit über 60 Staaten zu tun. Dementsprechend läßt sich die — überschaubare — Handhabung der Abkommen auf EG-Seite relativ leicht beurteilen und kritisieren, während die Handhabung der Abkommen durch die AKP-Staaten äußerst unterschiedlich und wegen ihrer Heterogenität schwerer zu erfassen ist. Dennoch sind auch hier gewisse typische Probleme erkennbar.

In den Texten von Lomé I bis III finden sich unter den Zielvorstellungen u. a. eine Anzahl von Posten, die aus dem von den Entwicklungsländern auf den verschiedenen internationalen Konferenzen der 70er Jahre erhobenen Forderungskatalog stammen. Diese Passagen der Abkommen haben jedoch zunächst nur deklamatorischen Charakter und müssen in Taten umgesetzt werden. Dabei kommt es ganz entscheidend darauf an, welche Einzelmaßnahmen die AKP-Länder bei der Programmierung und Projektfindung der Kommission zur Finanzierung vorschlagen. Es muß in diesem Zusammenhang betont werden, daß das Initiativrecht laut Abkommenstext ganz und gar bei den AKP-Ländern liegt, und daß die Kommission — im Gegensatz beispielsweise zu den bilateralen Entwicklungshilfeinstitutionen — nicht einmal die kleinste Studie finanzieren kann, wenn dies nicht von den AKP-Ländern beantragt wird.

So ist beispielsweise im Lomé II-Text unter dem Titel „Landwirtschaftliche Zusammenarbeit" u. a. das Ziel Ernährungssicherung aufgeführt, das die Kommission seit langem für besonders wichtig hält. Im Titel über die „Finanzielle und Technische Zusammenarbeit" steht jedoch gleichzeitig in dem Kapitel über Programmierung, daß die Ziele und Prioritäten der Zusammenarbeit von dem AKP-Land gesetzt werden. Wenn also ein Land der „Landwirtschaftlichen Zusammenarbeit" im Rahmen eines Indikativprogramms keine Bedeutung beimißt oder statt auf Ernährungssicherung auf landwirtschaftliche Exportkulturen setzt, ist es für die Kommission äußerst schwierig, dagegenzusteuern. Kritiker können natürlich leicht feststellen, die Lomé-Politik hätte die

[4] Weitere Institutionen sind u. a. die „Europäische Investitionsbank" und das partnerschaftlich verwaltete „Zentrum für industrielle Entwicklung".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ernährungssicherung in dem betreffenden Land nicht vorangetrieben; damit ist aber noch nicht gesagt, wer der richtige Adressat dieser Kritik ist.

2.6 Allgemeine Probleme der Handhabung bei der EG-Kommission

Für die Gemeinschaft hat die Kommission sich bemüht, die Abkommen nach Geist und Buchstaben korrekt und zügig zu handhaben. Gewisse Schwierigkeiten ergaben sich jedoch aus der begrenzten administrativen Kapazität der Kommission, besonders im Hinblick auf die vielen Neuerungen im Abkommen. Diese vielen „nicht-klassischen" Bereiche der Abkommen, wie z. B. STABEX, SYSMIN, Industrielle Zusammenarbeit, erforderten von der Kommission eine große Anpassungsfähigkeit, manchmal auch schwieriges Umdenken und die rasche Entwicklung neuer Verfahren der praktischen Umsetzung. Daraus ergab sich für das Personal der Generaldirektion Entwicklung, das im Verhältnis zum Aufgabenbereich und Volumen nur unzureichend vermehrt werden konnte, eine erhebliche Belastung. Nicht immer war es deshalb der Kommission in dem gewünschten Maße möglich, die Rolle des Motors für die Anwendung, besonders der Neuerungen im Abkommen, zu übernehmen. Eine große Administration wie die Generaldirektion Entwicklung mit etwa 500 Mitarbeitern in der Zentrale und etwa 300 in den Delegationen in den Entwicklungsländern weist ein gewisses Beharrungsvermögen auf. Insgesamt jedoch hat auf Gemeinschaftsseite der „Apparat" eine beachtliche Anpassungsfähigkeit bei der Handhabung der Abkommen gezeigt.

Auf AKP-Seite waren die administrativen Hindernisse für eine volle Nutzung aller Neuerungen und Feinheiten des Abkommens sicherlich eher noch größer. Dadurch bestand wohl insgesamt eine Tendenz zur Überbetonung der klassischen Instrumente und zur langsameren bzw. unvollständigeren Nutzung der neuen Instrumente, auch zur Bevorzugung von Großprojekten, die unter ingenieurmäßigen, administrativen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten leichter vorzubereiten, zu beurteilen und abzuwickeln sind als beispielsweise Kleinvorhaben im informellen Sektor mit großer Breitenwirkung.

2.7 Allgemeine Probleme der Handhabung bei den AKP-Ländern

Hinsichtlich der Handhabung durch die AKP-Staaten muß man wohl feststellen, daß die Zielsetzungen der Lomé-Abkommen zu optimistisch gewesen sind. Folgende Problemkomplexe lassen sich als Beispiele anführen:

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— Artikulierung der Interessen der Bevölkerung: Die Lomé-Abkommen sind Abkommen zwischen Staaten bzw. zwischen Staaten und der EG. Damit ist die EG auf die Regierungen der AKP-Staaten als Partner bei der Zusammenarbeit verwiesen. Wie diese Regierung legitimiert ist, wie sie die Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen und -schichten vertritt, ob sie beispielsweise eher die Landbevölkerung oder eher die städtische Staatselite fördert, ist für die EG weitgehend vorgegeben. Nichtsdestoweniger besteht der Eindruck, daß von manchen AKP-Staaten bei der Durchführung der Abkommen die Gewichte in dieser Beziehung nicht richtig gesetzt worden sind und daß dadurch vor allem die Masse der ländlichen Bevölkerung häufig nicht genügend in den Genuß der Vorteile aus der Lomé-Zusammenarbeit gekommen ist.

— Erhaltung des Gleichgewichts zwischen Mensch und Umwelt (einschließlich der Ernährungsbasis): Alle Bekenntnisse zur Kontrolle des Vordringens der Wüsten, beispielsweise durch Schonung des Baumbestandes, Abbau der Überweidung, Verminderung der Erosion, und zur Bekämpfung der Auswirkungen von periodischen Dürrezeiten bleiben unwirksam, solange die im Rahmen der Lomé-Abkommen durchgeführten Einzelaktionen nicht von massiven Verhaltensänderungen größter Bevölkerungsschichten begleitet werden. Den damit verbundenen erzieherischen und organisatorischen Aufgaben, die wegen ihrer Größenordnung nur von den Regierungen der AKP-Länder selbst wahrgenommen werden können, wurde nicht immer genügend Aufmerksamkeit gewidmet.

— Industrialisierung unter Ausnutzung der weltweit verfügbaren Technologien: In diesem Bereich haben eine Reihe von AKP-Staaten, ob aus Ehrgeiz oder aus mangelndem Realitätssinn, vielleicht auch verführt durch das Beispiel oder gar die Interessen der Partnerländer, ihre Möglichkeiten offenbar überschätzt. Aus heutiger Erfahrung würden sicher auch viele AKP-Länder der Industrialisierung eine geringere Priorität beimessen, denn die Technologie- und Managementprobleme haben sich als so hartnäckig erwiesen, daß dagegen Vorteile wie Rohstoffbasis und niedrige Löhne in den Hintergrund treten. Besonders bei Industrialisierungsbemühungen über staatliche Unternehmen sind auf AKP-Seite Irrtümer begangen worden.

— Eignung und Anpassung der Institutionen: Bisweilen haben die AKP-Staaten Projekte vorgeschlagen, die technisch und wirtschaftlich nach den üblichen Kriterien ordentlich durchgeplant waren, bei denen jedoch die institutionelle Komponente völlig fehlte. Die Wichtigkeit der institutionellen Einbettung aller Aktivitäten der Zusam-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

menarbeit wird wohl deshalb häufig übersehen, weil die aus den Industrieländern übernommenen Projektbeurteilungsmethoden ein existierendes institutionelles Umfeld unterstellen, oder auch, weil Entscheidungen über institutionelle Aspekte oft heikle politische Entscheidungen sind. Institutionelle Regelungen, die in der politischen Verantwortung des Entwicklungslandes selbst liegen — ob für ein einzelnes Projekt oder für generelle Funktionen der Gesellschaft — bedingen den Erfolg aller Entwicklungsbemühungen. Bedeutet Entwicklung Veränderung, so bedeutet sie in hohem Maße institutionelle Umgestaltung, d. h. Reformen. Die EG kann beim Institution-Building Hilfestellung leisten, dem jeweiligen AKP-Land jedoch nicht die Entscheidung abnehmen. Die Resolution des AKP-EWG-Ministerrates vom Mai 1983 über die „Finanzielle und Technische Zusammenarbeit" läßt an vielen Stellen erkennen, welche Unzulänglichkeiten institutioneller Art auf AKP-Seite einer zügigen und wirksamen Durchführung des Abkommens im Wege standen. So wird vermehrte Hilfe der Gemeinschaft bei der Identifizierung und Vorbereitung der Projekte, bei der Schaffung der erforderlichen Strukturen administrativer, technischer und finanzieller Art und bei der Stärkung der Maintenance-Kapazitäten der AKP-Länder gefordert. Jeder Entwicklungspraktiker weiß das Problem zu benennen und allgemeine Forderungen der genannten Art zu formulieren. Sie klingen kaum anders als Definitionen des Phänomens Unterentwicklung. Bei dem Versuch der Verwirklichung stößt man allerdings auf vielfältige Hemmnisse politischer, sozialer und kultureller Art, denn alle konkreten Maßnahmen rütteln oft an den politischen Machtverhältnissen, der Einkommensverteilung und an festverwurzelten Gewohnheiten.

— Hebung des Ausbildungsniveaus: Trotz massiven Ausbaus der Erziehungs- und Ausbildungssysteme macht die Erweiterung der entwicklungsrelevanten Kenntnisse und Fähigkeiten in den AKP-Staaten zu langsame Fortschritte. In den technischen Sparten, aber auch bei Management und Organisation, bleiben die Erfolge am stärksten hinter den Erwartungen zurück. Hier wurden von den Regierungen offenbar nicht die richtigen Orientierungen bzw. nicht genügend Anreize gegeben. Ausländische technische Hilfe muß immer noch in viel zu vielen Fällen und viel zu lange eingesetzt werden, damit die Entwicklungsprojekte lebensfähig sind.

— Einbettung der Einzelaktionen in ein kohärentes sektorpolitisches Umfeld: Wenn in der Vergangenheit Einzelprojekte beantragt wurden, so wollten die AKP-Staaten die Rolle der EG-Kommission sehr häufig nur auf die Wirkungen dieser Einzelaktion begrenzt sehen, vor allem auf die Bereitstellung der von diesem Projekt produzier-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ten Güter und Leistungen und auf seine Lebensfähigkeit und Wirtschaftlichkeit. Die EG-Kommission (und die anderen Geber) haben diesen „projektindividualistischen" Ansatz in der Vergangenheit mehr oder weniger akzeptiert, selbst wenn in den Prüfungskriterien eine Analyse des Gesamtsektors vorgesehen war. Zu spät durchgesetzt hat sich die Einsicht, daß der „Rahmen", d. h. die Gesamtheit der Organisation, Institutionen, Kapazitäten, Personalausstattung, Know-how und finanzielle Situation eines Sektors nicht nur ausschlaggebend sind für den Erfolg eines bestimmten Einzelprojekts, sondern auch als Gesamtheit geeignetere Ansatzpunkte für entwicklungsrelevante Verbesserungen bieten als die Konzentration der Anstrengungen auf eine Einzelaktion.

2.8 Die Neuorientierungen im Lomé III-Abkommen

Die Ende 1984 abgeschlossenen Verhandlungen über Lomé III waren eine gute Gelegenheit, die Mängel der bisherigen Zusammenarbeit offen zu diskutieren, ihre Ursachen zu klären (z. B. die Gründe für die unbefriedigende Handelsentwicklung trotz freien Marktzugangs) und, soweit wie möglich, Korrekturen und Umorientierungen vorzunehmen.

Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, hier eine eingehende Analyse vorzunehmen. Es soll daher nur in den beispielhaft herausgegriffenen Teilbereichen „Finanzielle und Technische Zusammenarbeit" und „Stabex" auf die Neuerungen näher eingegangen werden.

III. Erfahrungen bei der praktischen Handhabung der Lomé-Abkommen in den Teilbereichen „Finanzielle und Technische Zusammenarbeit" und „Stabex"

1. Finanzielle und Technische Zusammenarbeit

1.1 Bedeutung dieses Teilbereichs

Dieser klassische Teilbereich der Lomé-Zusammenarbeit nimmt nach wie vor eine Schlüsselstellung ein, er bestimmt wie kein anderer den „Alltag", d. h. die Realität von Lomé, auch wenn die anderen Bereiche wegen ihrer größeren Originalität von den Theoretikern stärkere Beachtung gefunden haben mögen. Auch bei den Verhandlungen über Lomé III wurde in diesem Teilbereich besonders zäh gerungen. Im neuen Abkommen entfällt fast die Hälfe des gesamten Textes auf die „Finanzielle und Technische Zusammenarbeit" (FTZ).

Der Grund für die kapitale Stellung der FTZ liegt wohl darin, daß sie für die AKP-Staaten die unmittelbarste und sicherste Quelle für den

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ressourcentransfer darstellt. Im Gegensatz zu den anderen Kooperationsbereichen, die zu einem nicht vorhersagbaren und/oder sehr ungleich auf die AKP-Staaten verteilten Transfer führen, wie z. B. Stabex, ist der Ressourcentransfer im Rahmen der FTZ gleichmäßig nach objektiven Kriterien verteilt und vorausschaubar. Dementsprechend sind alle AKP-Staaten höchst interessiert zu wissen, welches Mittelvolumen im Abkommen bereitgestellt wird und unter welchen Bedingungen sie die Mittel erhalten, d. h. welches die Ziele, Instrumente und Verfahren der FTZ sind.

Damit ist gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, welchen zentralen Stellenwert der Ressourcentransfer schlechthin hat. Aus AKP-Sicht dürfte es insgesamt entscheidend sein, ein möglichst hohes Mittelvolumen bei möglichst geringen Verwendungsauflagen zu erhalten. Dabei haben die verschiedenen Bereiche der Zusammenarbeit für das einzelne AKP-Land unterschiedliche Vor- und Nachteile. So sind Ressourcentransfers über den präferentiellen Marktzugang zur Gemeinschaft zwar nicht mit Verwendungsauflagen verbunden, aber sie können eben nur von einzelnen AKP-Staaten genutzt werden. Auch beim Stabex werden die transferierten Mittel de facto unter recht liberalen Bedingungen gegeben, doch nicht gleichmäßig und weniger vorausschaubar. Bleibt als Kern die FTZ, bei der die AKP-Staaten natürlich eine noch weitergehende Liberalisierung der Vergabekriterien anstrebten, während im Gegensatz dazu die Gemeinschaft durch selektiveres Vorgehen, klarere Prioritäten, gründlichere Programmierung sowie vertieften „policy dialogue" die Entwicklungswirksamkeit dieses Bereichs erhöhen will.

1.2 Sektorale Ausrichtung

Hier kommt der Programmierung der jedem AKP-Land während des Abkommenszeitraums zustehenden Mittel die entscheidende Bedeutung zu. Die Programmierung findet im Prinzip zu Anfang der Laufzeit eines Abkommens für den gesamten Fünfjahreszeitraum statt, wobei allerdings später begründete Anpassungen möglich sind. Von Lomé I bis III ist kontinuierlich versucht worden, die Programmierung zu verbessern, und zwar einerseits die Mittel der FTZ optimal den festgestellten entwicklungspolitischen Prioritäten des AKP-Landes anzupassen, und andererseits die Mittelverwendung transparent und vorausschaubar zu gestalten.

Grundüberlegung ist dabei, daß eine Programmierung sowohl Empfänger wie Geber zu einer systematischen Auseinandersetzung mit den entwicklungspolitischen Gegebenheiten des AKP-Landes zwingt und somit die FTZ verobjektiviert, d. h. Zufälle und Partikularinteressen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

weitgehend ausscheidet und die Wirksamkeit erhöht. Eine seriöse Programmierung bedeutet eine Vorverlagerung des Schwerpunktes der Tätigkeit der Entwicklungsinstitution von der Einzelaktion zur sektoralen oder gar makroökonomischen Gesamtschau und zwingt erfahrungsgemäß beide Seiten zu unbequemen Feststellungen hinsichtlich der Wirksamkeit ihres Handelns. Dementsprechend ist die Programmierung bei den auf Einzelprojekte fixierten Praktikern sowohl auf AKP- wie auf EG-Seite nicht sonderlich populär.

Bei der Durchführung der Programmierung zeigten sich in der Vergangenheit folgende Probleme:

— Auf AKP-Seite verlangte der in Aussicht gestellte Ressourcentransfer oft schwierige politische Entscheidungen hinsichtlich der Verteilung zwischen verschiedenen Interessen, z. B. Ministerien, ethnischen Gruppen, Regionen usw. Daraus ergab sich gelegentlich mangels klarer Prioritäten oder mangels Entscheidungsfähigkeit seitens der Regierung eine Tendenz zu einer zu breiten Streuung der Mittel, um alle „Interessen" bedienen zu können. Lomé III strebt nun ausdrücklich die Konzentrierung der Mittel an.

— Die Mentalität vieler Entwicklungspraktiker ist noch stark auf den klassischen projekt-individualistischen Ansatz fixiert. Die Projekte sind oft zum Zeitpunkt der Programmierung schon vorgedacht (und sei es nur, weil sich besonders dynamische Consulting- und Lieferfirmen oder AKP-Politiker damit identifizieren), ohne daß das Projektumfeld entsprechend Beachtung gefunden hätte. In solchen Situationen kann Programmierung zum Etikettenschwindel führen, wenn ein bestimmtes Projekt gemeint ist, das aber, um die Spielregeln der Programmierung formal einzuhalten, nicht direkt genannt wird. Statt dessen werden dann abstrakte Gebiete und Mittel der Zusammenarbeit formuliert, von denen jedoch zumindest eine Seite weiß, daß das nicht genannte Projekt dahinter steht. Lomé III verlangt nun einen wirklichen Dialog über Sektorenschwerpunkte oder thematische Prioritäten (z. B. Ernährungssicherung), bevor man in einer zweiten Phase Aktionen und Projekte angeht.

— Eine gewisse Geberkonkurrenz ist in der Realität der Entwicklungszusammenarbeit nicht zu leugnen. Sie entspringt wohl dem entwicklungspolitischen Enthusiasmus der jeweiligen Institution, aber auch konkreten Eigeninteressen an Lieferaufträgen, politischer Einflußsicherung usw. Nicht zuletzt dürfte die Geberkonkurrenz damit zusammenhängen, daß bei zumindest kurzfristig geringer Absorptionsfähigkeit — vor allem für die klassische Form der Projekthilfe besonders in den ärmeren AKP-Ländern — das bereitgestellte Mittelvolumen bisweilen nur schwer in entwicklungspolitisch wirk-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

samer Weise unterzubringen ist. In solchen Situationen kann es vorkommen, daß mehrere Geber sich auf die gleichen objektiv prioritären Bereiche konzentrieren möchten und schließlich gegenseitig in Konkurrenz treten um die relativ wenigen sinnvollen Ansatzmöglichkeiten in dem betreffenden Bereich. Dies kann das Prinzip eines allseits koordinierten entwicklungspolitischen Ansatzes geradezu auf den Kopf stellen.

1.3 Wirksamkeit der Einzelprojekte

Konkretisiert sich das „Indikativprogramm" genannte Ergebnis der Programmierung nach und nach in Einzelaktionen, so kommt es zunächst auf die Ex-ante-Beurteilungskriterien hierfür an. Dies ist ein von allen großen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit beackertes Gebiet. Die Projektprüfungskriterien der großen Institutionen einschließlich der EG-Kommission sind sich im Prinzip recht ähnlich. Es gab auch hier über die Jahre erfahrungsbedingte und auch weltweite modische Veränderungen, z. B. ab Ende der 60er Jahre in der Bundesrepublik, bei der EG etwas später, die möglichst weitgehende Anwendung der Cost-Benefit-Analyse, in den 70er Jahren die Berücksichtigung von Verteilungs- und Umwelteffekten. Bei aller theoretisch nachweisbaren Unzulänglichkeiten der üblichen Kriterien muß jedoch festgestellt werden, daß sie bei konsequenter Anwendung relevante Aussagen über den wahrscheinlichen Projekterfolg zulassen. Auch hier liegt das Problem weniger in einer a priori unzureichenden Eignung der Beurteilungskriterien als vielmehr in ihrer unzureichenden Anwendung. In den Lomé-Abkommen sind die Kriterien, allerdings in recht allgemeiner Form, verbindlich verankert.

Als Gründe für eine unzureichende Anwendung der Kriterien erscheinen wiederum, wenn man von professionellem Unverstand absieht, bestimmte Interessen: Die Durchprüfung des Projekts nach allen einschlägigen Kriterien würde möglicherweise unliebsame Schwächen aufdecken, die Finanzierung hinauszögern oder gar verhindern. Häufig möchte das AKP-Land die Anwendung gewisser Kriterien durch die Kommission vermeiden, wobei z. B. als Begründung Kosten und Zeitverluste angeführt werden. Dieses Problem mag im Einzelfall zutreffen, doch ist im allgemeinen eine sorgfältige Planung und Prüfung der Projekte nach allen einschlägigen Kriterien unabdingbar. Hierdurch können Irrtümer vermieden werden, die später die Durchführung und den Betrieb belasten würden.

Es ergibt sich also die Notwendigkeit, für beide Seiten verbindliche Regeln für die Ex-ante-Projektbeurteilung festzulegen. Außer im Abkommenstext selbst geschah dies zwischen den AKP-Ländern und der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gemeinschaft auf dem Wege über von beiden Seiten akzeptierte, aus den Ex-post-Evaluierungen abgeleitete „Grundprinzipien" für bestimmte Projektbereiche. Sie enthalten Empfehlungen sowohl zur Sektorpolitik als auch zum Vorgehen bei der Vorbereitung von Einzelprojekten. Im folgenden seien als Beispiel einige typische Lehren aus der Ex-post-Evaluierung aufgeführt:

Eine interne vergleichende Auswertung von hunderten von Entwicklungsprojekten aller Bereiche aus über 20 AKP-Staaten ergab, daß es in der großen Mehrzahl gelang, die technischen Projektziele zu erreichen, und zwar meistens auch zu vertretbaren Kosten. Ein differenzierteres Bild ergab sich für die Erreichung der entwicklungspolitischen Projektziele: Nur etwa ein Drittel der Vorhaben war hier voll erfolgreich, ein weiteres Drittel wies gewisse Probleme auf, die jedoch lösbar erschienen, während das letzte Drittel in sehr großen Schwierigkeiten steckte.

Selbst wenn man berücksichtigt, daß diese Auswertung gewisse methodische Unvollkommenheiten aufweist, so dürfte sie doch die Schlußfolgerung zulassen, daß

— ein radikaler Hilfepessimismus zumindest auf der Mikroebene durch die Fakten nicht gestützt wird,

— eine Verbesserung der Beurteilungskriterien und ihrer Handhabung zu einer Verbesserung der entwicklungspolitischen Resultate führen kann.

Die genannte Evaluierung läßt auch Schlüsse darauf zu, in welchen Sektoren die entwicklungspolitische Zielsetzung am häufigsten und seltensten erreicht wurde: Am häufigsten in den Bereichen Ausbildung und Verkehr, am seltensten im Gesundheitswesen und in der Landwirtschaft. Die Gründe für dieses Ergebnis dürften kaum in der Qualität der auf beiden Seiten für die jeweiligen Bereiche zuständigen Bearbeiter liegen, als vielmehr in den objektiven sektoralen Rahmenbedingungen in den AKP-Staaten.

Insgesamt haben die Ergebnisse der Evaluierung, die inzwischen in Form von „Grundprinzipien" für die Bereiche Gesundheitswesen, Wasserversorgung, Landwirtschaft, Erziehung und Ausbildung, Straßen und Viehzucht vorliegen, dazu geführt, bei der Projektvorbereitung und Ex-ante-Beurteilung das Schwergewicht stärker auf die Aspekte „Nachhaltiger Entwicklungseffekt" und „Lebensfähigkeit" zu legen. Unter „nachhaltigem Entwicklungseffekt" verstehen wir vor allem eine dauerhafte Verbesserung der Fähigkeit der Bevölkerung und der Institutionen, ihre eigene Zukunft zu gestalten. (Dies ist natürlich ein anspruchsvolleres Kriterium als beispielsweise ein ausreichender interner

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zinssatz im Rahmen einer Cost-Benefit-Analyse. Dennoch dürfte ein ausreichender interner Zinssatz wohl in den meisten Fällen eine Voraussetzung für einen nachhaltigen Entwicklungseffekt sein.) In Bezug auf „Lebensfähigkeit" soll vor allem auf die institutionelle und organisatorische Eingliederung des Projektes in sein Umfeld und auf die Deckung der laufenden Kosten abgestellt werden.

1.4 Bedeutung der Verfahren

Der Erfolg der FTZ hängt in erheblichem Maße von den praktischen Arbeitsverfahren ab, die im Abkommenstext selbst nur in groben Zügen geregelt sind, sich daneben aber in detaillierten Vorschriften finden, die z. T. mit den EG-Mitgliedsstaaten und den AKP-Staaten abgestimmt sind, und schließlich in kommissionsinternen Organisationsvorschriften und Praktiken.

Diese Verfahren werden laufend verbessert und den Erfordernissen einer effizienten Handhabung angepaßt. Im Falle von Neuerungen, wie jetzt im Lomé III-Text für die FTZ, sind gleich eine ganze Reihe von Verfahrensänderungen vorzunehmen. Die rechtzeitige Einführung derartiger Änderungen soll die Voraussetzung dafür schaffen, daß die Neuerungen auch tatsächlich angewendet werden, daß also alle Möglichkeiten des Abkommens von Anfang an genutzt werden können.

Verfahren beziehen sich auf alle Phasen der FTZ, also Programmierung, Vorbereitung einschließlich Prüfung und Finanzierungsbeschluß, Durchführung und Betrieb. Anhand einiger Beispiele aus den verschiedenen Phasen sei im folgenden die praktische Bedeutung von Verfahrensanpassungen illustriert.

Programmierung:

— Die unter Lomé III angestrebte Neuerung der Konzentrierung der Hilfe auf Schwerpunktbereiche und der Vereinbarung von beiderseits verbindlichen sektoralen Förderungsprogrammen macht detaillierte Anweisungen an das Personal der Kommission sowie ihrer Delegationen in den AKP-Ländern notwendig, aus denen hervorgeht, wie die Schwerpunktbereiche ausgewählt werden sollen und welche Form ein verbindliches Förderprogramm aufweisen sollte, in dem sich die Gemeinschaft und das AKP-Land jeweils zu sich gegenseitig bedingenden Maßnahmen verpflichten.

Vorbereitung und Prüfung:

— Der äußerst wichtige Feedback zwischen Ex-post-Evaluierung, wie sie sich in den oben erwähnten „Grundprinzipien" niederschlägt,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und Projektvorbereitung muß institutionalisiert, d. h. für alle Beteiligten obligatorisch gemacht werden. Für das neue Instrument der Förderungsprogramme muß eine begleitende Evaluierung eingeführt werden.

— Für die Projektvorbereitung, besonders für spezielle Teilaspekte, muß es möglich sein, dem AKP-Land sehr schnell Experten zur Verfügung zu stellen. Es müssen also Wege geschaffen werden, innerhalb kurzer Zeit eine Finanzierungsentscheidung hierüber herbeizuführen, die geeigneten Experten zu finden und diese unter Vertrag zu nehmen. Hierzu sind die Voraussetzungen im Bereich der Information (Expertenkartei), der internen Entscheidungsverfahren und der standardisierten Vertragsinhalte zu schaffen.

Durchführung:

— In AKP-Ländern mit großer Devisenknappheit muß es möglich sein, den mit der Projektdurchführung beauftragten Behörden oder Unternehmen einen „Startfonds" zukommen zu lassen.

— Zur Vermeidung des häufig langwierigen Tauziehens über die Vergabe von Aufträgen nach erfolgter Ausschreibung müssen bessere Entscheidungskriterien ausgearbeitet und Entscheidungsfristen gesetzt werden.

— Um Kostenüberschreitungen zu vermeiden, die zu Verzögerungen wegen der erforderlichen Bewilligung zusätzlicher Mittel führen, müssen mehr Projekte schon vor dem Finanzierungsbeschluß ausgeschrieben werden, damit die tatsächlichen Kosten bekannt sind und bei dem Beschluß bereits berücksichtigt werden können.

Betrieb:

— Das zukünftige Betriebspersonal muß bereits in der Planungsphase bestimmt und mit eingeschaltet werden. Ein Projekt sollte normalerweise eine Ausbildungskomponente für das Betriebspersonal umfassen, die entweder im Liefervertrag oder separat vorzusehen ist.

— Für komplexere Projekte sollten Partnerschaftsabkommen mit europäischen Partnerinstitutionen, etwa nach Art der inter-universitären Zusammenarbeit, vorgesehen werden. Hierzu müssen entsprechende Musterabkommen ausgearbeitet werden.

1.5 Zur entwicklungspolitischen Relevanz von Ressourcentransfers

Aus den Erfahrungen mit der praktischen Handhabung der FTZ erwächst auch die Frage, inwieweit Entwicklungsprobleme mittels Res-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sourcentransfers zu lösen sind bzw. inwieweit entwicklungspolitische Wirkungen von Ressourcentransfers zu erwarten sind. Bei nicht an Verwendungsauflagen gebundenen Ressourcentransfers, z. B. durch präferentiellen Marktzugang, ist die entwicklungspolitische Wirkung natürlich so gut oder schlecht wie die eigene Entwicklungspolitik des Empfängerlandes, d. h. sie ist vom Geber nicht zu beeinflussen. Bei an Verwendungsauflagen gebundenen Transfers, wie z. B. im Rahmen der FTZ, liegen die Verhältnisse etwas anders, da die Verwendungsbindung unter bestimmten Umständen ein entwicklungspolitisches Verhalten des Empfängerlandes herbeiführen kann, das ohne den zugrunde liegenden Transfer nicht eingetreten wäre. Da die mit der FTZ einhergehenden Verwendungsbindungen nur sinnvoll sind, *wenn* sie ein entwicklungspolitisch erwünschtes Verhalten tatsächlich herbeiführen, bedeutet dies auch, daß seitens der Geberinstitutionen vor allem auf die Effekte abzustellen ist, die über den reinen Ressourcentransfer hinausgehen. Es reicht also eigentlich nicht aus, daß ein Projekt eine ausreichende volkswirtschaftliche interne Verzinsung aufweist, d. h. daß es die dem Empfängerland zur Verfügung stehenden Ressourcen dauerhaft vermehrt. Diese theoretische Schlußfolgerung wird, wie oben bereits ausgeführt, durch die praktischen Erfahrungen voll bestätigt.

Damit muß der Ressourcentransferaspekt bei der FTZ aus Gebersicht wohl etwas in den Hintergrund treten. Der Ressourcentransfer sollte im Rahmen der FTZ vielmehr als Aufhänger benutzt werden, um sich auf diejenigen Entwicklungshemmnisse zu konzentrieren, welche tiefer liegen und hartnäckiger sind als der bloße Kapitalmangel. Betont werden müssen diejenigen Faktoren, welche als Hemmnisse für einen entwicklungswirksamen Ressourcentransfer identifiziert worden sind, d. h. vor allem Humankapitalbildung und Institution-Building. Das Instrumentarium der FTZ im Rahmen des Lomé-Abkommens bietet ausgezeichnete Möglichkeiten, diese Aspekte gebührend zu berücksichtigen und mit dem Ressourcentransfer zu koppeln.

1.6 Ausblicke anhand von Lomé III

„Thematische Aktionen":

Lomé III stellt erstmals dieses Instrument langfristiger integrierter Entwicklungsmaßnahmen in speziell genannten Bereichen heraus:

— Kampf gegen das Vordringen der Wüsten und gegen die Dürren,

— Epidemien von Mensch und Tier,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— Hygiene und Gesundheitsvorsorge,

— Einsparung von Energie.

Von der Aufnahme der „Thematischen Aktionen" in das Abkommen erhofft sich die EG eine Kurskorrektur weg von kurzfristig determinierten Aktivitäten hin zu den langfristigen Kernproblemen für die Masse der Menschen in der Mehrheit der AKP-Länder. Beispielsweise soll in Zukunft jedes Landwirtschaftsprojekt in den betreffenden Zonen eine Komponente zur Bekämpfung des Vordringens der Wüste und der Dürre erhalten.

Einbettung der Aktionen in die gesamte Sektorpolitik, Sektorale Förderungsprogramme:

Aus den in Kapitel II aufgeführten Gründen wird die sektorale Sicht der FTZ verstärkt. Dazu gehört die stärkere Beachtung des sektoralen Rahmens für Einzelaktionen, einschließlich der von dem AKP-Land selbst getätigten bzw. geplanten Maßnahmen zur Erreichung der Ziele in diesem Sektor[5]. Ferner ist eine stärkere Konzentration der FTZ auf wenige Sektoren bzw. Ziele beabsichtigt. Ausdrücklich sieht Lomé III jetzt Sektorentwicklungs- und -importprogramme vor, mit denen die Erhaltung und bessere Ausnutzung der Produktionskapazitäten in von strukturellen Krisen betroffenen Sektoren angestrebt wird. Hierunter können beispielsweise Rohstoffe, Ersatzteile, Düngemittel, Pflanzenschutzmittel und Lieferungen für das Gesundheits- und Erziehungswesen finanziert werden. Vorgesehen sind auch die Rehabilitierung von einzelnen Projekten und Programmen, sowie die Möglichkeit zur Finanzierung von Unterhaltungskosten.

Mit diesen Neuorientierungen, von denen viele übrigens auch im Joint Action Program der Weltbank für Afrika südlich der Sahara enthalten sind, wird den entwicklungspolitischen Realitäten in den meisten AKP-Ländern besser als bisher Rechnung getragen.

---

[5] Beispielhaft steht hierfür das in 4 afrikanischen Staaten im Teststadium befindliche Konzept der Ernährungsstrategie. Es geht dabei darum, zunächst gemeinsam die Gesamtheit der wesentlichen Voraussetzungen zu definieren, die erfüllt werden müssen, um das angestrebte Ziel „Ernährungssicherung" zu erreichen. Dabei handelt es sich sowohl um Entscheidungen, die allein dem Entwicklungsland obliegen (Preispolitik, Vermarktungssystem, landwirtschaftliches Kreditsystem ...), als auch um die vom Entwicklungshilfepartner zu erbringenden Leistungen. Der „policy dialogue" hat die Aufgabe, die Verzahnung aller relevanten Elemente sicherzustellen. Seitens der Geberorganisation setzt dies ein sehr flexibles Vorgehen und die Fähigkeit schneller Anpassung voraus. Eine die Entwicklung begleitende ständige „Dialogstruktur" an Ort und Stelle erscheint dafür unerläßlich. An dieser müssen die Regierung sowie die wichtigsten Geberorganisationen im Interesse einer effizienten Koordinierung beteiligt sein.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Integration von finanzieller und technischer Zusammenarbeit und Ausbildung:

Diese Bereiche sollen stärker miteinander verzahnt werden. So ist beispielsweise vorgesehen, daß Personal der Technischen Zusammenarbeit systematisch auch Ausbildungsfunktionen für einheimische Counterparts übernimmt, und daß die von der Gemeinschaft finanzierten Ausbildungsprogramme einschließlich der Stipendien regelmäßig mit den im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit geförderten Sektoren und Einzelaktionen gekoppelt werden.

Verbesserte Koordination zwischen der Kommission und der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten sowie anderen Gebern:

Die genannten im neuen Abkommen geschaffenen Voraussetzungen zur Verbesserung der Wirksamkeit der FTZ müssen von einer noch weitergehenden Koordination der Geber begleitet werden, um Überschneidungen zu vermeiden und durch Konzentration mehrerer Geber auf die kritischen Bereiche eine spürbare Wirkung erzielen. Die von der EG und anderen Gebern gewünschte Intensivierung des Dialogs mit den AKP-Ländern darf zudem die administrativen Kapazitäten beider Seiten nicht überbeanspruchen, so daß auch aus dieser Sicht eine möglichst weitgehende Zusammenlegung des Vorgehens geraten erscheint.

Dezentralisierung:

Während ein klassisches Einzelprojekt mit Hilfe von Bau- und Consultingfirmen noch eher vom Schreibtisch in Brüssel aus betreut werden kann, erfordert das stärkere Eingehen auf die sektoralen Gegebenheiten, die neuen Formen der FTZ sowie die Intensivierung des Politik-Dialogs eine stärkere Präsenz vor Ort. Hierzu muß die Rolle der Delegationen der Kommission in den AKP-Ländern gestärkt werden.

2. Stabex

2.1 Stellenwert von Stabex

Das System zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse im Rahmen der Lomé-Verträge, kurz Stabex genannt, bildet im Gegensatz zur Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit ein eher neues Instrument der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft. Höhe und Fälligkeit finanzieller Zusagen sind hier nicht von detaillierten Projektstudien geschweige denn von deren Eingliederung in übergeordnete Indikativprogramme abhängig. Sie werden vielmehr auf-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

grund der statistisch erfaßten Exportentwicklung nach objektiven Auslösekriterien und Berechnungsregeln erteilt und praktisch ohne weitere Auflagen in Mitteltransfers umgewandelt. Stabex verkörpert damit eine nachgerade revolutionäre Abkehr von der Tradition der entwicklungspolitischen Mittelvergabe. Das Gewicht dieser Neuerung geht daraus hervor, daß das System am 4. und 5. Europäischen Entwicklungsfonds (Lomé I und II) jeweils mit 12 % an der Gesamtausstattung beteiligt wurde.

Das Konzept beruht auf einer langjährigen Diskussion von Ökonomen über die Instabilität der Rohstoffmärkte und deren Folgen für die rohstoffexportierenden Entwicklungsländer. Der Ausgestaltung nach ist das System ein Kompromiß zwischen makroökonomisch begründeter Devisenerlösstabilisierung und mikroökonomisch fundierter Erzeugereinkommensversicherung: Es kompensiert mittelfristige Ausfälle der Exporterlöse auf nationaler Ebene in Devisen (ECU), geht aber produktspezifisch vor, berücksichtigt die Entwicklung von Produktion und Erzeugereinkommen und bezweckt grundsätzlich eine Verbesserung der Lage des jeweils betroffenen Produktionssektors.

Diese letztgenannte eher mikroökonomische Zielsetzung läßt es als vertretbar erscheinen, daß Stabex im Gegensatz zu allen theoretischen Stabilisierungsmodellen und als Folge der politischen Umstände seiner Entstehung ein hohes, nach der Bedürfnislage der Empfängerländer gestaffeltes Schenkungselement enthält. Damit unterscheidet das System sich im übrigen auch wesentlich von der kompensatorischen Finanzierungsfazilität des Internationalen Währungsfonds, die einige Jahre vor dem Inkrafttreten der Lomé-Verträge eingerichtet wurde und rein zahlungsbilanzorientiert zu relativ strengen Konditionen Stabilisierungskredite gewährt.

2.2 Erwartungen und Wirklichkeit

Aufgrund der objektiven Auslösebedingungen konnte von Stabex eine weitgehend entpolisierte, für die Betroffenen vorhersehbare und — im Verhältnis zum Eintritt des auslösenden Erlösrückganges — rasch verfügbare finanzielle Hilfe erwartet werden.

Von der erwarteten Verstetigung der Exporterlöse erhoffte man sich einen spürbaren Beitrag zur Absicherung der devisenabhängigen Entwicklungspläne einerseits und zur Beseitigung der Ursachen der Erlösschwankungen andererseits. Insgesamt versprach man sich sichtbare Entwicklungserfolge.

Obwohl aufgrund der Neuartigkeit mit Anlaufschwierigkeiten zu rechnen war, sind die Finanzierungsvorgänge im Rahmen des Systems

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tatsächlich von Beginn an zügig vor sich gegangen.[6] Die Erwartungen hinsichtlich der Vorhersehbarkeit der Leistungen sowie über Entwicklungseffekte sind dagegen nur teilweise in Erfüllung gegangen. Dies sei im folgenden anhand von Beispielen verdeutlicht.

2.3 Relativierung der Vorhersehbarkeit

Der einfache Wirkungsmechanismus des Systems — Kompensationszahlung bei Rückfall der jährlichen Ausfuhrerlöse unter den Durchschnitt der vier vorausgegangenen Jahre — verleitet dazu, die statistischen Schwierigkeiten, die seine Anwendung mit sich bringt, zu unterschätzen. Dies gilt, obwohl der Zulauf der nötigen Statistiken in der Anlaufphase befriedigend geregelt werden konnte. So sind nicht selten Widersprüche zwischen den AKP-Ausfuhrstatistiken und den entsprechenden EG-Einfuhrdaten festzustellen, die nur mit Hilfe zeitraubender Rückfragen im Ausfuhrland und in den Einfuhrländern geklärt werden können. Dies bedeutet gleichzeitig, daß sowohl der Zahlungstermin als auch die Höhe der endgültigen Transferleistungen von dem, was die Begünstigten aufgrund der Ausgangsdaten erwartet hatten, deutlich abweichen können.

Während zwei der bisher neun Anwendungsjahre wurde überdies deutlich, daß die Vorhersehbarkeit der Leistungen in der Dotierung des Systems ihre Grenzen findet. Während die jährlich verfügbaren Mittel bis 1979 und seit 1982 zur Deckung des festgestellten Transferbetrages jeweils ausreichten, fielen die Deckungsquoten für die Jahre 1980 und 1981 mit 53 und 25 Prozent unerwartet niedrig aus.[7] Zur Feststellung der entsprechend gekürzten Transferzusagen mußte der AKP-EG-Ministerrat befragt werden, was die Auszahlungen überdies verzögerte.

Schließlich entstanden über die Zeit hinweg Anwendungsschwierigkeiten aus dem Umstand, daß die Texte der Abkommen zu Fragen, deren Bedeutung bei der Einrichtung des Systems nicht vorhersehbar war, unscharf oder stumm bleiben. Das wichtigste Beispiel hierfür ergab sich anläßlich der jüngsten Hausse des US-Dollars und der an ihn gebundenen AKP-Währungen gegenüber dem ECU. Hierbei ist zunächst daran zu erinnern, daß die Transferzusagen zu Lasten des Europäischen Entwicklungsfonds in ECU festzusetzen sind, aber anhand von Ausfuhr-

---

[6] Zwischen Antragstellung und Transferzahlung vergingen bisher bei 50 % der Fälle weniger als 5 und bei weiteren 40 % weniger als 10 Monate.

[7] Für 1981 erhöhte sich die Deckung durch zusätzliche Leistungen des Europäischen Entwicklungsfonds, die jedoch projektgebunden vergeben wurden, auf über 40 %.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

statistiken, die in der Regel auf die nationale Währung des betreffenden AKP-Landes lauten, berechnet werden müssen. Die Konvention legt jedoch nicht fest, in welcher Währung der Erlösausfall, der einem Transferanspruch zugrundeliegt, berechnet werden soll.

Da die Erwartungen bezüglich der Transferbeträge typisch auf der Antragstellung in nationaler Währung beruhen, während die Transferzusagen aufgrund durchgängiger Verwaltungspraxis jeweils anhand der zu jeweiligen Kursen in ECU konvertierten Erlöszeitreihen ermittelt werden, hat diese Unschärfe der Texte bei den dollargebundenen AKP-Ländern zu einem scharfen Abfall der Transferzusagen gegenüber den Transfererwartungen geführt.

Durch die sukzessive Entwicklung von Anwendungsregeln für die Bewältigung der oben genannten Schwierigkeiten konnte die Automatik des Stabex-Systems insbesondere bezüglich des zu erwartenden Zahlungszeitpunktes teilweise wiederhergestellt werden. Demgegenüber wird die Möglichkeit, daß die Jahrestranchen der Mittelausstattung des Systems hinter dem Transferbedarf zurückbleiben, die Vorhersehbarkeit der Transferbeträge wohl auch in Zukunft beeinträchtigen.

2.4 Relativierung des Entwicklungseffektes

Eine der praktischen Erfahrungen, die für die angemessene Beurteilung von Stabex von besonderer Bedeutung ist, besteht in der Einsicht, daß demjenigen, der die Verwendung und damit auch den Entwicklungseffekt der Transfers im einzelnen verfolgen möchte, erhebliche Schwierigkeiten im Wege stehen.

Da die Tranfers zinsfrei und oft gar als reiner Zuschuß vergeben werden, zudem mit einer mehrmonatigen Verzögerung gegenüber dem auslösenden Erlösausfall verfügbar werden und überdies nicht an eine Verwendung im betroffenen Sektor gebunden sind, gehen Stabexzahlungen im Empfängerland normalerweise zunächst ins staatliche Budget ein. Sie ermöglichen dabei de facto die vorübergehende Deckung des jeweils dringendsten öffentlichen Finanzbedarfs. Dies erschwert es dem Beobachter, die weitere Verwendung der Mittel eindeutig festzumachen, zumal wenn die begünstigten Regierungen der Identität der Mittel in der Berichterstattung über deren Verwendung, zu der sie verpflichtet sind, angesichts dieser Sachlage nicht genügend Bedeutung beimessen. Dementsprechend wird auch der Kausalzusammenhang zwischen dem Anlaß des Transfers (Erlösausfall) und der Absicht, die mit seiner Verwendung verbunden ist, selten hergestellt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Angesichts der Zielsetzung des Stabex-Systems, ausgefallene Exporteinnahmen gleichsam zu ersetzen, erscheint die lockere Verwendungsbindung, der die Stabexmittel unterliegen, systemgerecht: Sie erlaubt es theoretisch, die Mittel überall dort einzusetzen, wo die Erlöseinnahmen fehlen.

Aus den verfügbaren Verwendungsinformationen geht bisher hervor, daß der Einsatz der Stabexmittel überwiegend in existierenden Projekten oder zugunsten existierender Institutionen im ländlichen Raum erfolgt. Dabei wird der vom zugrundeliegenden Exporterlösausfall betroffene Sektor häufig direkt oder indirekt begünstigt. Allerdings besteht offenbar gleichzeitig eine Tendenz zur Verwendung in unabhängigen Einzelprojekten oder zu Defizitdeckung in landwirtschaftsrelevanten Vermarktungs- oder Verarbeitungsinstitutionen.

Ansätze zu einer kohärenten, an den Ursachen und Folgen der Erlösinstabilität für die Erzeuger der betreffenden Exportprodukte orientierten und in eine vorausschaubare Entwicklungsstrategie integrierten Verwendung sind demnach selten erkennbar. Wenn auch das System zweifellos seine makroökonomische Funktion der Devisenerlösstabilisierung — in den Grenzen der verfügbaren Finanzausstattung — erreicht hat, sind hingegen Versuche, den Stabexleistungen meßbare mikroökonomische Entwicklungserfolge zuzuordnen, angesichts der dargestellten Sachlage unergiebig geblieben.

2.5 Ausblicke anhand von Lomé III

Bei den Verhandlungen über Lomé III stand für die EG das zuletzt dargestellte Problem im Vordergrund. Inbesondere von seiten der EG-Kommission bestand die Absicht, Stabex in Richtung auf größere Entwicklungswirksamkeit auszubauen, d. h. vor allem, die Produkt- und Sektorbezogenheit der Transfers zu stärken und die Verwendungstransparenz zu erhöhen. Die AKP-Länder hingegen strebten bei Stabex wiederum eine noch weitere Liberalisierung und Gewichtsverschiebung auf den rein makroökonomischen Aspekt der Devisenerlösstabilisierung an, und zwar durch Erweiterung der Produktliste, Ausdehnung auf Exporte auch nach Staaten außerhalb der EG, Absenkung der Auslöseschwellen und Beseitigung der Verwendungskontrollen.

In harten und langwierigen Verhandlungen hat sich letztlich der Standpunkt der EG weitgehend durchgesetzt. Künftig wird sich ein transferberechtigtes AKP-Land *vor* Ausführung des Transfers zu einer präzisen Verwendung der Mittel für bestimmte Programme oder Aktionen verpflichten. Nach Durchführung des Transfers wird es der EG-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kommission in Zukunft leichter möglich sein, eine befriedigende und pünktliche Berichterstattung über die verpflichtungskonforme Verwendung durchzusetzen, da ein — zwar institutionell abgefederter, aber letztlich wohl abschreckend wirkender — Sanktionsmechanismus zu einer Suspendierung der Transfers führen kann.

Als weitere Verbesserung enthält Lomé III:

— einen Korrekturmechanismus zur Milderung des Einflusses von Wechselkursschwankungen auf die Transferzusagen,

— Kürzungsregeln für den Fall, daß die Transferberechtigungen die Mittel des Stabex-Systems übersteigen (wodurch es in viellen Fällen möglich sein dürfte, dieses Problem ohne Einschaltung des AKP-EG-Ministerrates zu lösen).

Mit diesen Neuerungen könnte Stabex effizienter und kalkulierbarer werden. Sein Erfolg wird aber wesentlich von der Entwicklung der ausführenden Institution der EG wie der AKP-Länder sowie von der Betreuung der mit Stabex befaßten Korrespondenten in diesen Ländern abhängen.

IV. Schlußbemerkungen

Das Lomé-Abkommen ist nicht die ganze Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft: Die Mittelmeerpolitik, das Kooperationsprogramm mit den „nicht assoziierten" Entwicklungsländern Asiens und Lateinamerikas, das umfangreiche Nahrungsmittelhilfeprogramm, die sich ständig verstärkende Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen, die aktuelle Katastrophenhilfe, eine entwicklungspolitisch gestaltete und eingesetzte Handelspolitik, die Mitwirkung bei internationalen Rohstoffabkommen sind weitere Elemente einer sich ständig weiter strukturierenden Gesamtpolitik.[8]

Lomé ist selbst innerhalb seines geographischen Rahmens nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Instrumente des Abkommens zu sehen: Insbesondere die Nahrungsmittelhilfe — die immer stärker mit der „klassischen" Entwicklungshilfe verzahnt wird, vor allem im Rahmen des Ernährungsstrategie-Ansatzes —, aber auch die gemeinsamen Finanzierungen mit Nichtregierungsorganisationen werden als autonome Instrumente ergänzend zu den vertraglichen Mechanismen von Lomé eingesetzt.

---

[8] Das EG-Entwicklungshilfevolumen liegt z. Zt. bei fast 2 Mrd. ECU jährlich. Davon entfallen knapp die Hälfte auf Lomé, rund ein Viertel auf die Nahrungsmittelhilfe (Weltmarktpreis), ein gutes Viertel auf andere Bereiche.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Lomé ist gleichwohl das Kernstück der gemeinsamen europäischen Entwicklungspolitik. Es hat Modellcharakter für die übrigen Elemente der EG-Politik und ist darüber hinaus häufig eine Referenz in internationalen Diskussionen. Es wurde einmal als „Modell einer neuen Weltwirtschaftsordnung in Regionalformat" bezeichnet.

Das Lomé-Abkommen ist natürlich weit von Perfektion entfernt: Die zahlreichen Neuorientierungen von Lomé III zeigen, daß gemeinsam viel Verbesserungsbedürftigkeit festgestellt wurde. Es ist aber ermutigend, daß diese Form partnerschaftlicher Zusammenarbeit eine sachliche Evaluierung der Mängel möglich machte, die sich dann in Korrektiven und Neuansätzen bei der Verhandlung niederschlug.

Und noch ein Wort zum Schluß: In einer von Krisen geschüttelten Europäischen Gemeinschaft, zu einem Zeitpunkt, da der globale Nord-Süd-Dialog fast völlig zum Stillstand gekommen ist, da die multilateralen Finanzorganisationen (Weltbank, IFAD) eine ernste Krise erleben, ist es positiv zu vermerken, daß die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft stetig weiter ausgebaut werden konnte. Wenn die Gemeinschaft von ihren eigenen Bürgern, die von ihr nur Agrarüberschüsse, Haushaltsmisere und Brüsseler Bürokratie zu kennen scheinen, so positiv gesehen würde, wie sie in den Augen der meisten Partner in den Entwicklungsländern erscheint, wäre das Gesamtbild der EG wesentlich ausgewogener und der notwendige Einigungsprozeß bestimmt ein gutes Stück weiter.

Summary

The Lomé Convention in Practice Experiences and Perspectives

This paper outlines the diverse economic and historical factors which had an impact on the making of the Lomé Convention, from the point of view of the ACP States, the Member States of the European Community and the European Commission. It places the Convention in the context of international currents of thinking and experience in development cooperation and concludes that it is not possible to identify any single theoretical concept as the main root of the Convention.

Against this background, the Convention should be judged by its actual success, which is largely determined by the degree to which the ACP States and the European Commission make use of its wide possibilities in day to day practice. Some typical, fundamental problems in the implementation of the Convention are illustrated both for the ACP side and the Commission side.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

More detailed experience demonstrating the relevance of practical application for success or failure of the Convention is presented for one classical area, Financial and Technical Cooperation, and one innovative area, STABEX. Regarding the former, which remains the core of the Convention, experience leads to a series of conclusions (e.g. integration of individual actions in a sectoral approach, developmental relevance of capital transfers) which shaped the Commission's position for the Lomé III negociations and which are now to a considerable extent reflected in the text of the recently agreed Lomé III Convention. The same process is described for STABEX.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Fruchtbarkeit des Dependencia-Ansatzes für die Analyse von Entwicklung und Unterentwicklung

Von *Manfred Nitsch*, Berlin

1. Vorbemerkungen

Die Entwicklungstheorien, insbesondere die ökonomischen, sind angesichts der wirtschaftlichen Ereignisse und Erfahrungen der letzten zehn Jahre in eine tiefgreifende Krise geraten. Mehrere führende Vertreter der „development economics" haben sich seit Beginn der 80er Jahre mit diesem Phänomen auseinandergesetzt (vgl. Seers 1981, Hirschman 1981 a, Rosen 1983, Sen 1983, Meier / Seers 1984, Tinbergen 1983, Lewis 1984), indem sie Bilanz gezogen und Perspektiven für eine Überwindung der Krise aufgezeigt haben. Diesem Ziel dient auch die Tagung unseres Ausschusses; es sollen im Kreis von Wissenschaftlern mit langjährigen Erfahrungen in Forschung, Lehre und Praxis auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik einige wichtige entwicklungstheoretische Ansätze im Hinblick auf ihre wissenschaftliche Fruchtbarkeit für die Analyse von Entwicklung und Unterentwicklung untersucht und diskutiert werden. Dabei steht im Programm der Tagung „Dependencia" („Abhängigkeit") als thematisches Schlüsselwort für das relativ breite Spektrum des in kritischer Auseinandersetzung mit dem Modernisierungs- und Wachstumstheorem der 50er und 60er Jahre entstandenen theoretischen Ansatzes zur Analyse von Entwicklung und Unterentwicklung bei Weltmarktintegration. Das entspricht weitgehend der Rezeption dieses kritischen Ansatzes in der allgemeinen deutschsprachigen wissenschaftlichen Entwicklungsliteratur (vgl. beispielsweise Wöhlcke / v. Wogau / Martens 1977, Grimm 1979, Ochel 1982; zur Kritik Osterkamp 1984), während in der speziellen, insbesondere der späteren lateinamerikanischen Diskussion über diesen Ansatz, „Dependencia" häufig in einem sehr viel engeren, nicht selten polemischen und deshalb auch schwer zu definierenden und einzuordnenden Sinne gebraucht wird. Für die Zwecke unserer Tagung erscheint es sinnvoller, den weiten als einen der engeren Begriffe zugrunde zu legen, weil sich nur so die Stärken und Schwächen dieses theoretischen Ansatzes, dessen Besonderheit ja gerade die breiten Spannweite seiner Anwendung ist, genauer diskutieren lassen. Außerdem entspricht eine weite Begriffsfassung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auch der erklärten Absicht der herausragenden Protagonisten dieses Ansatzes bei ihren ersten ausdrücklich mit dem Begriff „Dependencia" gekennzeichneten Analysen der lateinamerikanischen Realität ab der Mitte der 60er Jahre (vgl. insbesondere Cardoso / Faletto 1967, Jaguaribe et al. 1970, Furtado 1971, Sunkel 1970 und 1972).

Die kritische Bilanzierung eines entwicklungstheoretischen Ansatzes erfordert Bewertungskriterien, welche den analytischen ebenso wie den pragmatischen Aufgaben einer Theorie Rechnung tragen. Wichtigstes Kriterium ist m. E. die Verbesserung des Verstehens der komplexen Zusammenhänge bei historischen Entwicklungs- und Unterentwicklungsprozessen. Diesem Kriterium entspricht auf der pragmatischen Ebene die Frage, ob der betreffende theoretische Ansatz Möglichkeiten der Umsetzung von Erkenntnissen in die Praxis eröffnet, bei ökonomischen, also die Bedürfnisbefriedigung betreffenden Ansätzen insbesondere, ob die Nichtdeckung von elementaren Bedürfnissen und die Spezifika der wirtschaftlichen Lage von Bevölkerungsgruppen, deren elementare Bedürfnisbefriedigung nicht gesichert ist, thematisiert werden. Schließlich erscheint mir das Kriterium wichtig, ob und in welchem Maße ein ökonomischer Ansatz der Tatsache Rechnung tragen kann, daß das wirtschaftliche Verhalten stets in gesellschaftliche und kulturelle Zusammenhänge eingebettet ist, ohne deren Berücksichtigung das rein ökonomische Modell leicht zu einer irreführenden Abstraktion wird.

Bei der Bewertung eines theoretischen Ansatzes kommt es also auf den wissenschaftlichen und empirischen Nutzen an, nicht auf die semantisch-politische Attraktivität. In dieser Hinsicht wäre „Dependencia" ohnehin kaum zu schlagen, denn über hundert Staaten der Erde sind ehemalige Kolonien, die den Unabhängigkeitstag als Geburtsstunde ihrer nationalen Existenz feiern, und „Dependencia" ist nun einmal kein primär wirtschafts -und sozialwissenschaftlicher Begriff, sondern in erster Linie der negativ geladene Gegenbegriff zur „Independencia", weswegen er sich auch hervorragend als Schlagwort eignet. Überdies ist er in alle wichtigen (Ex-)Kolonialsprachen leicht und ohne größere Sinnveränderung übersetzbar, — im Gegensatz etwa zu „self-reliance" oder den an Wichtigkeit in der politischen Geschichte und im politischen Diskurs bei uns vergleichbaren deutschen Begriffen wie „Einheit", „Einigkeit" oder „(Wieder-)Vereinigung".

Die große semantische Attraktivität macht jedoch zugleich auch eine Schwäche des Ansatzes als analytischer Kategorie aus, läßt sich der Begriff doch sehr leicht vieldeutig interpretieren. Außerdem suggeriert die Gleichsetzung von Dependencia mit „Unterentwicklung" leicht, daß Nicht-Dependencia bis zum Extrem der Autarkie mit „Entwicklung"

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

identifiziert wird, selbst wenn die entscheidenden Autoren so etwas niemals behauptet haben.

Das gerade in der Bundesrepublik Deutschland weit verbreitete Mißverständnis, den Dependencia-Ansatz mit Senghaas' „Plädoyer für Dissoziation" (1977) gleichzusetzen und bei diesem dann auch noch den von Senghaas immer wieder betonten selektiven Charakter von Dissoziation zu übersehen, dürfte bis zu einem gewissen Grade Ergebnis einer solchen semantischen Suggestion sein.

Im folgenden soll dagegen versucht werden, nicht auf die Semantik, sondern auf die Inhalte und die Methodik abzustellen, die die Dependencia-Autoren ihren Analysen zugrunde gelegt haben, und auf die wissenschaftliche Fruchtbarkeit, die dieser Ansatz gehabt hat und möglicherweise weiterhin hat. Dazu ist es wichtig, zunächst die theoriegeschichtlichen Phasen und die internationale Rezeption der von der Mitte der 60er bis zum Ende der 70er Jahre laufenden lateinamerikanischen Dependencia-Diskussion zu betrachten, um dann herauskristallisieren zu können, welche Themen und welche Denkfiguren sich als analytisch erkenntnisfördernd, als pragmatisch brauchbar und als perspektivisch weiterführend erwiesen haben.

2. Theoriegeschichtliche Phasen und internationale Rezeption der lateinamerikanischen Dependencia-Debatte von Cardoso / Faletto bis zur Gegenwart

Seit 1965/67, als das bahnbrechende Buch von Cardoso / Faletto (1967) geschrieben wurde, ist Dependencia immer sowohl ein analytischer als auch ein politischer Begriff gewesen. Hintergrund des Aufkommens des Abhängigkeitsthemas war das Scheitern des auf der importsubstituierenden Industrialisierung beruhenden Entwicklungsmodells der 1950er und 1960er Jahre (Hurtienne 1974).

Der anfängliche Optimismus von Prebisch und seinen Mitstreitern in der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (spanisch: Comisión Económica para América Latina — CEPAL) wich einer gewissen Ernüchterung und dann sogar einem eher pessimistischen Grundton, weil die unbestreitbaren Wachstumserfolge der cepalistischen Strategie offensichtlich mit einer zunehmenden Penetration Lateinamerikas durch ausländisches Industriekapital, mit einem Anwachsen der nicht in den modernen Wirtschaftsprozeß integrierten, „marginalen" städtischen Massen und mit einem Andauern der absoluten Armut auf dem Lande Hand in Hand gingen und weil auch die Rationalisierung der staatlichen Apparate und die Fortschritte in den lateinamerikanischen Integrations-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bemühungen weit hinter den Erwartungen zurückblieben (vgl. Pazos 1983 und Prebisch 1984 b).

Dennoch bedeutete die Betonung der „neuen" Abhängigkeit im Industrie-, Finanz- und Dienstleistungssektor, im Gegensatz zur „alten" Rohstoffabhängigkeit, keinen radikalen Bruch mit dem Cepalismo der 50er Jahre, sondern seine Fortentwicklung und Aktualisierung: Das Grundmuster von Zentrum und Peripherie blieb erhalten und wurde über den ökonomischen Bereich hinaus durch die Einbeziehung der Medien und des Konsumverhaltens noch verstärkt (vgl. das klassische Werk von Dorfman / Mattelart 1971 über Donald Duck sowie die spätere Arbeit von Dorfman 1984 über den kulturellen Aspekt von Selbsthilfeprojekten zur Überwindung von Unterentwicklung im weiten Sinne). Auch die wirtschaftspolitische Frontstellung zum orthodoxen Modell der neoklassischen Ökonomie mit seinem impliziten Zurück zum Rohstoffexport, weil Lateinamerika in der modernen Industrieproduktion keinen „komparativen Vorteil" habe, veränderte sich nicht. Ebenso wurde das orthodoxe Modell der marxistischen Parteien weiterhin abgelehnt, das damals noch weitgehend von Stalins Stadienschema beherrscht war, nach welchem die „feudalen" Strukturen Lateinamerikas zunächst durch national-bürgerliche Revolutionen in kapitalistische verwandelt werden müßten, um dann für den Sozialismus und Kommunismus reif zu werden.

Es galt, mit folgenden Phänomenen gleichzeitig fertig zu werden: Internationalisierung der lateinamerikanischen Binnenmärkte, Vergrößerung des ökonomischen Abstands zwischen Lateinamerika und den westlichen Industrieländern, Scheitern der „Allianz für den Fortschritt" und gegenläufige Entwicklung zwischen ökonomischem Wachstum, politischer Demokratisierung und sozio-kultureller Modernisierung, von denen die frühen Entwicklungstheoretiker noch angenommen hatten, daß sie parallel verlaufen würden (Hirschman 1981 a).

Der Ansatz von Cardoso / Faletto stellte die Situation der 1960er Jahre in einen historischen Zusammenhang, indem die nationale Wirtschafts- und Sozialgeschichte verschiedener lateinamerikanischer Länder mit den internationalen Konjunkturen und Produktzyklen seit der Unabhängigkeit verbunden wurde.

Der fundamentale Ansatz bestand darin, die Intern-Extern-Wechselbeziehungen zwischen der nationalen Gesellschaft, den Weltmärkten und anderen externen Einflüssen an Produkten und Sektoren festzumachen, *ohne* die internen gesellschaftlichen Konflikte zwischen sektoralen Interessen, zwischen den je nach Produktionsverhältnissen bei den einzelnen Produkten unterschiedlichen Klassen und zwischen den

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

damit einhergehenden regionalen Interessen zu vernachlässigen. Gerade die unterschiedlichen internationalen Verbindungen der einzelnen internen Interessengruppen wurden thematisiert und der Staat nicht mehr als Vertreter des Ganzen oder als „Ausschuß" der herrschenden Interessengruppe definiert, sondern der Staatsapparat in seiner Zerrissenheit und „strukturellen Heterogenität" als Spiegelbild der zivilen Gesellschaft analysiert, dem es nur selten gelang, die permanente „Hegemoniekrise" zu überwinden (vgl. Sonntag 1974, Evers 1977, Stepan 1978, Elsenhans 1981, Hanisch / Tetzlaff 1981).

Cardoso knüpfte dabei nach eigenem Bekunden sowohl an Dilthey, Max Weber und Mannheim, als auch an Sartre, Lukacs, Althusser und Gramsci an (1977, S. 10); er und Faletto nahmen darüberhinaus die keynesianisch-strukturalistische Richtung in Lateinamerika und die marxistische Tradition in den USA (insbesondere Baran 1957) und Brasilien (insbesondere Caio Prado Jr. 1945) auf, aber auch die das alte Brasilien eher in harmonischen Bildern zeichnende Sozialgeschichte eines Gilberto Freyre (1933; vgl. auch dessen späteres, die Heterogenität des gegenwärtigen und zukünftigen Brasiliens in leuchtenden Farben schilderndes Werk 1973).

Die souveräne Verarbeitung all dieser Versatzstücke zu einer Synthese mit eigenen Begriffen und einem politischen Appeal, der, wie gesagt, genau den Anforderungen der entwicklungspolitischen Konjunktur entsprach, revolutionierte die bis dahin in Lateinamerika noch weit verbreitete traditionelle Geschichtsschreibung, die sich auf Geistes- und Ideengeschichte oder Hagiographie konzentriert hatte.

Die sogleich einsetzende Flut von Veröffentlichungen — O'Brien beklagt später die Überfülle der „Millionen Worte" (1975) — und der geradezu erlösende Wert, der dem neuen Paradigma gerade von seinen weniger bedeutenden Vertretern zugemessen wird, lassen sich nur dadurch verstehen, daß man sich klar macht, wie wichtig es für die Intellektuellen Lateinamerikas in diesen Jahren gewesen ist, ihre Geschichte angesichts der tiefgreifenden politischen und ökonomischen Veränderungen der Nachkriegszeit, wie etwa des Bedeutungsverlusts und Wiederaufstiegs Westeuropas und Japans innerhalb der von den USA beherrschten „Westlichen Welt", des Aufrückens der Sowjetunion zur Weltmacht, des Kalten Krieges und angesichts der Blockfreienbewegung bei den gerade dekolonisierten Nationen und der neuen Entwicklungserwartungen und -anstrengungen im Rahmen der Ersten Entwicklungsdekade der UNO, neu zu schreiben.

Bei der Verbreitung des Dependencia-Ansatzes spielte eine große Rolle, daß der Militärputsch von 1964 in Brasilien viele herausragende

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

brasilianische Intellektuelle ins Exil getrieben oder von den Universitäten und Verwaltungsposten verbannt hatte, so daß sie nun ihre häufig vorher lediglich auf Brasilien konzentrierten wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Analysen mit den Erfahrungen anderer Länder verglichen und „lateinamerikanisierten", wenn sie nicht sogar darüber hinausgingen und die allgemeine weltweite Debatte über Entwicklung und Unterentwicklung zu beeinflussen und mitzubestimmen begannen. (Dasselbe galt dann nach 1973 für viele Chilenen und später auch für Uruguayer und Argentinier.)

Durch die „1968er Bewegungen" in den USA und Europa wurden die Impulse der Dependencia-Autoren gerade in der Anfangsphase besonders begierig aufgenommen und in eine andere politische und intellektuelle Praxis eingebracht, von wo aus sie in vielfältigen Formen und Abwandlungen zurück in die Dritte Welt und auch in die offiziellen Entwicklungsdoktrinen der etablierten Institutionen ausstrahlten.

Inhaltlich wurden im Zuge der Dependencia-Diskussion in Lateinamerika die Geschichte und die Gegenwart fast aller Länder und die verschiedensten Aspekte der internationalen Beziehungen durchleuchtet. Trotz vielfach berechtigter Kritik an der Oberflächlichkeit und mangelnden Konkretheit vieler dieser Arbeiten läßt sich ein großer Erkenntnisgewinn nicht bestreiten (vgl. beispielsweise González Casanova 1977 mit seiner lateinamerikanischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts). Neben der Geschichte waren es die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die Ethnologie, die Wirtschafts- und Sozialgeographie und nicht zuletzt die Theologie und die Kultur- und Kommunikationswissenschaften, die von dem Dependencia-Ansatz vielfältige Impulse erhielten (vgl. die Überblicksartikel von Evers / v. Wogau 1973, Hurtienne 1974, Wöhlcke / v. Wogau / Martens 1977, Palma 1978, Mansilla 1978, Hein 1981, Boeckh 1982 a und b sowie die Sammelwerke von Lindenberg 1971 und 1982, Senghaas 1972, 1974 und 1979, Grabendorff 1973, Puhle 1977, Seers 1981).

Die guten Arbeiten unter den Dependencia-inspirierten Werken zeichneten sich dadurch aus, daß sie Anregungen aus den verschiedenen Schulen aufnahmen, sie neu verknüpften, mit neuen Begriffen belegten und dabei die historische Tiefenanalyse mit den aktuellen Problemen verbanden. Sie waren kritisch, aber nicht lebensgefährlich-subversiv, — jedenfalls in den meisten Ländern nicht, denn solange der Kampf gegen die Abhängigkeit nicht mit Guerilla-Methoden ausgetragen wurde, konnten auch bürgerlich-demokratische Regimes und rechte Militärdiktaturen nichts gegen „Independencia" haben. Die besseren Dependencia-Analysen waren auch nicht oberflächlich-reformistisch, sondern sie stellten Handlungsanweisungen bereit, die konkret genug waren,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

um nicht inhaltsleer zu wirken, und flexibel genug, um nicht von vornherein als dogmatisch oder utopisch abgelehnt zu werden.

Im Gegensatz zu der üblichen Entwicklungsökonomie mit ihren „preposterous claims" (Göran Ohlin in diesem Band; in demselben Sinne kritisch gegenüber der Anmaßung von Entwicklungsökonomen: Michael Bohnet, Winfried Böll und Otto Matzke), die nicht selten Rezepturen mixte und weitreichende generelle Empfehlungen abgab, als ob es sich bei Ökonomie und Gesellschaft eines Entwicklungslandes um eine Tabula rasa handelte, trug der historisch-strukturelle Ansatz von Dependencia zu Bescheidenheit und Realitätsnähe bei; da er jedoch gleichzeitig den entscheidenden Einfluß von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auf den Lauf der Geschichte herausstellte, also den Klassenkampf des Marxismus in einer modifizierten, die komplexe Klassen- und Schichtenstruktur in Lateinamerika berücksichtigenden Form, war er alles andere als deterministisch.

Dies läßt sich beispielsweise deutlich machen an der Diskussion über die „strukturelle Heterogenität", also das konfliktreiche Neben- und Übereinander sich verschränkender oder verflochtener Produktionsweisen, auf dem Lande: Die partielle Modernisierung der Landwirtschaft hatte seit den 1950er Jahren in Lateinamerika zu einem Vordringen der Markt- und Geldbeziehungen und der kapitalistischen Groß- und Mittelbetriebe geführt. Eine der wichtigen und bislang offenen Fragen war die nach dem Verschwinden oder Überdauern der bäuerlichen Produktionsweise, nach ihrer Funktionalität oder Dysfunktionalität für die kapitalistische Wirtschaft und nach den Möglichkeiten und Grenzen der Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft durch staatliche Programme — wobei die traditionelle kleinräumliche Wirtschaftsform übrigens nicht vorschnell mit „bäuerlich" im europäischen Sinne gleichgesetzt werden darf, weil indianische Produktionsweisen, Sammelwirtschaft, prekäre Eigentumsverhältnisse an der „Grenze" u. ä. m. zusätzlich zu berücksichtigen sind (vgl. Bartra 1977, Bennholdt-Thomsen 1980 und 1981, CEPAL 1982, Clammer 1978, Elsenhans 1979 b, Fajardo u. a. 1981, Feder 1979, Freyhold 1981, Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung 1983, Goodman / Redcliff 1981, Hanisch / Tetzlaff 1979, Harriss 1982, Meillassoux 1975 und 1983, Ortiz 1983, Sandner 1984, Stöhr / Fraser-Taylor 1981, Weaver 1981).

Ebenfalls aus der Diskussion über die „strukturelle Heterogenität" ist die Forschung über die städtischen Armen, die „Marginalen", die Stadtteilbewegungen und den „informellen Sektor" in den lateinamerikanischen Städten hervorgegangen. Auch hier wird die Zukunft nicht deterministisch aus Modellen oder Geschichtsteleologien abgeleitet, sondern es wird die Überlebensökonomie in den armen Stadtteilen ein-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schließlich ihrer Organisationsformen, ihrer Dynamik und ihrer Verflechtungen mit privatwirtschaftlichen und staatlichen Institutionen ohne Vorwegnahme eines bestimmten Ergebnisses untersucht (vgl. Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungssoziologen 1981, Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung 1982, Córdova 1973, Dorfman 1984, Evers u. a. 1979, Jacobi / Nieß 1980, Kraemer 1984, Nitsch 1983, Quijano 1971, Perlman 1976).

Daß es sich bei Bauern und städtischen „Marginalen" nicht nur um „Kleinbetriebe" bzw. „arme Konsumenten" im Sinne einer neoklassischen individualistischen Ökonomie handelt, sondern um Phänomene, die sich besser mit einem Konzept wie dem der Produktionsweise erfassen lassen, welches der speziellen Verhaltenslogik von nicht marktmäßig gesteuerten Individuen und Kollektiven Rechnung tragen kann, begann sich zu Beginn der 70er Jahre auch in den internationalen Organisationen und den nationalen Entwicklungshilfeinstitutionen durchzusetzen. Dabei spielte das Institute of Development Studies (IDS) in Sussex aufgrund seiner Beschäftigungsstudien für die ILO und seiner Zusammenarbeit mit der Weltbank (Chenery u. a. 1974) eine wichtige Rolle. Die Kenia-Studie des Instituts wurde unter der Federführung von Hans W. Singer erstellt, der bereits 1949/50 gleichzeitig mit Prebisch die These von der Verschlechterung der Terms of Trade für Rohstofflieferanten entwickelt hatte und damit als einer der „Großväter" der Dependencia-Schule angesehen werden kann (Jolly 1976).

In der Weltbank nahm McNamara ab 1972 das Thema der Verteilung und absoluten Armut auf, — bis zu dem Punkt, daß seine Vorstellungen als „MaoNamaraism" (Streeten 1984) ironisiert wurden. Es wurden Programme zur integrierten ländlichen und städtischen Entwicklung initiiert, und das „Grundbedürfnis"-Konzept begann seinen zumindest verbalen Siegeszug durch die entwicklungspolitischen Institutionen. Dies ist insofern der Dependencia-Diskussion zuzuschreiben, als sie es war, die das vorher auf Rückständigkeit und Entwicklung, also auf den „Teufelskreis der Armut" und das diesen durchbrechende Wachstum, fixierte Denken überwunden und die „Unterentwicklung" als Spirale nach unten bei Modernisierung thematisiert hatte. Zwar waren schon, wie erwähnt, von Singer und Prebisch (1984 a und b) zu Ende der 40er Jahre ähnliche Thesen für die internationalen Nord-Süd-Wirtschaftsbeziehungen formuliert worden, aber der nachfolgende Optimismus in den 50ern hatte deren Skepsis überrollt, so daß es erst der starken Behauptung von A. G. Frank (1966) von der „Entwicklung der Unterentwicklung" und der anschließenden Diskussion bedurfte, um das Augenmerk der Entwicklungstheoretiker und -praktiker auf die Zunahme der Einkommensdisparitäten und das Andauern, wenn nicht die Zunahme von Armut bei

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und trotz Modernisierung und Wachstum zu lenken. Die These von der strikten Unvereinbarkeit von Abhängigkeit und Entwicklung wurde zwar bald von Cardoso (1974 b) zurechtgerückt, aber was blieb, war das Ende vom Glauben an das automatische „Trickle-down" (Grant 1973), an die Segnungen des modernen Konsums (Furtado 1971 und 1972), der modernen Technologie (Meir 1969, Nitsch 1972, Ernst 1980 und 1981) und der Internationalisierung der Wirtschaft (Amin 1973 und 1974, Barnet / Müller 1974, Bornschier 1980, Fröbel u. a. 1977, Kreye 1974, Senghaas 1972 und 1974 b, Stavenhagen 1969, Sunkel 1970 und 1972).

Ihren Höhepunkt fand die internationale politische Dependencia-Rezeption nach der ersten „Ölkrise" bei der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen, auf der 1974 die „Neue Internationale Wirtschaftsordnung" (NIWO) ausgerufen wurde. Die Vervielfachung der Ölpreise hatte deutlich gemacht, daß nicht polypolistische Angebots- und Nachfragestrukturen den Preis auf internationalen Märkten bestimmten, sondern daß politische Macht einen entscheidenden Einfluß hatte. Damit wurden — in Hirschmans Terminologie (1981 a) — nicht nur die Vertreter der „monoeconomics", sondern auch die „development economists", die zwar an eine in Nord und Süd unterschiedliche Ökonomie, aber auch an den gegenseitigen Nutzen und an das gemeinsame Interesse von Nord und Süd glaubten, herausgefordert.

Eine Herausforderung bedeutete auch das Verhalten der lateinamerikanischen Regierungen und führender Lateinamerikaner in internationalen Organisationen wie der UNCTAD, die sich keineswegs, wie in konservativen Sonntagsreden über „unsere Vettern" in der „Westlichen Hemisphäre/Welt" und ihre „traditionelle Freundschaft" vorgezeichnet, neutral oder gar „westlich" verhielten, sondern trotz aller tiefsitzenden Schwierigkeiten, sich mit den Afrikanern, Asiaten und Arabern zu solidarisieren (vgl. Nitsch 1977 und Drekonja 1982), eine aktive Rolle in der „Gruppe der 77" spielten (vgl. Ffrench-Davis / Tironi 1982). Beispielsweise finden sich in der „Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten", die besonders von dem mexikanischen Staatspräsidenten Echeverría vorangetrieben worden war, eine ganze Reihe von Elementen, die auf die Dependencia-Debatte zurückgehen, — so bereits im Titel der Anspruch, die völkerrechtliche nationale Unabhängigkeit von Staaten für den Abbau von vorwiegend privatwirtschaftlich geregelten Abhängigkeiten in den internationalen ökonomischen Beziehungen nutzbar zu machen.

Die seit über zehn Jahren laufenden Verhandlungen im Rahmen der NIWO über Verhaltenskodizes für Technologietransfer und transnationale Konzerne, über Wettbewerbsbeschränkungen und Rohstoffabkommen, über Schiffahrtsfragen und Umschuldungsregelungen, über eine Re-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

form des Weltwährungssystems, die Modalitäten der Entwicklungshilfe und die zukünftige globale Industriestruktur haben zwar bislang kaum zu greifbaren Ergebnissen geführt, aber sie haben erheblich dazu beigetragen, daß der Wissensstand über all diese Fragen vor allem in den Entwicklungsländern erheblich erweitert worden ist, so daß deren Regierungen und Verwaltungen sich sehr viel besser als früher gegenüber Interessenten behaupten können. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es im Verlauf der weiteren Verschuldungs- und Handelskrisen in der Zukunft wieder zu einer Neuaufnahme von Verhandlungen, eventuell auch zu einer Re-Radikalisierung der Entwicklungsländerforderungen kommt (vgl. Whitehead 1984, Bohnet in diesem Band). Schließlich ist auch bei genauerem Hinsehen zu bemerken, daß „collective self-reliance" in der einen oder anderen Form (vgl. Khan 1980), wenn auch durchaus in bescheidenem Umfang, Gestalt annimmt. Es läßt sich festhalten, daß die internationale Diskussion über die NIWO von der Dependencia-Debatte wesentlich profitiert hat (vgl. Helleiner 1982, Maizels 1982), wenn dies auch in der Bundesrepublik durch die ordnungspolitische Fixierung der besonders profilierten Gegenpositionen (BMWi 1976 gegen Senghaas 1977) nur begrenzt zur Kenntnis genommen worden ist (vgl. Simonis 1983, Nitsch 1978).

Innerhalb der internationalen wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion hat das Aufkommen und die Rezeption der Dependencia-Debatte sowohl die marxistischen als auch die neoklassischen und keynesianischen Richtungen im positiven Sinne herausgefordert und befruchtet. Die neomarxistische Schule und in den USA die „radical economics" sind ohne die Dritte-Welt-Komponente in der politischen Stoßrichtung (Anti-Vietnamkriegs-Bewegung) ebenso wie in der theoretischen Arbeit kaum denkbar. Dabei wurde nicht nur das Axiom des Äquivalententauschs als Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft innerhalb der westlichen Industrieländer attackiert (Habermas 1973), sondern auch die Gesellschaften des real existierenden Sozialismus wurden unter Anknüpfung an heterodoxe Marxisten wie Wittfogel (1957) einer materialistischen Kritik unterzogen (vgl. Dutschke 1974, Bahro 1977). Als Instrumentarium dienten die neu belebten und undogmatisch verwendeten Konzepte wie „Produktionsweise", „Gesellschaftsformation", „Produktivkräfte", etc., die auch, wie bereits erwähnt, in der lateinamerikanischen Dependencia-Debatte unter dem Stichwort „strukturelle Heterogenität" eine wichtige Rolle spielten.

Bei der Analyse der internationalen Wirtschaftsbeziehungen wurden ebenfalls der Äquivalententausch mit der These vom „Ungleichen Tausch" (vgl. zusammenfassend Schmidt 1979) und später mit der These von der „Bewirtschaftung" von Schuldner- durch Gläubigernationen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

(Stadermann 1985) in Frage gestellt und die Rolle der sozialistischen Länder im kapitalistischen „Weltsystem" unter der Fragestellung neu thematisiert, welche Rolle eine sozialistische Wirtschaftsordnung für die nachholende Entwicklung von Nationalökonomien spielen kann (vgl. Wallerstein 1974 und 1979, Hopkins / Wallerstein 1977, Senghaas 1982, S. 277 - 320, Hurtienne 1982).

Das Anknüpfen an die Politische Ökonomie der Klassiker, insbesondere an Karl Marx, durch die verschiedenen linken Strömungen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften führte zu fruchtbaren Reaktionen bei den Attackierten, wobei die „Neue Politische Ökonomie" besonders hervorzuheben ist, — und zwar die auf Downs (1957) zurückgehende demokratietheoretische Variante, wie sie etwa auf der Jahrestagung 1978 des Vereins für Socialpolitik (vgl. Frey 1979) diskutiert worden ist, ebenso wie der Ansatz von Olson, der neuerdings — auf die Industrieländer bezogen — institutionelle Verkrustungen und Wirtschaftswachstum bzw. Stagnation in Beziehung setzt (vgl. zusammenfassend Bernholz 1984).

Die „development economists" hingegen verarbeiteten die Attacke auf ihre implizite Prämisse von dem gleichlaufenden Interesse (gegenseitigen Nutzen) von Nord und Süd an der Entwicklung der Dritten Welt dadurch, daß sie sie explizit machten und kritisch diskutierten. Das geschah vor allem im Umfeld der Arbeit der „Brandt-Kommission", die sich in ihren beiden Berichten (ICIDI 1980, Brandt 1983) das „gemeinsame Interesse" als Leitlinie und Thema setzte (vgl. Helleiner 1982, Nitsch 1982). Fügt man den Antworten auf die Herausforderung durch die Dependencia-Theorie auch noch die historischen Arbeiten hinzu (beispielsweise Hellwege 1976, Puhle 1977), und rechnet man einem neuen paradigmatischen Ansatz nicht nur den „Überzeugungseffekt" und den „Rekrutierungseffekt" (Hirschman 1984) zu, sondern auch so etwas wie einen „Reaktionseffekt" bei den Vertretern konkurrierender Paradigmata, dann wäre wiederum die Dependencia-These kaum zu schlagen, wie leicht belegt werden könnte.

Es war jedoch nicht die Reaktion der Angegriffenen, welche relativ bald zu einem Ende oder zumindest zu einem erheblichen Abflauen der ausdrücklich mit „Dependencia" bezeichneten Arbeiten in Lateinamerika führte, sondern eher die wechselseitige Kritik unter den Lateinamerikanern selbst, die sich nicht zu Unrecht einen inflatorischen und gelegentlich geradezu beliebigen Gebrauch des Begriffs vorwarfen und die abnehmende Qualität der so etikettierten Beiträge beklagten. Demagogen und rechte Militärs bemächtigten sich dieses Begriffs, und Interessenten verschiedener Couleur rechtfertigten kleine und große Projekte und Programme insbesondere dann, wenn sie ökonomisch nicht

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sinnvoll waren, mit ihrem Beitrag zum Abbau von Abhängigkeit (vgl. beispielsweise zum brasilianischen Biotreibstoffprogramm Borges u. a. 1984).

Außerdem mußten sich die Initiatoren auch gegen den modischen Schlagwortgebrauch und den „Konsum" des Dependencia-Ansatzes in den Industrieländern zur Wehr setzen (Cardoso 1977). Als dieser Ansatz also in Gefahr geriet sich „totzusiegen", forderte Cardoso 1979 auf einer Arbeitssitzung des Arbeitsausschusses der Lateinamerikanischen Vereinigung für Sozialwissenschaften CLACSO den Schluß der Dependencia-Debatte und die Umbenennung des entsprechenden Ausschusses (vgl. Drekonja 1982).

Bis zu diesem Zeitpunkt war immerhin erreicht worden, daß zumindest in Lateinamerika die einheimischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler in der Regel bessere Analysen über die Entwicklungsprobleme ihrer Länder vorlegten als Wissenschaftler aus den USA oder Europa, — was bis Mitte der 60er Jahre nur in Ausnahmefällen gegolten hatte. Die damit verbundene Steigerung des Selbstbewußtseins färbte auch auf Intellektuelle aus Asien und Afrika ab, so daß die Mitte der 70er Jahre gegründete Vereinigung der Ökonomen der Dritten Welt zunächst ganz auf das Dependencia-Theorem — später jedoch stärker auf die Marxismus-Leninismus-Orthodoxie des Ostblocks — einschwenkte (vgl. Castro u. a. 1982). Kurz darauf rückten allerdings mit der Weltwirtschafts- und Verschuldungskrise die durch den Gegenbegriff „Independencia" nahegelegten Verhaltensstrategien praktisch in immer größere Ferne, weil das Krisenmanagement angesichts drastisch verfallender Rohstoffpreise, gestiegener Zinsen und drohender protektionistischer Maßnahmen die weltwirtschaftlichen Verflechtungen deutlicher als zuvor vor Augen treten ließ.

So gewannen denn auch die um den Begriff „Weltsystem" kreisenden Ansätze (vgl. Wallerstein 1974 a und b, 1979 und 1984, Blaschke 1982, Senghaas-Knobloch 1979, Siegel 1980) in der theoretischen Diskussion zunehmend Bedeutung. Aber auch die ursprüngliche Fragestellung von Cardoso / Faletto, nämlich die nach der Weichenstellung innerhalb der unter Peripherisierungsdruck stehenden Länder, wurde in der Krise erneut aufgegriffen und analytisch und historisch vertieft (vgl. Senghaas 1982, Hirschman 1977 b). Gleichzeitig setzte auch ein wirtschaftshistorisches Interesse für die Frühe Neuzeit ein, wobei sowohl die Metropolen als auch die Peripherie und die Semiperipherie unter dem zeitgenössischen Thema „Entwicklung im weltweiten Zusammenhang" neu analysiert wurden (vgl. Wallerstein 1974 a, Elsenhans 1981, Hirschman 1977 a, Frank 1978, Hurtienne 1984).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Außerdem trat der Umweltaspekt immer stärker ins Bewußtsein (vgl. zum Beginn Dag-Hammarskjöld-Report 1975 und zusammenfassend Harboth in diesem Band), so daß „ecodevelopment" (Sachs 1984, Glaeser 1984, Freiberg u. a. 1984) wohl zum Kernbegriff eines neuen Paradigmas hätte werden können (vgl. zum Versuch der Integration der Produktionsweisen- mit der Ökologiedebatte Stinchcombe 1983), wenn die globale Wirtschaftskrise nicht die im engeren Sinne ökonomischen Fragen wieder brandaktuell gemacht hätte.

Wie angesichts der kapitalismus- und modernisierungskritischen Grundhaltung zu erwarten war, waren es in Lateinamerika wieder teilweise dieselben Intellektuellen wie in der Dependencia-Debatte, die sich mit den ökologischen Fehlentwicklungen befaßten (beispielsweise Cardoso 1980, Sunkel 1981 und der weiterhin bewunderswert rege Prebisch 1984 a und b) und den Zusammenhang zwischen Lebensstil, Unterentwicklung und ökologischer Krise herausarbeiteten.

Fazit: Die Theorie- und Rezeptionsgeschichte des Dependencia-Ansatzes läßt sich wohl am besten dadurch resümieren, daß man ihn als Synthese oder Bündelung einer Reihe von vor der Mitte der 1960er Jahre disparaten und zum Teil dogmatisch festgefahrenen Theorien oder Theoriesträngen charakterisiert. Etwas über zehn Jahre lang hat er dann in Lateinamerika zu einer wesentlichen qualitativen Verbesserung der Geschichtsschreibung und der Wirtschafts- und Sozialanalyse geführt, — wobei allerdings auch manch Überflüssiges und Ärgerliches produziert worden ist. In der weltweiten Entwicklungsdiskussion traf dieser Ansatz zunächst auf eine sehr begierige intellektuelle Aufnahme durch die 68er-Generation in den USA, Frankreich, der Bundesrepublik und in anderen Industrieländern, und begann dann mit der „Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung" um 1974 herum seinen Siegeszug auf der diplomatischen Ebene der Nord-Süd-Beziehungen. Gegen Ende der 70er Jahre erstarkte weltweit nicht nur politisch, sondern auch ideologisch und in der Wirtschaftswissenschaft die Orthodoxie, „Dependencia" degenerierte zu einem fast beliebig verwendeten Schlagwort, und die kritische Entwicklungsdiskussion fächerte sich in die soeben aufgeführten Stränge auf — vor allem die Diskussion um Produktionsweisen, Krisentheorien unter besonderer Berücksichtigung von Asymmetrien in den Krisenwirkungen, Weltsystemansatz und Ökologiedebatte. Eines der großen Verdienste der „Dependencia-Phase" von der Mitte der 60er bis zum Ende der 70er Jahre bleibt wohl die zumindest zeitweilige Integration und wechselseitige Befruchtung von marxistischen, cepalistischen, keynesianischen und vielfältigen heterodoxen Einflüssen, so daß keine dieser Strömungen der Entwicklungstheorie unverändert aus jener Phase herausgekommen ist — und die „Nachkommen" sich auch

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

untereinander stärker als ihre „Vorfahren" als Mitglieder einer „Familie" betrachten oder betrachten könnten.

3. Wissenschaftlich fruchtbare Denkfiguren und Teilthemen aus der Dependencia-Diskussion

Bislang ist hier noch keine operationale Definition von „Dependencia" geliefert worden. Das hängt damit zusammen, daß die bekannte Ein-Satz-Definition von Theotonio dos Santos, in der er Abhängigkeit versteht als „eine Situation, in der die Wirtschaft bestimmter Länder bedingt ist durch die Entwicklung und Expansion der Wirtschaft eines anderen Landes, der sie unterworfen ist" (1970/72, S. 243), nicht auf allgemeine Zustimmung gestoßen ist und sich für empirische Untersuchungen auch nicht als tragfähig erwiesen hat (vgl. Lall 1975, Palma 1978).

Cardoso führt die Schwierigkeit, „Dependencia" mit streng positivistischen Methoden zu definieren, zu operationalisieren und zu messen, auf die *dialektische Tradition* zurück, in welcher die lateinamerikanischen Autoren wie er selbst bei der Verwendung dieses Begriffs und seines weiteren begrifflichen Umfeldes stehen: „... what interests me is pointing out contradictions and formulating relationships in which the *same* thing is transformed into *the other* by means of a process which takes place in time and which brings certain classes or fragments of classes into relation with others through struggle and opposes them to rival blocs — for example, how one and *the same* ‚national' bourgeoisie is internationalized into *something else*, or how ‚public servants' are transformed into the ‚state bourgeoisie' by redefining the allied and enemy camps. In this analytical perspective, processes involve changes in quality and not merely in degree. The divergence is not merely methodological-formal. It is, rather, at the very heart of studies of dependency." (1977, S. 16, Hervorhebungen im Original.)

Wenn es bei der Analyse von Entwicklungsprozessen also gerade auf qualitativen Wandel und Veränderungen der Akteure selbst und ihrer Beziehungen ankommt, dann nähert sich eine derart entwicklungstheoretisch orientierte historische Forschung eher der Entschlüsselung und Nachzeichnung eines komplizierten Herr-Diener- oder Familiendramas als einer quantitativ ökonometrischen Übung — und jede entwicklungspolitische Aktivität erweist sich als Eingriff in ein solches, in der Realität gerade ablaufendes Drama und nicht als Unterstützung der Entwicklungsanstrengungen „des Landes", als handelte es sich um ein einheitliches Gebilde und um die Regierung als die personifizierte „volonté générale".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Daß externe Akteure und ihre internen Verbündeten sich in den Entwicklungsländern von der Kolonialgeschichte bis zur Gegenwart als äußerst mächtig und häufig übermächtig erwiesen haben, wird niemand bestreiten; aus diesem Befund jedoch folgt noch keine entwicklungspolitische Strategie. Bei den Kritikern des Dependencia-Ansatzes (beispielsweise Sautter 1977) liegt diesbezüglich nicht selten ein fundamentales Mißverständnis vor: Es geht nicht um eine pauschale Alternative zur Abhängigkeit von den kapitalistischen Metropolen, sei es Dissoziation oder gar Anlehnung an Moskau, sondern der Ansatz zeichnet sich gerade dadurch aus, daß er die jeweils konkreten Konstellationen und Optionen in den abhängigen Ländern untersucht und Geschichte entgegen vulgärmarxistischen Argumenten „as an open-ended process" (Cardoso 1977, S. 11) begreift. Auch die von Senghaas initiierten Studien über die Frage, auf welche Faktoren es zurückzuführen sei, daß eine Rohstoffexportökonomie heute „entwickelt" (Dänemark) und eine andere „unterentwickelt" (Uruguay) ist, spüren den Optionen, Bifurkationen oder Weichenstellungen im Drama der Geschichte der verschiedenen Länder nach (Senghaas 1982). Die *Weichenstellung* in jedem einzelnen Moment und bei jeder Entscheidung als Ergebnis von permanenten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zeichnet als typische Denkfigur diesen Ansatz aus.

Übrigens macht Cardoso auch als praktischer Politiker den Eindruck, daß er es meisterhaft versteht, den damit eröffneten Entscheidungsspielraum zu nutzen und den Mittelweg des Dependencia-Ansatzes zwischen der Suggestion von Ohnmacht („der Imperialismus ist doch stärker") und Allmacht („Revolution/Dissoziation als einzige ‚Lösung'") zu gehen. Die Weichenstellung kontrastiert als analytische Denkfigur positiv gegenüber den ansonsten in der Ökonomie üblichen Exponentialfunktionen, Sinuskurven und ähnlichen deterministischen Vorstellungen; und in Verbindung mit dem konflikttheoretischen Modell der Gesellschaft, das hier mit dem Stichwort „Drama" angesprochen worden ist, kontrastiert sie ebenfalls positiv gegenüber einer Ökonomie, die herkulische Empfehlungen abgibt („Get the prices right", „Dissoziation", „Weltmarktintegration" o. ä.), so als ob auf einer Tabula rasa mit dem Riesenspielzeug ökonomischer Modelle eine bessere Zukunft nach Reißbrettentwürfen gebaut werden könnte.

Ein typisches Produkt solcher Reißbrett-Ökonomie war in den 60er Jahren die Denkfigur der *„Lücke"* (vgl. Meier 1984, S. 281 ff.). Erhard Eppler schildert seine Erfahrungen mit diesem Modell in der entwicklungspolitischen Praxis und seine späteren Reflexionen über dessen pragmatische Bedeutung wie folgt: „Als ich im Herbst 1968 meine Mitarbeiter im BMZ bat, mir in einem Satz zu sagen, was die Aufgabe der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Entwicklungshilfe sei, kam prompt die Antwort: ‚Die Lücke schließen' ..." (1983, S. 23 f.); und er fährt fort: „Natürlich wissen wir inzwischen, daß jedes Entwicklungsland seinen Weg finden muß, daß dieser Weg nicht der unsere sein kann, daß es nicht darum gehen kann, Lücken zu schließen, sondern Kräfte zu entfalten ... Niemand weiß, wieviele Millionen Menschen die Lückentheorie in der Entwicklungspolitik schon mit dem Leben bezahlt haben, ..." (S. 24, 26).

Epplers Distanzierung von der „Lücke" zugunsten der *Entfaltung der produktiven Kräfte* entspricht dem auf Friedrich List zurückgehenden Entwicklungsdenken, wie es von Senghaas in die hiesige entwicklungspolitische Diskussion eingeführt worden ist (insbesondere 1977, S. 75 - 87).

Insgesamt läßt sich der Dependencia-Ansatz also besser als durch eine abstrakte Ein-Satz-Definition durch die Denkfiguren und die Teilthemen charakterisieren, die von seinen Vertretern bei ihren Analysen von konkreten Entwicklungs- und Unterentwicklungsprozessen verwendet bzw. behandelt werden und die in ihrer Summe das Wesentliche des Ansatzes darstellen. Neben den bereits erwähnten und im Text hervorgehobenen Denkfiguren und -ansätzen zählen dazu noch eine Reihe anderer, von denen im folgenden zunächst die die internationalen Beziehungen betreffenden und dann die sich auf die innergesellschaftlichen Aspekte beziehenden behandelt werden sollen.

Gegen das vor allem von Rostow (1960) in seinem „Non-Communist Manifesto" popularisierte Denken von Entwicklung in *Stadien*, die die einzelnen Länder im Laufe ihrer Geschichte von der traditionalen Gesellschaft bis zur Massenkonsumgesellschaft zu durchlaufen hätten, setzte A. G. Frank die These von der *Gleichzeitigkeit von Entwicklung und Unterentwicklung* im internationalen wie im nationalen Maßstab (1966), ja sogar der gegenseitigen Bedingtheit und Permanenz. Wenn auch die strikte These von der unausweichlichen Unterentwicklung durch Abhängigkeit bald revidiert wurde, hat es doch erst dieses groben Keils auf den groben Klotz des Wachstums- und Modernisierungsoptimismus der 50er und frühen 60er Jahre bedurft, um allgemein den Blick für die „Modernisierung des Elends" (vgl. Berliner Institut 1982, Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildungsarbeit 1983) und für die Zurkenntnisnahme nicht-traditionaler Formen von Armut in den Städten und auf dem Lande zu öffnen. Gleichzeitig wurde auch in der marxistischen Diskuskion das bereits erwähnte strenge Stalin'sche Phasenschema des orthodoxen Marxismus, wie es in den Kommunistischen Parteien vertreten wurde, zugunsten komplexerer und offenerer Modelle aufgegeben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mit der Dependencia-Diskussion zogen auch *Macht* und *Konflikt* wieder in die Analyse der *internationalen Wirtschaftsbeziehungen* ein. Es wurden die klassischen Imperialismustexte wieder gelesen (Cardoso 1973), Hirschmans erstes größeres Werk, die Arbeit über Macht und Außenhandel (1945), wurde 1970 wieder aufgelegt, Prebisch und Singer mit ihrer These von der Verschlechterung der Terms of Trade kamen wieder zu Ehren, und das Samuelson'sche Faktorpreisausgleichstheorem als der krönende „Schlußstein" (Hirschman 1977 b, Wiederabdruck 1981, S. 60) der neoklassischen Außenhandelstheorie mit ihrer Schlagseite zugunsten von Harmonie, Ausgleich und wechselseitigem Nutzen geriet in den Geruch der mathematischen Spielerei, anstatt, wie später wieder, die Aura eines „ehernen Gesetzes" (Reynolds 1982, S. 207) zu verbreiten. Realer Hintergrund hierfür waren der Preisverfall für Rohstoffe nach dem Korea-Booom 1952/54 und die rasche und nachhaltige Vergrößerung der Lohnunterschiede in Nord und Süd nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Erfolg der OPEC bei der politisch durchgesetzten Erhöhung der Ölpreise gab den Konflikttheoretikern ebenfalls gewichtige Argumente an die Hand.

Wichtiger jedoch als der Einfluß auf das Denken über die internationalen im Sinne von zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen war m. E. der Beitrag der Dependencia-Vertreter zur Herausarbeitung der *Intern-Extern-Interaktionen* und der Konsequenzen der *Transnationalisierung* (Sunkel 1972).

Noch immer wird in ökonomischen Lehrbüchern über „Außenwirtschaft" (beispielsweise Rose 1981) von transnationalen Beziehungen weitgehend abstrahiert, und „Volkswirtschaft" lernt man anhand der geschlossenen Wirtschaft, — ebenfalls ohne die Spezifika transnationaler Beziehungen. Der große Vorteil, den die Dependencia-Diskussion gebracht hat, liegt darin, daß die gesellschaftliche und ökonomische Dynamik der weltmarktintegrierten Sektoren, und zwar der in jeweils unterschiedliche Märkte integrierten, ausdrücklich thematisiert wird, — wie etwa in dem bereits vielfach herangezogenen klassischen Werk von Cardoso / Faletto (1967) für Rindfleisch und Guano, Kupfer und Zucker, Kaffee, Wolle u. a. m.

Über die Weltmärkte und das Weltsystem wird auch die Brücke geschlagen zu einer Analyse der Industrieländer des Nordens, die mit ähnlichen Ansätzen, nämlich der schwerpunktmäßigen Analyse von der *unterschiedlichen sektoralen Weltmarktintegration* her, betrachtet werden können (vgl. Fröbel / Heinrichs / Kreye 1977, Seers u. a. 1978, Kurth 1979 a und b, Wallerstein 1979, Senghaas 1982, Deubner 1984). Damit wird auch ein Ansatz wie der der „staple theory of growth" von Harold Innis, der für Kanada entwickelt worden ist (vgl. zusammenfassend

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mackintosh 1953), methodisch verallgemeinerbar (Hirschman 1977 b). Eine an den konkreten Produktionsverhältnissen in einzelnen Sektoren ansetzende Politische Ökonomie hat überdies der Theorie der Wirtschaftspolitik neue Impulse gegeben, die, wie oben bereits erwähnt, lange auf die makroökonomische Globalsteuerung fixiert gewesen ist, zuweilen sehr dezisionistisch mit Zielen und Instrumenten hantiert hat und die bei der Analyse des politischen Prozesses, also der Entstehung von Wirtschaftspolitik, soweit sie diesen Prozeß überhaupt thematisierte, vielfach sehr stark auf die These von der Stimmenmaximierung bei demokratischen Wahlen gesetzt hat, wie sie nur in relativ wenigen Ländern der Welt abgehalten werden.

Als besonders anregend im Sinne einer klassisch verstandenen Politischen Ökonomie hat sich bei der an Sektoren und Produkten ansetzenden Analyse die lateinamerikanische *Autoritarismus*-Diskussion erwiesen, bei welcher vor allem von O'Donnell eine Parallele zwischen der „Vertiefung" der Industriestrukturen hinein in den Investitionsgüter- und Grundstoffsektor und der Errichtung bürokratisch-autoritärer Regime gesehen wird (vgl. O'Donnell 1973, Collier 1979, O'Donnell u. a. 1985). In dieser Debatte werden auch die europäischen Erfahrungen berücksichtigt, und zwar die zeitgenössischen, insbesondere in Südeuropa (Poulantzas 1975), ebenso wie die historischen (Kurth 1979 a und b), — etwa die „Heirat von Roggen und Eisen" im deutschen Kaiserreich nach 1871.

An der sektoral unterschiedlichen Weltmarktintegration hatte auch zuvor bereits in der Entwicklungsökonomie das *Dualismus*-Konzept angesetzt, aber eher ein friedliches Nebeneinander oder gar ein positives Ausstrahlen des modernen auf den traditionellen Sektor und eine allmähliche Absorption der Arbeitskräfte im modernen Sektor suggeriert (vgl. zusammenfassend Meier 1984, S. 162 ff.). Die mit der Dependencia-Diskussion aufkommende Kritik an diesem harmonischen Konzept und seine Ersetzung durch die bereits erwähnte konfliktgeladene *„strukturelle Heterogenität"* unterschiedlicher *Produktionsweisen* wies nicht nur den Weg, wie die vor allem in der ökonomischen Anthropologie und der Altertumsforschung vorangetriebenen Studien über nichtkapitalistische Gesellschaften für eine sozio-kulturell-ökonomische Analyse zeitgenössischer Strukturen nutzbar gemacht werden konnten (vgl. Moore 1966), sondern sie warf mit dem Begriff der *Marginalität* (Quijano 1971) auch sehr frühzeitig die Frage auf, ob die Arbeitskraft große Bevölkerungsteile überhaupt in einer modernisierten Wirtschaft gebraucht wird. Dieses Problem und seine Auswirkungen haben inzwischen ebenfalls von den Entwicklungsländern auf die Industrieländer übergegriffen, so daß sich eine nicht mehr nur auf Entwicklungsländer be-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zogene Debatte über den *„informellen Sektor"* entwickelt hat (vgl. beispielsweise Kößler / Lenz 1984 und schon früher zur „Lateinamerikanisierung" der USA Barnet / Müller 1974).

Auf den Beitrag der Dependencia-Debatte zur Staatstheorie und zur Theorie der Wirtschaftspolitik durch die Einführung eines *strukturell heterogenen, segmentierten und partikularisierten Staatsapparats* und durch das Aufwerfen der Frage nach den sozialen und ökonomischen Ursprüngen von demokratischen und autoritären Regimen ist bereits hingewiesen worden.

Die in diesem Abschnitt hervorgehobenen Denkfiguren und Teilthemen beschreiben den Dependencia-Ansatz in seinen wesentlichen Aspekten. Es bleibt noch die kritische Bewertung und Abwägung zu leisten.

4. Kritische Bilanzierung

Mit dem Dependencia-Ansatz erfolgte in den 1960er und 1970er Jahren ein wichtiger Beitrag zur Überwindung der wissenschaftlichen Unversöhnlichkeit und des Dogmatismus von Orthodoxien neoklassischer, keynesianischer, marxistischer, entwicklungsökonomischer und modernisierungssoziologischer Provenienz. Erkauft wurde diese Einführung von theoretisch unbelasteten, dafür aber politisch aufgeladenen Begriffen wie „Dependencia", „strukturelle Heterogenität", „Dissoziation", „Peripherie" usw. damit, daß diese Begriffe analytisch „schwammig" blieben, eben weil sie in keine der Orthodoxien hineingehörten. Sie degenerierten auch politisch leicht zu Schlagwörtern und zogen einen entsprechenden Schwall von „Millionen Worten" nach sich. Außerdem entzogen sie sich der positivistisch-exakten Definition und Messung, dadurch daß sie — einer sich dialektisch verstehenden Wissenschaftstradition folgend — gerade auf den qualitativen Wandel ein und desselben Phänomens im Verlauf von Entwicklungs- und Unterentwicklungsprozessen abstellen. Schließlich trug es auch nicht zum erhöhten Renommee bei vielen Fachökonomen bei, daß durch den Dependencia-Ansatz die Fächergrenzen gesprengt wurden und die Entwicklungsökonomie endgültig ihre professionell-ökonomische und auch ihre „nördliche" Exklusivität verlor.

Bei der Durchsicht neuerer wichtiger Lehrbücher gewinnt man den Eindruck, daß sich deutsche Ökonomen ganz besonders schwer getan haben, diesen Einbruch der Soziologen, Politologen, Kulturwissenschaftler und Ethnologen in ihr eng verstandenes Fachgebiet angemessen zu verarbeiten. So wird Dependencia bei Hemmer in einer Fußnote im Kapitel über „Private Kapitalhilfe" abgehandelt (1978, S. 495); bei

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kebschull u. a. erscheint sie in der Kategorie „neo-leninistisch und marxistisch" (1975, S. 141); bei Rose (1981) taucht noch nicht einmal der Name Prebisch, geschweige denn ein eigentlicher Dependencia-Vertreter auf; lediglich einige wenige Ökonomen wie z. B. Ochel (1982) nehmen den Ansatz ernst und behandeln ihn in etwa seiner Bedeutung und Verbreitung in der Dritten Welt gemäß.

Der quer zu den traditionellen Fachgrenzen verlaufende Dependencia-Ansatz entsprach zwar den Rufen der Praxis nach Berücksichtigung sozio-kultureller Faktoren, und auch bei den kürzeren oder längeren Projekterfahrungen der eher am Schreibtisch und im Hörsaal arbeitenden Wissenschaftler dürfte in konkreten Fällen gewiß die Notwendigkeit der Berücksichtigung von „außerökonomischen" Faktoren klar geworden sein, aber die analytische Integration in die eigene Fachwissenschaft blieb und bleibt offenbar eine schwierige, wenn auch unabdingbare Aufgabe.

Den genannten Passivposten wie Schwammigkeit, Anfälligkeit für Schlagworte, mangelnde Operationalisierbarkeit und damit ein gewisser Hang zur Oberflächlichkeit und Beliebigkeit stehen also auf der Aktivseite die Aufbrechung von Dogmatismen, die Offenheit für die Erfassung qualitativen Wandels, die Interdisziplinarität und die Emanzipation der lateinamerikanischen Sozialwissenschaftler von rein „nördlichen" Konzepten gegenüber.

Bei der kritischen Bilanzierung schlägt m. E. insgesamt das bessere Verstehen komplexer Zusammnhänge bei historischen Entwicklungs- und Unterentwicklungsprozessen positiv zu Buch, selbst wenn die Präzision zu wünschen übrig läßt und sich gelegentlich ein Hang zum Abschieben von Verantwortlichkeiten auf den Weltmarkt oder bestimmte externe Akteure in die Analyse einschleicht.

Auf der pragmatischen Ebene eröffnet der Dependencia-Ansatz — durch die Konzentration seiner Aufmerksamkeit auf Weichenstellungen und auf historische Verläufe als Ergebnisse von gesellschaftlichen Konflikten — Spielräume für politisches Handeln, und er dürfte, durch seine historische Perspektive bedingt, auch bei der Benennung von Akteuren und bei der Diskussion von Strategien in bestimmten Situationen große Vorteile gegenüber ahistorischen Ansätzen bieten. Durch seine Semantik („Dependencia"-„Independencia") und durch die Äußerungen einiger seiner Vertreter legt dieser Ansatz jedoch das Mißverständnis nahe, durch eine radikale Abkoppelung sei (mehr oder weniger automatisch) Unterentwicklung zu überwinden und Entwicklung zu sichern.

In Deutschland mag das mehrfach erwähnte starke „Plädoyer für Dissoziation" von Senghaas (1977) für die entwicklungstheoretische Dis-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kussion notwendig gewesen sein, um der allgemein vorherrschenden pauschalen These von der Notwendigkeit, „die Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft zu integrieren", Paroli zu bieten und die Beweislast, wenn schon nicht umzukehren, so doch zumindest offen zu halten. Insofern ist dieses Plädoyer mit der These von A. G. Frank von der „Entwicklung der Unterentwicklung" (1966) vergleichbar. Für eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Dependencia-Thesen der Lateinamerikaner durch die ökonomische Orthodoxie war die suggerierte Gleichsetzung von Dependencia und Dissoziation jedoch eher hinderlich.

Daß es trotzdem zu einer insgesamt breiten Rezeption und vertieften Auseinandersetzung mit dem Dependencia-Ansatz kam und daß insbesondere die Überlebensökonomie der ländlichen und städtischen Armen sich als wichtiges Thema der entwicklungsländerbezogenen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften etablieren konnte, ist mit darauf zurückzuführen, daß nicht überall diese Gleichsetzung vorgenommen wurde und daß nicht alle Teilthemen des hier von mir unter „Dependencia" rubrizierten Ansatzes auch überall unter diesem Etikett diskutiert wurden.

Insgesamt läßt sich daher m. E. eine positive Bilanz ziehen, wenn man das Konzept „Dependencia" in dem Sinne interpretiert, in dem es in der Mitte der 60er Jahre von seinen Urhebern geprägt und verwendet worden ist, und wenn man seine Fruchtbarkeit für die Analyse von Entwicklung und Unterentwicklung mit der der anderen Ansätze in der entwicklungstheoretischen Diskussion vergleicht.

Bibliographie zum Dependencia-Ansatz und seiner Rezeption

Addicks, Gerd / *Bünning*, Hans-Helmut (1979): Strategien der Entwicklungspolitik. Stuttgart.

Almeida, Marco Aurélio Garcia / *Vasconi*, Tomás Amadeo (1972): Las ideologías dominantes en América Latina. In: Sociedad y Desarrollo. Bd. 1, Nr. 1, 1972. Deutsch: Entwicklung der in Lateinamerika vorherrschenden Ideologien, in: Grabendorff (1973), S. 16 - 47.

Amin, Samir (1973): Le développement inégal. Essai sur les formations sociales du capitalisme périphérique. Paris 1973. Deutsch: Die ungleiche Entwicklung. Essay über die Gesellschaftsformationen des peripheren Kapitalismus. Hamburg 1975.

— (1974): Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Weltgesellschaft. In: Senghaas (1974 b), S. 71 - 97.

Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungssoziologen (Hg.) (1981): Subsistenzproduktion und Akkumulation. 2. Aufl., Saarbrücken - Fort Lauderdale.

Bahro, Rudolf (1977): Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Köln - Frankfurt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Baran, Paul A. (1957): The Political Economy of Growth. New York 1957. Deutsch: Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums. Neuwied - Berlin 1966.

Barnet, Richard J. / *Müller*, Ronald E. (1974): Global Reach. The Power of the Multinational Corporations. New York 1974. Deutsch: Die Krisenmacher. Die Multinationalen und die Verwandlung des Kapitalismus. Reinbek 1975.

Bartra, Roger (1977): Und wenn die Bauern verschwinden ... In: Bennholdt-Thomsen, Veronika, u. a. (Hg.): Lateinamerika. Analysen und Berichte 1, Berlin, S. 112 - 127.

Bennholdt-Thomsen, Veronika (1980): Investition in die Armen. Zur Entwicklungspolitik der Weltbank. In: Bennholdt-Thomsen u. a. (Hg.), S. 74 - 96.

— (1981): Subsistenzproduktion und erweiterte Reproduktion. Ein Beitrag zur Produktionsweisendiskussion. In: Backhaus, H. G., u. a. (Hg.): Gesellschaftliche Beiträge zur Marxschen Theorie 14. Frankfurt, S. 30 - 51.

Bennholdt-Thomsen, Veronika / *Evers*, Tilman / Meschkat, Klaus / *Müller-Plantenberg*, Clarita / *Müller-Plantenberg*, Urs / *Schöller*, Wolfgang (Hg.) (1980): Lateinamerika. Analysen und Berichte 4. Internationale Strategien und Praxis der Befreiung. Berlin.

Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung (Hg.) (1982): Das Elend der Modernisierung. Die Modernisierung des Elends. Unterentwicklung und Entwicklungspolitik in Lateinamerika. Berlin.

Bernholz, Peter (1984): The Political Economy of Growth. In: Kyklos, Vol. 37, 2, S. 291 - 294.

BMWI — Bundesministerium für Wirtschaft (Hg.) (1976): Fragen einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium. Bonn.

Bodenheimer, Susanne J. (1971): The Ideology of Developmentalism: The American Paradigm — Surrogate for Latin American Studies. In: Comparative Politics Series, Vol. 2, Berkeley, S. 166 - 213.

Boeckh, Andreas (1982 a): Abhängigkeit, Unterentwicklung und Entwicklung. Zum Erklärungswert der Dependencia-Ansätze. In: Nohlen, Dieter / Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, 2. Aufl., Hamburg, S. 133 - 146.

— (1982 b): Der Beitrag der Dependencia-Ansätze zur Erklärung von Entwicklung und Unterentwicklung in Lateinamerika. In: Lindenberg, Klaus (Hg.): Lateinamerika. Herrschaft, Gewalt und internationale Abhängigkeit. Bonn, S. 49 - 61.

Bohnet, Michael (1971): Entwicklungstheorien. Ein Überblick. In: Ders. (Hg.): Das Nord-Süd-Problem. Konflikte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. München, S. 49 - 64.

— (1985): Wechselnde Akzente der Entwicklungspraxis. In diesem Band.

Borges, Uta / Heiko *Freitag* / Thomas *Hurtienne* / Manfred *Nitsch* (1984): PROALCOOL. Analyse und Evaluierung des brasilianischen Biotreibstoffprogramms. Saarbrücken - Fort Lauderdale.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bornschier, Volker (1980): Multinationale Konzerne, Wirtschaftspolitik und nationale Entwicklung im Weltsystem. Frankfurt - New York.

Brandt, Willy (Hg.) (1983): Hilfe in der Weltkrise. Der zweite Bericht der Nord-Süd-Kommission. Reinbek.

Cardoso, Fernando Henrique (1973): Imperialism and Dependency in Latin America. In: F. Bonilla / R. Girling (Eds.): Structures of Dependency. Stanford, S. 10 ff.

— (1974 a): Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika. In: Senghaas (1974 b), S. 201 - 220.

— (1974 b): Brasilien: Die Widersprüche der assoziierten Entwicklung. In: Sonntag (1974), S. 33 - 62.

— (1977): The Consumption of Dependency Theory in the United States. In: Latin American Research Review, Bd. 12, Nr. 3, S. 7 - 24.

— (1980): El desarrollo en al banquillo. In: Comercio Exterior (México), Bd. 30, Nr. 8, S. 846 - 860. Deutsch: Entwicklung auf der Anklagebank. In: Peripherie, Nr. 5/6, 1981, S. 6 - 31.

— (1984): A democrácia na América Latina. In: Novos Estudos CEBRAP, Nr. 10, S. 45 - 56.

Cardoso, Fernando Henrique / *Faletto*, Enzo (1967): Dependência e desenvolvimento, Santiago 1967. Spanisch: Dependencia y desarrollo en América Latina. México 1969. Deutsch: Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika. Frankfurt 1976.

Castro, Fidel / *Pino Santos*, Oscar / *Primakov*, E. M. / *Szentes*, Tamás / *Aguilar* M., Alonso / *Maza Zavala*, D. F. / *Malavé*, Héctor (1982): La crisis del capitalismo y los países subdesarrollados, México.

CEPAL — Comision Económica para América Latina (Ed.) (1982): Campesinos en América Latina. Revista de la CEPAL. April (Sonderheft).

Chenery, Hollis B. / *Ahluwalia*, Montek S. / *Bell*, C. L. G. / *Duloy*, John H. / *Jolly*, Richard (1974): Redistribution with Growth. Oxford - London.

Clammer, John (Ed.) (1978): The New Economic Anthropology. London.

Collier, David (Ed.) (1979): The New Authoritarianism in Latin America. Cambridge, Mass.

Córdova, Armando (1973): Strukturelle Abhängigkeit und wirtschaftliches Wachstum. Drei Studien über Lateinamerika. Frankfurt.

Dag Hammarskjöld Report (1975): What Now — Another Development. In: development dialogue, Stockholm (Sonderheft).

Deubner, Christian (1983): Change and Internationalization in Industry: Toward a Sectoral Interpretation of West German Politics. In: International Organization, Bd. 38, Nr. 3, S. 501 - 535.

DGFK — Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (Hg.) (1974): Konflikte zwischen westeuropäischen Industriestaaten und Entwicklungsländern und deren friedliche Überwindung. In: DGFK-Informationen, Sonderheft Schwerpunkt II.

Donges, Jürgen (1981): Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik. Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft. Berlin usw.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dorfman, Ariel (1984): Bread and Burnt Rice: Culture and Economic Survival in Latin America. In: Grassroots Development, Bd. 8, Nr. 2, S. 3 - 25.

Dorfman, Ariel / *Mattelart*, Armand (1971): Para leer al Pato Donald. Comunicación de masa y colonialismo. Santiago de Chile.

Downs, Anthony (1957): An Economic Theory of Democracy. New York.

Drekonja, Gerhard (1982): Lateinamerikas Dritte-Welt-Optionen. In: Lindenberg, S. 229 - 244.

Dutschke, Rudi (1974): Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen. Über den halbasiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus. Lenin, Lukacs und die Dritte Internationale. Berlin.

Elsenhans, Hartmut (1977 a): Die Geschichte der europäischen Welteroberung. Frankfurt - New York.

— (1977 b): Ungleichheit und Unterentwicklung. Staat — Wirtschaft — Gesellschaft in der unterentwickelten Welt. Eine kommentierte Textsammlung. Rheinstetten.

— (1979 a): Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft. In: Senghaas, S. 103 - 148.

— (Hg.) (1979 b): Agrarreform in der Dritten Welt. Frankfurt - New York.

— (1981): Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt. Frankfurt - New York.

— (1984): Norm-Süd-Beziehungen. Geschichte, Politik, Wirtschaft. Stuttgart u. a.

Eppler, Erhard (1983): Frieden-Ökologie-Entwicklung. In: Jahrbuch Dritte Welt. Daten, Übersichten, Analysen. Band 1, München, S. 20 - 29.

Ernst, D. (Hg.) (1980): The New International Division of Labour, Technology and Underdevelopment. Frankfurt - New York.

Ernst, Dieter (Hg.) (1981): Industrial Redeployment and International Transfer of Technology: Trends and Policy Issues. Vjb. FES, Nr. 83, März (Sonderheft).

Evers, Tilman (1977): Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt. Zur Theorie des Staates in ökonomisch unterentwickelten Gesellschaftsformationen. Köln - Frankfurt.

Evers, Tilman / *Wogau*, Peter v. (1973): „Dependencia": Lateinamerikanische Beiträge zur Theorie der Unterentwicklung. In: Das Argument, Nr. 79, Juli, S. 404 - 454.

Evers, Tilman / *Müller-Plantenberg*, Clarita / *Spessart*, Stefanie (1979): Stadtteilbewegung und Staat. Kämpfe im Reproduktionsbereich in Lateinamerika. In: Bennholdt-Thomson, Veronika / Meschkat, K. / Müller-Plantenberg, Clarita / Müller-Plantenberg, Urs / Schöller, Wolfgang (Hg.): Lateinamerika. Analysen und Berichte 3. Berlin, S. 118 - 170.

Fajardo, Darío / *Machado*, Absalón / *Villa*, Piedad Gómez / *Salazar*, María C. / *Zamosc*, León / *Gaitán*, María el P. (1981): Campesinado y Capitalismo en Colombia. Bogotá.

Feder, Ernest (1979): Regeneration und Degeneration der Kleinbauernschaft. Drei zwar voneinander abweichende, aber einander nicht widersprechende

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Auffassungen über die Zerstörung der ländlichen Gebiete. In: Elsenhans (1979 b), S. 55 - 99.

Ffrench-Davis, Ricardo / *Tironi*, Ernesto (Hg.) (1982): Latin America and the New International Economic Order. London.

Frank, André Gunder (1966): The Development of Underdevelopment. In: Monthly Review, Sept. 1966. Deutsch: Die Entwicklung der Unterentwicklung. In: Ders. u. a.: Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus. Berlin 1969, S. 30 - 45.

— (1968): Capitalism and Underdevelopment in Latin Amerika. New York. Deutsch: Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika. Frankfurt.

— (1969): Latin America: Underdevelopment or Revolution. New York.

— (1978): World Accumulation 1492 - 1789. London.

Freiberg, Jörg / *Hein*, Wolfgang / *Hurtienne*, Thomas / *Mutter*, Theo (Hg.) (1984): Drei Welten — eine Umwelt. Materialien einer Tagung über Ökologie und Dritte Welt. Saarbrücken - Fort Lauderdale.

Frey, Bruno S. (1979): Von der Politischen Ökonomie zur Wirtschaftspolitik. In: v. Weizsäcker, Carl Christian (Hg.): Staat und Wirtschaft, Berlin, S. 789 - 807.

Freyhold, Michaela v. (1981): Dependenztheorie/Dissoziationstheorie — oder Theorie der Produktionsweise/Theorie der sozialen Kämpfe? In: Peripherie, Nr. 5/6, S. 49 - 63.

Freyre, Gilberto (1933): Casa grande e senzala. Rio de Janeiro. Deutsch: Herrenhaus und Sklavenhütte — Ein Bild der brasilianischen Gesellschaft. Stuttgart 1965.

— Além do apenas moderno. Sugestões em torno de possíveis futuros do homen, em geral, e do homem brasileiro, em particular. Rio de Janeiro.

Fritsch, Bruno (Hg.): Entwicklungsländer. Köln - Berlin 1968.

Fröbel, Folker / *Heinrichs*, Jürgen / *Kreye*, Otto (1977): Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer. Reinbek.

Furtado, Celso (1967): Economic Development of Latin America. A Survey from Colonial Times to the Cuban Revolution. Cambridge, Mass.

— (1971): External Dependence and Economic Theory (1971). Deutsch: Externe Abhängigkeit und ökonomische Theorie. In: Senghaas (1972): S. 316 - 335.

— (1972): Sous-développement dépendance: Une hypothèse globale. In: Tiers Monde, Bd. 13, Nr. 52. Deutsch: Unterentwicklung und Abhängigkeit. Eine globale Hypothese. In: Senghaas (1974), S. 159 - 165.

Gagern, Michael (1977): Marktwirtschaft und Armenpflege im Weltmaßstab. Die Bundesrepublik Deutschland auf dem Holzweg. In: Tinbergen, Jan (Hg.): Der Dialog Nord-Süd. Informationen zur Entwicklungspolitik. Frankfurt - Köln, S. 102 - 115.

Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung (Hg.) (1983): Modernisierung des Elends. Freiburg.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Glaeser, B. (Ed.) (1984): Ecodevelopment. Concepts, Projects, Strategies. Oxford u. a.

González Casanova, Pablo (Ed.) (1977): América Latina: Historia de Medio Siglo (2 Bde.). México.

Goodman, David / *Redcliff*, Michael (1981): From Peasant to Proletarian. Capitalist Development and Agrarian Transition. Oxford.

Grabendorff, Wolf (Hg.) (1973): Lateinamerika. Kontinent in der Krise. Hamburg.

— (1977): Latin America and the Third World. Vjb. FES, Nr. 68, Juni (Sonderheft).

Grant, James P. (1973): Development: The End of Trickle Down? In: Foreign Policy, Nr. 12, S. 43 - 65.

Grimm, Klaus (1979): Theorien der Unterentwicklung und Entwicklungsstrategien. Eine Einführung. Opladen.

Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt.

Hanisch, Rolf / *Tetzlaff*, Rainer (Hg.) (1979): Die Überwindung der ländlichen Armut in der Dritten Welt. Frankfurt.

— — (Hg.) (1981): Staat und Entwicklung. Frankfurt - New York.

Harborth, Hans-Jürgen (1985): Ökologiedebatte und Entwicklungstheorie. In diesem Band.

Harriss, John (Hg.) (1982): Rural Development. Theory of Peasant Economy and Agrarian Change. London.

Hein, Wolfgang (1981): Fachübersicht: Zur Theorie der Unterentwicklung und ihrer Überwindung. In: Peripherie, Nr. 5/6, S. 64 - 91.

Helleiner, Gerald K. (Hg.) (1982): For Good or Evil. Economic Theory and North-South Negotiations. Oslo - Toronto.

Hellwege, Johann (1976): Unterentwicklung, Dependencia- und Modernisierungstheorie. In: Thesing, Josef (Hg.): Politik und Entwicklung in Lateinamerika. Mainz, S. 55 - 87.

Hemmer, Hans-Rimbert (1978): Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer. München.

Hesse, Helmut / *Sautter*, Hermann (1977): Entwicklungstheorie und -politik. Bd. I: Entwicklungstheorie. Tübingen - Düsseldorf.

Hirschman, Albert O. (1945): National Power and the Structure of Foreign Trade. 2. Aufl. University of California Press 1970.

— (1958): The Strategy of Economic Development. New Haven 1958. Deutsch: Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung. Stuttgart 1967.

— (1961): Ideologies of Economic Development in Latin America. In: Ders. (Ed.): Latin American Issues. Essays and Comments. New York 1961. Wiederabgedruckt in: Ders.: A Bias for Hope. Essays on Development and Latin America. London 1971, S. 270 - 311.

— (1977 a): The Passions and the Interests. Political Arguments for Capitalism before its Triumph. Princeton, N. J.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— (1977 b): A Generalized Linkage Approach to Development, with Special Reference to Staples. In: Economic Development and Cultural Change, 25, (Supp. 1977), S. 67 - 98. Wiederabdruck in: Ders.: (1981 c), S. 59 - 97. Portugiesisch: Desenvolvimento por efeitos em cadeia: uma abordagem generalizada. In: Sorj, Bernardo / Cardoso, Fernando Henrique / Font, Maurício (eds.): Economia e movimentos sociais na América Latina. São Paulo 1985, S. 31 - 79.

— (1981 a): The Rise and Decline of Development Economics. In: Ders. (1981 c), S. 1 - 24.

— (1981 b): Beyond Asymmetry: Critical Notes on Myself as a Young Man and on Some Other Old Friends. In: Ders. (1981 c), S. 27 - 33.

— (1981 c): Essays in Trespassing. Economics to Politics and Beyond. Cambridge, Mass.

— (1984): A Dissenters's Confession: „The Strategy of Economic Development" Revisited. In: Meier / Seers (1984), S. 87 - 111 (mit Kommentaren von Carlos F. Diaz Alejandro und Paul Streeten). Portugiesisch: Confissões de um dissidente: a estrategia do desenvolvimento reconsiderada. In: Pesquisa e planejamento econômico, Bd. 13, Nr. 1, 1983, S. 1 - 38.

Hopkins, Terence K. / *Wallerstein,* Immanuel (1977): Patterns of Development of the Modern World System. In: Fernand Braudel Center for the Study of Economics, Review, Bd. 1, Nr. 2, S. 111 - 145. Deutsch: Grundzüge der Entwicklung des modernen Weltsystems. Entwurf für ein Forschungsvorhaben. In: Senghaas (1979), S. 151 - 200.

Hurtienne, Thomas (1974): Zur Ideologiekritik der lateinamerikanischen Theorien der Unterentwicklung und Abhängigkeit, in: PROKLA, Bd. 4, Nr. 14/15, S. 213 - 282.

— (1981): Peripherer Kapitalismus und autozentrierte Entwicklung. Zur Kritik des Erklärungsansatzes von Dieter Senghaas. In: PROKLA, Bd. 11, Nr. 3, S. 105 - 136.

— (1982): Sozialismus und autozentrierte Entwicklung. Zur Korrektur eines entwicklungspolitischen Modells anhand der Beispiele China, Nordkorea, Albanien und Kuba. In: Steinweg, Reiner (Redaktion), Hilfe + Handel = Frieden? Die Bundesrepublik in der Dritten Welt. Frankfurt, S. 307 - 358.

— (1984): Theoriegeschichtliche Grundlagen des sozialökonomischen Entwicklungsdenkens. Bd. I: Rationalität und sozialökonomische Entwicklung in der frühbürgerlichen Epoche. Bd. II: Paradigmen sozialökonomischer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Saarbrücken - Fort Lauderdale.

Ianni, Octávio (1971): La sociología de la dependencia en América Latina: In: Revista Paraguaya de Sociología, Bd. 8, Nr. 21, Mai - August 1971. Deutsch: Soziologie der Dependencia in Lateinamerika. In: Grabendorff (1973), S. 379 - 399.

ICIDI — Independent Commission on International Development Issues (1980): North South: A Programme for Survival. New York. Deutsch: Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen (Nord-Süd-Kommission): Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Mit einer Einleitung des Vorsitzenden Willy Brandt. Köln.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Jacobi, Carola / *Nieß*, Thomas (1980): Hausfrauen, Bauern, „Marginalisierte": Überlebensproduktion in „Dritter" und „Erster" Welt. Saarbrücken - Fort Lauderdale.

Jaguaribe, Hélio / *Ferrer*, Aldo / *Wionczek*, Miguel S. / *dos Santos*, Theotônio (1970): La dependencia político-económica de América Latina. México.

Jolly, Richard (1976): Redistribution with Growth. In: Cairncross, Alec / Mohinder Puri (Eds.): Employment, Income Distribution and Development Strategy: Problems of the Developing Countries. Essays in honour of H. W. Singer. New York, S. 43 - 55.

Kebschull, Dietrich / *Fasbender*, Karl / *Naini*, Ahmad (1975): Entwicklungspolitik. Eine Einführung. 2. Aufl., Opladen.

Khan, K. W. (Hg.) (1980): Self-Reliance als nationale und kollektive Entwicklungsstrategie. München.

Kößler, Reinhart / *Lenz*, Ilse (1984): Das wandelbare Wundertier: „Informeller Sektor", ökologische Zukunft und Herrschaft. In: Freiberg u. a., S. 303 - 320.

Kraemer, Marita (1985): Konsumverhalten in Mexiko. Eine empirische Studie über die Veränderungen der Konsumstruktur von Nahrungsmitteln und deren Bestimmungsfaktoren. München.

Kreye, Otto (Hg.) (1974): Multinationale Konzerne. Entwicklungstendenzen im kapitalistischen System. München.

Kurth, James R. (1979 a): Industrial Change and Political Change. A European Perspective. In: Collier, S. 319 - 362.

— (1979 b): The Political Consequence of the Product Cycle. Industrial History and Political Outcome. In: International Organization, Vol. 33, 1, S. 1 - 34.

Lall, Sanjaya (1975): Is 'Dependence' a Useful Concept in Analysing Underdevelopment? In: World Development, Vol. 3, 11/12, S. 799 - 810.

Lewis, W. Arthur (1984): The State of Development Theory. In: The American Economic Review, Vol. 74, 1, S. 1 - 10. Spanisch: El estado de la teoría del desarollo. In: Comercio Exterior, Vol. 34, 4, S. 307 - 313.

Limqueco, Peter / *Falane*, Bruce M. (Eds.) (1983): Neo-Marxist Theories of Development. London.

Lindenberg, Klaus (Hg.) (1971): Politik in Lateinamerika. Interne und externe Faktoren einer konfliktorientierten Entwicklung. Hannover.

— (1982): Lateinamerika. Herrschaft, Gewalt und internationale Abhängigkeit. Bonn.

Mackintosh, W. A. (1953): Innis on Canadian Economic Development. In: Journal of Political Economy, June, S. 188 ff.

Maizels, Alfred (1982): Towards a Political Economy of the New International Economic Order. In: Helleiner (1982), S. 167 - 186.

Mansilla, H. C. F. (1978): Entwicklung als Nachahmung. Zu einer kritischen Theorie der Modernisierung. Meisenheim am Glan.

Meier, Gerald M. (Ed.) (1984): Leading Issues in Economic Development. 4. Aufl., New York.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Meier, Gerald M. / *Seers*, Dudley (Eds.) (1984): Pioneers in Development. New York.

Meillassoux, Claude (1975): Femmes, greniers et capitaux. Paris 1975. Deutsch: „Die wilden Früchte der Frau". Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft. Frankfurt 1976.

— (1983): The Economic Bases of Demographic Reproduction: From the Domestic Mode of Production to Wage-Earning. In: The Journal of Peasant Studies, Vol. 11, 1, S. 50 - 61.

Meir, Merhav (1969): Technological Dependence, Monopoly and Growth, Oxford.

Menzel, Ulrich (1978): Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells. Ein Beitrag zum Konzept autozentrierter Entwicklung. Opladen.

Moore, Barrington Jr. (1966): Social Origins of Dictatorship and Democracy. New York.

Nitsch, Manfred (1972): Die „technologische Falle". In: Büttner, Friedemann (Hg.): Sozialer Fortschritt durch Entwicklungshilfe? Kritische Beiträge zur Praxis westlicher Entwicklungspolitik. München, S. 146 - 167.

— (1977): Latin America in the Third World. In: Grabendorff, S. 91 - 105.

— (1978): Zur Diskussion über die neue Weltwirtschaftsordnung. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hg.): Polarität und Interdependenz. Beiträge zu Fragen der Internationalen Politik. Baden-Baden, S. 317 - 335.

— (1982): Rich Country Interests and Third World Development: The Federal Republic of Germany. In: Cassen, Robert / Jolly, Richard / Sewell, John / Wood, Robert (Eds.): Rich Country Interests and Third World Development. London, S. 215 - 247.

— (1983): Welche Interessen stehen hinter der Erforschung der sozialen Sicherheit und des Sozialrechts in den Entwicklungsländern? Thesen zur Diskussion über Arbeitsfelder und Prioritäten bei der Erforschung und Gestaltung von sozialer Sicherung in der „Einen Welt" von heute und morgen. In: Vierteljahresschrift für Sozialrecht, Bd. 11, Nr. 1, 1983, S. 33 - 56. Englisch: What Interests Lie Behind Research into Social Security and Social Law in Developing Countries? In: Law and State, Vol. 30, Tübingen, 1984, S. 107 - 131.

Nohlen, Dieter / *Sturm*, Roland (1982): Über das Konzept der strukturellen Heterogenität. In: Nohlen, Dieter / Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, 2. Aufl., Hamburg, S. 92 - 114.

O'Brien, Philip J. (1975): A Critique of Latin American Theories of Dependency. In: Oxaal, Ivar et al. (Eds.): Beyond the Sociology of Development. Economy and Society in Latin America and Africa. London 1975, S. 7 - 27. Deutsch: Zur Kritik lateinamerikanischer Dependencia-Theorien. In: Puhle (1977), S. 33 - 60.

Ochel, Wolfgang (1982): Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft. Köln.

O'Donnell, Guillermo (1973): Modernization and Bureaucratic Authorianism. Studies in South American Politics. Berkeley, Calif.

O'Donnell, Guillermo / Delfina *Linck* (1972): Dependencia y autonomía. Formas de dependencia y estrategia de liberación. Buenos Aires.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

O'Donnell, Guillermo / *Schmitter*, Philippe / *Whitehead*, Laurence (Eds.): (1985): Transitions from Authoritarianism in Latin America and Southern Europe. Washington.

Ohlin, Göran (1985): Does Development Economics Have a Future? In diesem Band.

Ortiz, Sutti (Hg.) (1983): Economic Anthropolgy. Topics and Theories. New York - London.

Osterkamp, Rigmar (1984): Die Probleme der Entwicklungsländer in der Sicht der jüngeren westdeutschen Sozialwissenschaft. Dargestellt am Beispiel von Band 1 des neu aufgelegten Handbuchs der Dritten Welt. In: Internationales Asienforum, Vol. 15, 1, S. 83 - 94.

Palma, Gabriel (1978): Dependency: A Formal Theory of Underdevelopment or a Methodology for the Analysis of Concrete Situations of Underdevelopment? In: World Development, Bd. 6, Nr. 7/8, S. 881 - 924; auszugsweise abgedruckt in: Meier (1984), S. 139 - 143; überarbeitete Fassung: Dependency and Development. A Critical Overview. In: Seers (1981), S. 20 - 78.

Pazos, Felipe (1983): Cincuenta años de pensamiento económico en la América Latina. In: El Trimestre Económico (México), Nr. 200, S. 1915 - 1948.

Perlman, Janice E. (1976): The Myth of Marginality. Urban Poverty and Politics in Rio de Janeiro. Berkeley.

Poulantzas, Nicos (1975): La crise des dictatures, Portugal, Grèce, Espagne. Paris 1975. Deutsch: Die Krise der Diktaturen. Portugal, Griechenland, Spanien. Frankfurt 1977.

Prado Jr., Cáio (1945): História econômica do Brasil. 19. Aufl., São Paulo 1976.

Prebisch, Raúl (1984 a): La crisis global del capitalismo y su trasfondo teórico, in: Revista de la CEPAL, Nr. 22, S. 163 - 182.

— (1984 b): Five Stages in My Thinking on Development. In: Meier / Seers, S. 175 - 191.

Puhle, Hans-Jürgen (Hg.) (1977): Lateinamerika. Historische Realität und Dependencia-Theorien. Hamburg.

Quijano, Aníbal (1971): Polo marginal de la economía y mano de obra marginalizada. Lima. Deutsch: Marginaler Pol der Wirtschaft und marginalisierte Arbeitskraft. In: Senghaas (1974 b), S. 298 - 341.

Reynolds, C. W. (1982): The New Terms of Trade Problem: Economic Rents in International Exchange. In: Kindleberger, C. P. / di Tella, G. (Eds.): Economics in the Long View, Vol. I, London, S. 189 - 209.

Rose, Klaus (1981): Theorie der Außenwirtschaft, 8. Aufl., München.

Rosen, George (Ed.) (1983): Economic Development and the Development of Economics. In: World Development,Bd. 11, Nr. 10 (Sonderheft).

Rostow, Walt W. (1960): The Stages of Economic Growth. A Non-Communist Manifesto. Cambridge, Mass. Deutsch: Stadien des wirtschaftlichen Wachstums. Göttingen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sachs, Ignacy (1976): Environment and Styles of Development. In: Matthews, W. H. (Ed.): Outer Limits and Human Needs, Uppsala, S. 41 - 65.

— (1984): The Strategies of Ecodevelopment. In: Ceres, Vol. 17, 4, S. 17 - 21.

Sandner, Gerhard (1984): Regionalentwicklung und anwendungsorientierte Forschung: Konzepte und Erfordernisse in den 80er Jahren. Vortrag anläßlich des Wissenschaftlichen Symposiums aus Anlaß der 125. Wiederkehr des Todestages Alexander von Humboldts, Berlin 12. 10. 1984 (Manuskript).

Santos, Theotônio dos (1970): The Structure of Dependency. In: American Economic Review, Vol. 60, Nr. 2, S. 225 - 230. Deutsch: Über die Struktur der Abhängigkeit. In: Senghaas (1972), S. 243 - 257.

Sautter, Hermann (1977): Unterentwicklung und Abhängigkeit als Ergebnisse außenwirtschaftlicher Verflechtung. Zum ökonomischen Aussagewert der Dependencia-Theorien. In: Puhle, S. 61 - 101.

— (1985): Entwicklung durch Weltmarktassoziation, Unterentwicklung durch Dissoziation? Ein Rückblick auf die Dependenztheorie. In diesem Band.

Schmidt, Alfred (Hg.) (1976): Strategien gegen Unterentwicklung. Zwischen Weltmarkt und Eigenständigkeit. Frankfurt - New York.

— (1979): Internationale Arbeitsteilung oder ungleicher Tausch. Kontroversen über den Handel zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Frankfurt - New York.

Schiel, Tilman / *Stauth*, Georg (1981): Unterentwicklung und Subsistenzproduktion. In: Peripherie, Nr. 5/6, S. 122 - 143.

Schütt, K.-P. (1980): Externe Abhängigkeit und periphere Entwicklung in Lateinamerika. Eine Studie am Beispiel der Entwicklung Kolumbiens von der Kolonialzeit bis 1930. Frankfurt.

Seers, Dudley (1974): Was heißt „Entwicklung"? In: Senghaas (1974 b), S. 39 - 67.

— (Ed.) (1981): Dependency Theory. A Critical Reassessment. London.

Seers, D. / *Schaffer*, B. / *Kiljunen*, M. L. (Eds.) (1978): Underdeveloped Europe: Studies in Core-Periphery Relations. Hassocks, Sussex.

Sen, Amartya (1983): Development: Which Way Now? in: The Economic Journal, Vol. 93, S. 745 - 762.

Senghaas, Dieter (Hg.) (1972): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion. Frankfurt.

— (1974 a): Die Dritte Welt als Gegenstand der Friedensforschung. DGFK-Hefte, Nr. 5, November.

— (Hg.) (1974 b): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt.

— (1975): Strukturelle Abhängigkeit und Unterentwicklung. Einige einführende Überlegungen. In: Tibi / Brandes, S. 120 - 137.

— (1977): Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation. Frankfurt.

— (Hg.) (1979): Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik. Frankfurt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— (1982): Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen. Frankfurt.

Senghaas-Knobloch, Eva (1979): Reproduktion von Arbeitskraft in der Weltgesellschaft. Zur Programmatik der Internationalen Arbeitsorganisation. Frankfurt - New York.

Siegel, Tilla (1980): Kapitalismus als Weltsystem. Methodische Probleme einer marxistischen Analyse des Weltmarktes. Frankfurt - New York.

Simonis, Udo Ernst (Hg.) (1983): Ordnungspolitische Fragen zum Nord-Süd-Konflikt. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 129, Berlin.

Sonntag, Heinz-Rudolf (1974): Lateinamerika: Faschismus oder Revolution. Berlin.

Stadermann, Hans Joachim (1985): Grundsätze der Ressourcenökonomie und der Geldwirtschaft — dargestellt am Beispiel der zweiten Weltwirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts. Habilitationsschrift, eingereicht beim FB Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin, Berlin.

Stavenhagen, Rodolfo (1969): Sieben falsche Thesen über Lateinamerika. In: Frank u. a., S. 15 - 29.

Stepan, Alfred (1978): The State and Society. Peru in Comparative Perspective. Princeton, N. J.

Stinchcombe, Arthur L. (1983): Economic Sociology. New York.

Stöhr, Walter / *Fraser-Taylor*, D. (Hg.) (1981): Development from Above or Below? A Radical Reappraisal of Spatial Planning in Developing Countries. London.

Streeten, Paul (1984): Book Review: Banking on the Poor: The World Bank and World Poverty. By Robert L. Ayres, Cambridge - London: MIT Press, 1983. In: Journal of Economic Literature, Vol. 22, 3, S. 1146 - 1149.

Sunkel, Osvaldo (1970): Intégration capitaliste transnationale et désintégration nationale en Amérique Latine. Deutsch: Transnationale kapitalistische Integration und nationale Desintegration: Der Fall Lateinamerika. In Senghaas (1972), S. 258 - 315.

— (1972): Big Business and „Dependencia". In: Foreign Affairs, Vol. 50, 3, S. 515 - 521.

— (Ed.) (1981): Estilos de desarrollo y medio ambiente en América Latina. México (2 Bde.).

Tibi, Bassam / *Brandes*, Volkhard (Hg.) (1975): Handbuch 2: Unterentwicklung. Frankfurt.

Tinbergen, Jan: Optimal Development Policies: Lessons from Experience (Review Article).

Vernon, Raymond (1966): International Investment and International Trade in the Product Cycle. In: Quarterly Journal of Economics, Vol. 80, 2, S. 190 - 207.

Wagner, Nobert / *Kaiser*, Martin / *Beimdiek*, Fritz (1983): Ökonomie der Entwicklungsländer. Eine Einführung. Stuttgart.

Wallerstein, Immanuel (1974 a): The Modern World-System. Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century. New York.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— (1974 b): The Rise and Future Demise of the World Capitalist System. Concepts for Comparative Analysis. In: Comparative Studies in Society and History, Vol. 16, 4, S. 387 - 415. Deutsch: Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse. In: Senghaas (1979), S. 31 - 67.

— (1979): The Capitalist World Economy. Cambridge, Mass.

— (1983): Historical Capitalism. London 1983. Deutsch: Der historische Kapitalismus. Berlin 1984.

Weaver, Clyde (1981): Development Theory and the Regional Question: A Critique of Spatial Planning and Its Detractors. In: Stöhr / Fraser-Taylor, S. 73 - 105.

Weltbank (1978 ff.): Weltentwicklungsbericht. Washington.

Whitehead, Laurence (1984): Debt, Diversification, and Dependency: Latin America's Changing International Political Relations, Washington.

Wionczek, Miguel S. (Ed.) (1978): LDC External Debt and the World Economy. Mexico.

Wittfogel, Karl A. (1957): Oriental Despotism. New York 1957. Deutsch: Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht. Frankfurt 1977.

Wöhlcke, Manfred (1981): Abhängige Industrialisierung und sozialer Wandel: Der Fall Brasilien. München.

— (1982): Die Karibik im Konflikt entwicklungspolitischer und hegemonialer Interessen. Baden-Baden.

Wöhlcke, Manfred / *v. Wogau*, Peter / *Martens*, Waltraud (1977): Die neuere entwicklungstheoretische Diskussion. Frankfurt.

Summary

The Usefulness of the Dependencia Approach for Analyzing Development and Underdevelopment

In the mid-60s the "dependencia" approach rose as a critical response to the shortcomings of the development model based on import-substituting industrialization, direct private investment, foreign aid, regional integration and economic planning, as proposed by the UN Economic Commission for Latin America (CEPAL) and followed by most Latin American countries in the fifties and sixties. The old dependence on raw material exports was not overcome and, in addition, a "new dependence" became obvious in the fields of industry, services, finance and communication which went hand in hand with growing income disparities, marginalization, and military dictatorships.

At that moment, A. G. Frank's strong thesis on the "Development of Underdevelopment" as two sides of the same coin opened the eyes of

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

many observers for the modernization of misery in spite of impressive growth. The analysis of underdevelopment began to supplement the previous concentration on growth and modernization breaking the "vicious circle of poverty". One of the results of Frank's attack on the orthodoxy was the search for strategies of "Redistribution with Growth" and a growing concern for "structural heterogeneity", the "modes of production" of the poor (peasants, Indians, housewives, squatters, etc.) and the role of the State.

At the same time, Cardoso and Faletto wrote their "Dependence and Development in Latin America" as an example for rewriting economic and social history with a view to the options, opportunities and perils of the sectoral integration into world markets and the corresponding social conflicts and class struggles within the peripheral countries. Their emphasis on history "as an open-ended process" was directed to overcome deterministic models of stages, whether in the Marxist or the Rostowian tradition, and of exponential growth functions as used by conventional economists.

The "dependencia" approach was enthusiastically received in the Western industrialized countries by the Leftist 1968 movements, since it provided not only an authentic Third World outlook, but also a valuable contribution to unorthodox neo-Marxist theorizing. The diffuse and multi-faceted vocabulary was an advantage and a disadvantage at the same time, since "dependencia" lent itself to an interesting and fresh synthesis of different theoretical strands, but also to its "consumption" as a fashionable and superficial mode of talking about the Third World.

In the Federal Republic of Germany, "dependencia" became close to being equated with "delinking" as a development strategy which lowered its appeal to professional economists not acquainted to the original Latin American discussion. Thus the two opposing views on the "New International Economic Order" — the official free-traders' line of full association and the opposing dissociationists' line of selective decoupling — both tended to play down the Third World's claims, largely influenced by the "dependencia" school, for more equitable and stable trade relations, intergovernmental cooperation, codes of conduct, etc.

Since the end of the 70s, "dependencia" is no longer en vogue; it has been superseded by the "world system" approach, the detailed discussion on modes of production, the renewed interest in crisis theories, by the efforts to come to grips with "ecodevelopment", and — last but not least — by crisis management. Nevertheless, the offsprings of the "dependencia" phase still tend to consider themselves members of the same family.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

A critical evaluation of "dependencia" as an approach to the analysis of development and underdevelopment shows that in spite of its semantic leanings toward superficiality, political demagogy and misunderstandings, the "dependencia" school has been very fruitful in overcoming dogmatisms and disciplinary limitations, in rewriting open-ended history, in drawing attention to the poor and in the emancipation of the Latin American social sciences from dominant Northern influence.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Entwicklung durch Weltmarktassoziation — Unterentwicklung durch Dissoziation?

Ein Rückblick auf die Dependenztheorie

Von *Hermann Sautter*, Frankfurt/M.

I. Einführung

Eine „Dependenztheorie" im Sinne eines zusammenhängenden Systems falsifizierbarer Hypothesen gibt es nicht und hat es nie gegeben.[1] Der Begriff wird verwendet, um wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Diskussionsbeiträge zu kennzeichnen, die von der These der *„Unterentwicklung durch Abhängigkeit"* ausgehen. Trotz der Unterschiede, die diese Beiträge im einzelnen auszeichnen, teilen sie einige gemeinsame Grundpositionen. Dazu gehört die Ablehnung der sogenannten Modernisierungstheorie und die Überzeugung, daß „Entwicklung" ohne eine wie auch immer verstandene Ausgliederung aus dem Weltmarkt nicht möglich sei. Sowohl der Erklärungsanspruch als auch die Strategieempfehlung der Dependenztheorie stehen damit im Gegensatz zum traditionellen entwicklungstheoretischen Denken der 60er Jahre.

Inwieweit der Erklärungswert der Dependenztheorie dem der Modernisierungstheorie überlegen ist und inwiefern sie brauchbarere entwicklungspolitische Empfehlungen liefert als diese, wird sich letztlich nur durch eine Überprüfung dieser Theorie an der Praxis der Entwicklungsländer feststellen lassen. Deduktive Ableitungen aus globalen Modellen, die einen Teil der Dependenz-Debatte bestimmt haben[2], vermögen darüber keinen Aufschluß zu geben. Eine solche *Überprüfung an der Praxis* ist nur durch empirische Untersuchungen über den Erfolg bzw. Mißerfolg von Ländern möglich, deren Entwicklungsstrategie mehr assoziativ oder mehr dissoziativ angelegt war.

Untersuchungen dieser Art liegen inzwischen vor. Ihre Ergebnisse zwingen zu einer weitgehenden Differenzierung und Relativierung zentraler Aussagen der Dependenztheorie. Offenbar gibt es nicht nur Länder, die an den Weltmarkt assoziiert sind und deren Entwicklungspro-

---

[1] *Palma* (1978); *Cardoso* (1977); *Cardoso / Faletto* (1976).

[2] Vgl.: *Boeckh* (1982).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zeß stagniert (wie es gemäß dem Abhängigkeits-Postulat zu erwarten ist), sondern es gibt auch Länder, die gerade durch ihre Weltmarkt-Integration eine bemerkenswerte Beschleunigung ihres Entwicklungsprozesses erfahren haben. Ihnen stehen Länder gegenüber, die im Rahmen einer Abkoppelungs-Strategie nennenswerte Erfolge erzielt haben; doch daneben gibt es Länder, in denen die Verfolgung dieser Strategie eher zur Verfestigung der Unterentwicklung geführt hat.

Fragt man nach den Ursachen dieser unterschiedlichen Auswirkungen einer assoziativen bzw. dissoziativen Strategie, so stößt man auf Erklärungszusammenhänge, die zum traditionellen Forschungsgegenstand der Modernisierungstheorie gehören. Die Überprüfung zentraler Aussagen der Dependenztheorie an der Praxis der Entwicklungsländer führt also zu dem bemerkenswerten Ergebnis einer Aufwertung modernisierungstheoretischer Ansätze.

Dies mag einer der Gründe dafür sein, weshalb es seit Ende der 70er Jahre um die Dependenztheorie still geworden ist.[3] Nicht wenige der Aussagen, die von ihren Anhängern ursprünglich mit nahezu apodiktischem Wahrheitsanspruch vertreten worden waren, mußten inzwischen zurückgenommen werden. Der geringe Präzisionsgrad, der die Dependenztheorie schon immer gekennzeichnet hat, erlaubt es gleichwohl ihren Anhängern, manche dieser Relativierungen als eine Klärung von Mißverständnissen zu interpretieren und dieses Vorgehen als einen Beweis für die Entwicklungsfähigkeit und Fruchtbarkeit des dependenztheoretischen Ansatzes zu deuten.

Im Abschnitt II. geht es um einige der Relativierungen, die die Dependenztheorie im Verlauf der theoretischen Debatte hat hinnehmen müssen. Die beiden folgenden Abschnitte behandeln einige notwendige Abstriche an einer zentralen Strategieempfehlung dieser Theorie. Dabei soll zunächst auf die Erfahrungen von Ländern eingegangen werden, die bei der Wahl einer assoziativen Strategie beachtenswerte Erfolge erzielt haben (III.). Diese Überlegungen werden ergänzt durch die Darstellung entwicklungspolitischer Erfahrungen von Ländern, die eher eine dissoziative Politik betrieben haben und damit keine nennenswerte Erfolge erzielen konnten (IV.). Beide Fälle stehen im Widerspruch zur dependenztheoretischen These, die Weltmarktintegration eines Landes verhindere eine „autozentrierte" Entwicklung, die am ehesten durch eine „Abkoppelungs"-Strategie erreicht werden könne.[4] Im letzten Ab-

[3] *Boeckh* (1982), S. 133.

[4] In der Dependenz-Literatur gelten u. a. China und Nordkorea als Beispiele für Länder, die eine erfolgreiche autozentrierte Entwicklung durchlaufen, wobei es allerdings problematisch ist, im Falle Chinas von einer Dissoziations-„Strategie" zu sprechen, weil das Land nie in gleichem Maße in den Weltmarkt integriert war, wie dies etwa bei lateinamerikanischen Ländern der Fall war. Vgl. dazu: *Menzel* (1978), *Juttka-Reisse* (1979).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schnitt (V.) geht es dann um die sich aufdrängende Frage nach dem Erklärungswert einer kritisch verstandenen Modernisierungstheorie.

II. Ausbeutung und Abhängigkeit als Ursachen der Unterentwicklung — zum Erklärungsanspruch der Dependenztheorie

Abhängigkeit, verstanden als „eine Beziehung der Unterordnung zwischen formal unabhängigen Staaten"[5], kann nach Ansicht von Anhängern der Dependenztheorie in mehrfacher Hinsicht zur Unterentwicklung beitragen: Sie kann erstens zur Ausbeutung peripherer Länder durch die dominierenden „Metropolen" führen *(„Ausbeutungsthese")*; sie kann zweitens in den peripheren Ökonomien deformierte Wirtschafts- und Sozialstrukturen entstehen lassen, die eine Entwicklung zugunsten marginalisierter Bevölkerungsgruppen verhindern *(„strukturelle Abhängigkeit")*. Zwischen diesen beiden Ursachen der Unterentwicklung können vielfältige Verknüpfungen bestehen.[6] Dies ist nicht der Ort, alle Varianten der Dependenztheorie nachzuzeichnen, in denen diese Thesen entfaltet worden sind.[7] Es muß genügen, wenn die Ausbeutungs- und Abhängigkeitsthesen an einigen exemplarischen Aussagen verdeutlicht werden, bevor auf ihre Relativierung eingegangen werden kann.

Die *Ausbeutungsthese* in ihrer *„indirekten"* Variante wird in besonders ausgeprägter Form von Marini vertreten.[8] Verkürzt wiedergegeben lautet der Gedankengang Marinis folgendermaßen: Sinkende „Commodity Terms of Trade" zwingen die lateinamerikanischen Länder zu einer Ausweitung ihrer Exportproduktion, da nur so das reale Importvolumen aufrechterhalten werden kann. Es liegt also der Fall eines „Verelendungswachstums" vor. Der durch die Verschlechterung der Austauschverhältnisse bewirkte Einkommenstransfer in die dominierenden Industrieländer wird in den peripheren Ländern nicht von den Kapitaleignern, sondern von den Arbeitskräften getragen, deren Reallohnniveau sinkt. Auf diese Weise wird die Ausweitung des Binnenmarktes verhindert. Die externen Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse schlagen sich also in einer internen Ausbeutung nieder, an der ein stetiges Wachstum der Binnenwirtschaft scheitert.

---

[5] *Marini* (1974), S. 101.

[6] Zur Unterscheidung der verschiedenen Varianten vgl. u. a.: *Boeckh* (1979), S. 6 ff.

[7] Einen Überblick geben *Wöhlcke / Wogau / Martens* (1977); *Evers / Wogau* (1973).

[8] *Marini* (1974). Ähnlich auch: *Braun* (1974). Überschneidungen zur These der „direkten" Ausbeutung finden sich u. a. bei: *Maza Zavala* (1973); *Bejarano* (1972).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In enger, häufig etwas undurchsichtiger Verbindung mit diesem „Terms of Trade"-Argument werden in der Dependenzliteratur die Thesen vom *„ungleichen Tausch"* vorgetragen.[9] Sie besagen letztlich nichts anderes, als daß es zu einem verdeckten Wertetransfer zwischen handeltreibenden Ländern kommt, wenn die tatsächlichen Weltmarktpreise nicht mit denjenigen Preisen übereinstimmen, die sich bei international ausgeglichenen Lohnsätzen ergeben würden.[10]

Zunächst standen Ausbeutungsargumente der genannten Art im Vordergrund der dependenztheoretischen Diskussion. Später verloren sie an Bedeutung. Es war allzu offenkundig, daß auf diese Weise *die* Unterentwicklung Lateinamerikas oder gar der „Dritten Welt" kaum zu erklären war und daß diese Argumente lediglich geeignet sind, auf *zusätzlich* wirksame Entwicklungshindernisse hinzuweisen. Schon ein Blick auf den tatsächlichen Verlauf der Austauschverhältnisse der Entwicklungsländer läßt die Schwäche des „Terms of Trade"-Arguments erkennen. Es kann keineswegs davon gesprochen werden, daß sich die realen Austauschverhältnisse aller Entwicklungsländer langfristig verschlechtert hätten. Vielmehr zeigt sich ein höchst *differenziertes Bild* für einzelne Länder und einzelne Perioden.[11] Darüber hinaus ist die Deutung sich verschlechternder „Terms of Trade" im Sinne der Ausbeutungsthese keineswegs unproblematisch. Ganz abgesehen von den Schwierigkeiten einer exakten statistischen Erfassung der Preisverhältnisse im Außenhandel können sinkende relative Exportpreise auf Ursachen zurückzuführen sein, die nichts mit einer „Ausbeutung" zu tun haben. Was schließlich die Thesen vom „ungleichen Tausch" anbelangt, so hat sich gezeigt, daß sie kaum mehr sind als eine tautologische Umformulierung relativ simpler Prämissen, und daß es keine Möglichkeit gibt, diese Thesen empirisch zu überprüfen: „Aus der Theorien-Konkurrenz der Erklärungsansätze von Unterentwicklung scheiden diese Thesen daher aus", meint A. Schmidt.[12]

Eine andere Variante der Ausbeutungsthese behauptet eine *„direkte" Ausbeutung* der Entwicklungsländer durch *transnationale Unternehmen.* Im offenen und versteckten Gewinntransfer dieser Unternehmen aus Entwicklungsländern in die Industrieländer wird eine „Dekapitalisierung" der „Dritten Welt" gesehen.[13] In diesem Zusammenhang wird etwa darauf hingewiesen, daß der jährliche Devisenabfluß durch den

---

[9] Vgl. dazu insbesondere: *Emmanuel* (1972).

[10] A. *Schmidt* (1979, 1982).

[11] Vgl.: *Hesse / Sautter* (1977), S. 75 ff.; *Donges* (1981), S. 23 ff.

[12] A. *Schmidt* (1982), S. 130.

[13] So etwa bei: *Cardoso* (1973), S. 211; *Dos Santos* (1970), S. 90 f.; *Frank* (1969), passim; *Sonntag* (1973), S. 178.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gewinntransfer in vielen Fällen höher ist als der Zufluß durch ausländische Neuinvestitionen, daß die Importe aus Muttergesellschaften überfakturiert und die Exporte dorthin unterfakturiert werden, daß die den Tochterfirmen abverlangten Zahlungen für die Patentnutzung höher sind als die entsprechenden Kosten im Technologietransfer zwischen Industrienationen[14], und daß inländische Unternehmen durch ausländische Investoren verdrängt werden.

Auch dieses Argument ist in der Spätphase der Dependenz-Diskussion etwas in den Hintergrund getreten. Es gibt zwar unbestreitbare Tatsachen, auf die sich die Dependenz-Autoren in diesem Zusammenhang berufen können, wie etwa die Belastung der Zahlungsbilanz vieler Länder durch einen Negativsaldo zwischen Kapitalzufuhr und Gewinntransfer.[15] Doch es wäre gerade in diesem Fall vordergründig, wollte man darin bereits eine „Dekapitalisierung" der Entwicklungsländer sehen.[16] Erstens ist zu berücksichtigen, daß ohne eine Zunahme des Kapitalzuflusses mit wachsenden Raten und ohne eine vollständige Reinvestition der erzielten Gewinne unweigerlich der Zeitpunkt kommen muß, an dem die transferierten Gewinne höher sind als der Kapitalzufluß des gleichen Jahres. Dies muß nicht bedeuten, daß das Gastland einer Auslandsinvestition schlechter dasteht als beim Ausbleiben dieser Investition. Selbst wenn die Gewinne vollständig ins Ausland abfließen, profitiert das Inland immer noch durch die übrigen Wertschöpfungsbestandteile einschließlich der staatlichen Steuereinnahmen. Zweitens werden bei dieser Betrachtung die Zahlungsbilanzeffekte unberücksichtigt gelassen, die durch die Export- und Importtätigkeit der Tochterfirmen transnationaler Unternehmen entstehen. Schließlich ist zwischen Investition im Primärgüterbereich und im industriellen Sektor zu unterscheiden und danach zu fragen, ob die jeweiligen Gewinne im Inlandsmarkt oder im Export realisiert werden. Im letzteren Fall kann nicht von einer „Dekapitalisierung" des Inlands durch einen Gewinntransfer gesprochen werden.

Diese Einwände besagen nicht, daß der offene und versteckte Gewinntransfer der Niederlassungen ausländischer Gesellschaften kein Problem für die Entwicklungsländer darstelle, aber sie relativieren das „Dekapitalisierungs-Argument" bei der Erklärung von Unterentwicklung.

Eine größere Bedeutung als diese erste Argumentationslinie besitzt die zweite Variante der Dependenztheorie, die Unterentwicklung mit

---

14 *Vaitsos* (1972).

15 Vgl. etwa: *Ochel* (1982), S.136 ff.

16 Vgl. *Sautter* (1977); *Donges* (1981), S. 116 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„struktureller Abhängigkeit" erklärt.[17] Die Auslandsabhängigkeit ist nach dieser These verankert in den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen eines Landes. Diese sind das Ergebnis einer Überfremdung, die in der Kolonialzeit begann und auch nach Erlangen der politischen Unabhängigkeit andauerte. Sie kommt etwa im auslandsorientierten Konsumstil der Oberschicht, in deren Kollaboration mit transnationalen Unternehmen, dem Fehlen einer eigenständigen Kapitalgüter-Industrie, der mangelnden Verkettung binnenwirtschaftlicher Sektoren, der Segmentierung des Arbeitsmarktes zwischen einem „modernen" und einem „traditionellen" Sektor und einer stark ungleichen Einkommensverteilung zum Ausdruck. Die Auslandsabhängigkeit wurde sozusagen internalisiert und damit zum Merkmal „verkrüppelter" Ökonomien, die keine eigene Entwicklungsdynamik besitzen, sondern von derjenigen der „Metropolen" abhängen.

Diese strukturalistische Variante der Dependenztheorie befindet sich auf einem festeren Boden als manche Varianten der Ausbeutungsthese. Es ist *unbestreitbar,* daß die koloniale Beherrschung von Gebieten, die wir heute „Entwicklungsländer" nennen, zur nachhaltigen Erschütterung des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges dieser Länder geführt hat und daß daraus Entwicklungshindernisse entstanden sind, die bis heute nachwirken. Es fällt nicht schwer, dafür *Beispiele* zu finden. Erwähnt sei etwa der Niedergang des Textilgewerbes in Indonesien durch die von den Holländern erzwungene Einfuhr von Textilien. Es entspräche keineswegs den historischen Tatsachen, wollte man in dieser Verdrängung einheimischer Betriebe das Ergebnis eines marktwirtschaftlichen Leistungswettbewerbs sehen, dem diese Betriebe aufgrund „komparativer Kostennachteile" nicht gewachsen gewesen wären. Die Vernichtung inländischer Produktionsstätten war vielmehr die Folge einer Behinderung der inländischen Gewerbetätigkeit durch die Kolonialmacht und der Begünstigung des Importhandels durch zahlreiche Privilegien.[18] Es ist auch hinreichend bekannt, welche katastrophalen Folgen die Kolonialpolitik Großbritanniens für die handwerkliche Produktion in einigen britischen Kolonien besaß.[19] Man braucht gar nicht auf die Dependenz-Literatur zurückzugreifen, um dafür genügend Hinweise zu finden. Schon im letzten Jahrhundert sprach der nordamerikanische Nationalökonom Henry Charles Carey unter Bezugnahme auf offizielle Dokumente der britischen Regierung von einer wirtschaftlichen „Kriegführung" Großbritanniens: „Es ist ein Krieg, um die Bevölkerung

[17] Diese These, die oft gemeinsam mit der „Ausbeutungsthese" vertreten wird, findet sich etwa bei: *Cardoso* (1973), S. 50 f., S. 210 f.; *Amin* (1974); *Furtado* (1972); *Sunkel* (1972); *Cordova* (1973).

[18] J. *Röpke* (1982).

[19] Vgl. *Wulf* (1978), S. 133.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aller anderen Länder zu zwingen, sich auf Ackerbau zu beschränken, um die Vervielfältigung der Beschäftigung in anderen Ländern zu verhüten, um die Entwicklung der Geisteskraft zu hemmen" ... „Wo wir uns hinwenden mögen, nach Portugal, Westindien und der Türkei, allenthalben erblicken wir dasselbe Resultat: Die Kraft, englische Arbeitserzeugnisse zu kaufen, schwand mit der Kraft, ihre eigenen Produkte zu verkaufen. Alle diese Länder sind gelähmt, und England bietet jetzt das außerordentliche Schauspiel einer Nation, die mehr als irgendeine andere die Kraft besitzt, der Menschheit Dienste zu leisten, und doch von Colonien und Verbündeten umgeben ist, die alle, mit einziger Ausnahme des golderzeugenden Australien, langsam aber sicher vollständiger Erschöpfung entgegengehen."[20]

Wird über Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte hinweg die Produktionsstruktur durch eine dominierende ausländische Macht bestimmt, so ist kaum damit zu rechnen, daß die sich selbst überlassenen Marktkräfte diese Struktur im Sinne des sozialökonomischen Optimums korrigieren können. Dazu wäre ein außerordentlich hohes Maß an Faktormobilität, unternehmerischem Weitblick und politischer Stabilität erforderlich.[21] In den unabhängig gewordenen Kolonien hat es daran weitgehend gefehlt. Die Folge davon war, daß die Marktkräfte dort, wo sie wirksam werden konnten, vielfach zur Verfestigung verzerrter Strukturen geführt haben, und daß diejenigen Verhältnisse entstanden, die die Dependenz-Literatur als „strukturelle Abhängigkeit" bezeichnet.

Lateinamerika, das schon relativ früh unabhängig wurde, bietet dafür zahlreiche *Beispiele*. Die aus den Befreiungskämpfen siegreich hervorgegangene Elite blieb auf Europa hin orientiert und war angesichts einer schwachen Legitimationsbasis vor allem an der Machterhaltung und weniger an wirtschaftlichen und sozialen Neuerungen interessiert. Der Ausbildungsstand der Arbeitskräfte blieb gering, und die inländische Unternehmerschaft war weit davon entfernt, die Rolle dynamischer Neuerer zu spielen. Es ist nicht verwunderlich, daß unter diesen Umständen die überkommene wirtschaftliche Abhängigkeit nicht überwunden, sondern noch eher vertieft wurde. Peru hatte beispielsweise am Ende des 19. Jahrhunderts einen großen Teil seiner Zolleinnahmen an britische Gläubiger verpfändet und eine ausländische Firma mit der Kontrolle des gewinnbringenden Guano-Exports beauftragt.[22] Damit war die peruanische Wirtschaft im hohen Maße von Entscheidungen abhängig, die in den europäischen Metropolen getroffen wurden. Eine eigenständige Industrialisierung konnte unter diesen Voraussetzungen

[20] *Carey* (1866), S. 152, 154.

[21] *Hoffmann* (1984).

[22] *Boeckh* (1979), S. 75, 78.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht entstehen. In anderen Ländern mag der Zusammenhang zwischen Auslandsabhängigkeit und „struktureller Heterogenität" weniger kraß zutagetreten. Aber er ist in nahezu allen Ländern der „Dritten Welt" unübersehbar.

Das zuletzt genannte Beispiel Perus illustriert aber zugleich die *unlösbaren Schwierigkeiten,* in die man sich begibt, wenn man nach einer primären Ursache von Unterentwicklung fragt, und es macht damit die Grenzen der These von der „strukturellen Abhängigkeit" sichtbar. Peru war nach Erlangung der politischen Unabhängigkeit mehrere Jahrzehnte lang in starkem Maße vom Weltmarkt isoliert.[23] Während dieser Zeit hätte die Chance bestanden, die Grundlagen für eine eigenständige gewerbliche Produktion zu schaffen. Diese Chance wurde verspielt. Dem Land fehlten nicht nur kreative Unternehmer, sondern auch eine politische Führung, die es unternahm, durch grundlegende strukturelle Reformen die Voraussetzungen für einen eigenständigen Wachstumsprozeß zu schaffen. Statt dessen entstand eine „parasitäre Bourgeoisie", die wenig Sinn für die Entwicklungserfordernisse des Landes zeigte, und die von den zeitlich wechselnden Exportwellen des Primärgütersektors profitierte. Diese Schicht entfaltete dabei eine Verschwendungssucht, die Max Weber eher bei mittelalterlichen Feudalschichten als bei kapitalistischen Unternehmern gesucht hätte, und sie scheute auch nicht vor einer Ausbeutung ihres eigenen Staates zurück. Durch fingierte Abrechnungen betrog sie beispielsweise die peruanische Regierung um einen großen Teil der Staatseinnahmen aus dem Guano-Export, so daß sich die Regierung schließlich genötigt sah, die Kontrolle dieses Exports an das französische Haus Dreyfus zu übertragen.[24] Die Übereignung dieser Kontrollbefugnis an *Ausländer* war offenbar der einzige Ausweg, um der Ausbeutung durch *Inländer* zu entkommen! Mit Recht läßt sich behaupten, daß dadurch die Auslandsabhängigkeit des Landes vertieft worden ist. Doch sind die Ursachen dafür nicht im Versagen der inländischen Elite zu suchen? Welchen Sinn macht es, deren Unfähigkeit zum „Erbe der kolonialen Vergangenheit" erklären zu wollen? Wenn man dies auch heute noch versucht, rechtfertigt man damit nicht jedes Versagen der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsinstanzen eines Landes, und werden auf diese Weise nicht diejenigen Kräfte gelähmt, die auf eine Überwindung der „Abhängigkeitsstrukturen" von innen heraus drängen?[25] Ist es ein Zufall, daß sich die Dependenztheorie gerade bei denjenigen Eliten der „Dritten Welt", die sich bei der Lösung interner Aufgaben als besonders unfähig erwiesen haben, großer Beliebtheit erfreut hat?[26]

[23] *Boeckh* (1979), S. 73.
[24] *Boeckh* (1979), S. 88.
[25] *Hodara* (1971), S. 12 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mit diesen Fragen wird eine grundsätzliche Problematik der strukturalistischen Variante der Dependenztheorie angesprochen. Dieser Theorie geht es um den Nachweis der Verankerung externer Abhängigkeiten in den internen Strukturen eines Landes. Aber damit begibt sie sich in einen *endlosen Zirkel* von Ursachen und Wirkungen: Die Erscheinungsformen externer Abhängigkeiten sind das Spiegelbild interner Abhängigkeitsstrukturen, diese sind das Ergebnis externer Abhängigkeiten, die wiederum nicht entstanden wären ohne interne Abhängigkeitsstrukturen usw. Es wäre willkürlich, wollte man in diesem zirkulären Verursachungsprozeß einen Fixpunkt ausmachen und behaupten, „letztlich" seien es die externen Faktoren gewesen, die die Unterentwicklung verursacht hätten. Ein historischer Fixpunkt dieser Art könnte eventuell in der Kolonisierung gesehen werden, aber auch dagegen kann eingewandt werden, daß es ehemalige Kolonien gibt, die heute hochentwickelt sind, daß es Nicht-Kolonien gibt, die unterentwickelt blieben, und daß auch die Eroberung durch Kolonialmächte häufig durch die Schwäche inländischer „Strukturen" begünstigt wurde (Stammeskriege im vorkolonialen Afrika, Ausbeutung und Unterdrückung lateinamerikanischer Völker durch die Inkas und Azteken, Rückständigkeit der autochthonen technischen Entwicklung usw.). Es ist in diesem dialektischen Prozeß interner und externer Verursachung der heutigen Unterentwicklung schlechterdings nicht mehr möglich, eine primäre Ursache auszumachen!

Dies ist denjenigen Dependenz-Autoren zu entgegnen, die bei grundsätzlicher Anerkennung der Verschränkung innerer und äußerer Entwicklungshindernisse doch versuchen, an der Priorität der Auslandsabhängigkeit als der Ursache von Unterentwicklung festzuhalten und damit die Dialektik der Unterentwicklung zugunsten einer *Kausalität* aufzulösen. Symptomatisch dafür ist die folgende Äußerung: „Die exogene Penetration der Gesellschaften der Dritten Welt (hat) nicht nur zur Herausbildung, wenngleich sektoriell und geographisch begrenzter, dynamischer Pole geführt ... sondern ... auch die endogenen Faktoren auf die jeweils dominanten dynamischen Pole hin umfunktioniert ..., (so daß diese Faktoren) von den ersten Penetrationsprozessen an ihren ... autochthonen Charakter verloren haben."[27] Hier werden Unterentwicklung und Abhängigkeit kausal auf eine exogene Penetration zurückgeführt. Interne Ursachen einer entwicklungshemmenden Außenhandelsverflechtung, die für die heutigen Entwicklungsländer häufig ebenso wichtig sind, treten völlig in den Hintergrund.[28] Gegen Kindleberger,

---

[26] Zur Rechtfertigungsfunktion der Dependenztheorie vgl. *Astiz* (1969), S. 246 f.; *Llorente* (1972), S. 88; *Wionczek* (1970).

[27] *Senghaas* (1974), S. 22.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der die Frage nach einer Kausalität historischer Wachstumsprozesse (und damit auch des Ausbleibens solcher Prozesse) für sinnlos hält, vermuten Senghaas / Menzel, daß die Kausalitätsproblematik „lösbar" sei.[29] Dahinter steht offenbar die Absicht, bei aller Anerkennung der Interdependenz von Ursachen doch an der These einer „Dependenz" der Unterentwicklung festzuhalten.[30]

Hat man sich — mit welcher Berechtigung auch immer — auf die These der „Unterentwicklung durch Abhängigkeit" festgelegt, dann kann die Strategieempfehlung nur lauten, ein Land habe sich vom Weltmarkt *„abzukoppeln"*.[31] Doch weil „Abhängigkeit" ein strukturelles Phänomen ist, kann es nicht nur darum gehen, die außenwirtschaftlichen Beziehungen einzuschränken, etwa durch Zölle, Importquoten, Devisenkontrollen oder andere Instrumente der Außenhandels- und Währungspolitik; Maßnahmen dieser Art müssen vielmehr begleitet sein von einer grundlegenden Umgestaltung inländischer Strukturen, wie sie etwa in der Einkommensverteilung, der Nachfragestruktur, den Bodenbesitzverhältnissen, dem ungleichen Zugang zu den Bildungseinrichtungen usw. zum Ausdruck kommen. Diese *innere Umstrukturierung* — die nach Senghaas durch eine Kooperation mit anderen Entwicklungsländern ergänzt werden muß[32] — soll von einer revolutionären politischen Führung durchgesetzt werden. Für zahlreiche Dependenz-Autoren gilt es als ausgemacht, daß diese Führung in den Frühphasen einer Politik der „self-reliance" bzw. der „collective self-reliance" autoritäre Züge besitzen müsse. In späteren Phasen könne allerdings ein autoritäres Regime aufgrund seiner immanenten Lernunfähigkeit und Inflexibilität zum Entwicklungshindernis werden.[33] Es versteht sich beinahe von selbst, daß die geforderte Politik nur unter sozialistischen Vorzeichen für möglich gehalten wird.[34]

Noch mehr als die Erklärungsansätze der Dependenztheorie müssen diese Strategieempfehlungen heute einer *Relativierung* unterzogen werden. Dies ergibt sich aus der Beobachtung, daß einerseits Entwicklungsprozesse, wie sie von der Dependenztheorie gefordert werden, auch

---

[28] Vgl. dazu: *Boeckh* (1979), S. 68: „Man kann annehmen, daß die externen Faktoren bei der Determinierung der Abhängigkeit von Land zu Land zu verschieden sind, um eine Analyse der internen Konsequenzen externer Abhängigkeit' auf der Basis eines wie auch immer gearteten Vorverständnisses zur externen Abhängigkeit zu erlauben."

[29] *Senghaas / Menzel* (o. J.), S. 37.

[30] Zu dieser Interpretation vgl. auch *Nohlen / Sturm* (1982), S. 92 ff.

[31] In exemplarischer Weise bei: *Senghaas* (1977).

[32] *Senghaas* (1982 b).

[33] *Senghaas* (1982 a), S. 293,297 ff.

[34] *O'Donnell / Linck* (1973), S. 229 ff.; *Senghaas* (1982 a), S. 277 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

unter der Bedingung der Weltmarktassoziation möglich sind, und daß andererseits eine entschiedene Politik der Dissoziation die Unterentwicklung verfestigen kann, und zwar selbst dann, wenn diese Dissoziation mit einer Politik der inneren Umstrukturierung verbunden ist.

III. Eigenständige Entwicklung durch Weltmarktassoziation?

Welche Kriterien erfüllt sein müssen, damit ein Land im Sinne der Dependenztheorie als *„weltmarktassoziiert"* bzw. *„weltmarktdissoziiert"* gelten kann, ist schwer zu sagen. Viele Dependenz-Autoren lehnen es bewußt ab, formale Kriterien dieser Art aufzustellen.[35] Insofern entstehen unvermeidbare Schwierigkeiten, wenn man den Erfolg bzw. Mißerfolg eines Landes mit einer assoziativen bzw. dissoziativen Strategie in Verbindung bringen will. Im Falle der hier zu behandelnden Länder *Südkorea* und *Taiwan* sind diese Schwierigkeiten allerdings gering. Es kann als Allgemeingut gelten, daß diese beiden Länder „weltmarktassoziiert" sind. Insofern bieten sie aussagefähige Testfälle für die Strategieempfehlung der Dependenztheorie.[36]

Für die Klassifizierung Südkoreas und Taiwans als „weltmarktassoziiert" *und* „abhängig" sprechen zahlreiche Tatsachen. Beide Länder wurden nach ihrer Befreiung von der japanischen Kolonialherrschaft in extremer Weise von den USA abhängig. Nur durch das militärische Engagement der Amerikaner konnte die staatliche Existenz nach 1945 gesichert werden, und nur durch US-amerikanische Hilfslieferungen konnten Hungersnöte in den ersten Nachkriegsjahren vermieden werden. In den darauffolgenden Jahren spielten amerikanische Berater in allen Bereichen der Wirtschaft eine wichtige Rolle. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß beide Länder eine Politik der Öffnung gegenüber ausländischen Privatinvestitionen verfolgten und um ein günstiges „Investitionsklima" bemüht waren.

Strukturell gesehen hatten beide Länder das Erbe der japanischen Kolonialherrschaft zu tragen. Dieses besaß zweifellos auch positive Züge; in Taiwan hatten die Japaner beispielsweise den Aufbau von Agrargenossenschaften vorangetrieben und die landwirtschaftlichen Nutzflächen katastermäßig erfaßt. Beides kam der späteren Agrarreform zugute. Aber keines dieser Länder verfügte über eine Schwerindustrie, und beide waren am Ende der Kolonialperiode auf Importe von Investi-

[35] So z. B.: *Cardoso* (1977).

[36] Die folgende Darstellung stützt sich auf: *Sautter* (1984); vgl. dazu folgende Untersuchungen: *Amsden* (1979); *Cohen* (1978); *Westphal* (1978); *Rao* (1978); *Wade / Kim* (1978); *Kuznets* (1977); *Galenson* (1979); *Chen* (1978); *Park / Shin / Zo* (1980); *Fei / Ranis / Kuo* (1979); *Frank / Kim / Westphal* (1975); *Gälli* (1980).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tionsgütern angewiesen. Insofern bestanden in beiden Fällen wichtige Merkmale einer *„strukturellen Abhängigkeit"*.

Ihre Abhängigkeit hat diese Länder nicht daran gehindert, einige entwicklungspolitische Maßnahmen durchzuführen, die auch die Dependenztheorie für geboten hält. Man kann sogar noch einen Schritt weitergehen und sagen, daß gerade die extreme politische Abhängigkeit in der Nachkriegszeit die Durchsetzung elementarer Reformen erleichtert hat. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Landwirtschaft. Sowohl Südkorea als auch Taiwan haben nach 1945 eine konsequente *Agrarreform* durchgeführt. In Südkorea geschah dies zunächst unter der Regie der amerikanischen Militärverwaltung; später führte die südkoreanische Regierung diese Reformen weiter. In Taiwan waren es Festlands-Chinesen, die mit aktiver amerikanischer Unterstützung eine Neuordnung der landwirtschaftlichen Eigentums- und Pachtverhältnisse betrieben. Die zügige Verwirklichung dieser Reformen wurde wesentlich dadurch erleichtert, daß die jeweilige politische Führungsschicht — im Unterschied zu vielen anderen Entwicklungsländern — nicht an die Interessen einer inländischen Landoligarchie gebunden war. Die weitgehende Gleichverteilung des Bodens als demjenigen Vermögensbestand, dem in der ersten Phase des wirtschaftlichen Wachstums eine entscheidende Bedeutung zukam, war eine der Voraussetzungen für die Entstehung einer relativ gleichmäßigen Einkommensverteilung, die in den folgenden Jahren für beide Länder kennzeichnend war.

Eine andere Maßnahme hat ebenfalls zu einer relativ gleichmäßigen Einkommensverteilung beigetragen: Die Verbesserung des *Schulwesens*, insbesondere die Ausdehnung der Grundschulausbildung auf alle Bevölkerungsschichten. Damit wurde für die gleichmäßige Verteilung eines anderen Vermögensbestandes — des „Humankapitals" — gesorgt, von dem in späteren Phasen der Entwicklung entscheidende Wachstumsimpulse ausgehen sollten. Die schulpolitischen Erfolge beider Länder sind wohl nur verständlich, wenn man die kulturelle Tradition des südost-asiatischen Raumes in Betracht zieht.[37] Sowohl Südkorea als auch Taiwan standen jahrhundertelang unter dem Einfluß der konfuzianischen Philosophie, die eine relativ große Offenheit für rationale, empirisch ausgerichtete Denkweisen entstehen ließ. Die schulpolitischen Reformen haben offenbar dazu geführt, diese Tradition zu aktivieren.

Auch die Durchführung einer weiteren Maßnahme, die in der Strategieempfehlung der Dependenztheorie einen hohen Stellenwert besitzt, wurde durch den hohen Grad der Auslandsabhängigkeit offenbar nicht verhindert: Eine *Erziehungszoll-Politik* für „junge Industrien". Es ist

[37] Vgl. dazu z. B.: *Geiger / Geiger* (1976).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bekannt, daß sowohl Taiwan als auch Südkorea zunächst eine Politik der Importsubstitution betrieben haben. Sie erstreckte sich auf den Verbrauchsgütersektor, und sie zielte vorwiegend auf die Herstellung einfacher Massenkonsumgüter ab. Diese Politik kam — wie auch in anderen Ländern — relativ rasch an eine Grenze. Doch im Unterschied zu vielen anderen Entwicklungsländern wurde nicht versucht, diese Politik fortzuführen, nachdem ihre „leichte" Phase abgeschlossen war. Dies war bereits Anfang der 60er Jahre der Fall. In den darauffolgenden Jahren wurde vielmehr eine bewußte Exportstrategie betrieben, die mit einer selektiven Importsubstitution einzelner Gütergruppen verbunden war. Ziel dieser Industrialisierungspolitik war es, eine diversifizierte Produktionsstruktur zu schaffen und zu diesem Zweck die inländische Erzeugung von Zwischengütern und Kapitalgütern zu fördern. Wie erfolgreich diese Strategie war, läßt sich daran ermessen, daß beide Länder heute technisch hochwertige Investitionsgüter exportieren und damit ihre Ausfuhren, die ursprünglich fast nur aus arbeitsintensiv hergestellten Konsumgütern bestanden, stark diversifiziert haben.

Mit Recht kann daher eine starke *Weltmarktorientierung* als das wichtigste Kennzeichen der Industrialisierungsstrategie Südkoreas und Taiwans angesehen werden. Von dependenztheoretischer Seite (Senghaas) wird behauptet, daß diese Strategie nicht zur Entwicklung des Binnenmarktes geführt habe und daß deshalb beide Länder in der Gefahr stünden, in eine „Entwicklungsfalle" zu geraten.[38] Natürlich kann niemand voraussagen, wieweit es Südkorea und Taiwan in Zukunft gelingen wird, mit den vielen noch ungelösten Problemen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung fertig zu werden. Doch im Blick auf die bisherige Entwicklung wird man kaum davon sprechen können, daß das exportgetriebene Wachstum keine stimulierende Wirkung auf den *Binnenmarkt* gehabt hätte. Mit der Spezialisierung auf arbeitsintensive Güter, bei denen zunächst die komparativen Wettbewerbsvorteile Südkoreas und Taiwans lagen, konnten beide Länder einen hohen Beschäftigungsgrad verwirklichen. In Taiwan war bereits Anfang der 70er Jahre das „unbegrenzte Arbeitsangebot" (im Sinne von W. A. Lewis) erschöpft, und es kam zu vergleichsweise hohen *Reallohnsteigerungen*. In Südkorea sind die Reallöhne im Bergwerksektor und in der Industrie zwischen 1960/62 und 1973/75 um jährlich 5,5 % gestiegen[39], obwohl der im Vergleich zu Taiwan hohe Grad der versteckten Unterbeschäftigung in ländlichen Regionen darauf schließen läßt, daß noch größere Arbeitskräftereserven vorhanden sind. Etwa 80 % des Sozialproduktwachstums der 60er Jahre entfiel in Südkorea auf die Expansion der Inlandsnachfrage. Das ist etwa das 1,2fache dessen, was für vergleichbare Länder

[38] *Senghaas* (1982 a), S. 263.

[39] *Westphal* (1978), S. 375.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

als „Norm" gelten kann. Hinsichtlich des exportorientierten Wachstums übersteigt Südkorea die „Norm" um das Doppelte.[40] Die bemerkenswerten Ausfuhrerfolge der beiden Länder sollten also nicht übersehen lassen, daß es im Zuge des Exportwachstums auch zu einer Anhebung der Masseneinkommen und zu einer Entwicklung des Binnenmarktes kam, wobei zwar die Einkommensverteilung in Südkorea gegenüber den 50er Jahren etwas ungleicher wurde[41], aber immer noch ausgewogener ist als in den meisten anderen Entwicklungsländern.

Beide Länder werden *autoritär regiert* — aber etwas anderes in den ersten Entwicklungsphasen zu erwarten, halten auch die meisten Dependenz-Autoren für wenig realistisch. Sie behaupten allerdings, die autoritären Systeme der Entwicklungsländer müßten „sozialistisch" sein, wenn es zur autozentrierten Entwicklung kommen solle. Die Erfahrungen Taiwans und Südkoreas widersprechen dieser Behauptung. Beide Länder sind „kapitalistisch", beide sind — woran Dependenz-Theoretiker nicht zweifeln — „abhängig" und „weltmarktassoziiert". Doch in beiden Ländern gibt es typische Erscheinungsformen einer eigenständigen Entwicklung: Die Modernisierung der Landwirtschaft (die allerdings in Taiwan weiter fortgeschritten zu sein scheint als in Südkorea), die Steigerung der Massenkaufkraft, die Entwicklung einer eigenständigen Kapitalgüter-Produktion, die wachsende Produktionstiefe der inländischen Industrie und die relativ ausgewogene Einkommensverteilung.

Es wäre sicher zu oberflächlich geurteilt, wollte man diese Erfolge unmittelbar der Exportstrategie dieser Länder zuschreiben. Eine Reihe interner Reformen, die im wesentlichen *vor* Beginn dieser Strategie durchgeführt worden waren, haben die Voraussetzungen für diese Erfolge geschaffen. Dabei handelt es sich um Maßnahmen, die auch die Dependenztheoretiker für unerläßlich halten. Worauf es hier an dieser Stelle ankommt, ist folgendes: Südkorea und Taiwan haben gezeigt, daß Reformen dieser Art auch unter der Bedingung der Weltmarktabhängigkeit durchführbar sind und daß sie zusammen mit einer exportorientierten Entwicklungsstrategie sowohl zu einem hohen Beschäftigungsstand und einer relativ gleichmäßigen Einkommensverteilung als auch zu hohen Wachstumsraten führen können. Am Beispiel dieser beiden Länder findet also die Aussagefähigkeit der Dependenztheorie eine deutliche Grenze.[42]

---

[40] *Cohen* (1978), S. 412.

[41] *Halbach* et al. (1982), S. 138.

[42] M. *Bienefeld* (1981) sieht in den entwicklungspolitischen Erfahrungen Südkoreas und Taiwans eher eine Bestätigung der Dependenztheorie (S. 91). Er beschränkt sich dabei auf diejenigen Aussagen aus der Dependenz-Literatur, die sich unschwer in Einklang mit der Entwicklung der beiden genannten Länder bringen lassen, übersieht aber den Widerspruch zu zen-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Südkorea und Taiwan sind zwei besonders erfolgreiche Beispiele für Staaten, die eine weltmarktoffene Entwicklungsstrategie verfolgen, doch es sind nicht die einzigen. Die Frage liegt nahe, ob sich ihre Erfahrungen *verallgemeinern* lassen. Eine Antwort setzt voraus, daß es gelingt, eine größere Zahl von Ländern nach dem Grad ihrer Weltmarktintegration zu klassifizieren und daß es aussagefähige Indikatoren für den Erfolg dieser Länder im Sinne einer „autozentrierten" Entwicklung gibt. In Anbetracht der Unschärfe wichtiger Begriffe der Dependenztheorie und der daraus entstehenden Probleme für eine empirische Überprüfung ihrer Aussagen wird man nur eine vorsichtige Antwort geben können. Anhaltspunkte dazu liefern etwa die Untersuchungen von J. Bhagwati[43] und von Anne O. Krueger[44].

Danach weisen offene Volkswirtschaften in der Regel höhere Wachstumsraten und einen höheren Beschäftigungsgrad auf als geschlossene Volkswirtschaften. Der Preismechanismus ist in weltmarktorientierten Ländern eher in der Lage, relative Knappheitsgrade widerzuspiegeln und dadurch eine effiziente Ressourcenallokation zu ermöglichen, als dies in Ländern der Fall ist, die über einen längeren Zeitraum hinweg ihre Wirtschaft dem internationalen Wettbewerb entzogen haben. Die Folge davon ist, daß in offenen Volkswirtschaften die Kapitalproduktivität höher und damit der Konsumverzicht niedriger ist, der der inländischen Bevölkerung zur Verwirklichung bestimmter Wachstumsziele abverlangt wird.

In einer anderen Studie, die die entwicklungspolitische „performance" binnenmarktorientierter und weltmarktorientierter Entwicklungsländer einander gegenüberstellt, werten Halbach / Osterkamp / Braun / Gälli eine größere Anzahl von Entwicklungsindikatoren aus. Die Verfasser kommen zu dem Ergebnis, daß in weltmarktintegrierten, marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungsländern nicht nur die ökonomischen, sondern auch die sozialen Indikatoren auf einen „höheren" Entwicklungsstand schließen lassen als in binnenmarktorientierten, staatsinterventionistischen Ländern. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die erstgenannte Ländergruppe Anfang der 60er Jahre von günstigeren Voraussetzungen ausgehen konnte als die zweite Ländergruppe, und daß sich der Abstand zwischen beiden Gruppen durch ver-

---

tralen Aussagen dieser Theorie, der darin besteht, daß aufgrund einer starken *internen* Dynamik ein Prozeß, der durchaus Elemente einer autozentrierten Entwicklung enthält, *trotz* gegebener Weltmarktabhängigkeit möglich war. Im übrigen illustriert das Vorgehen Bienefelds die eingangs gemachte Bemerkung, daß es die Unbestimmtheit der Dependenztheorie ihren Sympathisanten erlaubt, auch Relativierungen dieser Theorie als Beweis für deren Richtigkeit zu werten.

[43] *Bhagwati* (1978).

[41] A. O. *Krueger* (1978, 1983).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stärkte sozialpolitische Anstrengungen der staatsinterventionistischen Länder verringert hat.[45]

Es ist bemerkenswert, daß inzwischen in der Dependenz-Literatur auch *Kuba* als ein Land gilt, das nicht durch eine Abkoppelung, sondern durch eine bewußte Weiterentwicklung seiner Weltmarktintegration Erfolge im Sinne einer „autozentrierten" Entwicklung erzielen konnte.[46] Mit dem Hinweis auf das Bemühen, die exportorientierte Plantagenwirtschaft dieses Landes zum Ausgangspunkt einer diversifizierten Produktionsstruktur zu machen, meint etwa Senghaas, man könne nicht davon sprechen, die Exporteure von Primärgütern seien „innerhalb des weltwirtschaftlichen Systems von vornherein zu Peripherien verdammt".[47] Kuba zeige vielmehr, daß eine „nachholende Entwicklung bei voller, ja verstärkter Instrumentalisierung des überkommenen Exportsektors" möglich sei.[48] Allerdings wird eine solche Möglichkeit der nachholenden Entwicklung von Senghaas auf sozialistische Staaten eingeengt — eine Einschränkung, die im Blick auf die Entwicklungserfolge der zuvor genannten ostasiatischen Länder nicht aufrechtzuerhalten ist. Insofern ist auch die Aussage falsch, daß in den letzten hundert Jahren „in keiner Gesellschaft der Weltwirtschaft, die in dieser peripherisiert wurde, ein nationalkapitalistischer Entwicklungsweg erfolgreich beschritten worden" sei.[49]

Versucht man eine *zusammenfassende Beurteilung,* so läßt sich folgendes sagen. Eine weltmarktorientierte Entwicklungsstrategie garantiert zwar keine eigenständige Entwicklung. Der Schlüssel hierfür liegt in erster Linie bei binnenwirtschaftlichen Maßnahmen, die eine gleichmäßigere Verteilung wachstumstragender Vermögensbestände einschließen. Aber solche Maßnahmen sind prinzipiell auch unter der Voraussetzung der „Abhängigkeit" durchführbar, wie zumindest die Beispiele Südkoreas und Taiwans gezeigt haben. Werden die notwendigen Umstrukturierungen im Inneren durchgeführt, so kann ein Land die Ziele einer eigenständigen Entwicklung eher erreichen, wenn es eine „assoziative" Entwicklungsstrategie betreibt, als wenn es über die Phase der „leichten Importsubstitution"[50] hinaus seine Industrie gegenüber dem internationalen Wettbewerb abschottet.

---

[45] *Halbach* et al. (1982).

[46] *Fabian* (1981). Hier sei einmal davon abgesehen, daß außerhalb der Dependenz-Literatur die Entwicklungserfolge des heutigen Kuba sehr viel kritischer beurteilt werden. Vgl. dazu: *Morawetz* (1980); *Mesa Lago* (1984); *Gey* (1984).

[47] *Senghaas* (1981), S. XIV.

[48] *Senghaas* (1981), S. S. XIX.

[49] *Senghaas* (1981), S. XXI.

[50] Vgl.: *Donges / Müller-Ohlsen* (1978), S. 43 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

IV. Unterentwicklung durch Dissoziation?

Die Entwicklungsstrategie bestimmter Länder als „dissoziativ" bezeichnen zu wollen, stößt auf die bereits erwähnten Schwierigkeiten definitorischer Art. In den genannten Querschnittsuntersuchungen von Bhagwati, Krueger und Halbach et al. werden einzelne Länder u. a. nach der Höhe ihrer Export- und Importquoten, ihres Zollniveaus oder ihrer Schuldendienstquoten als *„weltmarktassoziiert"* oder *„binnenmarktorientiert"* eingestuft. Es ist fraglich, ob viele Dependenz-Autoren diesem Verfahren zustimmen würden, da es kaum geeignet ist, daß Phänomen der „strukturellen Abhängigkeit" zum Ausdruck zu bringen. Darüber hinaus werden in den erwähnten Untersuchungen Länder zusammengefaßt, die unterschiedlich konsequent eine Politik der inneren Umstrukturierung betrieben haben, die nach Ansicht von Dependenz-Autoren die notwendige Ergänzung einer „Dissoziationsstrategie" darstellt.

Im Falle *Birmas* entstehen hingegen kaum Abgrenzungsschwierigkeiten. Auch bei Anlegung der wenig präzisen Maßstäbe der Dependenztheorie erscheint es berechtigt, die Entwicklung dieses Landes in den Jahren 1960/62 - 1974/75 als *„dissoziativ"* und *„sozialistisch"* zu bezeichnen. Neben einer ausgeprägten Selbstisolierung vom Weltmarkt hat dieses Land in der angegebenen Periode versucht, eine grundlegende Umgestaltung seiner binnenwirtschaftlichen Verhältnisse vorzunehmen. Birma hat also während dieser Zeit eine Reihe von Anforderungen erfüllt, die nach Ansicht von Dependenz-Autoren den Weg einer autozentrierten Entwicklung kennzeichnen. Seit 1976 wendet sich das Land wieder vorsichtig dem Ausland zu; die folgenden Ausführungen beziehen sich deshalb hauptsächlich auf die davor liegende Periode.

Im Blick auf seine *selbstgewählte Isolierung* von ausländischen Einflüssen war Birma wesentlich konsequenter als die meisten anderen Entwicklungsländer. Insbesondere nach 1962 ging die Militärregierung des Landes daran, die kommerziellen, finanziellen und kulturellen Kontakte zum Ausland auf das Notwendigste zu beschränken. Dabei spielten nicht nur wirtschaftliche Motive eine Rolle. Ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger, war die tiefverwurzelte Abneigung des buddhistisch geprägten Landes gegen alle kulturellen Einflüsse des „Westens", die Reaktion auf die Fremdbestimmung während der britischen Kolonialherrschaft, die traditionell auf Neutralität bedachte Balance-Politik zwischen den beiden großen Nachbarstaaten China und Indien und der Wunsch, den eigenen Weg zum Sozialismus nicht durch ausländische Mächte gefährden zu lassen.[51] Der frühere Ministerpräsident U Nu brachte die in der geopolitischen Lage begründete Abgrenzungspolitik des Landes auf die einprägsame Formel, Birma gleiche einem „zarten Kürbis zwischen sta-

[51] *Fleischmann* (1977); *Maung* (1971).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

cheligen Kakteen" und habe sich deshalb aus außenpolitischen Verwicklungen herauszuhalten.[52]

Nach innen hin bestand die Politik des Landes in einer Reform der Landwirtschaft, einer weitreichenden Verstaatlichung nicht-landwirtschaftlicher Betriebe und dem Versuch einer Diversifizierung der einheimischen Industrie. Im Zuge der *Agrarreform* wurde den Bauern das Nutzungsrecht des im Staatseigentum befindlichen Bodens überlassen. Diese Reform trug dazu bei, die während der Kolonialzeit entstandenen Abhängigkeitsverhältnisse zu beseitigen. Die von Militärs geführte Regierung des Landes ging ferner daran, weite Bereiche der Industrie, des Handels und des Dienstleistungssektors zu *verstaatlichen*.[53] So wurde beispielsweise die Abwicklung des gesamten Außenhandels staatlichen Gesellschaften übertragen, der Agrarhandel staatlich gelenkt, der Bankensektor verstaatlicht und ein großer Teil des industriellen Sektors in Gemeineigentum überführt. Es war das ausdrückliche Ziel des im Jahre 1962 proklamierten „birmanischen Weges zum Sozialismus"", die private Initiative auf die Landwirtschaft, das Handwerk und das Kleinstgewerbe zu beschränken. Wie weitgehend die vorgesehenen Sozialisierungsziele waren, wird daran deutlich, daß der Anteil der privaten Unternehmen an der Produktion nicht-landwirtschaftlicher Sektoren von etwa 63 % Mitte der 70er Jahre auf 26 % bis Anfang der 90er Jahre verringert werden sollte.[54] Offensichtlich hoffte die politische Führung, auf diese Weise die Voraussetzung für eine Modernisierung und Diversifizierung der bestehenden Produktionsstruktur schaffen zu können. Diesem Zweck diente auch der Aufbau zentraler Planungsbehörden, deren Praxis allerdings weit von der Theorie einer „Zentralverwaltungswirtschaft" entfernt ist.[55]

Was die wirtschaftliche Entwicklung des Landes anbelangt, so wird man für die Zeit bis Mitte der 70er Jahre, als zusammen mit der vorsichtigen Öffnung nach außen einige wirtschaftspolitische Kursänderungen vorgenommen wurden, kaum von einem Erfolg sprechen können. Die *landwirtschaftliche Produktion* stagnierte; die Reiserzeugung nahm beispielsweise zwischen 1940/44 und dem Beginn der 70er Jahre kaum zu, obwohl sich die Bevölkerung im gleichen Zeitraum verdoppelte. Die Folge davon war ein drastischer Rückgang der Reisexporte. Während 1940/41 noch 3 Mio. t exportiert werden konnten, waren es 1974/75 nur noch 366 000 t.[56] Da Reis immer noch das Hauptexport-

[52] *Dohmen* et al. (1977), S. 34.
[53] *Fleischmann* (1983), S. 113.
[54] Ebenda.
[55] *Maung* (1971), S. 135.
[56] *Dohmen* et al. (1977), S. 32.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

erzeugnis darstellt, entstand durch die abnehmenden Exportüberschüsse eine *Devisenknappheit,* die zu Engpässen in der Beschaffung von Rohstoffen, Halbfertigerzeugnissen und Ersatzteilen führte, so daß die vorhandenen industriellen Kapazitäten nicht voll ausgelastet werden konnten. Ebensowenig war es möglich, Kapitalgüter zur Verwirklichung der angestrebten Investitionsziele zu importieren. Als Folge der — bei vergleichsweise hohem Bevölkerungswachstum — unzureichenden Produktionssteigerung verschlechterte sich die Versorgungslage der Bevölkerung. Der ausgeprägten Egalitätspolitik des Landes war es zu verdanken, daß der *allgemeine Mangel* gleichmäßig verteilt wurde und niemand zu hungern brauchte. Die gebräuchlichen sozialen Indikatoren weisen für Birma im Jahre 1977 einen Stand aus, der etwa dem Durchschnitt der asiatischen Entwicklungsländer (ohne Schwellenländer) entsprach.[57] Gleichwohl kam es in den Jahren 1974/75 zu innenpolitischen Unruhen, die zum Teil blutig niedergeschlagen wurden.[58] Zusammenfassend wurde die Entwicklung bis Mitte der 70er Jahre von Beobachtern als eine „Nivellierung der Armut" beschrieben.[59]

Für die unzureichenden wirtschaftlichen Erfolge bis Mitte der 70er Jahre gibt es zahlreiche Gründe. Ein erster Grund ist in der unbefriedigenden Entwicklung der *Landwirtschaft* zu suchen. Mit seinen Hektar-Erträgen bei Reis lag Birma Anfang der 70er Jahre am untersten Ende der reisproduzierenden Länder Asiens. Nur ein kleiner Teil des für Doppelernten geeigneten Bodens war bewässert. Die Verwendung von Düngemitteln und anderen Hilfsmitteln wurde bis dahin kaum erhöht.[60] Zu einem wesentlichen Teil ist dafür die staatliche Preis- und Ablieferungspolitik verantwortlich zu machen. Von den privaten Bauern wurden bei niedrigen Aufkaufpreisen vergleichsweise hohe Ablieferungsmengen verlangt. Die Folge davon war ein „disincentive"-Effekt in der Agrarproduktion, der noch dadurch verschärft wurde, daß knappe Agrargüter illegal in Nachbarländer exportiert wurden.[61] Birma ist ein Beispiel dafür, daß ohne eine Modernisierung des Agrarsektors, der sowohl Nahrungsmittel für die wachsende Inlandsbevölkerung als auch Ressourcen für die gesamtwirtschaftliche Kapitalbildung und Devisen für die Einfuhr von Investitionsgütern bereitstellen muß, eine autozentrierte Entwicklung kaum möglich ist.[62]

---

[57] Weltbank (1980).

[58] *Fleischmann* (1983), S. 117.

[59] *Fleischmann* (1983), S. 116 f.; *Dohmen* (1977), S. 31.

[60] *Fleischmann* (1978), S. 71.

[61] *Silverstein* (1977), S. 158.

[62] Zur Rolle der Landwirtschaft in einer Strategie der autozentrierten Entwicklung vgl. *von Urff* (1980).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ein zweiter Grund für die wirtschaftlichen Mißerfolge des Landes ist in der *Ineffizienz des wachsenden öffentlichen Sektors* zu sehen. In der Dependenz-Literatur wird in der Regel behauptet, nur ein starker Staat, der einem sozialistischen Programm verpflichtet sei, könne die Struktur der Abhängigkeit überwinden. Dabei werden in der Regel autoritäre Entscheidungsstrukturen für unvermeidlich gehalten. Birma besaß nach dem Putsch von U Ne Win im Jahre 1962 beides: Ein autoritäres Regime, das — wie gezeigt wurde — weite Teile der Wirtschaft verstaatlichte, und ein sozialistisches Programm.[63] Doch der staatliche Sektor zeichnete sich durch ein hohes Maß an Mißwirtschaft, Korruption und Verschwendung aus.[64] Die herrschenden Militärs wuchsen rasch in die Rolle einer „Staatsklasse" hinein[65], die es verstand, ihre eigenen Privilegien zum Nachteil der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu erweitern. Hinzu kam, daß die bürokratische Lenkung des Wirtschaftsprozesses unter dem Einfluß der Militärs außerordentlich schwerfällig wurde. („Um eine Glühbirne kaufen zu können, mußte ein Birmane ... die schriftliche Genehmigung eines Dutzends Beamter einholen, um sich dann in die lange Schlange vor einem der wenigen ‚Volksläden' einreihen zu können".[66]) Nicht erst in späteren Phasen der Entwicklung kann also die Inflexibilität, Lernunfähigkeit und Inkompetenz eines autoritären Regimes zum Entwicklungshindernis werden, wie Senghaas meint, sondern auch — oder gerade — in frühen Phasen einer autozentrierten Entwicklung.

Eine Öffnung zum Weltmarkt könnte die Ineffizienz staatlicher Unternehmen verringern und die „Privilegierungstendenzen von Teilen der Staatsklasse ... begrenzen".[67] Birma hat bewußt den umgekehrten Weg einer *Isolierung vom Weltmarkt* eingeschlagen. Darin kann ein dritter Grund für seine entwicklungspolitischen Mißerfolge in der Zeit zwischen 1960/62 und 1974/75 gesehen werden. Die weitreichende Abkoppelung der inländischen Preisbildungsprozesse vom internationalen Wettbewerb führte sehr rasch zu einer völlig verzerrten Preisstruktur, die eine effiziente gesamtwirtschaftliche Ressourcenallokation außerordentlich erschwerte. Hinzu kam die für eine Dissoziationspolitik typische Vernachlässigung der Exporttätigkeit. Viele Dependenz-Theoretiker scheinen davon auszugehen, daß durch eine Einkommensumverteilung der Importbedarf deutlich sinken werde und daß es deshalb auch ohne bewußte Exportanstrengungen möglich sei, genügend Devisen für

---

63 *Lissak* (1976).

64 *Fleischmann* (1983), S. 113.

65 *Elsenhans* (1981).

66 *Dohmen* et al. (1977), S. 31.

67 *Elsenhans* (1982), S. 177.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den Aufbau einer grundbedürfnisorientierten Industrie bereitzustellen. Doch in vielen Fällen sind die „Luxusgüter"-Importe längst nicht so umfangreich, als daß durch eine Umverteilung der Einkommen hohe Devisenbeträge eingespart werden könnten, und der Devisenbedarf der inländischen Industrie ist — unter Berücksichtigung des direkten und indirekten Bedarfs an Importgütern — auch bei Verfolgung einer grundbedürfnisorientierten Entwicklungsstrategie nicht wesentlich niedriger als derjenige einer „strukturell deformierten" Industrie.[68] Wenn sich also ein Land, das eine autozentrierte Entwicklung anstrebt, nicht um eine Diversifizierung und eine Ausweitung seiner Exporte bemüht, gerät es sehr schnell in einen *Devisenengpaß*. Es entbehrt nicht der Ironie, daß gerade Länder, die den Weg einer „self-reliance" verfolgen, häufig an diesem Engpaß scheitern. Birma war dafür ein eindrucksvolles Beispiel.

Inzwischen hat die wirtschaftspolitische *Kurskorrektur*, die nach 1974/75 vorgenommen wurde, zu einem wirtschaftlichen Aufschwung geführt.[69] Die landwirtschaftlichen Erträge sind deutlich gestiegen — im wesentlichen als Erfolg einer Lockerung der bisherigen Preis- und Ablieferungspolitik —, die exportierbaren Agrarüberschüsse sind dadurch erheblich gewachsen, und damit ist das Land in der Lage, in höherem Maße als früher entwicklungsnotwendige Güter importieren zu können. Die binnenwirtschaftlichen Lockerungen werden begleitet von einer vorsichtigen Öffnung des Landes zum Weltmarkt. Dependenztheoretisch könnte argumentiert werden, daß diese Öffnung erst erfolgen konnte, nachdem die mit der Dissoziationspolitik eröffnete Phase einer „inneren Konsolidierung" abgeschlossen war. Doch selbst wenn man einen solchen „Konsolidierungsbedarf" zugesteht, ist schwer einzusehen, warum es nicht schon früher möglich gewesen sein sollte, das Land zum Weltmarkt hin zu öffnen. Es spricht wenig dafür, daß die inneren Voraussetzungen für eine entwicklungsfördernde Weltmarktintegration mit zunehmender Dauer der Selbstisolierung stetig verbessert werden; eher ist das Gegenteil zu vermuten. Auch läßt die Tatsache, daß die wirtschaftspolitische Kurskorrektur erfolgte, nachdem es durch Versorgungsengpässe zu inneren Unruhen gekommen war, nicht darauf schließen, daß die Lockerung der Selbstisolierung eine Reaktion auf abgeschlossene Konsolidierungsprozesse darstellte. Es bleibt deshalb bei der Feststellung, daß die strikte Abkoppelungspolitik des Landes den Prozeß der autozentrierten Entwicklung nicht beschleunigt, sondern eher behindert hat.

---

[68] Vgl .dazu: *Cline* (1972); *Morawetz* (1980).

[69] Der Verfasser bezieht sich hierbei im wesentlichen auf eine bisher unveröffentlichte Studie von Dr. Siegfried *Schultz*, Berlin.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Neben Birma gibt es mehrere andere Entwicklungsländer, die sich dem Programm einer autozentrierten Entwicklung verschrieben haben und die versuchen, es auf dem Wege einer Dissoziationsstrategie zu verwirklichen. Eines dieser Länder ist *Algerien*. Die politische Führung dieses Landes war sich durchaus darüber im klaren, daß sie bei der Verfolgung dieser Strategie auf die Zusammenarbeit mit anderen Staaten der „Dritten Welt" angewiesen war, und sie forderte deshalb wiederholt die Verwirklichung einer „collective self-reliance" im arabischen Raum. Doch angesichts der großen wirtschaftlichen und politischen Unterschiede zu den Nachbarstaaten „... blieb dem Lande zunächst nur der Weg der individuellen ‚self-reliance', beginnend mit der Lösung der Abhängigkeitsbeziehungen zu Frankreich und der partiellen Dissoziation vom Weltmarkt".[70] Es ist hier nicht der Ort, den Entwicklungsweg Algeriens seit der Unabhängigkeit nachzuzeichnen.[71] Wichtig sind in diesem Zusammenhang lediglich einige Ergebnisse.

Ähnlich wie im Falle Birmas entwickelte sich die aus der Revolution hervorgegangene politische Elite des Landes zu einer „Staatsklasse", die deutliche Tendenzen zur Selbstprivilegierung zeigte. Die von ihr verfügte Industrialisierungspolitik[72] führte zu einem hohen Importbedarf, der nur durch eine wachsende Kreditaufnahme im Ausland finanziert werden konnte. Zu den steigenden Leistungsbilanzdefiziten trugen auch die Agrarimporte bei, deren Wachstum die Tatsache widerspiegelte, daß der Agrarsektor im Verlaufe der Industrialisierungsbemühungen vernachlässigt worden war. Der Versuch, eine autozentrierte Entwicklung auf dem Wege einer partiellen Weltmarktdissoziation herbeizuführen, ließ also eher eine zunehmende als eine abnehmende Auslandsabhängigkeit entstehen. Man kann dies auch anders formulieren: Der Aufbau einer ausgewogenen Produktionsstruktur mit eigener Kapitalgüterindustrie unter der Leitung einer revolutionär-autoritären Führungselite hätte bei gleichzeitigem Verzicht auf eine wachsende Auslandsfinanzierung die Spar- und Leistungsfähigkeit der inländischen Bevölkerung überfordert und wäre zu einer schweren Belastung des politischen Systems geworden. Eine konsequentere Dissoziationspolitik, als sie durchgeführt wurde, hätte erhebliche Abstriche an den postulierten Entwicklungszielen erforderlich gemacht. Auch die Erfahrungen Algeriens sprechen also eher gegen die These, eine strikte Abkoppelungspolitik erleichtere den Weg einer eigenständigen Entwicklung. Darin kann nur derjenige einen Widerspruch sehen, für den „self-reliance" und „Dissoziation" eine logische Einheit darstellen.

---

[70] *Freytag* (1980), S. 470.

[71] Vgl. dazu etwa: *Eckl* (1971); *Tibi* (1973); *Elsenhans* (1977); *Osterkamp* (1982).

[72] Vgl. *Leggewie* (1981).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ähnliche Beobachtungen wie am Beispiel Algeriens lassen sich auch im Falle *Tansanias* und *Sri Lankas* machen.[73] Hier handelt es sich ebenfalls um relativ kleine Länder, die keinem System einer „collective self-reliance" angehören bzw. die den Zusammenbruch eines solchen Systems erfahren haben. Im Sinne der Dependenztheorie könnte darauf hingewiesen werden, daß größere Länder bessere Erfolgsaussichten einer Dissoziationsstrategie hätten. Es ist deshalb nicht uninteressant, kurz auf die Erfahrungen *Indiens* als einem der größten Entwicklungsländer einzugehen.

In allen seinen bisherigen Fünf-Jahres-Plänen hat sich Indien zum Ziel der „wirtschaftlichen Unabhängigkeit" bekannt, und die praktische Entwicklungspolitik trägt dieser Zielsetzung durchaus Rechnung. Seit den Tagen der politischen Unabhängigkeit besitzt die Wirtschaftspolitik des Landes einen „dissoziativen" Charakter. Bezeichnend dafür ist die Tatsache, daß das Planungsmodell von Mahalanobis, das die ersten Fünf-Jahres-Pläne nachhaltig beeinflußte, keine Modellierung des Außenhandelssektors enthielt. „Wie es scheint, hielt Mahalanobis eine autarkistische Politik für Indien nicht nur für möglich, sondern sogar für wünschenswert."[74] Es entsprach dieser Akzentuierung der Entwicklungsstrategie, daß lange Zeit die Importe einer restriktiven bürokratischen Kontrolle unterworfen wurden und die Bedeutung der Exporte für das gesamtwirtschaftliche Wachstum unterschätzt blieb. Die Folge dieser Abkoppelungspolitik war bis Anfang der 70er Jahre ein kontinuierlicher Rückgang der Export- und Importquoten und eine Verminderung des Kapitalzuflusses durch ausländische Direktinvestition.[75] Es ist selbstverständlich nicht möglich, die vielfältigen Wirtschaftsprobleme dieses großen Landes auf eine einzige Ursache zurückzuführen, doch es spricht vieles dafür, daß die ausgeprägte „inward-looking"-Strategie, die Indien lange Zeit hindurch verfolgte und die den Prozeß einer inneren Umstrukturierung offenbar nicht sehr begünstigt hat, viel zur Ineffizienz des Produktionsprozesses beitrug und damit die Entwicklung erschwert hat.[76]

Versucht man eine zusammenfassende Beurteilung der Abschnitte III. und IV., so läßt sich folgendes sagen: *„Dissoziation" kann weder als eine „notwendige", noch als eine „hinreichende" Bedingung für eine autozentrierte Entwicklung angesehen werden.* Man kann also nicht sagen, daß eine solche Entwicklung nur durch die „Abkoppelung" vom Welt-

---

[73] *Morawetz* (1980); *Hofmeier* (1981, 1982).

[74] *Tischner* (1980), S. 80.

[75] *Tischner* (1980), S. 389 f.

[76] Siehe dazu: *Bhagwati / Srivinasan* (1975); *Agarwal* (1970); Weltbank (1981), S. 26, 80 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

markt zu erreichen sei, und noch weniger kann man davon sprechen, daß eine „Dissoziation" stets den Weg einer eigenständigen Entwicklung erleichtere.[77] Den größeren Ausschlag geben offenbar die *internen Entwicklungsfaktoren* eines Landes, die etwa in der Effizienz der öffentlichen Verwaltung, dem Vorhandensein kreativer Unternehmer, dem Ausbildungsstand und der Mobilität der Arbeitskräfte, der Agrarverfassung, der rechtlichen Ordnung des Wettbewerbsprozesses oder der Sparwilligkeit der Bevölkerung zum Ausdruck kommen. Wo Entwicklungskräfte dieser Art wirksam sind, können selbst extreme Formen der äußeren Abhängigkeit eine autozentrierte Entwicklung nicht verhindern. Bleiben sie unwirksam, dann bietet auch die Isolierung vom Weltmarkt keinen Ausweg; sie vertieft eher noch die bestehende Unterentwicklung.

Mit Entwicklungskräften der genannten Art werden Faktoren angesprochen, die seit langem zum Forschungsgebiet der *Modernisierungstheorie* gehören. Viele der von der Dependenztheorie aufgeworfenen Fragen nach dem Ausweg aus der „strukturellen Abhängigkeit" lassen sich deshalb ohne Rückgriff auf die Modernisierungstheorie nicht beantworten. Implizit gesteht dies beispielsweise auch Senghaas ein[78], wenn er davon spricht, daß es von einem „entwicklungsfördernden Binnenprofil" einer Volkswirtschaft abhänge, ob sich „abträgliche außenwirtschaftliche und weltmarktbedingte Faktoren ggf. intern so verarbeiten (lassen), daß dadurch Entwicklung *nicht* blockiert wird".[79] Damit dürfte der Erklärungsansatz der Modernisierungstheorie aktueller denn je sein, nachdem viele Dependenz-Autoren zunächst meinten, ihn endgültig überwunden zu haben.

V. Zum Erklärungswert einer kritischen Modernisierungstheorie

Modernisierungstheoretisch gesehen ist „Entwicklung" ein *vieldimensionaler Prozeß*, der Änderungen in allen Bereichen des sozialen Lebens umfaßt. Über ihren ursprünglichen Ansatz, weniger einen Prozeß zu untersuchen als die Idealtypen „Modernität" und „Tradition" miteinander zu vergleichen, ist diese „Theorie" inzwischen hinaus.[80] Es wurde zur Kenntnis genommen, daß „Modernisierung" nicht in der einseitigen Übernahme des westlichen Kulturgutes besteht, sondern eher eine Interaktion verschiedener Kulturen darstellt, wobei Brüche,

---

[77] Dies gilt nicht nur für europäische Länder (*Senghaas*, 1982 a), sondern auch für heutige Entwicklungsländer.

[78] Vgl. *Hurtienne* (1982).

[79] *Senghaas* (1982 a), S. 220 (gesperrt im Original).

[80] Vgl.: *Eisenstadt* (1973).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Konflikte und Ungleichheiten die Regel sind. Wichtige Fragen der Dependenztheorie, wie die nach der Rolle des Kolonialismus und die nach den Auswirkungen der internationalen Kapitalverflechtung auf die Entwicklungsländer, lassen sich deshalb in einer kritisch verstandenen Modernisierungstheorie durchaus berücksichtigen.[81] In der Theorienkonkurrenz um die Erklärung von Unterentwicklung und von Entwicklungsprozessen scheint sie deshalb der Dependenztheorie überlegen zu sein. So meint etwa Wehler, man könne „... schwerlich umhin zuzugeben, daß Alternativen zu einer historisch-theoretisch differenzierten Modernisierungstheorie gegenwärtig weder klar zu erkennen sind noch leicht zu entwickeln sein dürften".[82]

In einem viel-dimensionalen Wandel, als der „Entwicklung" zu verstehen ist, sind Änderungen psychologischer, intellektueller, demographischer, sozialer, ökonomischer und politischer Art aufeinander bezogen.[83] *Psychologisch* gesehen handelt es sich dabei um fundamentale Änderungen der Wertvorstellungen, der Verhaltensweisen und Erwartungen. Auf *intellektueller* Ebene vollzieht sich eine Erweiterung des Wissens und eine Änderung der Wissensinhalte. Die *demographischen* Aspekte bestehen u. a. in einer erhöhten Mobilität der Bevölkerung, ihrer zunehmenden Verstädterung und einer erhöhten Lebenserwartung. In *sozialer* Hinsicht werden Primärgruppen durch Sekundärgruppen mit spezifischen Funktionen ergänzt. In *ökonomischer* Sicht geht es um Kapitalbildung, technischen Fortschritt, Änderungen im sektoralen Produktionsgefüge und um steigende Arbeitsproduktivitäten — um nur einige der hier relevanten Stichworte zu nennen. Der *politische* Prozeß der Modernisierung schließlich besteht in der Rationalisierung und Differenzierung der staatlichen Autorität sowie in der vergrößerten Partizipation der Bevölkerung am politischen Geschehen. Des weiteren gilt: „Political modernization involves assertion of the external sovereignty of the nation-state against transnational influences and the internal sovereignty of the national government against local and region powers".[84] Der zuletzt genannte Punkt ist angesichts der von der Dependenztheorie vorgetragenen Kritik von besonderer Bedeutung.

Der *Nationalstaat* ist ein entscheidender Akteur des Modernisierungsprozesses, da ihm die Aufgabe zukommt, transnationale Einflüsse zu selektieren und ihre Assimilation zu steuern. Er kann daran durch historisch oder aktuell bedingte Abhängigkeiten gehindert werden.

---

81 Vgl. dazu: *Huntington* (1969); *Flora* (1974).

82 *Wehler* (1975), S. 51.

83 *Huntington* (1969), S. 32 ff.

84 *Huntington* (1969), S. 34.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Darauf mit allem Nachdruck hingewiesen zu haben, ist ein bleibendes Verdienst der Dependenztheorie.

„Wirtschaftliche Entwicklung" ist nach diesem Verständnis Teil eines gesamtgesellschaftlichen Wandels, der keineswegs nach dem Vorbild der westlichen Industrieländer verlaufen muß, der aber auch bei andersartigen Entwicklungsformen zu Änderungen in den Wertvorstellungen und Verhaltensweisen führen muß, wenn die Verelendung breiter Bevölkerungsschichten vermieden werden soll. Solche Änderungen müssen u. a. auf eine höhere Rationalität in der Verwendung knapper Ressourcen und auf eine höhere Effizienz in der staatlichen Verwaltung abzielen. Insofern die Kriterien einer derartigen Zweck-Mittel-Rationalität in der westlichen Zivilisation entwickelt worden sind[85], kann sich ein Land dem Einfluß dieser Zivilisation nur um den Preis der eigenen Verelendung entziehen.[86]

Bei der selektiven Verarbeitung dieser Einflüsse kommt es insbesondere auf den *Ausbildungsstand* der Bevölkerung an. Ihn zu verbessern, ist eine entscheidende Aufgabe des Staates.[87] Er hat zugleich eine führende Rolle bei der Durchführung *institutioneller Änderungen* zu übernehmen, mit denen die Voraussetzungen für eine ökonomisch rationale Faktorallokation und für die Einbeziehung breiter Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsprozeß geschaffen werden können. Die Reform der Eigentums- und Pachtverhältnisse in der Landwirtschaft ist dafür ein herausragendes Beispiel. Eine weitere Aufgabe des Staates besteht darin, die unvermeidlichen Konflikte zu entschärfen, die im Verlaufe des Modernisierungsprozesses entstehen, und damit einen gesellschaftlichen Konsens zu ermöglichen, ohne den der Entwicklungsprozeß nicht aufrechterhalten bleiben kann.[88]

Das skizzierte Konzept von „Entwicklung" ist mit einem dichotomischen Denken schlecht zu vereinbaren, das für einen Teil der Dependenz-Literatur, aber auch für die ursprüngliche Modernisierungstheorie kennzeichnend war. Externe wie interne Faktoren sind vielmehr untrennbar ineinander verflochten, wie auch „Modernität" und „Tradition" interagieren und sich nicht als unüberbrückbare Gegensätze gegenüberstehen.[89]

Die *ökonomische Entwicklungstheorie* kann an Realitätsnähe gewinnen, wenn sie diesen Ansatz ernstnimmt und die institutionellen und

---

85 Vgl.: *Mansilla* (1978).

86 *Wendorff* (1984).

87 *Easterlin* (1981).

88 *Kuznets* (1980). Zur Rolle staatlicher Bildungsinvestitionen im europäischen Entwicklungsprozeß vgl. *Lundgreen* (1973).

89 *Singer* (1972).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

politischen Aspekte des Entwicklungsprozesses nicht nur als gegebene Randdaten behandelt, sondern sie in ihre Analyse einbezieht. Dies muß keineswegs eine Verflachung zu einer rein deskriptiven Entwicklungsländerforschung zur Folge haben, im Gegenteil. Die Interdependenz von politischen Entscheidungen, institutionellen Regelungen und ökonomischen Vorgängen läßt sich durchaus auch theoretisch formulieren, und entsprechende Hypothesen können mit Hilfe geeigneter Verfahren empirisch überprüft werden. Mit einer Erweiterung der Fragestellungen und der Methoden ließen sich vermutlich auch einige der Mißverständnisse vermeiden, die in der Diskussion zwischen Politologen und Ökonomen über entwicklungspolitische Fragen immer wieder auftreten.

Der *praktischen Entwicklungspolitik* öffnet ein kritisch reflektierter Modernisierungsansatz eher den Blick auf weitere mögliche Schritte, als dies eine Dependenztheorie vermochte, die in einigen ihrer Varianten über die Dichotomie zwischen „Abhängigkeit" und „self-reliance" nicht hinauskam. Die entwicklungspolitische Realität besteht nicht in der Wahl zwischen Extremen dieser Art, sondern in der Suche nach gesamtwirtschaftlich vertretbaren Kompromißlösungen, die den spezifischen Bedingungen eines Landes angemessen sind.[90] Dazu können der modernisierungstheoretische Ansatz sowie die traditionelle Außenhandels- und Entwicklungstheorie sehr viel mehr sagen, als es die Dependenztheorie manchmal wahrhaben wollte. Das Erziehungszoll-Argument, mit dem der List'sche Gedanke der Entfaltung „produktiver Kräfte" weiterentwickelt worden ist, gehört beispielsweise zu den Standardthemen jedes Lehrbuches zur Außenhandelslehre.[91]

Im Lichte einer kritisch verstandenen Modernisierungstheorie muß auch ein reiner *„Ökonomismus" der Entwicklungspolitik* als fragwürdig erscheinen, der meint, wirtschaftspolitische Programme und Ordnungsvorstellungen der Industrieländer unreflektiert auf die Entwicklungsländer übertragen zu können. So macht beispielsweise der Blick auf den gesellschaftlichen Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung darauf aufmerksam, daß eine Wettbewerbsordnung nur funktionsfähig sein kann, wenn zahlreiche rechtliche, politische und institutionelle Voraussetzungen geschaffen werden.[92] Der neo-liberalen Schule war dies immer schon bewußt.[93] Die Frage, wie diese Voraussetzungen unter den jeweiligen kulturellen Verhältnissen eines Entwicklungslandes geschaffen werden können, ist sehr viel drängender als die-

[90] Vgl. dazu: *Eßer* (1979).
[91] Vgl. etwa: *Corden* (1978); *Rose* (1981).
[92] *Sautter* (1983).
[93] W. *Röpke* (1966).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

jenigen vermuten, die mit der Anwendung Friedman'scher Konzepte Entwicklungspolitik betreiben wollen.

Literatur

Adelman, Irma (1980): Economic Development and Political Change in Developing Countries. In: Social Research, Vol. 47, 2, S. 213 - 234.

Agarwal, Jamuna Prasad (1970): Das Zahlungsbilanzproblem im Rahmen der indischen Wirtschaftsentwicklung. Tübingen.

Amin, Samir (1974): Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Weltgesellschaft. In: Senghaas, Dieter (Hg.): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt/M., S. 71 - 97.

Amsden, Alice H. (1979): Taiwan's Economic History. A Case of Etatisme and Challenge to Dependency Theory. In: Modern China, Vol. 5, No. 3, S. 341 - 380.

Astiz, Carlos A. (1969): Pressure Groups and Power Elites in Peruvian Politics. Ithaca, N. Y.

Bejarno, Jesus A. (1927): El capital monopolista y la inversión nortamericana en columbia. Bogota.

Bhagwati, Jagdish N. (1978): Foreign Trade Regimes and Economic Development: Anatomy and Consequences of Exchanges Control Regimes. Cambridge/Mass.

Bhagwati, Jagdish N.; *Srinivasan,* T. N. (1975): Foreign Trade Regimes and Economic Development: INDIA. New York, London.

Bienefeld, Manfred (1981): Dependency and the Newly Industrializing Countries (NICs): Towards a Reappraisal. In: Seers, Dudley (Ed.): Dependency Theory. A Critical Reassessment. London, S. 79 - 96.

Boeckh, Andreas (1982): Abhängigkeit, Unterentwicklung und Entwicklung. Zum Erklärungswert der Dependencia-Ansätze. In: Nohlen, Dieter und Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 1, 2. Aufl., Hamburg, S. 133 - 146.

— (1979): Interne Konsequenzen externer Abhängigkeit. Königstein/Ts.

Braun, Oscar (1974): Wirtschaftliche Abhängigkeit und imperialistische Ausbeutung. In: Senghaas, Dieter (Hg.): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt/M., S. 137 - 154.

Cardoso, Fernando Henrique (1973): Estado y Sociedad en América Latina. Buenos Aires.

— (1977): The Consumption of Dependency Theory in the United States. In: Latin American Research Review, Vol. 12, 3, 1977, S. 7 - 24.

Cardoso, Hernando Henrique; *Faletto,* Enzo (1976): Abhängigkeit und Unterentwicklung in Lateinamerika. Frankfurt/M.

Carey, Henry Charles (1866): Socialökonomie. Berlin (Auszugsweise Übersetzung von „Principles of Social Science". Philadelphia, 1858).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Chen, Phulk S. (1978): Exportveredelungszonen in Taiwan als Instrumentarium für die wirtschaftliche Entwicklung. (Dissertation). Frankfurt/M.

Cleveland, Harlan, and *Rahman,* I. H. Abdel (1980): Dynamism and Development. In: World Development, Vol. 8, 4, S. 275 - 290.

Cline, W. R. (1972): Potential Effects of Income Redistribution on Economic Growth. Latin American Cases. New York.

Cohen, Suleiman I. (1978): Industrial Performance in South Korea: A descriptive Analysis of a remarkable Success. In: The Developing Economies, Vol. XVI, 1978, 4, S. 408 - 433.

Corden, W. M. (1978): Trade Policy and Economic Welfare. Oxford 1974 (Repr. 1978).

Córdova, Armando (1973): Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum. Frankfurt/M.

Dohmen, Holger; *Machetzki,* Rüdiger; *Weggel,* Oskar (1977): Malaysia — Vietnam — Birma. Drei mögliche Wege für Südostasien? In: „Aus Politik und Zeitgeschichte", B 10, 12. 7. 1977.

Donges, Juergen B. und *Müller-Ohlsen,* Lotte (1978): Außenwirtschaftsstrategie und Industrialisierung in Entwicklunglsländern. Tübingen.

— (1981): Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik. Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft. Berlin, Heidelberg, New York.

Dos Santos, Theotonio (1970): Dependencia económica y cambio revolucionario en América Latina. Caracas.

Easterlin, Richard A. (1981): Why isn't the Whole World Developed? In: The Journal of Economic History, Vol. XLI, 1, 1981, S. 1 - 19.

Eckl, Jürgen (1971): Algerien — Sozialismus in einem islamischen Land. Frankfurt/M.

Eisenstadt, S. N. (1973): Tradition, Change, and Modernity. New York.

Elsenhans, Hartmut (1981): Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt. Frankfurt/M., New York.

— (1977): Algerien — koloniale und postkoloniale Reformpolitik. Hamburg.

— (1982): Die Überwindung von Unterentwicklung durch Massenproduktion für den Massenbedarf — Weiterentwicklung eines Ansatzes. In: Nohlen, Dieter und Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 1, 2. Aufl., Hamburg, S. 152 - 181.

Emmanuel, A. (1972): Unequal Exchange. A Study of the Imperialism of Trade. London.

Eßer, Klaus (1979): Lateinamerika. Industrialisierungs-Strategien und Entwicklung. Frankfurt/M.

Evers, Tilmann Tönnies; *Wogau,* Peter von (1973): „Dependencia": Lateinamerikanische Beiträge zur Theorie der Unterentwicklung. In: Das Argument, H. 79, S. 404 - 454.

Fabian, Horst (1981): Der kubanische Entwicklungsweg. Ein Beitrag zum Konzept der autozentrierten Entwicklung. Opladen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Fei, John C. H.; *Ranis*, Gustav; *Kuo*, Shirley W. Y. (1979): Growth with Equity. The Taiwan Case. New York.

Fleischmann, Klaus (1983): Birma. In: Nohlen, Dieter und Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 7, 2. Aufl., Hamburg, S. 105 - 121.

— (1978): Birma. In: Nohlen, Dieter und Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 4, 1. Aufl., Hamburg, S. 65 - 78.

— (1977): Birma zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Köln, Nr. 61.

Flora, Peter (1974): Modernisierungsforschung. Opladen.

Frank, André Gunder (1969): Capitalism and Underdevelopment in Latin America. New York.

Frank, Charles R. (jr.); *Kim*, Kwang Suk; *Westphal*, Larry E. (1975): Foreign Trade Regimes and Economic Development. South Korea, New York, London.

Freytag, Iris (1980): Self-Reliance in Algerien. In: Khan, Khushi M. (Hg.): Self Reliance als nationale und kollektive Entwicklungsstrategie. München, London, S. 465 - 507.

Furtado, Celso (1972): Externe Abhängigkeit und ökonomische Theorie. In: Senghaas, Dieter (Hg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Frankfurt/M., S. 316 - 335.

Galenson, Walter (Hg.) (1979): Economic Growth and Structural Change in Taiwan. Ithaca, N. Y., London.

Gälli, Anton (1980): Taiwan. Ökonomische Fakten und Trends. München.

Geiger, Theodore; *Geiger*, Frances M. (1976): The Development Progress of Hongkong and Singapur. London.

Gey, Peter (1984): Planwirtschaft in Kuba. Referat, gehalten anläßlich des Internationalen Symposiums „Sozialismus und Industrialisierung", 5. - 8. 7. 1984 in Frankfurt/M.

Hagen, Everett E. (1980): Why Economic Growth is Slow. In: World Development, Vol. 8, 4, S. 291 - 298.

Halbach, Axel J.; *Osterkamp*, Rigmar; *Braun*, Hans-Gert; *Gälli*, Anton (1982): Wirtschaftsordnung, sozioökonomische Entwicklung und weltwirtschaftliche Integration in den Entwicklungsländern. Forschungsauftrag des BMWi, Bonn.

Hesse, Helmut; *Sautter*, Hermann (1977): Entwicklungstheorie und -politik. Bd. I: Entwicklungstheorie. Tübingen, Düsseldorf.

Hodara, Joseph (1971): La dependencia de la dependencia. In: Aportes, No. 21, S. 6 - 15.

Hoffmann, Lutz (1984): Nutzung, Allokation und Akkumulation von Ressourcen im Raum. Referat auf der Jahrestagung des Vereins für Sozialpolitik, 17. - 19. 9. 1984 in Travemünde.

Hofmeier, Rolf (1981): Staatliche Entwicklungspolitik in Tanzania. In: Hanisch, Rolf; Tetzlaff, Rainer (Hg.): Staat und Entwicklung. Frankfurt/M., New York, S. 433 - 472.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— (1982): Tanzania. In: Nohlen, Dieter und Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 5, 2. Aufl., Hamburg, S. 162 - 185.

Huntington, Samuel P. (1969): Political Order in changing Societies. New Haven, London, 2nd. printing.

Hurtienne, Thomas (1982): Sozialismus und autozentrierte Entwicklung. Zur Korrektur eines entwicklungspolitischen Modells anhand der Beispiele China, Nordkorea, Albanien und Kuba. In: Reiner Steinweg (Redaktion): Hilfe + Handel = Frieden? Die Bundesrepublik in der Dritten Welt. Frankfurt/M., S. 307 - 358.

Juttka-Reisse, Rosemarie (1979): Agrarpolitik und Kimilsungismus in der Demokratischen Volksrepublik Korea. Ein Beitrag zum Konzept autozentrierter Entwicklung. Königstein/Ts.

Krueger, Anne O. (1978): Trade Regimes and Economic Development: Liberalization Attempts and Consequences. Cambridge/Mass.

— (1983): Trade and Employment in Developing Countries, 3: Synthesis and Conclusions. Chicago, London.

Kuznets, Simon (1980): Driving Forces of Economic Growth: What can we learn from History? In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 116, 3, S. 409 - 429.

Kuznets, Paul W. (1977): Economic Growth and Structure in the Republic of Korea. New Haven, London.

Leggewie, Claus (1981): Algerien zwischen Etatismus und Massendemokratie. In: Hanisch, Rolf; Tetzlaff, Rainer (Hg.): Staat und Entwicklung. Frankfurt/M., New York, S. 412 - 429.

Lissak, Mohse (1976): Military Roles in Modernization. Civil-Military Relations in Thailand and Burma. Beverly Hills, London.

Llorente Martinez, Rodrigo (1972): El desafío de un pueblo en desarrollo. Bogota.

Lorenz, Detlef (1977): Weltwirtschaft zwischen Arbeitsteilung und Abkoppelung. In: Konjunkturpolitik, 23. Jg., 4. H., Berlin, S. 196 - 215.

Lundgreen, Peter (1973): Bildung und Wirtschaftswachstum im Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts. Berlin.

Mansilla, Hugo C. F. (1978): Entwicklung als Nachahmung. Zu einer kritischen Theorie der Modernisierung. Meisenheim am Glan.

Maung, Mya (1971): Burma und Pakistan. A Comparative Study of Development. New York, Washington, London.

Maza Zavala, D. F. (1973): Los mecanismos de la dependencia. Caracas.

Marini, Ruy Mauro (1974): Die Dialektik der Abhängigkeit. In: Senghaas, Dieter (Hg.): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt/M., S. 98 - 136.

Menzel, Ulrich (1978): Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells. Ein Beitrag zum Konzept autozentrierter Entwicklung. Opladen.

Mesa-Lago, Carmelo (1984): The Cuban Economic Model in the 1980s: Conflicts between Ideology and Pragmatism. Referat, gehalten anläßlich des Internationalen Symposums „Sozialismus und Industrialisierung", 5. - 8. 7. 1984 in Frankfurt/M.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Morawetz, David (1980): Economic Lessons from Some Small Socialist Developing Countries. In: World Develpoment, Vol. 8, 5/6, S. 337 - 369.

Nohlen, Dieter (1980): Modernization and Dependence. An Outline and Critique of Competing Theories. In: Intereconomics, 2, 1980, S. 81 - 86.

Nohlen, Dieter; *Nuscheler*, Franz (1982): Was heißt Entwicklung? In: Nohlen, Dieter, und Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 1, 2. Aufl., Hamburg, S. 48 - 68.

— (1982): Was heißt Unterentwicklung? In: Nohlen, Dieter, und Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 1, 2. Aufl., Hamburg, S. 25 - 47.

Nohlen, Dieter; *Sturm*, Roland (1982): Über das Konzept der strukturellen Heterogenität. In: Nohlen, Dieter, und Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 1, 2. Aufl., Hamburg, S. 92 - 114.

Ochel, Wolfgang (1982): Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft. Eine problemorientierte Einführung mit einem Kompendium entwicklungstheoretischer und -politischer Begriffe. Köln.

O'Donnel, Guillermo; *Linck*, Delfina (1973): Dependencia y Autonomía. Formas de Dependencia y Estrategias de Liberación. Buenos Aires.

Osterkamp, Rigmar (1982): Wirtschaftliche und soziale Entwicklung bei zentraler Lenkung und der Übergang zur Marktsteuerung: Der Weg Algeriens. In: IfO-Studien, 1982/4, 28. Jg., S. 293 - 311.

Palma, Gabriel (1978): Dependency: A Formal Theory of Underdevelopment or a Methodology for the Analysis of Concrete Situations of Underdevelopment? In: World Development, Vol. 6, 7/8, S. 881 - 924.

Park, Sung-Jo; *Shin*, Taiwhan; *Zo*, Ki Zun (Eds.) (1980): Economic Deveopment and Social Change in Korea. Frankfurt/M.

Rao, D. C. (1978): Economic Growth and Equity in The Republic of Korea. In: World Development, Vol. 6, 3, S. 383 - 396.

Riegel, Klaus-Georg (1982): Tradition und Modernität. Zum Modernisierungspotential traditionaler Kulturen nichtwestlicher Entwicklungsgesellschaften. In: Nohlen, Dieter, und Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 1, 2. Aufl., Hamburg, S. 73 - 89.

Röpke, Jochen (1982): Die unterentwickelte Freiheit. Göttingen.

Röpke, Wilhelm G. (1966): Jenseits von Angebot und Nachfrage. 4. Aufl. Erlenbach - Zürich - Stuttgart.

Rose, Klaus (1981): Theorie der Außenwirtschaft. 8. Aufl., München.

Sautter, Hermann (1977): Unterentwicklung und Abhängigkeit als Ergebnisse außenwirtschaftlicher Verflechtung. Zum ökonomischen Aussagewert der Dependencia-Theorie. In: Puhle, Hans-Jürgen (Hg.): Lateinamerika — Historische Realität und Dependencia-Theorien. Hamburg, S. 61 - 104.

— (1983): Socio-cultural Aspects of Supply-side Economics for Developing Countries. In: Intereconomics, 6, 1983, S. 278 - 285.

— (1984): Die Wachstumszentren in Südostasien. Hongkong, Singapur, Taiwan, Südkorea. In: Wagner, Wolfgang et al. (Hg.): Die Internationale Politik 1981 - 1982. München, S. 348 - 358.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schmidt, Alfred (1979): Internationale Arbeitsteilung oder ungleicher Tausch. Frankfurt/M., New York.

— (1982): Ungleicher Tausch. In: Nohlen, Dieter, und Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 1, 2. Aufl., Hamburg, S. 117 - 132.

Senghaas, Dieter (1974): Vorwort: Elemente einer Theorie des peripheren Kapitalismus. In: Senghaas, Dieter (Hg.): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt/M., S. 7 - 36.

— (1977): Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation. Frankfurt/M.

— (1981): Vorwort zu Fabian, Horst: Der kubanische Entwicklungsweg. Opladen.

— (1982 a): Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen. Frankfurt/M.

— (1982 b): Autozentrierte Entwicklung. In: Nohlen, Dieter, und Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 1, 2. Aufl., Hamburg, S. 359 - 379.

Senghaas, Dieter; *Menzel*, Ulrich (o. J.): Autozentrierte Entwicklung trotz internationaler Kompetenzgefälle. Projekt: Untersuchung zur Grundlage einer praxisorientierten Theorie autozentrierter Entwicklung. Universität Bremen, Forschungsbericht Nr. 1.

Silverstein, Josef (1977): Burma: Military Rule and the Politics of Stagnation. Ithaca, N. Y., London.

Singer, Milton (1972): When a Great Tradition Modernizes. London.

Singh, Tarlok (1974): India's Development Experience. London and Basingstoke.

Sonntag, Heinz Rudolf (1973): Der Staat des unterentwickelten Kapitalismus. In: Kursbuch, 31, S. 157 - 183.

Sunkel, Osvaldo (1972): Transnationale kapitalistische Integration und nationale Desintegration: Der Fall Lateinamerika. In: Senghaas, Dieter (Hg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Frankfurt/M., S. 258 - 315.

Tibi, Bassam (1973): Der Dekolonisationsprozeß in Algerien. In: Grohs, Gerhard; Tibi, Bassam (Hg.): Zur Soziologie der Dekolonisation in Afrika. Frankfurt/M., S. 19 ff.

Tischner, Helmut (1980): Die wirtschaftliche Entwicklung Indiens in den Jahren 1951 - 1978 unter besonderer Berücksichtigung der Auslandshilfe. Berlin.

Urff, Winfried von (1980): Zur Rolle der Landwirtschaft in einer Strategie der Self-Reliance. In: Khan, Kushi M. (Hg.): Self-Reliance als nationale und kollektive Entwicklungsstrategie. München, London, S. 201 - 237.

Vaitsos, Constantine V. (1972): Transferencia de recursos y preservación de rentas monopolistas. In: Revista de Planeación y Desarrollo, 3/2 (Juli), S. 35 - 79.

Wade, Larry L.; *Kim*, Byong Sik (1978): Economic Development of South Korea. New York.

Wehler, Hans-Ulrich (1975): Modernisierungstheorie und Geschichte. Göttingen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Weltbank (1980): Weltentwicklungsbericht. Washington.

— (1981): Weltentwicklungsbericht. Washington.

Wendorff, Rudolf (1984): Dritte Welt und westliche Zivilisation. Grundpropleme der Entwicklungspolitik. Opladen.

Westphal, Larry E. (1978): The Republic of Korea's Experience with Export-Led Industrial Development. In: World Development, Vol. 6, 3, S. 347-382.

Wionczek, Miguel S. (1970): El endeudamiento publico externo y los cambios sectorales en la inversión privada extranjera de América Latina. In: Jaguaribe, Helio y Otros (Eds.): La dependencia político-económica de América Latina. Mexico City, S. 111 - 137.

Wöhlcke, M.; *Wogau*, P. von; *Martens*, W. (1977): Die neuere entwicklungstheoretische Diskussion. Frankfurt/M.

Wulf, Herbert (1978): Indien, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd. 4, Halbband I, Hamburg, S. 127 - 168.

Summary

Development by Outward-looking Strategies — Underdevelopment by Delinking from World Markets?

A Retrospective of "Dependency Theory"

In the 1970s dependency theory aroused much controversy in discussing developmental issues. It seems that this debate has come to some end. One reason is the economic performance of developing countries following different strategies toward world markets. There are some success-stories of countries which are integrated into world markets, and there is the failure of countries following a policy of disintegration. Both experiences contradict one of the main propositions of dependency theory, namely that open economies are being penetrated by "world capitalism" hindering "self-reliance" so that closing the economy for some period is the only way to speed up development and to gain economic independence.

The success-stories are those of the "NICs", especially of South Korea and Taiwan. Looking to details of development strategies in these countries, one has to recognize, that both countries were and are dependent in the sense of dependency theory, but both were able to execute some essential reform measures suggested by dependency literature: e.g. an agrarian reform, the modernization of the school system, and a protective policy for infant industries. The latter policy was changed when the "easy" stage of import-substitution had been finished. However, it would be too superficial to relate high growth rates, relatively high occupational levels and relatively good distri-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

butional indicators only to the export-oriented strategy of these countries. Internal reforms had been decisive. The point is, that dependency in its structural and its external form did not prevent these reforms, which, combined with a change in development strategy at the right time made possible some remarkable success.

Burma at the other hand is one of the most isolated countries of the world. It is following its own way to socialism, trying to change internal structures under military rule. But it seems that between 1960/62 and 1974/75 economic results have been poor. Egalitarian policies had not been supported by improvements in terms of labor productivity, higher standards of living and diversification of industry.

There are other examples both for successful open and for unsuccessful closed economies. The lesson to be drawn from these experiences is that "dissociation" from world market is neither a necessary nor a sufficient condition for "self-reliance". It is the dynamism of internal forces which makes "self-reliance" possible. Given strong internal forces of development, unfavorable external influences can be neutralized. When these internal forces are lacking, "dissociation" from world markets will not speed up development. It is the traditional field of "modernization theory" to investigate these internal factors. Thus, an approach is revalued which seemed to be outdated by the victory of dependency theory.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Entwicklungstheoretiker — Entwicklungspraktiker

Eine (selbst-)kritische Diskussion

Kurzfassung einer Podiumsdiskussion mit
Winfried Böll, Bonn, *Arthur Eggers,* Berlin,
Hans-R. Hemmer, Gießen, *Otto Matzke,* Rom,
Paul P. Streeten, Washington und
Udo E. Simonis, Berlin, als Diskussionsleiter

Die öffentliche Podiumsdiskussion als Abschluß der Jahrestagung des Ausschusses Entwicklungsländer an der Technischen Universität Berlin erbrachte eine Reihe interessanter Fragen und Antworten, die im folgenden auszugsweise dokumentiert werden sollen. Uneins waren sich die Theoretiker und Praktiker auf dem Podium bereits über die Frage des Diskussionsleiters, ob und wenn ja welche Theorie der Entwicklungspraxis überhaupt nütze. Die Praktiker der Runde warfen der Theorie Realitätsferne, Lückenhaftigkeit, gar Irrelevanz vor. Umgekehrt war der Einwand, die Praxis richte sich nicht genügend an vorhandenen Theorien aus, kaum zu hören; auch die Theoretiker gingen durchaus kritisch mit der bisherigen Theorie ins Gericht. Einige Ideen für mehr Kooperation zwischen Theorie und Praxis und für mögliche Forschungsschwerpunkte wurden entwickelt.

Braucht die Entwicklungspraxis Theorie?

Eine Kontroverse entstand zunächst zwischen dem Lehrbuchautor Hans-Rimbert Hemmer einerseits und Arthur Eggers, Afrika-Koordinator des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) andererseits, dessen Institution, der grass-root-Praxis verpflichtet wie keine andere staatliche Institution, gerade mangels unterstellter theoretischer Einbindung zur Zeit personellen und strukturellen Reformen ausgesetzt ist.

Hemmer bemerkte einleitend, ebenso wie die Theorie ohne praktische Realität gegenstandslos sei, könne er sich keinen Entwicklungspraktiker vorstellen, der ohne theoretischen Background auskomme. Die Sprache der Theorie sei indes für den Praktiker oft ziemlich weltfremd und so wenig plastisch, daß der eine gar nicht vom anderen profitieren könne, ja, daß die Kommunikation erheblich erschwert sei. Das sei jedoch we-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

niger ein Problem der inhaltlichen Arbeit des Theoretikers als ein Mangel seines Artikulationsvermögens.

Eggers, von Simonis daraufhin befragt, ob man für ein Projekt in Afrika Theorie brauche, verneinte. „Brauche ich Theorien, wenn ich in meiner täglichen Arbeit entscheide, ob wir in jenem Projekt mitarbeiten oder in einem anderen, oder welches die Erfolgsaussichten für ein Projekt sind? Ich sage zunächst: Nein. Ich brauche dafür nicht Theorie, ich brauche Erfahrung. Aus der Erfahrung kommt man zu Verfahrensüberlegungen: Was kann erfolgreich sein, was nicht? Wie reagieren Menschen, mit Projektrealitäten konfrontiert? Daraus resultieren dann Entscheidungen. Theoretische Überlegungen werden dabei kaum angestellt. Darüber hinaus wird einmal angewendete Theorie in der Praxis als nicht sehr hilfreich angesehen."

Hemmer dazu: „Was verstehen Sie unter Theorie? Sie haben doch eine Theorie auf induktiver Basis gewonnen: Aller Erfahrung nach verhalten sich unter bestimmten Bedingungen die Menschen so oder so. Das ist doch eine Theorie."

Der Journalist Otto Matzke, ehemaliger Mitarbeiter des World Food Programme der UNO, trennte etwas deutlicher: „Es gibt profunde Theorien, und es gibt Theorien für den Pragmatiker, wie er den Hammer noch besser ansetzen könnte. Ich halte es für eine Binsenweisheit, zu sagen, ohne Theorien im weitesten und engeren Sinne geht überhaupt nichts." Nach dem Motto: „Das sehen wir dann schon, wenn wir im Lande sind. Erstmal anfangen, die weiteren Details legen wir dann fest", könne man nicht vorgehen; insofern könne er auch Herrn Eggers nicht zustimmen. Die Entscheidung über den Bau einer Straße müsse mit Theorie gelöst werden.

Winfried Böll, ehemals Ministerialdirektor des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, griff dann Simonis' Bild auf, daß die Theorie für die Praxis vielleicht sei, was die Laterne für den Betrunkenen: „Zwar noch nicht das heimische Bett, in das man will, und noch nicht mal die Türklingel, aber immerhin Licht auf der Straße." Genauer: „Für die Praxis ist das induktive Vorgehen, vom Fall her zu denken, das Entscheidende; und dann muß man sich das suchen, was man im Kopf noch an Zugängen zu Theorien hat, um hier und da eine Laterne zu finden zum Anlehnen oder um ‚erleuchtet' zu werden, in der Hoffnung auf eine andere Laterne ein Stück weiter." Die Theorie nütze auch, wo sie nicht unmittelbar brauchbar sei: „Weil sie den sich in der Praxis immer wieder verfestigenden Geist aufrüttelt, problematisiert und scheinbar unangreifbare Maßstäbe angreift." Und: „Es gibt eine Menge Praktiker — z. B. die Garde von alten landwirtschaftlichen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Projektleitern — die sagen: ‚Ich habe keine Theorie, brauche auch keine, bin auch völlig ideologiefrei' — und da sitzt's ganz tief, weil da nämlich der theoretische Zweifel nie gekommen ist! Einer unserer Projektleiter hat einmal gesagt: ‚Was könnte man aus dieser schönen Insel machen; wir haben das ganze Wissen. Wenn es doch nur diese dämlichen Eingeborenen nicht gäbe.' Das ist der fachorientierte Mann, für den Menschen anderer Kulturen nur ein Hindernis sind, wenn sie nicht gleich begreifen. Einem von seiner Kunst überzeugten Fachmann auch nur theoretische Skrupel beizubringen ist schwer, aber wichtig." Insgesamt empfehle er als Handformel für den Praktiker „Neugier, aber auch Gelassenheit gegenüber Theorie und große Bescheidenheit bei ihrer Umsetzung". Theoretiker seien oft angesichts der Schwierigkeiten bei der Umsetzung leicht empört und emotional.

Der Entwicklungstheoretiker Paul P. Streeten aus Boston, z. Z. in einem Forschungsjahr bei der Weltbank, pflichtete Hemmer bei: Jeder habe seine Theorie. Er finde unter Praktikern altmodische Theoretiker, einfache Theoretiker, implizite Theoretiker, aber ganz ohne Theorien käme man nicht aus. Allerdings müsse man sich fragen, wie sie relevanter, realistischer werden könnten, statt Selbstzweck zu sein. Die Theorie werde zu oft benutzt wie der Hammer in der Hand eines Kindes: Nicht nur um Nägel, sondern um gleich alles einzuschlagen. Aus seinem Wechsel zwischen Lehrstuhl einerseits und Weltbank, UN, Ministerium, Dritter Welt andererseits schöpfe er sowohl geistige Kraft wie Kontakt zur Realität.

An dieser Stelle verdient eine Anmerkung aus dem Plenum aufgegriffen zu werden: Theorien seien doch so unterschiedlich wie Landkarten. Nach einem Satellitenbild Wanderungen zu unternehmen, sei ebenso schwierig, wie mit einer Freizeitkarte das Wetter vorherzusagen. Wollten die Praktiker den Theoretikern vorwerfen, sie hätten die falschen Variablen ausgewählt und die falschen Beziehungen untersucht, oder aber sie seien zu falschen Erkenntnissen gekommen? Hemmer ließ weder das eine noch das andere auf sich sitzen: „Stellt die Theorie die falschen Landkarten zur Verfügung oder weiß der Praktiker nicht, welche Landkarte er braucht"?

Braucht die Evaluierung Theorie?

Wenig Einigkeit zwischen Praktikern und Theoretikern herrschte auch beim vom Diskussionsleiter ins Spiel gebrachten Thema Projektevaluierung. Matzke bemerkte zunächst, es fehle der Theorie an einer Betrachtung ihrer eigenen Resultate, genauer: an einer Effizienz- und Entwicklungswirksamkeitskontrolle von Projekten. Positive Ergebnisse

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

seien zu selten, Schaden zu oft zu finden. Die Theorie müsse sich dieses Problems viel stärker annehmen.

Simonis zitierte dann den EG-Generaldirektor für Entwicklung, Dieter Frisch, mit der Bemerkung vom Vortage, ein Drittel der EG-Entwicklungsprojekte sei „erfolgreich", ein weiteres Drittel „nicht erfolgreich" und das letzte Drittel „irgendwo dazwischen" gewesen. Er frage nun Eggers, wenn man schon Praxis ohne Theorie machen könne, brauche man dann letztere wenigstens um zu klären, ob die Praxis erfolgreich gewesen sei oder nicht?

Die Theorie sei auch in dieser Hinsicht mangelhaft, antwortete Eggers. Sie müsse sich stärker an die Bedingungen in den Entwicklungsländern anpassen. Effizienz- und Wirksamkeitskontrolle käme aus der Erfahrung. Es gebe auch beim DED Grundsätze und Kriterien, die seien aber so schwammig, daß man damit alles und nichts beweisen könne. „Wir können nur dort, wo wir aufgrund ähnlicher Projekte die Erfahrung gemacht haben, daß Schaden angerichtet wurde, zu dem Ergebnis kommen, das machen wir nicht nochmal wieder. Oder: das haben wir jetzt dreimal gemacht, ist dreimal schiefgegangen — ohne daß man genau festlegen kann, warum es schiefgegangen ist. Und hier haben wir fünfmal gute Ergebnisse, also wollen wir das auch weiter ausbreiten." Gefragt, woran aber „Schaden" und „gut" gemessen würden, antwortete Eggers zögernd: „Daran, daß die Zielgruppe hinterher einen größeren Wohlstand hat und sich in diesem Wohlstand wohlfühlt, einfach gesagt." Simonis bestätigte, dies sei schließlich das von den Ökonomen stets bemühte Pareto-Kriterium, und dem könne man natürlich zustimmen.

Eggers brachte dann das Beispiel eines mißglückten Projekts: „In Äthiopien war ein Entwicklungshelfer mit dem Projekt gescheitert, einen Weg zu einem Dorf hin zu bauen. Die Bauern verweigerten die Mitarbeit, obwohl ihnen der Weg Vorteile an Kommunikation, Versorgung, Vermarktung bringen sollte. Erst viel später sei man darauf gekommen, daß die Bauern das aus rationalem Kalkül taten: Durch den Weg wäre auch dem Grundbesitzer der Zugang zu den Feldern, zur Einschätzung der Ernte und zum Einholen der Pacht erleichtert worden." Ein Problem, das sicherlich nicht offensichtlich war, das sich dann aber erst aus der Erfahrung zeigte.

Beifall fand ein Beitrag aus dem Plenum hierzu: Es sei ein Fehler, Theorie und Praxis wie in dieser Diskussion gegenüberzustellen. Das Problem sei doch: Wir können nicht handeln, ohne vorher zu denken. Man könne aber nicht Denken und Theorie gleichsetzen. Die Logik müsse irgendwo aufgehängt werden, doch an welchem Haken? Da

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werde es kontrovers. So dürfe man nicht Eggers' Gemeinwohl-Kriterium zerreden und fordern, er solle erstmal definieren. ‚Besser gehen' und ‚wohler fühlen', das sei doch das Wichtigste. Nach mehr Definition zu verlangen sei Begriffsfetischismus.

Aus dem Plenum wurde auch kritisch gefragt, warum Theoretiker wie Praktiker an die Entwicklungsländer Forderungen stellten — hinsichtlich der Effektivität, der Überprüfbarkeit von Ergebnissen, der humanen Intentionen der Regierungen, der Planungsgenauigkeit usw., die sie nie an sich selbst, an die Industrieländer stellen würden.

Hemmer antwortete, man könne dann ebensogut die Projektbindung der Auslandshilfe in Frage stellen und angesichts der Freisetzungseffekte der Projekthilfe auch für Programm- oder ungebundene Hilfe plädieren. Matzke dagegen meinte, angesichts knapper Ressourcen in der Entwicklungshilfe komme man nicht umhin, Prioritäten zu setzen. Effizienz- und Wirksamkeitskontrollen seien wichtig, denn man könne nicht mit geschlossenen Augen Gelder vergeben, weil man dann übersehe, wie schnell diese wieder auf Schweizer Bankkonten landeten. Der positivste Punkt des Brandt-Berichts sei es gewesen, zu betonen, daß das Eliten-Problem eines der größten Handicaps der Entwicklungshilfe sei. Nach Auffassung von Matzke sind gerade deswegen IWF-Auflagen, Bedingungen und „Politikdialog" notwendig, damit auch nur die 30%-Marke effizienten Mitteleinsatzes in der Entwicklungshilfe gehalten werden könne.

Was fehlt der Theorie?

Breite Zustimmung fanden Bölls Äußerungen über die drei Arten von Theorie: „Es ist ja nicht so, daß wir uns Entwicklungstheorien schlechthin geöffnet haben, sondern ganz bestimmten Ausschnitten davon, nämlich vor allem den ökonomischen Entwicklungstheorien. Ein Großteil dessen, was die Praxis als ‚Laterne' braucht, ist ja bisher gar nicht erörtert worden: Die Verfahrensfragen, institutionelle Fragen. Die Praxis, in der ich tätig war, ist eine andere Praxis als die, die Eggers im Auge hat. Die Praxis des Projektleiters vor Ort ist eine andere als die des Verwaltungsmannes in Bonn. Wir brauchen deswegen Theorien für unterschiedliche Zwecke: Auch operationale Theorien, um dem Praktiker vor Ort was in die Hand zu geben für seine Aufgaben. Aber ebenso brauchen wir Theorien zur Rechtfertigung unseres Handelns im Inland. Unsere Praxis ist die Auseinandersetzung mit Wählern, Interessengruppen, Haushaltsausschuß usw. Die praktische Entwicklungspolitik wird ja nicht anhand ihrer tatsächlichen Ergebnisse in den Entwicklungsländern bewertet. Wenn ein Neuling Entwicklungs-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hilfeminister wird — und das werden stets nur Neulinge — dann muß das, was er sagt, hier ankommen. Finden seine Worte Zustimmung, kriegt er Geld, darf er arbeiten. Bis man herausfindet, was dieses Geld oder seine Arbeit in den Entwicklungsländern bewirkt oder anrichtet, ist schon die übernächste Koalition dran, nach sechs bis zehn Jahren. Bis dahin ist gut Reden wichtig, weil es die Legitimation seines Handelns bewirkt und die Mittel beschafft. Und dafür ist eben eine bestimmte Sorte von Theorie nötig: jene Sorte, die zur Rechtfertigung geeignet ist und die Rechtgläubigkeit des Ministers und seiner Mitarbeiter in der dogmatisch verfestigten innenpolitischen Situation bestätigen hilft, im Sinne der vorgegebenen Ordnungspolitiken beispielsweise." Also: „Morgens beim Bundesvorstand der Industrie marktwirtschaftlich orientiert, nachmittags bei den Kirchen grundbedürfnisorientiert und möglichst beides widerspruchsfrei. Wenn man das mal beherrscht, kann man in der Administration damit leben. Vor allem muß alles ordnungsgemäß ablaufen, egal was dabei herauskommt; es muß haushaltsrechtlich stimmen, es muß institutionenkonform sein usw. Deswegen ist mir der Anspruch ‚die Entwicklungstheorie' zu hoch gegriffen. Beim Finanzminister und in der Verwaltung muß man jeweils andere theoretische Hintergründe haben."

Kritik an den bisherigen Leistungen der Entwicklungstheorie kam jedoch auch von den Wissenschaftlern der Runde. Streeten bemängelte die Realitätsferne der Entwicklungstheorie. Viele Akademiker — einschließlich einiger Nobelpreisträger — benähmen sich wie der Betrunkene, der seine Schlüssel irgendwo im Dunkeln verloren habe, dann aber unter der Laterne suche und auf Befragen erkläre: unter der Laterne sei es eben heller und deswegen das Suchen leichter.

Hemmer pflichtete bei: „Für viele, die sich im Bereich der Theorie tummeln, ist die Theorie das eleganteste Instrument, die eigene mathematische Kompetenz nachzuweisen. Da wird elegant haarscharf an der Realität vorbei mathematisiert." Richtig verstandene Theorie aber müsse der Versuch sein, die Realität zu erklären. Solange Theorien logisch konsistent seien, seien beide Wege zur Erklärung der Realität legitim: Über Erfahrungen auf induktivem Weg einen bestimmten Fall zu erklären, wie auch über Modellbildung auf Prämissen aufbauend. „Eine Theorie, die die Realität erklärt, ist für mich immer brauchbar, solange ich mit ihr angemessen an die Lösung realer Probleme herangehen kann."

Hierzu wurde allerdings aus dem Plenum vermerkt, wer so denke, tue, als ob sich mehr Informationen stets zu größerer Wahrheit verdichteten, aus der man dann Ratschläge erteilen dürfe. Leider sei das in den Sozialwissenschaften nicht so. Mit sozialwissenschaftlichem

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Denken verändere man auch gleichzeitig die Wirklichkeit, die man nur erklären wollte. Induktion oder Deduktion seien deswegen keine ‚doppelte Buchhaltung', bei der am Ende dasselbe (nämlich ein Abbild der Realität) herauskomme. Das gelte es als Theoretiker und Ökonom zu begreifen.

Ebenfalls aus dem Plenum wurde kritisiert, daß die Inhalte der Entwicklungstheorien bisher zu unergiebig gewesen seien. Am Beispiel der Landwirtschaft: „Inwieweit haben die Theorien die Bedeutung der Landwirtschaft genügend herausgestellt? Am ehesten haben sich vielleicht die Dualismustheorien mit dieser Frage auseinandergesetzt, aber nur unter dem Gesichtspunkt: die Landwirtschaft hat Dienstleistungen für den gesamten Entwicklungsprozeß und insbesondere für die Industrialisierung zu erbringen. Wenn man die heutige afrikanische Problematik betrachtet, muß man sich fragen: Haben die theoretischen Konzepte, die auf die Dualismustheorien zurückgehen, nicht zuviel Gewicht gehabt und muß man nicht hier von einem deutlichen Defizit der Weiterentwicklung sprechen? Man wird kaum sagen können, daß die Agrarökonomie wesentliche Beiträge geleistet hat. Aber andererseits muß man diese Frage auch an die Nationalökonomie stellen."

Matzke bemerkte in diesem Zusammenhang, man wisse nicht einmal, was Entwicklung genau sei. Ein Flughafen könne das Gegenteil davon sein, eine Straße großer UN-fug. Die Befriedigung bestimmter Grundbedürfnisse schon eher. Aber nicht DED, nicht GTZ noch KfW wüßten doch, was Entwicklung sei.

Eggers sagte, angesichts so vieler Theorien über Unterentwicklung sei es doch erstaunlich, daß viele Probleme in unserem eigenen Lande noch ungelöst daständen. Matzke verwies Eggers da sogleich auf die Unreife bisheriger Theorien. Simonis meinte, Erkenntnisse der Entwicklungstheorie seien doch inzwischen sehr differenziert anwendbar — Beispiele: Projektplanung, Sektoralplanung. Diese Methodik hätte in Deutschland auf viele Projekte angewendet werden können, allein es fehle an einem Süd-Nord-Transfer des Wissens, an positiver Rückkopplung aus der entwicklungstheoretischen und entwicklungspolitischen Debatte.

Hemmer konnte solchen Gefallen an Planungsmethoden nicht finden und unterstrich, vielleicht seien Entwicklungserfolge gerade ausgeblieben, weil sich die Theorie zu sehr mit Planung beschäftigt habe.

Böll sah Defizite zum einen darin, daß die Theorien zu aggregiert seien, von Verwaltung und Politik losgelöst. Der Entwicklungspolitiker — und dieser Begriff müsse den mit Entwicklung befaßten Politikern

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aus Entwicklungsländern vorbehalten bleiben, im Gegensatz zum Entwicklungs*hilfe*politiker bei uns — könne mit Fragmenten volkswirtschaftlicher Modelle wenig anfangen, da er selbst nicht alle in globalen volkswirtschaftlichen Theorien dargebotenen Instrumente zur Hand habe. Für den Praktiker sei auch eine verständliche Analyse hilfreicher als die meist sofort angebotenen möglichen Strategien auf der Grundlage von idealtypisch abstrahierenden Modellen. Z. B. Analysen mikroökonomischer Kreisläufe im informellen Sektor; das sei für ihn sehr viel aufschlußreicher gewesen als manche große Theorie.

Schließlich sah Böll ein Defizit in der Art, wie Entwicklungstheorie an deutschen Hochschulen gelehrt werde. Aus Gesprächen mit dem Recruiting-Officer der Weltbank in Paris wisse er, daß deutsche Kandidaten sich zwar in den einzelnen Theorien hervorragend auskannten und diese gegen andere Theorien verteidigen konnten: allein bei den ihnen im Auswahlgespräch vorgelegten konkreten entwicklungspolitischen Problemfällen wäre es darauf angekommen, jeweils passende Instrumente aus dem ganzen Arsenal ökonomischer Theorien zu finden sowie nichtökonomische Rahmenbedingungen zu nennen. Deutsche Hochschulabgänger könnten deswegen selten mit englischen oder amerikanischen konkurrieren, wenn es um die Case-Bearbeitung, um das Rede-und-Antwortstehen im Interview ginge. Darauf seien deutsche Studenten offenbar genausowenig geschult wie auf den Praxisablauf der entwicklungspolitischen Maschinerie. Ein Defizit der Theorie sei also auch die mangelnde Anwendungsbezogenheit der Lehre.

Böll warf der ökonomischen Theorie im übrigen mangelnde Gesprächsfähigkeit vor. Sie stellte sich als die Entwicklungstheorie schlechthin dar, er denke z. B. an die Diskussionen im wissenschaftlichen Beirat des BMZ. Es sei für einen Beamten einfacher, Techniker aus Afrika, aus China und aus Deutschland an einen Tisch zu bringen, als einen deutschen Techniker, einen deutschen Ethnologen, einen deutschen Soziologen, einen deutschen Ökonomen. Besonders letzteren mangele es an Gesprächsfähigkeit und Gesprächsbereitschaft.

Aus dem Plenum wurde hierzu angemerkt, die ökonomische Theorie sei möglicherweise deswegen so dominant, weil sie sich als einzige Disziplin mit knappen Mitteln, ungesättigten Bedürfnissen und der Notwendigkeit des Überlebens befasse. Böll antwortete, es handele sich nicht abstrakt um „den Hunger", sondern um vielfältige und situationsgegebene strukturierte Bedürfniskonstellationen; da sei die Kulturanthropologie keine Nebensache.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Grundbedürfnisse als Mode

Eggers kritisierte bisherige Theorien auch dahingehend, sie ließen sich oft nur schwer von Modeerscheinungen unterscheiden. Die Grundbedürfnisstrategie sei ein im Westen entwickeltes Konzept, von dem z. B. die Länder, in denen der DED arbeite, oft wenig überzeugt seien. Ebenso das Konzept der Basisgesundheitsdienste, für das in Entwicklungsländern die Voraussetzungen fehlten, oder die „angepaßte Technologie: ein weites Feld für Bastler aus dem Westen". Er bemerkte auch, daß bei dieser Diskussion nur Theoretiker und Praktiker aus dem Westen säßen.

Auf die Frage aus dem Plenum: „Wie kann die Grundbedürfnisstrategie nicht ankommen in einem Lande, in dem gehungert wird", antwortete Eggers: Man empfände das in den Entwicklungsländern so, daß über die Grundbedürfnisse hinaus nichts vom Westen gegeben werde, daß westliche Technologie unerreichbar bleiben solle. Deswegen auch die angepaßte Technologie: „Das Einfache ist gerade genug für die Entwicklungsländer." Gerade gegenüber Theorien und Politikern aus Industrieländern habe man dort den Eindruck, daß die am Hunger mit Schuld hätten.

Auf einen weiteren Einwand von Simonis: die Bürokraten in den Entwicklungsländern seien gewiß weniger an der Grundbedürfnisstrategie interessiert als die Betroffenen, sowie auf Matzkes Einwand: das seien doch Eliten, die an der Macht seien und bleiben wollten, antwortete Eggers: Eliten müssen eben ihre Leute zufriedenstellen um an der Macht zu bleiben, und es sei Dünkel zu glauben, wir wüßten besser, wie die Leute regiert werden sollten oder leben müßten.

Aus dem Plenum wurde hierzu gefragt, woran denn dieser allzu modische Wandel von Vorstellungen der Entwicklungspraxis liege. Bestimmte Strategien, bestimmte Träger, bestimmte Instrumente seien ‚in' und dann wieder ‚out'. Hemmer antwortete, es gebe wohl ‚Modeströmungen' in der Theorie; der einzelne Wissenschaftler sei stets bemüht, Marktlücken in der theoretischen Forschung mit eigenen Veröffentlichungen zu füllen, und falls er Erfolg dabei habe, seine literarische Präsenz auf dem Gebiet auch noch auszubauen.

Böll wies dann darauf hin, es sei eher das Reden über die Entwicklungspraxis einem modischen Wandel unterlegen als die Praxis selber; die sei starrer als man glaube. In Achtjahreszeiträumen vielleicht ändere sich mal etwas. „Es kommt sehr darauf an, was der Referatsleiter im Kopf hat und wie er das macht. Und dann kommt es darauf an, wie er das in die modische Diskussion einpaßt. Da ist auf einmal alles

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Grundbedürfnisprojekt, was vorher etwas ganz anderes war. Man nennt das die ‚Lyrik der Vorlagen'. Projekte kann man bei dem einen Minister so begründen und bei einem anderen anders, und das ist nicht einmal gelogen, denn die meisten Projekte haben sehr verschiedene Aspekte. Eine Straße kann für Grundbedürfnisse gut sein wie auch für den deutschen Export von Baumaschinen; kommt darauf an, was gerade zur internen Legitimation werden muß."

Theorie quo vadis?

„Abschied von der umfassenden Entwicklungstheorie zugunsten von mehr Ausdifferenzierung", das war dann die nächste Frage des Diskussionsleiters. Sowohl Hemmer wie Streeten plädierten für mehr Disaggregation in der Theorie. Hemmer: „Wir meinen noch immer, wir könnten *die* Entwicklungstheorie finden, die sich dann auf alle möglichen Länder, sei das der Tschad, Brasilien oder Hongkong anwenden lasse. Ich bezweifele, daß wir die jemals haben werden." Streeten bezeichnete sich selbst als den Erzbischof der Disaggregation: „Ich glaube wir kommen nur vorwärts, wenn wir kleiner und genauer bestimmte Probleme behandeln. Auf der anderen Seite finde ich, daß die letzten 30 Jahre der Entwicklungstheorie zu einer Wiedervereinigung des Gebietes geführt haben, insofern wir viele aus den Entwicklungsländern gelernten Dinge auch auf die entwickelten Länder übertragen können. Z. B. den Einfluß von fragmentierten Arbeitsplätzen, die strukturelle Analyse der Inflation und vieles mehr." Im Prinzip sehe er die Disaggregation und die Analyse spezifischer Fälle als notwendige Bedingung der weiteren Integration des Forschungsfeldes.

Konkreter wurde Böll mit dem Vorschlag, auch die Anwendung von Theorien selbst zum Gegenstand der Untersuchung zu machen: „Wo kann denn Theorie überhaupt sinnvoll einfließen, akzeptiert und übernommen werden, auch in unserer eigenen Entwicklungshilfemaschinerie?" Die bisher gängige Übertragungswelle beschrieb er etwas spöttisch so: Vom Redenschreiber des Ministers, der zeigen wolle, daß er auf der Höhe der Theoriediskussion stehe, über den Referenten im Ministerium der bemerke, „da hat der Minister eine neue Idee in seiner Rede gehabt und jetzt muß ich in vorlaufendem Gehorsam zu 150 % schon das erfüllen, was er noch gar nicht angeordnet hat".

Stärkeren Kontakt zur Praxis wünschten der Theorie auch die Professoren Simonis, Streeten und Hemmer. Simonis griff den Vorschlag auf, Evaluationen stärker aus den Institutionen und Bürokratien heraus in den akademischen Bereich zu verlagern. Auch sollte die Theorie stärker kulturspezifische Merkmale der jeweils betrachteten Gesell-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schaft aufnehmen. Streeten empfahl zum einen einen häufigeren Erfahrungsaustausch zwischen Theoretikern und Praktikern, wie er ihn auf dieser Tagung durchaus erlebt habe. Zweitens müßten praktisch anwendbare Theorien in Zukunft stärker honoriert werden, nicht so sehr allgemeine Gleichgewichtstheorien und dergleichen. Nobelpreise, Prestige und Geld gingen allzuoft an irrelevante Theorien. Drittens empfehle er eine stärkere horizontale Bewegung von Akademikern in die Institutionen und den privaten Sektor, wie auch die Bewegung von Beamten und Unternehmern in die akademische Welt, z. B. während eines Sabbaticals. Dies sollte auch durch finanzielle oder berufliche Anreize unterstützt werden. Hemmer meinte dazu, es gebe auch bei der alleinigen akademischen Tätigkeit das Prinzip des abnehmenden Grenzertrages. Komme dagegen etwas komplementär hinzu, könne das Ertragsniveau sehr wohl steigen. Auch er befürworte das Angebot an Hochschullehrer, hin und wieder in der Praxis tätig zu sein: Praxis- statt Forschungssemester. Viele Fachkollegen kennten die Entwicklungsländer nur aus Statistiken, nicht aus der Praxis.

Simonis zitierte dann Johan Galtung mit dessen Plädoyer für mehr Interdisziplinarität: Die Ökonomen hätten viel über die Entwicklung von Nationalstaaten nachgedacht, aber zuwenig über Geschichte, Natur und die Weltgesellschaft als ganzes. Ob Streeten dem auch zustimmen könne?

Streeten widersprach. Ebenso wie es der Vorteil der Zeit sei, daß nicht alle Dinge gleichzeitig passierten, sei es der Vorteil der ökonomischen Theorie, daß man nicht über alles gleichzeitig sprechen müsse, sondern unterscheiden und sich auf gewisse Dinge konzentrieren könne: „Schuster bleib bei deinen Leisten." Galtungs Geisteshaltung sei zu enzyklopädisch. Aber die Disziplin müsse sich sehr wohl auf die wirklichen Probleme konzentrieren. Die beste und tiefste multidisziplinäre Expertise sei in einem Kopf und nicht um einen Tisch zu versammeln. „Aber in einer Beziehung gebe ich Galtung recht, daß man im Prinzip die relevanten Variablen nicht von der Technik bestimmen lassen sollte, die man gemeistert hat, sondern von den Fragen und den Problemen, die gelöst werden sollen." Sonst würde es einem gehen wie dem Mann „who knew how to spell banana, but did not know when to stop".

Wer arbeitet effizienter?

Ein weiteres interessantes Thema bestimmte dann die Debatte: „Resultieren die Mißverständnisse zwischen Theorie und Praxis u. a. daraus, daß Praktiker in einem grundsätzlich anderen beruflichen Umfeld arbeiten als Wissenschaftler", so fragte Simonis. Eggers antwortete:

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„Ich glaube, der Unterschied zwischen Theoretikern und Praktikern ist der, daß der Praktiker für seinen Verantwortungsbereich geradestehen muß und am Ende auch zur Rechenschaft gezogen wird. Der Theoretiker wird natürlich nicht zur Rechenschaft gezogen für das, was er veranlaßt hat, weil er in dem Sinne nichts veranlaßt."

Aus dem Plenum wurde diese Einschätzung heftig kritisiert: „Der Unterschied zwischen Praktikern und Wissenschaftlern ist der, daß Theoretiker ihre Theorien explizit machen müssen und sich damit der Kritik der Scientific Community aussetzen. Für den Praktiker ist der Erfolg letztlich der Maßstab. Für den Wissenschaftler ist es die Akzeptanz seiner theoretischen Konzepte, ihre Bewährung."

Böll war da anderer Meinung: „Der Praktiker wird praktisch auch nicht durch die Ereignisse kontrolliert. Er muß nicht verantworten, was er getan hat, schon weil Projekte langfristig zu analysieren sind und, wenn sie gut sind, nachher spurlos in die Wirklichkeit der Entwicklungsländer vereinnahmt werden. Man kann nur sehr selten und erst nach sehr langen Zeiten — dann ist der zuständige Referent und Minister schon gar nicht mehr da — sagen, ob nun alles richtig war oder nicht. Und dann gibt es auch noch eine Menge schlecht widerlegbarer Ausflüchte."

Streeten sah das noch anders: „Praktiker — das ist richtig — können sich immer hinter einer Prozedur, hinter einem Komitee, hinter der langen Zeit verstecken und die Verantwortung vermeiden. Es ist oft ganz unwichtig, die richtigen Entscheidungen zu treffen. In der Wissenschaft ist es aber ähnlich. Es ist doch komisch, daß zwei Leute zur selben Zeit einen Nobelpreis bekommen, die absolut Gegenteiliges behauptet haben. Theodore Schultz hat gesagt: Menschen und Kapital sind produktiv und sehr wichtig, und Arthur Lewis hat gesagt, Arbeitskräfte sind im Überfluß da — „Development with unlimited supplies of labour" — und unterbeschäftigt. Wenn ich die Voraussetzungen von Colin Clark nehme, sind alle absolut falsch. Und aus einer Reihe von falschen, aber dramatischen Vorhersagen kann man sich einen großen Namen machen, berühmt werden in der ökonomischen Welt. Es ist eher die Brillanz der Methode, die belohnt wird, und nicht deren Richtigkeit. Für die Praktiker wird der richtige Weg durch die Instanzen und nicht durch das Erreichen des Ziels belohnt."

„Gut, daß es Verwaltungen gibt"

Besonderen Beifall fand Böll mit seinem abschließenden Statement, mit dem er weder Praktiker noch Theoretiker ungeschoren ließ: „Die Wissenschaft denkt permanent über die Zukunft der fremden Völker

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nach, und wenn Sie nicht nur die Spitzenwissenschaftler nehmen, sondern die Diplomanden und Doktoranden, die dann umfangreiche Arbeiten schreiben, kann man oft nur froh sein, daß das Geld für die Übersetzungen nicht ausreicht, so daß die fremden Völker nicht mit allem belastet werden, was man ihnen für die Zukunft da zugedacht hat." Und weiter: „Die Dritte Welt ist auch ein Objekt zur Identitätsfindung für uns selbst. Vielleicht ist das der wichtigste Beitrag, den wir ihr leisten können, daß wir langsam für *uns* eine andere Identität finden, in unserem Weltbild und Zugang auf die andere Welt. Man darf nicht vergessen, daß bei Aufnahme von Theorie und wissenschaftlichen Erkenntnissen der Politiker und der Akteur nicht die Zeit hat, seinen Perzeptionsapparat, sein Weltbild, die innere Maschinerie, mit der er Informationen verarbeitet, grundsätzlich in Frage zu stellen."

Böll erinnerte dabei an Willy Brandts Vorwort zum ersten Bericht der Nord-Süd-Kommission: Als Kanzler und Außenminister habe er zwar alle Informationen zur Verfügung gehabt auch zur Dritten Welt, aber andere Prioritäten. Er habe nur gewußt: Dritte-Welt-Politik sei wohl wichtig, aber sie nie ganz begriffen. Erst als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission sei er in der Lage gewesen, sein Weltbild und seine Bildungsgrundlagen in Frage zu stellen und zu begreifen. Ein Mehr an Informationen habe vorher auch nicht genützt. „Schauen Sie die neuere außenpolitische Memoirenliteratur an: 2 000 Seiten Kissinger. Alles was uns hier interessiert, kommt da überhaupt nicht vor. Das ist doch ein ganz anderes Weltbild (des 19. Jahrhunderts). Was die Großen der Welt miteinander aushandeln, hat ja Relevanz, aber vieles, was für uns relevant ist, wird da nicht einmal als Problem gesehen."

Schließlich sagte Böll: „Da muß ich dem Vorwurf ‚Mode' zustimmen. Wir sind alle durch Aktualitäten verengt. Auf einmal reden alle über El Salvador und Nicaragua — da ist was los. Aber in der Gesamtsumme der Problematik ist das ein Grenzproblem. Auch Afrika bleibt weltpolitisch genaugenommen — bei allem Skandalösen, dem wir uns widmen müssen — ein Grenzproblem. Das Interessanteste und Folgenreichste für die Weltpolitik passiert heute wahrscheinlich in Asien. Wir alle, die wir ganz neue geographische Begriffe kennenlernen, auch die Namen von Hauptstädten von Ländern, an die wir vorher nicht mal gedacht haben, vergessen leicht, daß in der Zwischenzeit die Situation in Kalkutta, Kairo usw. noch schlimmer ist als wie sie vorher war. Nur sind Kalkutta oder Kairo oder der Nordosten von Brasilien gerade nicht aktuell. Da wir alle in unseren Aufmerksamkeitsenergien begrenzt sind, sind wir leicht geneigt, den Aktualitätsströmen nachzugehen. Deswegen können wir froh sein, daß es die Kontinuität von Verwaltungen gibt; denn der Referent für Kairo, für Ägypten, macht in-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zwischen seine Arbeit weiter und ist vielleicht ganz froh, daß der politische Fliegenfänger zur Zeit in Mittelamerika ist, und er selbst *die* Ruhe hat, ohne die langfristige Entwicklungszusammenarbeit nichts bringen kann."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Autoren und Diskussionsteilnehmer

Böll, Winfried, ehem. Ministerialdirektor im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Fritz-Henkel-Straße 26, 5463 Unkel.

Bohnet, Michael, Dr., Ministerialrat, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Karl-Marx-Straße 4 - 6, 5300 Bonn 1.

Collins, Michaela, Dr., Verwaltungsrätin in der Generaldirektion Entwicklung der EG-Kommission, Rue de la Loi 200, 1049 Bruxelles.

Eggers, Arthur, Projektkoordinator beim Deutschen Entwicklungsdienst (DED), Kladower Damm 299, 1000 Berlin 22.

Frisch, Dieter, Generaldirektor für Entwicklung der EG-Kommission, Rue de la Loi 200, 1049 Bruxelles.

Galtung, Johan, Dr. h. c. mult., Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin und der Universidad de Alicante; Recteur de l'Université Nouvelle Transnationale, 154 Rue de Tolbiac, 75013 Paris; z. Z. Princeton University.

Güldner, Walter, Dr., Honorarprofessor für Probleme der Wirtschaftsplanung an der Universität Stuttgart-Hohenheim; Direktor des Instituts für Strukturforschung und Planung mbH, Tannenwaldallee 49, 6380 Bad Homburg.

Harborth, Hans-Jürgen, Dr., Akademischer Oberrat am Seminar für Wirtschaftswissenschaften der RWTH Aachen, Fakultät VIII, Ahornstraße 55, 5100 Aachen.

Hemmer, Hans-Rimbert, Dr., Professor für Volkswirtschaftslehre und Entwicklungsländerforschung, Licher Straße 66, 6300 Gießen.

Köppen, Jürgen, Diplom-Volkswirt, Hauptverwaltungsrat in der Generaldirektion Entwicklung der EG-Kommission, Rue de la Loi 200, 1049 Bruxelles.

Matzke, Otto, Dr., freier Journalist, Via dei Tre Orologi, 00197 Roma.

Menck, Karl Wolfgang, Dr., Forschungsgruppenleiter Weltwirtschaftsordnung im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36.

Nitsch, Manfred, Dr., Professor für Politische Ökonomie Lateinamerikas am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft und am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin, Rüdesheimer Straße 52, 1000 Berlin 33.

Ohlin, Göran, Dr., Professor of Economics, University of Uppsala; Assistant Secretary-General for Research and Analysis, Department of Economic and Social Affairs, United Nations, New York, N. Y. 10017, USA.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sautter, Hermann, Dr., Professor der Volkswirtschaftslehre — insbesondere Außenwirtschaft und Ökonomie der Entwicklungsländer an der Universität Frankfurt, Mertonstraße 17 - 25, 6000 Frankfurt/M.

Simonis, Udo Ernst, Dr., Professor für Ökonomie an der Technischen Universität Berlin; Direktor des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft, Wissenschaftszentrum Berlin, Potsdamer Straße 58, 1000 Berlin 30.

Streeten, Paul Patrick, Dr., Professor of Economics and Director of the World Development Institute at Boston University, currently: World Bank, Economic Development Institute, 1818 H Street N. W., Washington, D.C. 20433, USA.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-45973-5 | Generated on 2025-07-17 04:04:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/